

**Die diplomatischen Beziehungen
Württembergs zu Österreich
in der Zeit der Reichsgründung**

Rudolf Grupp

Die diplomatischen Beziehungen Württembergs zu Österreich
=====

in der Zeit der Reichsgründung
=====

(1849 - 1870)
=====

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
Rudolf G r u p p
in Ellwangen/Jagst
1957

Referent: Professor Dr. Franz Schnabel

Tag der mündlichen Prüfung: 30. 1. 1958

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

I. Die Neukonstituierung des Deutschen Bundes	...1
1. Die Revolution von 1848 und die deutschen Mittelstaaten. König Wilhelm I. von Württemberg. Fürst Felix zu Schwarzenberg	...1
2. Das Gruppenprojekt Wilhelms und die Nationalversammlung	...9
3. Württemberg und die Preußische Union	..14
4. Die Münchner Übereinkunft	..19
5. Die neue Zentralgewalt	..25
6. Der Fall Kurhessen und das Militärbündnis zu Bregenz	..31
7. Württemberg bei den Dresdener Konferenzen	..37
II. Österreichs Kampf um die Zolleinigung	..43
1. Die Pläne Schwarzenbergs und Brucks	..43
2. Der Septembervertrag und die Wiener Zollkonferenzen	..45
3. Die Darmstädter Koalition	..49
4. Der Abbruch der Berliner Zollvereinskonferenz. König Wilhelms Sonderpolitik. Erneuerung des Zollvereins	..53
III. Die Trübung des Verhältnisses Österreich - Württemberg durch den Krimkrieg	..61
1. Zwei Vorspiele: die Flottenfrage und das Problem der Schweizer Flüchtlinge	..61
2. Der Krimkrieg bis zum Bündnis Österreichs mit Preußen	..65
3. Wilhelms Widerstand gegen das Aprilbündnis	..70
4. Wilhelms Widerstand gegen den Dezembervertrag und gegen die von Österreich geforderte Abberufung Hügels	..74
5. Wilhelms Widerstand am Bund und das Ende des Krimkrieges	..81
6. Zwei Nachspiele: der monarchistische Aufstand in Neuenburg und das Kaisertreffen in Stuttgart 1857	..88

IV. Die Wiederannäherung durch den Krieg von 1859 und der Kampf um die Bundesreform	...99
1. Der Krieg in Italien	...99
2. Die Reform-Bestrebungen der Mittelstaaten	..107
3. Der Kampf um die Revision der Bundeskriegsverfassung	..112
4. Beusts Reformplan und die identische Note	..124
5. Das Delegiertenprojekt	..132
6. Der Frankfurter Fürstentag und das Ende der Bundesreformbestrebungen	..140
V. Der gemeinsame Abwehrkampf Österreichs und Württembergs gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag	..152
1. Der preußisch-französische Handelsvertrag	..152
2. Die Gegenvorschläge Österreichs	..158
3. Die Zollkonferenz in München und die Separatverhandlungen der Mittelstaaten	..163
4. Die Wende in Württemberg. Rechbergs Schwanen und Zaudern	..168
5. Der Zerfall der mittelstaatlichen Front und die Erneuerung des Zollvereins	..174
VI. Von der schleswig-holsteinischen Frage zum gemeinsamen Krieg von 1866 gegen Preußen	..180
1. Hügel gegen die Politik der Großmächte	..180
2. König Karl und Varnbüler für eine abwartende Haltung	..191
3. Das Jahr 1866	..201
VII. Die Pläne für einen Südbund und die Lösung der deutschen Frage durch den Krieg mit Frankreich	..211
1. Württembergs Reaktion auf die österreichische Niederlage	..213
2. Versuche einer Neuorientierung Süddeutschlands	..219
3. Das Hin und Her um einen Südbund	..227
4. Das Scheitern des Südbundgedankens	..237
5. Württembergs Eintritt in den Nordbund	..245
Schluß	..254
Aktenanhang	..256
Literaturverzeichnis	..260

Vorwort

Die erste Anregung zu dieser Arbeit erhielt ich von dem wissenschaftlichen Assistenten des Historischen Instituts an der Universität Wien, Dr. Fritz Fellner. Nachdem Herr Professor Dr. Franz Schnabel in München mir diese Anregung zum Arbeitsthema gestellt hatte, konnte ich im Sommer des Jahres 1956 mit den Archivstudien, zunächst im Württembergischen Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, dann im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, beginnen.

In Stuttgart wurde meine Arbeit besonders dadurch begünstigt, daß die beiden für mich wichtigsten Bestände, die Akten der württembergischen Gesandtschaft in Wien sowie die Originalberichte des Wiener Gesandten innerhalb der Akten des Außenministeriums, erst im Jahre 1951 bzw. 1956 von Herrn Archivrat Dr. Uhland, dem ich für seine freundlichen Hinweise zu großem Dank verpflichtet bin, neu geordnet worden sind. Trotzdem war es notwendig, noch zahlreiche andere Bestände heranzuziehen, um bisweilen sehr bedeutsame Aktenstücke, die früher aus den Gesandtschaftsakten entnommen und nach sachlichen Gesichtspunkten eingeordnet worden waren, ausfindig zu machen. Erst dadurch wurde es möglich, ein umfassendes Bild der Haltung Württembergs zu gewinnen.

Im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien, wo ich von der Sachbearbeiterin des Politischen Archivs, Frau Dr. Benna, in dankenswerter Weise manchen Fingerzeig erhielt, fand ich den politischen Schriftwechsel zwischen der Staatskanzlei und dem österreichischen Gesandten in Stuttgart sowie dem württembergischen Außenministerium nahezu lückenlos im "Politischen Archiv", Reihe VI, vor. Die notwendigen Ergänzungen konnte ich den Reihen III (Preußen), IV (Bayern), V (Sachsen), VII (Hannover) und IX (Frankreich) entnehmen. Sehr wichtige Er-

kenntnisse schöpfte ich auch aus den Zirkularien, neuartige Aspekte aus den Briefen im Nachlaß Rechbergs.

Von der Literatur habe ich zur Ergänzung jene Arbeiten, welche sich mit den württembergischen Verhältnissen befassen, umfassend herangezogen, während ich mich für die Deutschland allgemein und Österreich betreffende Literatur auf eine knappe Auswahl der wichtigsten Werke beschränkt habe. Für die Zielsetzung dieser Arbeit, die diplomatischen Beziehungen Württembergs zu Österreich in den entscheidungsvollen Jahren zwischen der Revolution von 1848 und der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 nachzuzeichnen und damit überhaupt beispielhaft die Haltung eines Mittelstaates gegenüber einer der beiden deutschen Großmächte darzustellen und zu deuten, mußte ich mich fast ausschließlich auf die Quellen als zuverlässigen Grundlagen stützen; manches frühere Urteil in der Literatur bedurfte einer Einschränkung, Ergänzung oder Revision.

Meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Franz Schnabel, möchte ich für seine jederzeit bereitwillige Förderung der Arbeit und für seine verständnisvollen Gedanken und Anregungen noch besonders danken.

I. Die Neukonstituierung des Deutschen Bundes

1. Die Revolution von 1848 und die deutschen Mittelstaaten.

König Wilhelm I. von Württemberg. Fürst Felix zu Schwarzenberg

Die Revolution von 1848 stürzte die deutschen Staaten in eine beispiellose Verwirrung. Die Untertanen erhoben sich, Throne wankten, Allianzen gingen in Brüche, und der Deutsche Bund, bisher die völkerrechtliche Zusammenfassung der beiden deutschen Grossmächte Österreich und Preussen, der Mittel- und Kleinstaaten, wurde von der Frankfurter Nationalversammlung aufgelöst. Die ruhigen Tage seit dem Wiener Kongreß waren vorüber.

In der Zeit des "Vormärz" hatten Österreich und Preußen am Bund eindeutig dominiert; Metternich hatte mit den preußischen Staatslenkern vereinbart, nur solche Fragen vor den Bund zu bringen, über welche sich die beiden Mächte vorher einigen konnten. Alle anderen Probleme wurden zurückgestellt oder in lediglich zweiseitigen Verhandlungen geklärt. Bis zur Revolution im März 1848 funktionierte dieses System vorzüglich. Es ist klar, daß unter solchen Voraussetzungen die deutschen Mittelstaaten - die vier Königreiche Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, die beiden Großherzogtümer Baden und Hessen-Darmstadt sowie das Kurfürstentum Hessen-Kassel - und die 28 Kleinstaaten nie entscheidend in den Vordergrund traten. Daran änderte auch das vom württembergischen König Wilhelm inspirierte "Manuskript aus Süddeutschland" nichts, das 1820 in Erlangen erschien und beträchtliches Aufsehen erregte. König Wilhelm, der 1819 in Württemberg eine liberale Verfassung eingeführt hatte, bäumte sich hier gegen die beiden konservativen Großmächte auf und stellte dem System des alle umfassenden Bundes ein "reines, konstitutionelles Deutschland" entgegen.

Während die Volksaufstände der Jahre 1848 und 1849 vor allem den mittel- und kleinstaatlichen Dynastien zu schaffen machten und ihrer ängstlich gewahrten Souveränität einen schweren Schlag versetzten, wurden die beiden Großmächte, die mit überlegener Waffengewalt die alte Ordnung wieder hergestellt hatten, mehr durch die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung vor eine neue Situation gestellt. Eine Mehrheit in der Paulskirche bot Friedrich Wilhelm von Preußen die deutsche Kaiserkrone an - ein Vorhaben, welches zur bisherigen Präsidialstellung Österreichs am Bunde und zu der jahrhundertelangen Tradition habsburgischen Kaisertums in krassem Widerspruch stand. Zwar lehnte Friedrich Wilhelm dieses Angebot ab, aber der Kampf um die Vormachtstellung in Deutschland entbrannte jetzt in voller Schärfe.

Für die Mittel- und Kleinstaaten hieß es nun, Stellung zu beziehen. Ihre Sympathien neigten im allgemeinen weit mehr zum österreichischen Kaiserstaat als zum aufstrebenden Preußen. Österreich war ein saturierter Staat mit dem Schwergewicht im Südosten und Süden; vor Preußen aber hegte man die Furcht, einmal mediatisiert und einverleibt zu werden, wie es mit vielen Kleinstterritorien beim Reichsdeputationshauptschluß geschehen war. Österreich war ein Hort der Legitimität, des monarchischen Prinzips; die von republikanischen Plänen bedrohten kleinen Dynastien fanden dort Anlehnung und Schutz. Während die österreichfreundlichen Neigungen in den norddeutschen Kleinstaaten wegen der unmittelbar benachbarten preussischen Großmacht kaum offen zu Tage traten, vertrauten sich die mittel- und süddeutschen Mittelstaaten unverhohlen dem Kaiserstaat an. Stammesverwandtschaft, gleich Konfession, gleicher Kulturkreis und schließlich auch geographische Gegebenheiten waren weitere Beweggründe für den Anschluß an Österreich.

Wilhelm I. von Württemberg. Etwas anders liegt der Fall jedoch bei König Wilhelm I. von Württemberg, einem sehr eigenwilligen Monarchen. Als Kronprinz hatte er sich in den Befreiungskriegen große Lorbeeren erworben. Im Jahre 1816 war er seinem Vater, dem König Friedrich, als 2. württembergischer König nachgefolgt. Gemäß den Anregungen der Bundesakte verlieh er Württemberg 1819 eine neue Verfassung, und wegen seiner liberalen Regierungsgrundsätze, "nicht im Sinn einer politischen Richtung, aber in dem einer ethischen Haltung", ¹⁾ erlangte er beim Volk eine hohe Popularität. In seiner Politik ließ er sich hauptsächlich von zwei Motiven leiten: dem Streben nach Wohlstand für sein Volk und dem Ehrgeiz, trotz der geringen Bedeutung des kleinen Königreiches an der großen europäischen Politik teilzunehmen.

Den aus verschiedenen Volks- und Gebiets-elementen gebildeten Staat formte er zu einem einheitlichen Organismus; seine Toleranz gegenüber den Katholiken sicherte ihm auch die Loyalität Oberschwabens und anderer katholischer Gebiete, die eben erst dem Lande zugeschlagen worden waren. Bei der Gründung des Zollvereins in den 30er Jahren, zunächst mit Bayern, dann auch mit Preußen und anderen deutschen Staaten, war Wilhelm maßgeblich beteiligt. Durch diesen erlebte Württemberg eine wirtschaftliche Blüte; und es ist nur zu verständlich, daß Wilhelm diese seine Schöpfung in den Krisen von 1850/53 und 1862/64 zäh verteidigte.

Wie die anderen mittelstaatlichen Monarchen wachte auch Wilhelm eifersüchtig über die Wahrung der Souveränität und Eigenständigkeit seines Königreiches. Weder die eine noch die andere deutsche Großmacht durfte ihm zu nahe kommen; jeden Versuch quittierte er mit scharfer Ablehnung, bissigen Bemerkungen und Hinneigung zur anderen Großmacht. Er scheute sich auch

1) H. Hefele: Württembergs Politik seit dem Untergang des alten Reiches, S. 154

nicht, ausländische Mächte für diese Zwecke anzurufen. Dies geschah besonders gegenüber Rußland, das ja ein Garant des Deutschen Bundes war und zu dessen Regentenfamilie das württembergische Königshaus in besonders nahen verwandtschaftlichen Beziehungen stand. In zweiter Ehe war Wilhelm mit der russischen Prinzessin Katharina Paulowna verheiratet gewesen; sein Sohn Karl vermählte sich mit Olga, der Tochter des Zaren Nikolaus; die württembergische Prinzessin Helene wurde russische Großfürstin; und noch andere ältere und jüngere Verbindungen ließen das freundschaftliche Verhältnis zur östlichen Großmacht nicht erkalten. - Durch die Heirat einer württembergischen Prinzessin mit Jérôme, dem Bruder Napoleons und König von Westphalen, konnte sich Wilhelm auch bei Napoleon III. auf ein verwandtschaftliches Verhältnis stützen. Noch bessere Dienste in den Tuilleries aber leistete für ihn seine Tochter Sophie, Königin der Niederlande. Diese unterhielt lebhaft diplomatische Beziehungen zum französischen Kaiser und drängte Wilhelm mehr, als er wollte, zu westlichen Allianzen - allerdings ohne Erfolg, sodass Bismarck Wilhelm trotz seines Liebäugelns mit auswärtigen Mächten als einen "durchaus nationalen, fast burschenschaftlich gesinnten Herrn" bezeichnen konnte.

Dank seiner internationalen Verbindungen gelang es Wilhelm immer wieder, in der europäischen Politik mitzumischen. Er reiste viel in fremde Länder, erhielt auch oft Gegenbesuche und spielte bei dem bedeutungsvollen Treffen des Zaren mit Napoleon 1857 in Stuttgart den "uneigennütigen" Vermittler. Daß sich seine Vorliebe für die große Politik - die im Grunde seinem Lande gar nicht zukam - ~~aber auch~~ zu einer Schwäche auswuchs, beweisen immer wieder auftauchende Bemerkungen in den österreichischen Gesandtschaftsberichten. Um König Wilhelm zu irgendeinem Zugeständnis zu bewegen, griff der Wiener Gesandte in Stuttgart nicht selten zu dem Mittel, ihm einige Details aus der europäischen Politik mitzuteilen, wofür der König

sich stets sehr dankbar und erkenntlich zeigte.

Wilhelms politische Grundhaltung wurzelte im aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts, in seiner geistigen Haltung ist er zwischen Metternich und dem Bürgerkönig Louis Philippe einzuordnen. Mit souveränem Selbstbewußtsein lenkte er die Geschicke seines Landes; auch die Außenpolitik behielt sich der autokratische Monarch vor, der, "wenn nicht zu brechen, doch nach seinem Willen zu biegen suchte".¹⁾ In seinen Briefen und aus den Akten lernen wir ihn als draufgängerischen Hauden, derb in der Sprache, launisch und unberechenbar kennen. "Herzenskalt, mißtrauisch, undankbar und rücksichtslos, unaufrichtig und ein Meister des doppelten Spiels und der krummen Wege", "stets geneigt, hinter dem Rücken seiner Minister seine eigenen Linien zu verfolgen" - so beschreibt ihn Heinrich von Srbik. "Aber er besaß einen durchdringenden Verstand, ein nüchternes, gesundes Urteil, eine große Hellhörigkeit für die Stimmung des Volkes und einen europäischen Horizont, den ihm seine starke Neigung für die große Politik und die Erfahrung des langen Lebens schufen."²⁾

König Wilhelm ist von Zeitgenossen und in der Literatur des kleindeutschen Standpunktes oft zum Preußenfeind gestempelt worden. Dies ist, zumindest für seine grundsätzliche Haltung, nicht richtig. Denn im November 1848 hatte Wilhelm zusammen mit dem bayrischen König Max den Agenten Klindworth nach Berlin gesandt und den Vorschlag eines Fürstenbundes ohne Österreich mit Friedrich Wilhelm als Vorsitzenden des Direktoriums unterbreiten lassen. Aus "sittlicher Entrüstung" wies der preußische König den Agenten ab. Gleichzeitig sprach

1) H. Haering: Besprechung der Arbeiten von Griewank, Hellweg und Schübelin, S. 185. Vgl. zur Persönlichkeit Wilhelms auch: David Friedrich Strauß: König Wilhelm von Württemberg, Bonn 1895, und Paul Stälin: König Wilhelm von Württemberg, in "Zeitschrift für allgemeine Geschichte", II, Stuttg. 1885

2) H.v.Srbik: Deutsche Einheit, Bd. III, 1, S. 188

Wilhelm in einem eigenhändigen Brief an Hügel, den damaligen Gesandten Württembergs in Berlin, seine Zustimmung zur preussischen Hegemonie aus.¹⁾ - Als ein halbes Jahr später die Preußen gegen die erneut aufflackernde Revolution im benachbarten Baden einschritten, erklärte Wilhelm: "Ich will lieber vom Adle (d.h. von den Preußen. D.Verf.) als von den Schweinen gefressen werden".²⁾ - Und ebenso deutlich beweist seine Haltung in der Zollangelegenheit, im Krimkrieg und dem Streit um Neuenburg, sowie seine Sympathie für das preußische Heerwesen, daß Wilhelm Preußen unvoreingenommen gegenüberstand.

Allein, der württembergische König war ein nüchtern abwägende Politiker, dem die Strömungen der großen und kleinen Politik und die Absichten der Regierungen nicht verborgen blieben. Er erkannte - und damit kommen wir wieder zum Ausgangspunkt dieses Abschnittes zurück -, daß dieses land- und machthungrige Preußen auf die Dauer nicht der Garant der württembergischen Souveränität sein konnte. Ihm blieb zwangsläufig nur die Anlehnung an die andere deutsche Großmacht: Österreich. So hat ihn der Verstand, nicht aber gefühlsmäßige Sympathie an dessen Seite getrieben.

Vielmehr stießen ihn das absolute System Metternichs, die scharfe Zensur, die Geheimpolizei und Unterdrückung jeglicher demokratischen Regung von Österreich ab, und es entsprach seinem innersten Herzen, wenn er 1840 seinem Gesandten in Karlsruhe schrieb: "Und wenn die Welttrompete sich einst hören läßt und sein (Metternichs. D.Verf.) Staat in seiner ganzen natürlichen Schwäche erscheint - wenn Deutschlands Wiedergeburt vor sich gehen soll, muß Österreich untergehen, ist mein Wahlspruch, solange ich lebe. Ewiger Krieg mit diesen Jesuiten und allen ihren Werken".³⁾

1) vgl. Christian Carl Josias Frh. von Bunsen. Von seiner Witwe. II. Bd., S. 485 f.

2) A. Schäffle: Aus meinem Leben, Bd. I, S. 127.

3) vgl. M. Traub: Beiträge zur Württembergischen Geschichte in der "Reaktionszeit", S. 16.

Das Verbindende erwies sich jedoch als stärker, zumal als die Revolution von 1848 heftig an seinem Throne rüttelte und er sich hilfesuchend nach stärkeren Mächten und Kräften umsehen mußte. Österreich lag geographisch näher, und noch näher lag Bayern, das schon von Natur aus auf ein gutes Verhältnis zu Österreich angewiesen war. Die weiträumigen Länder der Donaumonarchie bildeten ein gutes Absatzgebiet für die württembergischen Fertigwaren, die österreichischen Anleihen stellten eine beliebte Kapitalsanlage dar, der lebhafteste geistige und kulturelle Gedankenaustausch erlitt nur selten Unterbrechungen, und die katholischen Oberschwaben, einst Vorderösterreicher, aber auch die protestantischen Altwürttemberger verehrten in dem Hause Habsburg die alte Kaisertradition.

Junge württembergische Offiziere bevorzugten die Ausbildung im österreichischen Heer; Herzog Wilhelm von Württemberg trat 1848 in die k.k. Armee ein, kämpfte tapfer bei Solferino und in Dänemark und beteiligte sich 1866 an der Reorganisation der Armee; Herzog Nikolaus ging 1850, Graf Eberhard 1851 unter die österreichischen Fahnen; und Herzog Alexander von Württemberg leitete lange Jahre die Equitationsschule in Wien und hatte das Regiment der Szekler-Husaren inne.

Fürst Felix zu Schwarzenberg. In Wien hatten der alte Kanzler Metternich und Kaiser Ferdinand dem Druck der Revolution weichen müssen. Ihre Nachfolger, Fürst Felix zu Schwarzenberg (nach einer kurzen Zwischenperiode) und Kaiser Franz Joseph standen im umgekehrten Verhältnis zueinander wie König Wilhelm und seine Außenminister. Hatte hier Wilhelm alle Zügel der Außenpolitik fest in seiner Hand und stellten die Außenminister nur mehr oder weniger ein ausführendes Organ dar, so repräsentierte in Österreich nicht der Kaiser, sondern der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg den "starken Mann".

Mit kaum 18 Jahren war Franz Joseph auf den Thron gelangt, und trotz eines schon erstaunlich stark entwickelten Blicks für die politischen Situationen sowie ungeheuren Pflicht- und Arbeitseifers mußte er zwangsläufig in den ersten Regierungsjahren unter dem Einfluß reifer und erfahrener Persönlichkeiten wie Schwarzenberg, Bach oder seiner Mutter Sophie stehen. Persönlich ein Kavalier voll Ritterlichkeit und Noblesse, tapfer, "von unerschütterlicher Ehrenhaftigkeit und Korrektheit bis in die Fingerspitzen, pünktlich und peinlich fast bis zur Pedanterie", ¹⁾ mit klarem Verstand und erstaunlichem Gedächtnis, mangelte es dem Monarchen aber an letzter Entschlußkraft, an politischer Phantasie und unternehmender Initiative; vorsichtig schob er die Entscheidungen hinaus, bis die Ehre und die Staatsräson ihn zur Tat zwangen. Daraus erhellt leicht, daß er einem so willensstarken Mann wie Schwarzenberg unterliegen mußte.

Fürst Felix zu Schwarzenberg gehörte dem mächtigen böhmischen Adelsgeschlecht an, das dem Kaiserstaat mehrere bedeutende Feldherrn und einen Kardinal geschenkt hat. Nach einer strammen militärischen Ausbildung wurde er, fast wider seinen Willen, in den diplomatischen Dienst übernommen und verbrachte die Jahre vor 1848 u. a. an den Gesandtschaften in London und Turin sowie bei einer diplomatischen Sondermission in Südamerika. Ein unerbittlicher Gegner der Revolution und jeder freiheitlichen Regung, verkörperte er den starren Absolutismus in ausgeprägter Form. Die von ihm ausgearbeitete und am 4. März 1849 erlassene imperialstaatliche Verfassung vereinigte - bei ganz geringen Zugeständnissen an die Autonomie der einzelnen österreichischen Völker - alle Macht in der Hand des Herrschers. Zu Jahresende 1851 wurde auch diese Verfassung sistiert und das Land mit einer Serie von Ordonnanzen, dem sog. "System Bach", vollkommen nach absolutistischen Grundsätzen regiert.

1) H. v. Srbik: Aus Österreichs Vergangenheit, S. 223. Vgl. zur Charakteristik Franz Josephs den gesamten Aufsatz "Franz Joseph. Charakter und Regierungsgrundsätze" in diesem Werk.

Die Macht- und Vormachtstellung Österreichs in Deutschland wußte Schwarzenberg wie kein anderer seiner Nachfolger zu erhalten und zu stärken. Ohne ein inneres Verhältnis zu den deutschen Verfassungsproblemen warf er die nach den ungarischen Aufständen wiedergewonnene Kampfkraft seiner Truppen und seine überlegene Diplomatie allein in die Waagschale. Mit seiner Politik der Stärke kettete er die Mittelstaaten, deren räumliche, politische und militärische Bedeutung er gering ersachtete, an sich und benutzte sie im aufkeimenden Machtkampf mit Preußen.

2. Das Gruppenprojekt Wilhelms und die Nationalversammlung

Nachdem König Wilhelms Vorschlag an Preußen, einen Fürstenbund ohne Österreich zu gründen, im November 1848 als indiskutabel zurückgewiesen war, wandte er sich in seiner vom Revolutionsministerium Römer und von den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung bedrohten Stellung der anderen Großmacht, also Österreich, zu. Am 30. Dezember 1848 ließ er durch seinen Wiener Gesandten, Freiherrn Franz de Paula von Linden, einen wenig profilierten Diplomaten, eine Denkschrift über "die Lage beim Reich" überreichen.¹⁾ Um eine Neuordnung herbeizuführen, schlug er folgende Maßregeln vor: 1. Vereinigung Deutsch-Österreichs und der fünf deutschen Königskronen zu einem neuen Bunde; 2. Befriedigung des Einheitsstrebens der deutschen Nation durch Anschluß der Kleinstaaten an die sechs Hauptgruppen; 3. Bestellung einer praktisch-haltbaren, konservativen Zentralgewalt; 4. Errichtung eines Staatenhauses als Gegengewicht gegen die Nationalversammlung; 5. Revision der dort im Werden begriffenen Verfassung. Es kam ihm bei diesem Projekt nicht nur auf bloße militärische und repräsentative, sondern auch auf die volle finanzielle und administrative Eingliederung an. Dieses Lieblingsprojekt des Königs, das selbst

1) Wilhelm an Linden, 30.12.1848, Stuttgarter Archiv (=St.A.)

in seinem politischen Testament nochmals auftaucht,¹⁾ sah die Einverleibung Badens und Hohenzollerns in Württemberg vor und hätte für die Mittelstaaten einen gewaltigen Machtzuwachs gebracht.

Das Gruppenprojekt Wilhelms unterschied sich nicht viel von dem Schwarzenbergischen Plan, Deutschland in 7 Kreise einzuteilen. Schwarzenberg wollte gegen den Widerstand Preußens den Eintritt Gesamtösterreichs in dieses neue Deutschland, das damit zu einem 70-Millionenreich geworden wäre. Ein Staatenhaus sah der Schwarzenberg-Plan nicht vor. Wilhelm gab sich mit einer solchen Einschränkung zufrieden und durfte dafür die Versicherung Schwarzenbergs hinnehmen, das k.k. Kabinett habe in ihm "den einzigen Monarchen Deutschlands, in dem die Zuversicht unwandelbar freundschaftlicher Gesinnung der gegenwärtigen kritischen Lage Deutschlands voll vertrauen"²⁾ dürfe.

Dann änderten aber zwei neue Versuche, Deutschland wieder in ein geordnetes Staatswesen zurückzuführen, die Sachlage schlagartig: der Vorschlag Preußens, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten mit Preußen in einem engeren Bund, der sogenannten Union, zusammenzuschließen und mit Österreich im sog. weiteren Bund einen Beistandspakt abzuschließen. Der zweite umwälzende Vorschlag war der Antrag Welckers in der Frankfurter Nationalversammlung, Friedrich Wilhelm zum neuen deutschen Kaiser auszurufen. Diese Pläne mußten in Österreich auf scharfen Widerstand stoßen, bedeuteten sie doch letztlich eine Ausschließung der Donaumonarchie aus Deutschland. Schwarzenberg schickte sofort den Grafen Bernhard von Rechberg-Rothentlöwen an die süddeutschen Höfe, um einer Verwirklichung

1) Vgl. dazu Eugen Schneider: Aus der württembergischen Geschichte S. 218 - 221

2) Linden an König, 1.2.1849, St.A.

dieser Pläne entgegenzuwirken. Rechberg konnte in Stuttgart einen vollen Erfolg buchen; man versicherte ihm, Württemberg werde sich einem einzigen Oberhaupt, nämlich dem zukünftigen preußischen Kaiser, nicht unterwerfen und lege größten Wert auf das Verbleiben Österreichs im Bund. "Eine Lostrennung Österreichs von dem deutschen Staatsverbände", schrieb der provisorische Außenminister Roser an Linden, "müßte man als eine freiwillige politische Selbstverstümmelung des gemeinsamen Vaterlandes, als einen mit dessen jetziger und künftiger Größe und Selbständigkeit unverträglichen Akt betrachten, welcher durchaus nicht gebilligt werden könnte".¹⁾

Die gespannte Lage veranlaßte auch den König Wilhelm, zwei Diplomaten, die Freiherrn von Hügel und von Spitzemberg, Mitte März in Sondermission nach Wien zu senden. Sie sollten erkunden, welche positiven Maßnahmen Österreich bei einer evtl. Vormachtstellung Preußens ergreifen werde. Schwarzenberg legte sich zunächst nicht fest, bemerkte jedoch, Württemberg könne wegen seiner geographischen Lage nichts anderes tun, als mit Österreich und Bayern eine Einigung anzustreben. In einer nachträglichen Instruktion billigte Wilhelm diesen Gegenbund, falls Preußen die Kaiserkrone annehme, und schlug sofort einen Separatvertrag vor. Der österreichische Ministerpräsident blieb aber dabei, es lediglich bei der Anregung des innigen Zusammenschlusses zu belassen - behielt also die Trümpfe in seiner Hand. Es gelte zunächst nur, den Beschlüssen Frankfurts zu trotzen und den passiven Widerstand zu kräftigen.²⁾

Damit war ein erneuter Versuch Wilhelms, bei einer der beiden Großmächte feste Anlehnung und sicheren Schutz gegen die

1) Roser an Linden, 17.2.1849, St.A.

2) Linden an König, 12.3.1849; König an Linden, 14.3.1849; sämtliche St.A.

demokratischen "Umtriebe" zu finden, vorerst fehlgeschlagen. Und darum ging es ihm in erster Linie. Freiherr Maximilian von Handel, der neuernannte und bis 1866 in Stuttgart verbleibende österreichische Gesandte, aus einem in Oberösterreich begüterten Geschlecht stammend, hervorgegangen aus der Schule Metternichs, zuvor Legationssekretär in Brüssel und Berlin, eifersüchtig auf die österreichische Ehre bedacht, ein guter Beobachter, außerordentlich fleißig, ohne aber deshalb über den Durchschnitt hinauszuragen, oft unzufrieden und pessimistisch - Freiherr von Handel mußte immer wieder den Wunsch Wilhelms anhören, Österreich möge Deutschland nicht sich selbst überlassen. Denn Römer erklärte in der Kammer offen, Württemberg werde sich den preußischen und österreichischen Einmischungen zum Trotz allein der Nationalversammlung und ihren Beschlüssen unterwerfen, auch in der Frage des Oberhauptes. Es begünstige weder Preußen noch Österreich; wolle aber Österreich nicht in einen deutschen Bundesstaat eintreten, so müsse dieser trotzdem gegründet werden, und Österreich müsse in einer Art Staatenbunds-Verhältnis angegliedert werden.¹⁾

Im Lande agitierten überall die politischen Vereine, und auf das Militär war kein sicherer Verlaß. Mehrmals, auch später noch, bat der König Handel - mit dem er in direktem Verkehr stand - , österreichische Truppen mögen in Vorarlberg stationiert werden, damit sie notfalls gegen republikanische Erhebungen eingesetzt werden könnten. Dies sicherte Schwarzenberg zu.

Auch ermunterte er den König, zusammen mit Bayern den Kern des süddeutschen Widerstandes zu bilden. Aber dieser besaß nicht die materielle Kraft, Römer die Stirn zu bieten und ihn zu entlassen, was Handel im Auftrag Schwarzenbergs bewirken sollte. Vielmehr geriet Wilhelm dadurch, daß der Welckersche Antrag zum Beschluß erhoben wurde und durch die

1) Handel an Schwarzenberg, 15.2.1849, Wiener Archiv (=W.A.)

Verabschiedung der Reichsverfassung in die ärgste Bedrängnis seines Lebens. In Ludwigsburg erzwang am 20. April eine Kammer- und Ministerdelegation von ihm die Anerkennung der Reichsverfassung. Verzweifelt wehrte sich der König. "Des Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht", rief er aus, "ich bin dies meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig. Würden aber alle Fürsten von Deutschland es tun, so würde auch ich dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Dem Kaiser von Österreich, wenn er gewählt worden wäre, würde ich mich unterworfen haben".¹⁾ Vier Tage später unterzeichnete er, wenn auch mit dem schwachen Vorbehalt der Anerkennung durch die anderen deutschen Staaten. Die königliche Entschließung verhinderte einen Bürgerkrieg, aber "mit wieviel Aufwand von Advokatenlist" sie auch abgefaßt war, "sie anerkennt jedenfalls eine fürchterliche moralische Niederlage des monarchischen Prinzips", schrieb Handel nach Hause. Stuttgart werde demnächst der Brennpunkt der republikanischen Bestrebungen in Deutschland sein.²⁾

Eine zweite innenpolitische Kraftprobe hatte der König im Juni des Jahres 1849 zu bestehen. Nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm und dem Ausszug eines großen Teils der Abgeordneten verlegte der Rest der Frankfurter Nationalversammlung, das sog. Rumpfparlament, seinen Sitz nach Stuttgart. Über die Frage des Reichsheeres (Württemberg sollte das erste Kontingent stellen) kam es zu einem ernstlichen Zerwürfnis über die Kompetenzen. Entschließungen und Gegenentschließungen jagten sich, bis schließlich Römer selbst den Befehl zur Auflösung des Rumpfparlamentes gab. Handel verhielt sich in diesem Konflikt äußerlich passiv;

1) A.L. Reyscher: Erinnerungen aus alter und neuer Zeit, S.145

2) Handel an Schwarzenberg, 25.4.1849, W.A.

seine Vorstellungen in Wien hatten jedoch bereits bewirkt, daß in Vorarlberg eine starke Einsatztruppe unter dem Fürsten Carl Schwarzenberg konzentriert war; am 13. Juni erhielt dieser Weisungen, wenn und in welchen Fällen er dem württembergischen König militärische Hilfe zu leisten habe.¹⁾ Das Umschwenken Römers auf die Seite des Königs machte aber ein Eingreifen überflüssig.

3. Württemberg und die Preußische Union

Preußen hatte Schwarzenbergs Projekt der sieben Kreise in Deutschland mit dem Gegenvorschlag eines engeren und weiteren Bundes beantwortet. Nachdem die ersten Ideen dazu im Frühjahr 1849 aufgetaucht waren, trat Radowitz, die Seele der preußischen Politik, am 9. Mai mit konkreten Plänen an Schwarzenberg heran: Österreich solle Preußen bei der Bildung eines engeren Bundesstaates in Deutschland völlig freie Hand lassen; dafür solle zwischen diesen beiden Mächten, der preußischen Union und Österreich, ein ewiges Bündnis geschlossen werden, das für Österreich den Vorteil biete, daß ganz Deutschland zur Verteidigung des außerdeutschen Besitzes Österreichs in Italien, Ungarn und Polen usw. verpflichtet sei.²⁾

Schwarzenberg ließ sich durch dieses Angebot nicht verlocken. Schon im Februar schrieb er an Wilhelm, Österreich könne die Idee des engeren und weiteren Bundes nicht annehmen. Der engere Bund würde ein einheitlicher Zentralstaat werden und die bisherige Gliederung Deutschlands vernichten. Österreich

1) Schwarzenberg an Handel, Telegramm chiffriert, 13.6.1849, W.A.

2) Unter "Union" versteht man also den Zusammenschluß Preußens mit den Mittel- und Kleinstaaten zu einem Bundesstaat, nicht, wie Heinrich Friedjung in "Österreich von 1848 bis 1860", 2. Band, S. 6 terminiert, das Bündnis zwischen diesem Bundesstaat und Österreich.

wurde eine Stellung wie Holland oder Dänemark angewiesen werden.¹⁾ Der württembergische König stimmte ihm in einer Denkschrift zu: Österreich könne "wegen der Verwandtschaft der Völker, wegen der historischen Entwicklung, wegen seiner geographischen-politischen Notwendigkeit" seine Stellung in Deutschland nicht aufgeben. Es würde, falls es seinen Platz aufgäbe, sich selbst gefährden. Preußen werde Österreichs Stärke und Gewicht nicht ersetzen können.²⁾

Auch Preußen gegenüber lehnte Schwarzenberg am 10. Mai das Unionsprojekt rundweg ab. Obwohl die militärischen Kräfte Österreichs noch ziemlich vollständig in Ungarn gebunden waren, wich er nicht einen Schritt zurück. Radowitz mußte unter solchen Umständen einsehen, daß möglicherweise die Waffen entscheiden müßten, was er aber nicht wollte. Er motivierte daher die Angliederung der Mittel- und Kleinstaaten nun mit dem notwendigen Schutz dieser Staaten vor der Revolution und schritt am 26. Mai zur Gründung der Union. Zunächst waren die beiden Königreiche Sachsen und Hannover, in denen jeweils preußische Truppen stationiert waren und natürlicherweise einen Druck ausübten, beteiligt, sodaß diese Vereinigung unter dem Namen "Dreikönigsbündnis" in die Literatur einging. Als erste traten Baden, wo Preußen ebenfalls Waffenhilfe gegen die Revolution geleistet hatte, und das Großherzogtum Hessen, jedoch ohne große Begeisterung, dem Verwaltungsausschuß bei. Nach und nach folgten insgesamt 27 nord- und mitteldeutsche Kleinstaaten. Der Verfassungsentwurf der Union basierte auf der Frankfurter Reichsverfassung, sah auch ein in Erfurt zu errichtendes Parlament vor und übte vor allem auf die Bevölkerung eine große Anziehungskraft aus.

1) Schwarzenberg an Wilhelm (Abschrift), 4.2.1849, W.A.

2) Wilhelm an Linden (Abschrift), 19.2.1849, W.A.

den Aussichten der Union in Süddeutschland war es dagegen schlecht bestellt. Von der Pfordten, Bayerns neuer Ministerpräsident, betrieb eine großdeutsche und antipreußische Politik. Ähnlich war die Situation in Württemberg. "In der Gegensechaft gegen das preußische Bündnis fanden sich die grimmigsten Gegner zusammen: König Wilhelm, die Hofpartei, ein Teil der Konservativen, die ultramontanen Katholiken, die schwärmerischen Pietisten des Salon in Ludwigsburg und - die Demokraten".¹⁾ Der König fühlte sich in seinem dynastischen Stolz verletzt, er erblickte in der Union eine Trennung von Nord und Süd, wollte aber dem ganzen Deutschland treu bleiben. - Die Demokraten erinnerten sich nur mit Abscheu an die brutale Niederwerfung des republikanischen Aufstandes in Baden durch die preußischen "Schlächter von Rastatt". Stammesmäßige Abneigungen und Ressentiments kamen hinzu. - Im Ministerium Römer waren die Ansichten geteilt; während die Minister Dürvenoy und Goppelt für sofortigen Eintritt stimmten und später aus Protest zurücktraten, hielt sich Römer vorerst zurück. Am 9. Juni aber erklärte er nachdrücklich vor der Kammer, Württemberg habe sich nicht an Preußen angeschlossen und werde dies auch zukünftig nicht tun.²⁾

Schwarzenberg parierte das Dreikönigsbündnis mit drei Gegenzügen: er unterstützte weiterhin nachhaltig den Reichsverweser, er regte die Gründung eines süddeutschen Gegenbundes an und verhandelte gleichzeitig mit Preußen über eine neue, provisorische, gemeinsame Zentralgewalt für Deutschland. Bayern wurde veranlaßt, 10 000 Mann nach Frankfurt und in die Pfalz vorrücken zu lassen, und rund 16 000 Mann hielt Österreich in Vorarlberg einsatzbereit. Dem württembergischen Gesandten Linden gegenüber und in einer Weisung an Handel schlug er als Gegengewicht gegen die Union die Gründung eines süddeut-

1) Traub, a.a. O., S. 106

2) Handel an Schwarzenberg, 10.6.1849, W.A.

schen Bundes, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, vor. Österreich werde mit diesem Bund engste Beziehungen anknüpfen und auch eine vorteilhafte Zoll-einigung abschließen. Schwarzenberg erklärte sich sogar mit einer Volksvertretung einverstanden¹⁾ - wenn auch nicht aus echter Überzeugung, sondern lediglich als Mittel zum Zweck. Wie wenig realen Wert solche Zusagen hatten, bewies die Reise von der Pfordtens nach Wien (und anschließend nach Berlin). Erbittert mußte er mit Schwarzenberg um die Volksvertretung für den Südbund ringen, den dieser jedoch nur als zweiten Ausweg aus den Wirren des Augenblicks ansah. Sein Augenmerk galt in erster Linie einer Einigung Deutschlands unter Zutritt Preußens und Österreichs, ohne Parlament, mit zunächst provisorischer Zentralgewalt.

Parallel zu diesen Bestrebungen führte der Fürst den Kampf gegen die Union fort. Je siegreicher seine Truppen in Ungarn vorwärts marschierten, desto fester wurde seine Sprache. "Württemberg ist von einem Anschluß an den preußischen Sonderbund abzuhalten", schrieb er an Handel, " bis er möglich sein wird, seinen Anschluß an Bayern herbeizuführen".²⁾ Während Bayern nach der Berlin-Reise Pfordtens klare, eindeutige Stellung gegen die Union bezog, in mehreren Erklärungen den Beitritt ablehnte und schließlich am 8. September seine Weigerung definitiv bekanntgab, zögerte König Wilhelm, um Preußen nicht vor den Kopf zu stoßen. Vielmehr suchte er bei Schwarzenberg um eine private Unterredung in München nach; dort wolle er nach Österreichs Sieg in Ungarn mit ihm über die verworrenen Zustände in Deutschland sprechen.³⁾ "Ich bin doch in einer fatalen Lage", klagte er Handel.⁴⁾ Wilhelm kam es auch darauf an,

1) Linden an König, 2.6., 3.6. 1849, St.A.; Schwarzenberg an Handel, 3.6.1849, W.A.

2) Schwarzenberg an Handel, 7.7.1849, W.A.

3) Handel an Schwarzenberg, privat, 31.7.1849, W.A.

4) Handel an Schwarzenberg, privat, 25.8.1849, W.A.

zu hören, wie die zukünftigen Pläne Schwarzenbergs aussehen würden. Allein mit der Negation des Deikönigsbündnisses, Rückkehr zum alten Bundestag und bloßen Anregung zu einem Südbund wollte er sich nicht zufrieden geben. Mit Rücksicht auf Bayern kam das Treffen schließlich Ende August - Anfang September in Linz zustande. Über das Ergebnis schweigen die Akten. Lediglich der Gesandte Linden berichtete nach Stuttgart, Schwarzenberg sei über die Einigung mit König Wilhelm in Linz sehr erfreut.¹⁾

Nun mußte die Entscheidung in Württemberg fallen. Römer schrieb in der "Württembergischen Zeitung" zwar, daß sich Württemberg ohne die dringendsten Gründe von Österreich und Bayern nicht abwenden könne, ließ aber durchblicken, daß bei Modifikationen der Unionsverfassung ein Beitritt durchaus möglich sei. Eine Konferenz in Lindau mit von der Pforden verlief erfolglos. Der König mußte also Römer zwingen, endlich eine ablehnende Note nach Preußen zu entwerfen. Zuvor ließ er sich jedoch durch Handel schriftlich militärische Hilfe zusichern; Schwarzenberg teilte mit, das Voralberger Corps könne auf Wunsch binnen 24 Stunden in Oberschwaben einrücken. Er empfahl Wilhelm außerdem, keine halbe Sache zu machen wenn er jetzt mit Römer den Kampf aufnehme.²⁾

Römer gab nochmals nach, formulierte die Note jedoch so, daß Württemberg vorerst nicht der Union beitreten könne, andererseits sich solange nicht Österreich anschließe, als dieses kein Volkshaus zugestehe. Auf dringende Vorstellungen Handels strich der Geheime Rat, der sich aus den Fachministern und mehreren, vom König ernannten Beratern zusammensetzte, diesen Passus und schickte die Note am 26. September ab. Das Ministerium Römer aber wurde Ende Oktober entlassen und durch das Ministerium Schlayer ersetzt; das Außenministerium übernahm interimistisch der Staatsrat von Wächter-Spittler.

1) Linden an König, 2.9.1849, St.A.

2) Schwarzenberg an Handel, 14.9.1849, W.A.

4. Die Münchner Übereinkunft

Mit den Ablehnungen Bayerns und Württembergs war das Schicksal der Union entschieden. Bald verließen Sachsen und Hannover den Verwaltungsausschuß, und Preußen mußte sich dazu bequemen, mit Österreich in eine provisorische neue Zentralgewalt einzuwilligen. Die Zentral-Kommission, die aus zwei Österreichern und zwei Preußen bestand und ein halbes Jahr im Amt bleiben sollte - vom 1. November 1849 bis 30. April 1850 - löste den Reichsverweser Erzherzog Johann ab. Die Mittelstaaten zeigten sich zwar anfänglich sehr überrascht über diese Lösung, weil sie selbst ausgeschlossen waren; doch war es Schwarzenberg weniger darauf angekommen, sie überall wohlwollend zu berücksichtigen, als mehr darauf, Preußen wieder in seine Bahnen zu zwingen.

Provisorium. Das Provisorium befriedigte Württemberg nicht. Durch den Kabinettschef ließ der König Schwarzenberg bitten, Österreich möge sich nun über seine endgültigen Pläne in der Verfassungsfrage aussprechen. Die Lage sei noch zu unsicher, antwortete der Fürst, als daß jetzt schon feste Programme aufgestellt werden könnten. Solche hätten doch nur theoretischen Wert. Man müsse den "tatsächlichen Weg" gehen, d.h. schauen, wie sich die Verhältnisse in der neuen Zentralgewalt entwickelten.¹⁾ Auch mehreren direkten Anfragen des neuen württembergischen Außenministers von Wächter-Spittler wich er aus. Wächter hoffte vor allem auf eine Volksvertretung, auf nationale Vereinigung und freisinnige Institutionen im neuen Verfassungsprojekt, da er es nicht für möglich hielt, zum alten Zustand der Dinge zurückzukehren.²⁾ Er und der König hatten bereits den Gesandten in München, Graf von Degenfeld, beauftragt, etwaige Vorschläge ad referendum zu nehmen.

1) Maucier an Linden, 6.10.1849; Linden an König, 16.10.1849 St.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 9.11.1849; Linden an Schwarzenberg, 27.11.1849, W.A.

Schwarzenberg ließ sich Zeit. Er befolgte eine Politik wie später Rechberg in der Frage der Bundesreform: um Preußen gegenüber freier und mit mehr Druck auftreten zu können, schob er die Mittelstaaten nach vorne. In mehreren Besprechungen mit Pfordten gab er diesem zu erkennen, welche Wünsche Österreich bezüglich des neuen Projekts habe und welche Zugeständnisse es machen wolle, zog sich dann aber von den späteren Beratungen der Mittelstaaten in München offiziell zurück. Erst am 21. Dezember ließ er der württembergischen Regierung eine Andeutung zukommen, wonach ihr nunmehr "in vielleicht naher Zukunft" Vorschläge in der Verfassungsfrage zukommen würden.¹⁾ Deutlich spürt man in dieser Depesche den grollenden, unmutigen Unterton über das Drängen Wächter-Spittlers.

Wenige Tage vor Jahresende gingen Pfordtens Vorschläge in Stuttgart ein. Graf Degenfeld-Schomberg, der in München lediglich beobachten und verhandeln, aber nicht entscheiden durfte, hatte sie übersandt. Sie fanden in Stuttgart freundliche Aufnahme. Der König war nämlich inzwischen ganz auf die Seite Österreichs getreten, weil seine Hoffnungen auf Hohenzollern von Preußen durchkreuzt wurden - "Soll ich mich denn nicht ärgern", rief er, "daß mir die verfluchten Pickelhauben auf mein Hohenzollern sitzen".²⁾ Er kritisierte an dem bayerischen Projekt vor allem die den mediatisierten Standesherrn eingeräumten Rechte in einem sog. Staatenhaus. In Württemberg waren nämlich die Vorrechte der Standesherrn nach der Märzrevolution vom Landtag abgeschafft worden, und bei einer Erneuerung befürchtete Wilhelm innere Unruhen in seinem Land. Der König und sein Außenminister wünschten entweder ein Volkshaus nach konservativem Wahlgesetz und ein Staa-

1) Schwarzenberg an Handel, 21.12.1849, W.A.

2) Wilhelm an W. Menzel, bei A.E. Adam: Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung, S. 103 f.

tenhaus, das hälftig aus Kammer-, hälftig aus Regierungsdelegierten zusammengesetzt sein sollte, oder aber noch lieber nur ein Volkshaus aus Kammerdelegierten ohne ein Staatenhaus. Weiterhin traten beide für einen Eintritt Gesamtösterreichs in den neuen Bund ein, da Österreich im März 1849 eine Gesamtstaatsverfassung erhalten habe und daher bei einem Teileintritt eine Kollision der beiden Verfassungen zu befürchten sei.¹⁾ Von mehr nebensächlicher Bedeutung war die Forderung Wächters, das neue Gebilde nicht Staatenbund, sondern Bundesstaat zu nennen. Deutlich ist daraus das Bestreben zu erkennen, Österreich als eine starke Großmacht möglichst eng an das neue Deutschland zu ketten. Schwarzenberg lag, wie er an Handel schrieb, an dieser Bezeichnung nichts; seine Einwürfe hätten nur einem Organismus gegolten, der zur Ausbildung eines Einheitsstaates führen müßte, dessen Existenz mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten unvereinbar sei. "Unsere Bemerkung geschah in rein bundesfreundlicher Absicht..."²⁾

Stärkere Bedenken dagegen hegte Schwarzenberg gegen den Wunsch Wächters, ein Kapitel "Die deutschen Grundrechte" in den Entwurf aufzunehmen. Da Württemberg hierin auch auf den Widerstand der anderen Partner stieß, bestand Wächter nicht darauf und beließ es bei der Feststellung, er habe sich nach Kräften darum bemüht. "Es liegt ja gar nichts an den einzelnen Bestimmungen unserer Vereinbarung", sagte Wilhelm zu Handel, "das Wesentliche ist nur, daß in den Augen der Welt und namentlich Preußens alsbald dargetan werde, daß die vier Könige mit Österreich ganz einig und einverstanden sind".³⁾

1) Handel an Schwarzenberg, 23.1.1850, W.A.

2) Schwarzenberg an Handel, 9.2.1850, W.A.

3) Handel an Schwarzenberg, 30.1.1850, W.A.

... die Beteiligung Österreichs kam es Wilhelm und Wächter vor allem an. Österreich solle sich mehr als bisher an dem in München projektierten Werke selbsttätig und unmittelbar beteiligen. Es bedurfte erst einiger ausdrücklicher Versicherungen Schwarzenbergs, um Wilhelm zu weiteren Instruktionen an seinen Münchner Gesandten zu bewegen. In einem Rundschreiben vom 14. Januar an die Höfe in Hannover, Dresden und Stuttgart betonte Schwarzenberg, er habe Pfordtens Denkschrift gelesen und mit seinen Bemerkungen zurückgesandt. Somit stehe einer Vereinbarung nichts mehr im Wege, wenn diese Länder von deren folgenschweren Bedeutung durchdrungen seien. Günstig sei es, wenn "wir" der Eröffnung des Erfurter Unionsparlamentes noch zuvorkommen würden.¹⁾ Vier Tage später folgte eine nochmalige ernste und dringende Ermahnung an die württembergische Regierung, in München schnell zu einer Verständigung zu kommen, da dies der einzige Weg sei, um drohenden Gefahren zu begegnen. Handel mußte dem König darlegen, daß der Operationsplan von Österreich entworfen und daß Bayern nur unter Österreichs Anleitung handle; es gehe ja noch nicht um eine vollendete Schöpfung, sondern nur um brauchbare Grundlagen, auf denen der Bau dann weitergeführt werden könne.²⁾

Bei der ersten Besprechung der Gesandten in München am 17. Januar 1850 mußte sich Degenfeld mangels Instruktionen noch passiv verhalten. Die zweite Besprechung fand am 21. Januar statt. Während des Februars wurde in zahlreichen Einzelverhandlungen versucht, die Wünsche der beteiligten Regierungen auf einen Nenner zu bringen. Pfordten mußte sich beeilen, da Hannover seinen Gesandten wieder von den Beratungen zurückzog. Am 27. Februar schließlich setzten von der Pfordten, Degenfeld-Schenberg und der sächsische Gesandte Graf von Hohenthal ihre Unterschriften unter das Dokument. Genau genommen handelte es sich also nicht um ein "Vierkönigsbündnis", wie dieser Ab-

1) Weisung Schwarzenbergs nach Hannover, Dresden, Stuttgart, 14.1.1850, W.A.

2) Schwarzenberg an Degenfeld, 18.1.1850, W.A.

schluß meist genannt wird, sondern wiederum um ein Dreikönigsbündnis.

Die "Übereinkunft über die Grundzüge einer künftigen deutschen Verfassung", wie der Titel dieses Dokumentes lautet,¹⁾ umreißt im Artikel 1 die Aufgaben des neuen Bundes, nennt im Artikel 2 die drei Bundesorgane Bundesregierung, National-Vertretung und Bundesgericht und bestimmt als Mitglieder der Bundesregierung je einen Vertreter Österreichs, Preußens, der vier Königreiche und (gemeinsam) der beiden Hessen. Als Sitz wird weiterhin Frankfurt vorgesehen. Die National-Vertretung, gewählt von den einzelnen Landesversammlungen, setzt sich aus je 100 österreichischen, 100 preussischen und 100 mittel- und kleinstaatlichen Delegierten zusammen, gleichgültig, ob Preußen und Österreich nur mit einem Teil oder ihrem gesamten Gebiet in den Bund eintreten; sie wird von der Bundesregierung berufen, vertagt und aufgelöst. Kein Bundesgesetz darf ohne ihre Zustimmung verabschiedet werden, die Nationalvertretung hat das Recht der Gesetzesinitiative und das Budgetrecht.

In der Münchner Übereinkunft, die in manchen Dingen Schwarzenbergs Projekt der sieben Kreise ähnelte, wurde versucht, den verschiedensten Wünschen Rechnung zu tragen. Das Volkshaus sollte die aufgeregten Geister der Revolution besänftigen; aber gerade beim Volk fand der Entwurf wenig Beifall, weil das vorgesehene Delegiertensystem gegenüber der direkten Volkswahl in der Union einen Rückschritt bedeutete. Österreich kam man entgegen, indem man den Gesamteintritt der Monarchie in den neuen Bund wie auch in den Zollverein offen hielt. Und Preußen suchte man zu gewinnen, indem man ihm formell die gleichen Rechte wie Österreich einräumte. Es war jedoch von vornherein klar, daß Preußen von Österreich

1) Eines der drei Originale befindet sich in Rep. E. 6',
Büschel 4, St.A.

und den befreundeten Mittelstaaten stets überstimmt werden konnte. Wenn Brandt¹⁾ das Münchner Projekt eine "Mißgeburt" nannte, die "nicht besser, aber auch nicht schlimmer als das preußische Unionsprojekt war", so ist das im Hinblick auf die Reichsverfassung von 1849 und auf den preußisch-österreichischen Machtkampf richtig. Zieht man aber den Vergleich mit dem Ergebnis der nachmaligen Dresdener Konferenzen, so kann die Münchner Übereinkunft noch glänzend bestehen.

Waren so vorderhand alle Bedürfnisse befriedigt, so hatte doch Württemberg mit seiner Forderung nach Einfügung der Grundrechte zurückstehen müssen. Das Ministerium und der Geheime Rat ratifizierten zwar "trotz buntester Meinungen" einstimmig die Übereinkunft²⁾, doch wurde - als Deckung gegenüber der Kammer - in die zu übergebende Note der Passus eingefügt: "Dabei geht die k. württembergische Regierung von der Voraussetzung aus, daß in das neue deutsche Bundesgrundgesetz, welches nach den in der Übereinkunft ausgesprochenen Grundzügen ausgearbeitet werden soll, die deutschen Grundrechte unter den durch den Zweck einer allseitigen Vereinbarung gebotenen Modifikationen ausdrücklich werden aufgenommen werden."³⁾ Linden unterließ es nicht, Schwarzenberg "pflichtschuldigst" in Kenntnis zu setzen, daß die Verhältnisse in Württemberg der k. Regierung diesen Zusatz notwendig machten.

Damit kam er jedoch bei dem Fürsten schlecht an. Noch am gleichen Tag (12. März) setzte Schwarzenberg Linden gewaltig unter Druck; er lud Linden und der württembergischen Regierung die ganze Verantwortung bei einem Scheitern des Planes auf. "Wenn Euer Hochwohlgeboren auf der Einschaltung des Ihnen befohlenen Zusatzes beharren, wäre ich unter solchen

1) O. Brandt: Mittelstaatliche Politik im Deutschen Bund nach der Revolution von 1848, S. 11

2) Handel an Schwarzenberg, 5.3.1850, W.A.

3) Wächter an Linden, 8.3.1850, St.A.

Umständen, zu meinem großen Bedauern genötigt, die Annahme Ihrer Mitteilungen zu verweigern..."¹⁾ Nach einem dramatischen Telegrammwechsel gab Linden schließlich nach, und Österreich ratifizierte noch am selben Tag. Am 13. März sprach Schwarzenberg allen beteiligten Staaten sein hohes Lob aus, und am 14. März lud er in einem Zirkular alle anderen deutschen Höfe außer Berlin zum Beitritt ein.

Wie Schwarzenberg aber wirklich über die Münchner Übereinkunft dachte - und das hätte auf einen mittelstaatlichen Diplomaten geradezu erschütternd wirken müssen - geht aus einem Brief an Prokesch-Osten vom 8. März hervor. Darin heißt es: "Der Entwurf selbst enthält manches Absurde und vieles Unnötige, was man aber zur Zeit noch in Deutschland für vortrefflich und wesentlich hält... Es handelte sich aber darum, e t w a s festzustellen, und somit haben wir uns herbeigelasen, bis auf einen gewissen Punkt mit den Wölfen zu heulen. Von diesem Entwurf bis zur dauernden Organisation des großen Bundes ist ein weiter Weg, und während man den zurücklegt, wird und muß sich Vieles ändern".²⁾ Zum Prinzen von Preußen sagte er, es falle Österreich nicht ein, den "Unsinn" des bayerischen Projektes zu vertreten.³⁾

5. Die neue Zentralgewalt

Das zu München geschlossene Bündnis brachte Preußens Stellung unverkennbar ins Wanken. Doch sprengte es die Union noch nicht. Auch so massive Angriffe wie sie der König von Württemberg in seiner Thronrede am 15. März 1850 gegen Preußen richtete,

1) Schwarzenberg an Linden, 12.3.1850, St.A.

2) Schwarzenberg an Prokesch, 8.3.1850, bei Akten -Anhang I zu Friedjung: Österreich von 1848 bis 1860, S.514

3) Heinrich von Srbik: Deutsche Einheit, Bd.II, S. 49

prallten vorläufig noch ab. Voll dynastischen Selbstgefühls nannte Wilhelm die Union einen "künstlichen Sonderbundsversuch", der undurchführbar sei ohne offenen Bruch des Bundes. Der deutsche Einheitsstaat sei ein Traumbild und das gefährlichste aller Traumbilder; die wahre Kultur und Freiheit der Nation beruhe in der Eigentümlichkeit und Selbständigkeit ihrer Hauptstämme. Selbst Handel empfand in einem Telegramm diese Ausdrücke als "sehr stark". Schwarzenberg aber nannte die Ansprache "würdevoll, kräftig und den Verhältnissen entsprechend". "Das kaiserliche Kabinett kann denselben sonach nur vollen Beifall zollen."¹⁾ Preußen brach daraufhin seine diplomatischen Beziehungen zu Württemberg ab und rief seinen Gesandten Sydow zurück. Den konsularischen Schutz der Württemberger in Preußen nahm zukünftig Bayern wahr, und Württemberg durfte sich von den Berichten des bayrischen Gesandten in Berlin Abschrift nehmen. Schwarzenberg schätzte anscheinend die Gefahr eines Krieges als akut ein und bot Wilhelm einen Paß sowie wiederum Truppen von Vorarlberg an. Wilhelm jedoch nahm, im Gegensatz zu seinem Volk, dieses Ereignis gelassen hin.²⁾

Noch besaß Preußen das Wohlwollen Rußlands und sicherte es sich erneut, als es seine Truppen aus Schleswig-Holstein zurückzog. Und dieses Rußland, seit seinem kraftvollen Eingreifen in Ungarn der Schiedsrichter Mitteleuropas, stimmte dem Eintritt Gesamtösterreichs in einen neuen deutschen Bund nicht zu. Schwarzenbergs vornehmlichstes Streben mußte also dahin gehen, diese Macht auf seine Seite zu bringen. Kaiser- und Ministertreffen in Warschau, Olmütz und Wien häuften sich.

-
- 1) Handel an Schwarzenberg, Tel., 15.3.1850; Schwarzenberg an Handel, 19.3.1850, W.A.
 - 2) Schwarzenberg an Handel, 19.3.1850; Handel an Schwarzenberg, 24.3.1850, W.A.

In Deutschland selbst führte er einen neuen Schachzug: in einem Zirkular vom 14. April erklärte er den mittel- und kleinstaatlichen Höfen, Österreich sei nicht gewillt, die provisorische Zentralkommission zu verlängern, es wolle nun endlich ein Definitivum schaffen. Der Wunsch der Mittelstaaten, wieder an der Bundeszentrale teilzunehmen, sei voll berechtigt. Mit Bernstorff, dem preußischen Gesandten in Wien, habe er noch zu keiner Einigung gelangen können, da dessen Vorschläge alle auf die Teilung Deutschlands hinausgelaufen seien. Österreich lade deshalb alle Regierungen ein, Bevollmächtigte nach Frankfurt zu schicken, um dort eine neue provisorische Zentralgewalt zu errichten. Wer nicht komme, könne sein Stimmrechts verloren gehen. Die Bevollmächtigtenversammlung solle die Aufgabe haben, die Bundesverfassung zu revidieren.¹⁾

Während Österreich den Grafen Thun zum Vorsitzenden bestimmte, schickte Württemberg den Herrn von Reinhard, der dann auch bis 1865 württembergischer Bundestagsgesandter blieb. Robert von Mohl schreibt über ihn, er sei "kaum durch etwas bemerkbar" gewesen, "als durch eine Neigung zum Wohlleben und durch eine ungeduldig machende Unklarheit des Gedankens und des Ausdrucks."²⁾ Bismarck warf ihm Oberflächlichkeit, Verworrenheit, Selbstgefälligkeit und ein hohes Maß von Unaufrichtigkeit vor; er hegte von Anfang an starke Antipathien gegen ihn.³⁾ Jedenfalls war Reinhard gut österreichisch gesinnt und wich von dieser Linie nicht ab.

Wächter-Spittler und die anderen Minister empfanden gegen dieses Vorgehen Österreichs Mißtrauen; sie wollten Reinhard keine förmliche Vollmacht ausstellen, mußten aber auf Drängen des

1) Zirkular Schwarzenbergs, 14.4.1850, W.A.

2) R. v. Mohl: Lebenserinnerungen 1799 - 1875, II. Bd., S.212

3) A. Kohut: Otto von Bismarck in seinen Beziehungen zu Württemberg und zu württembergischen Staatsmännern, S.114 ff.

Königs nachgeben. Dieser war durch ein persönliches Schreiben Schwarzenbergs, in dem dieser den österreichischen Kaiser als Wilhelms nächsten und treuesten Bundesgenossen bezeichnete und die Hoffnung aussprach, daß Wilhelm bereit sei, "im engen Bunde mit uns und den Höfen der Münchner Übereinkunft dem großen Werke der Rekonstruierung des Vaterlandes die Tat zu weisen", ¹⁾ schon lange gewonnen.

Die Frankfurter Bevollmächtigten-Versammlung, zunächst nur von Österreich, den vier Königreichen, Kurhessen, Hessen-Homburg, Liechtenstein, Dänemark (für Holstein und Lauenburg) den Niederlanden (für Limburg) und Preußen als dem Sprecher der Union beschickt, begann am 10. Mai mit einem Paukenschlag. Sie erklärte sich sofort auf Antrag Österreichs trotz Preußens Widerspruch zur Bundesversammlung. Reinhard, vom König angewiesen, sein Verhalten ganz nach dem Österreichs zu richten, stimmte ohne ausdrückliche Instruktionen zu. Dieses Verhalten rief in Württemberg einen Sturm der Entrüstung hervor. Selbst der König betonte gegenüber Handel, ein einfaches Zurückkommen auf die früheren Bundesverhältnisse halte er für ganz unmöglich. ²⁾ Das Ministerium hätte Reinhard am liebsten sofort abberufen, fürchtete aber die Feindschaft Österreichs und die Isolierung. Gegenüber der Kammer, die auf die Frankfurter Erklärung ungemein heftig reagierte, versuchte sich Wächter zunächst durch die Argumentation hinauszureden, es seien zwar die Bundesorgane abgeschafft, der Bund aber habe nie aufgehört, zu bestehen, weil er als ein ewiger Bund geschlossen sei. Die Regierungsbevollmächtigten seien nur zusammengetreten, um das Eigentum des Deutschen Bundes an den Festungen und Schiffen zu verwalten und um einen Weg zu sichern, auf welchem die neue Bundesverfassung im gemeinsamen Einverständnisse errichtet

1) Schwarzenberg an Wilhelm, 1.4.1850, St.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 26.5.1850, W.A.

werden könne.¹⁾ Andererseits versuchte Wächter, diese Frankfurter Erklärung rückgängig zu machen. Reinhard sollte Thun erklären, Württemberg erkenne die Plenarversammlung als solche nicht an, was Reinhard als eklatanten Bruch mit Österreich ablehnte. Er bitte um Abberufung, falls die Regierung darauf beharre. An Linden schrieb Wächter, nach den rechtlichen Anschauungen des Ministeriums sei die alte Bundesversammlung definitiv aufgelöst. Durch diese Anschauung wolle aber Württemberg den Plänen Preußens keineswegs Vorschub leisten.²⁾

Mit dieser Erklärung erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Am 26. Juni sprach Schwarzenberg sein tiefes Bedauern über die Vorgänge in Württemberg aus, die mit dem Weg, den Österreich in Gemeinschaft mit den ihm näher verbündeten Höfen eingeschlagen habe, in offenem und sehr überraschendem Widerspruch ständen. Der König möge sich entschließen, die Hindernisse, welche der Verwirklichung seiner guten Absichten noch im Wege stünden, zu beseitigen. Handel solle eine schenkende, doch ernste Sprache führen.³⁾ Tags darauf beschloss die Kammer, die schon am 3. Juni Wächter-Spittler wegen der Unterzeichnung der Münchner Übereinkunft und der Beschickung der Frankfurter Bevollmächtigtenversammlung ohne ihre Zustimmung unter Ministeranklage gestellt hatte, mit 55:4 Stimmen, sich gegen die Fortdauer des Bundes und der Bundesakte feierlich zu verwahren und den Frankfurter Beschlüssen die Eigenschaft von Bundesbeschlüssen nicht zuzuerkennen. Das Ministerium stellte sich hinter die Kammer und vertrat einstimmig die Ansicht, daß die Bundesversammlung gesetzlich aufgehoben sei. König Wilhelm zog nun die Konsequenzen und beseitigte die "Hindernisse": er zwang das Ministerium Schlöyer zum Rücktritt und ersetzte es durch das konservative Ministerium Linden; dieses löste am 2. Juli auf Wunsch des Königs die Landesversammlung auf.

1) Reyscher, a.a.O., S. 191

2) Wächter an Linden, 19.6.1850, St.A.

3) Schwarzenberg an Handel, 26.6.1850, W.A.

Damit hatte die Reaktion in Württemberg die Oberhand gewonnen. Joseph von Linden, Bruder des Gesandten in Wien, vorläufig gleichzeitig Außen- und Innenminister, persönlich liebenswürdig und ein untadeliger Charakter, von Mohl weniger als eine Inkarnation des Absolutismus und der Reaktion, sondern als ein "lebendiger Ausdruck des Bürokratismus und dessen Fehlern und guten Eigenschaften" betrachtet¹⁾ - Linden erstrebte die Wiederherstellung des Deutschen Bundes. Seine Sympathien galten eindeutig Österreich. Er anerkannte sofort die Frankfurter Versammlung als eine außerordentliche Bundesversammlung und erhob nur schwache Einwände gegen die vollständige Wiedereinführung der alten Bundesorgane. Der König hatte Reinhard seine Ansichten unzweideutig dargelegt: sein politisches System sei unwandelbar; es sei der genaueste Anschluß an Österreich!

Schwarzenberg konnte nunmehr, ohne Widerstände befürchten zu müssen, seinem Ziel nähersteuern. In einem Zirkular legte er den Regierungen ein 7-Punkte-Programm vor: 1. Der Bund besteht noch. 2. Solange keine neue Verfassung da ist, gilt die alte. 3. Die provisorische Zentralkommission hat ihre Tätigkeit am 1. Mai beendet; also haben wir die Pflicht, ein neues Bundesorgan zu schaffen. 4. Die preußische Union ist Konkurrenz, ja Gegner des Bundes, und daher nicht zu dulden. 5. Nur der Gesamtbund kann eine neue Verfassung entwickeln. Um die Vorarbeiten dazu auszuführen, muß 6. ein "Engerer Rat" gebildet werden. 7. Dieser wird die ordentliche Bundesversammlung berufen.²⁾ Württemberg und die anderen Staaten stimmten zu, und so konnte Österreich am 1. September 1850 wieder die alte Bundesversammlung konstituieren. Preußen und die Unionstaaten blieben fern. Zwar hatte Radowitz die Unausführbarkeit der Unionsverfassung

1) R. v. Mohl, a.a. O., S. 212

2) Zirkular Schwarzenbergs (Abschrift), 19.7.1850, St.A.

schon zugegeben, und Friedrich Wilhelm ließ das Unionsprinzip infolge des starken österreichischen und russischen Drucks fallen, doch mußte es erst zur Kraftprobe in Kurhessen kommen, bevor die Entscheidung fiel.

6. Der Fall Kurhessen und das Militärbündnis zu Bregenz

In Kurhessen hatte der despotische Kurfürst als neuen Minister Daniel Ludwig Hassenpflug, einen Mann "von eiserner Entschlossenheit und Hartköpfigkeit, voll schroffster autoritärer Gesinnung", ¹⁾ eingesetzt. Als die Stände gegen die überhöhten Steuervorlagen Widerstand leisteten, löste er den Landtag auf und schrieb die Steuern verfassungswidrig aus. Das Volk, der Beamtenapparat und selbst das Militär verweigerten nun die Steuern, worauf der Kurfürst im September 1850 das Kriebsrecht verhängte.

In Kurhessen kreuzten sich die Interessensphären Österreichs und Preußens. Nominell gehörte das Land noch der Union an, andererseits aber hatte es auch schon seinen Vertreter in die Bundesversammlung abgeordnet. Wer hatte das bessere Recht, einzugreifen? Preußen sah seine natürlichen Lebensinteressen gefährdet, denn zwei Etappenstraßen führten vom Mutterland mitten durch Kurhessen nach Rheinpreußen. Schwarzenberg wiederum betrachtete die kurhessische Frage als einen willkommenen Anlaß, dem neu begründeten Bund zum Durchbruch zu verhelfen und ihm wieder unumschränkte Macht in Deutschland zu verschaffen.

Gegen den Beschluß der Bundesversammlung vom 21. September, über Kurhessen die Bundesexekution zu verhängen, erhob Preußen als Vormacht der Union Protest. Der Fall müsse vor dem Unionsschiedsgericht in Erfurt ausgetragen werden. Danach wurde es

1) H. v. Srbik, Deutsche Einheit, II. Bd., S. 56

allen klar, daß es diesmal auf Biegen und Brechen gehen werde. Notfalls mußten die Waffen entscheiden. Während Preußen zu rüsten begann, sah sich Schwarzenberg nach Verbündeten um.

Wer den unmittelbaren Anlaß zu dem Monarchentreffen Franz Joseph, Max II. und Wilhelm in Bregenz gegeben hat, läßt sich aus den Akten nicht mehr genau feststellen. Der Gesandte Linden berichtete seinem König schon am 16. August von einer im Herbst geplanten Reise des Kaisers nach Vorarlberg und drei Wochen später die Äußerung Schwarzenbergs, der Kaiser würde sich sehr freuen, dabei Wilhelm begrüßen zu können.¹⁾ Einen Tag später schon - der Bericht konnte noch nicht eingetroffen sein - schrieb Handel, daß der württembergische König lebhaft wünsche, mit dem Kaiser in Vorarlberg zusammenzutreffen.²⁾ Andererseits bemerkt Erich-Günther Blau, daß Pläne zu dem bayrisch-österreichischen Kriegsbündnis schon im Dezember 1849 angeregt worden seien, und zwar von Bayern.³⁾

Jedenfalls trafen sich die drei Herrscher mit ihren leitenden Ministern und Gesandten am 11. und 12. Oktober in Bregenz. Beim großen Essen brachte Wilhelm den Trinkspruch aus: "Wenn der Kaiser ruft, marschieren wir", und Franz Joseph antwortete: "Ich bin stolz darauf, mit solchen Kameraden in den Krieg zu ziehen". Wilhelm: "Ein alter Soldat macht nicht viel Worte, aber er folgt dem Rufe des Kaisers, wohin es auch sei". Der bayrische König Max sprach von starker Machtentwicklung im richtigen Moment. Nachdem somit gleich zu Beginn eine kameradschaftliche Atmosphäre geschaffen war, begannen am anderen Morgen die eigentlichen Verhandlungen. Württemberg erwies sich zäher als erwartet. Schwarzenberg stellte Linden vor die Alternative, er müsse den Bund wollen oder nicht. Wenn ja, müsse die Entscheidung in Kurhessen fallen. Linden

1) Linden an König, 16.8.1850 bzw. 3.9.1850, St.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 4.9.1850, W.A.

3) E.G.Blau: Die Wiener Militärkonferenzen im Oktober 1850, S.5

ging zum König, dessen Antwort nicht ganz mit seinen Trinksprüchen harmoniert und von einem schweren Ringen in sich zeugt. "Es scheint zum Äußersten gekommen zu sein, wir können nicht vereinzelt bleiben, entweder müssen wir mit Österreich oder mit Preußen gehen, in keinem Fall ersparen wir uns Opfer... Mit 20 000 Mann marschiere ich, aber ungern; ich habe nie gegen Deutsche gefochten; es ist immer ein Bürgerkrieg. Muß ich es aber tun im Interesse des Landes, so sei es." Am Nachmittag wurde das Bündnis protokolliert, wobei es Linden noch gelang, die Voraussetzung eines Bundesbeschlusses vor einem aktiven Eingreifen in den Kampf in das Dokument einzufügen. Anschließend setzten die Monarchen und Minister ihre Unterschrift darunter.¹⁾

In der Präambel versichern die drei Herrscher, "bereitwillig den Bundesbeschlüssen Folge zu leisten, und dieselben auszuführen". Wenn sich jemand entgegenstellen sollte, wird das als Auflehnung und Bundesbruch erkannt werden müssen. Die Monarchen "verpflichten sich demnach, die Rechte und das Ansehen des Bundes mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren und auf jede Weise zur Geltung zu bringen, und stellen hierzu ihre bewaffnete Macht der Bundesversammlung zur Verfügung". Bayrische Truppen und ein österreichisches Bataillon sollen die Beschlüsse in Kurhessen verwirklichen; sollte sich aber Preußen widersetzen, so stellen Österreich zunächst 150 000 Mann, Bayern 50 000 und Württemberg 20 000 Mann zur Verfügung. Um einen gemeinschaftlichen Operationsplan zu entwickeln, senden Bayern und Württemberg sofort Generalstabsoffiziere nach Wien. - Sachsen und das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, die von Schwarzenberg zur Teilnahme eingeladen wurden, traten am 22. bzw. 30. Oktober bei.

1) Einzelheiten über den Verlauf des Bregenzer Treffens bringen H.Friedjung: Österreich von 1848 bis 1860, S.79; E.Schneider: Württembergische Geschichte, S. 535 und J. Pflugk-Harttung: Die Anfänge des württembergischen Ministeriums Linden, S.43 f. Das Original des Abkommens liegt in Rep. E 64, Büschel 4, St.A.

Minister Linden betrachtete das Bregenzer Abkommen nicht etwa als eine neue Verabredung zwischen den dort vertreten gewesenen Staaten, nicht etwa als ein neues Bündnis; vielmehr seien nur Vorkehrungen getroffen worden, um - zwecks innerer und äußerer Sicherheit - den Bundesbeschlüssen zur Durchführung zu verhelfen und die Unabhängigkeit des Staates zu sichern.¹⁾ Dem König scheint es nach diesem Kriegsbündnis nicht ganz wohl gewesen zu sein, Er wartete das Ergebnis der Warschauer Besprechungen zwischen Schwarzenberg und dem russischen Staatskanzler Nesselrode ab; außerdem soll er das Bregenzer Bündnis sofort dem Zaren mitgeteilt haben, ~~was~~ ihm Handel später immer wieder vorwarf. In der Kammer, welche 300 000 Gulden für die Rüstungen genehmigen sollte, stieß das Bündnis auf völlige Ablehnung. Reyscher, der Wortführer der Demokraten, sagte, ein "Gefühl des Abscheus" habe die Nation ergriffen "bei jenem Vertrag von Bregenz, worin Württemberg mit Bayern sich vorschreiben ließ, um den Henker von Kurhessen zu machen".²⁾ Mit 52:5 Stimmen lehnten sie den Vertrag ab, worauf Linden zur Auflösung schritt und sich das Geld mit Berufung auf das Notverordnungsrecht selbst genehmigte.

Am 18. Oktober lud Schwarzenberg telegraphisch zur Generalstabskonferenz nach Wien ein; für Württemberg reiste Oberst Wiederhold, für Bayern der General ^{der} von Mark dorthin. Wiederhold erhielt die Instruktion mit, daß der Mobilmachung ein Bundesbeschluß vorangehen müsse. (Dieser Bundesbeschluß kam am 28. Oktober zustande.) Die Pläne der beiden Offiziere liefen zunächst darauf hinaus, mit den eigenen Truppen auch die eigenen Grenzen zu schützen, während der österreichische Feldzeugmeister Heß auf eine Konzentrierung aller verfügbaren Kräfte in Böhmen drang, falls es zum Krieg mit Preußen kommen

1) Linden (Min.) an Linden (Ges.), 24.10.1850, St.A.

2) Reyscher, a.a.O., S. 200

sollte. Am 3. November gelangte man schließlich zu einem Kompromiß: den Hauptschlag sollten die österreichischen und die zu erwartenden russischen Truppen in Böhmen führen, das erste bayrische Corps den linken Flügel zwischen Bayreuth und Hof bilden, das zweite in Kurhessen einrücken und die württembergischen Truppen, falls sie den vom Rhein her zu erwartenden preußischen Angriff nicht abschlagen können, sich ebenfalls auf den linken Flügel zurück ziehen.¹⁾

Wiederhold scheint in Wien eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Denn von Wilhelm stand in militärischer Hinsicht nicht viel zu erwarten, da man ihm in Bregenz das Kommando der Westarmee nicht angeboten und ihn dadurch verärgert hatte. Trotz eifrigen Drängen Handels²⁾ und mehrerer dringlicher Mahnungen Schwarzenbergs³⁾ konnte der österreichische Gesandte in Stuttgart nur von überhaupt noch keinen Rüstungen (20.10.), neuer Lauheit, geringer Energie und halben Maßregeln (2.11.) und Sehnsucht nach friedlicher Wendung (6.11.) berichten. Erst Mitte November ging die Ausrüstung schneller voran, der Mut des Königs war gestärkt und schließlich glaubte Handel sogar Kriegsbegeisterung feststellen zu können.⁴⁾

Die Entscheidung in dem Ringen um die Vormachtstellung in Deutschland fiel jedoch nicht in dem kleinen Gefecht bei Bronzell in Kurhessen, sondern beim Warschauer Treffen zwischen Schwarzenberg und Nesselrode am 28. Oktober. Rußland anerkannte den neuen Bund, schickte seinen Gesandten nach Frankfurt und bedrohte Preußen mit Krieg, falls dieses nicht die Union aufgeben und zum Bund zurückkehren werde. Dieser Übermacht mußte Preußen weichen. Am 29. November unterzeichneten Manteuffel und Schwarzenberg in Olmütz eine Punktation,

1) Vgl. zum Ganzen Blau, a.a.O.

2) Handel an Schwarzenberg, 20.10., 24.10.1850, W.A.

3) Schwarzenberg an Handel, 8.11., 9.11., 24.11.1850, W.A.

4) Handel an Schwarzenberg, 20.10., 2.11., 6.11., 11.11., 15.11., 27.11.1850, W.A.

einen Ausgleich "ohne Sieger und Besiegten".¹⁾ Schwarzenberg gelang es nicht, Preußen die Anerkennung der eindeutigen österreichischen Vormacht und den Eintritt Österreichs in den Zollverein abzuwingen; andererseits mußte Preußen das Unionsprojekt begraben, es kehrte an den Bund zurück, sein Wunsch nach Parität mit Österreich wurde abgeschlagen und ohne Kampf hatte es Kurhessen zu räumen.

Die Mittelstaaten und unter ihnen besonders Württemberg und König Wilhelm waren zunächst befriedigt, daß der Krieg nochmals vermieden und eine Verständigung erzielt wurde. Die anfängliche Freude wich aber bald der Besorgnis, die beiden Großmächte könnten über die Mittelstaaten hinweg die zukünftigen Geschicke Deutschlands allein bestimmen. Linden faßte seine Stellungnahme zu Olmütz in vier Punkten zusammen: 1. Württemberg freue sich, daß man von Krieg verschont geblieben sei; 2. Zur Abwehr des revolutionären Radikalismus möge die Einigung weitere Fortschritte machen; 3. Die Olmützer Bestimmungen beruhen auf ziemlich dualistischer Grundlage und sollten eigentlich Bundesentscheidungen sein. Württemberg hofft, daß das österreichisch-preußische Vorgehen in Kurhessen und Holstein nur einen Einzelfall darstellt und zumindest dem Bund nachträglich zur Genehmigung vorgelegt wird; 4. (Um ein Gegengewicht zu bilden), befürwortet Württemberg einen engen Anschluß Württembergs, Bayerns, Sachsens und Hannover untereinander.²⁾ Dem dualistischen Streben der Großmächte wurde also das "dritte Deutschland" entgegengestellt.

1) Srbik, Deutsche Einheit, Bd. II, S. 80

2) Linden (Min.) an Linden (Ges.), 8.12.1850, St.A.

7. Württemberg bei den Dresdener Konferenzen

Die Entscheidung über alle organisatorischen Fragen der Neukonstruierung des Bundes wurde in Olmütz auf die freien Konferenzen in Dresden vertagt - ein Fehler Schwarzenbergs, wie sich zeigen sollte. Schwarzenberg lud dazu in einem Zirkular vom 12. Dezember ein. Schon lange sei das Bedürfnis nach einer zeit- und sachgemäßen Revision der bundesgesetzlichen Verfassung des deutschen Bundes wach geworden. In Dresden solle die Herstellung einer starken Vertretung nach innen und nach außen der leitende Gedanke für die beteiligten Regierungen sein.¹⁾ Württemberg sandte den Legationsrat Frh. von Neurath, später war auch Linden selbst anwesend.

Die Konferenzen wurden am 23. Dezember eröffnet; Manfeuffel gestand den Eintritt Gesamtösterreichs zu, forderte aber dafür das Alternat im Bundesvorsitz und die Militärhegemonie bis zum Main sowie auch den zukünftigen Ausschluß Österreichs aus dem Zollverein; Schwarzenberg wollte den Beitritt Gesamtösterreichs in den Bund und den Zollverein, den alleinigen Vorsitz im Bund, die Verstärkung des österreichischen Einflusses in der Exekutive durch Bevorzugung der Mittelstaaten gegenüber den Kleinstaaten und, gemäß dem Wunsch Franz Josephs, keine Volksvertretung am Bund.

In der Frage des Eintritts Gesamtösterreichs in den Bund nahm König Wilhelm eine schwankende Haltung ein. Während er sich vor Beginn der Konferenzen dafür aussprach,²⁾ gelangte er im Februar 1851 zu der Ansicht, daß dadurch die mittleren und kleineren Staaten Deutschlands Gefahr liefen, in die österreichischen Kriege verwickelt zu werden. Er befürchtete, seine Truppen müßten dann in Italien und Ungarn kämpfen.³⁾

1) Zirkular Schwarzenbergs, 12.12.1850, W.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 18.12.1850, W.A.

3) Handel an Schwarzenberg, 23. 2., 5.3.1851, W.A.

Der Einspruch Englands und Frankreichs verstärkte noch seine Bedenken. Erst als Schwarzenberg und der Bund diese Einmischung zurückwiesen, schwenkte er wieder um, zumal sich der Gesamteintritt durch den nun festen Widerspruch Preußens ohnehin nicht realisieren ließ. - Sein Außenminister Linden und Neurath verhielten sich loyal; Linden betonte, daß sich Württemberg an die Münchner Übereinkunft, in welcher Österreich der Eintritt mit seinem gesamten Gebiet freigestellt wurde, halte und daher rechtlich nichts einzuwenden habe.¹⁾ Bei dieser Ansicht blieb er.

In Dresden wurde auch lange Zeit um die Neugestaltung der Bundesexekutive gerungen. König Wilhelm wünschte, daß man als Basis die Münchner Übereinkunft oder notfalls die alte Bundesakte wählen solle; die kleineren Staaten seien aus dem Zentralorgan auszumerzen und die Exekutive zwischen den beiden Großmächten und den vier Königreichen zu teilen, (also eine Anlehnung an seine alte Gruppen-Idee). Jedenfalls erwartete er einen - wenn nicht geographischen - so doch politischen Machtzuwachs für sein Land.²⁾ Als man nun Württemberg eine gemeinsame Stimme mit Baden, Kurhessen, Luxemburg und Holstein einräumte, paßte ihm das aber nicht; er verwahrte sich dagegen, mit zwei Ländern in einen Topf geworfen zu werden, die schon eine Revolution und Bundesexekution durchgemacht hätten.³⁾ Das von Österreich anschließend projektierte Elferdirektorium (mit einer eigenen Stimme Württembergs) billigte er - doch dieses scheiterte am Widerstand Preußens. Nachdem die Verhandlungen über dieses Thema somit in eine Sackgasse geraten waren, meinte er resigniert zum österrei-

1) Linden (Min.) an Linden (Ges.), 3.3.1851, St.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 4.12., 18.12.1850, W.A.

3) Handel an Schwarzenberg (in Dresden), 10.1.1851, W.A.

phischen Gesandten, die Konferenzen in Dresden würden kaum ein dauerhaftes Resultat versprechen und die dort ins Leben tretende Organisation des deutschen Bundes werde wohl nicht so lange anhalten wie der frühere Bundestag.¹⁾ Die spätere Entwicklung sollte ihm Recht geben.

Für die in der Münchner Übereinkunft festgelegte Volksvertretung am Bund setzten sich Württemberg, Bayern und Sachsen in Dresden nach wie vor ein, um, wie sich Neurath ausdrückte, "den kleinen demokratischen Kammern ihren verderblichen Einfluß zu benehmen"²⁾ und die Revolution für dauernd zu bannen. Aber bereits beim Neujahrsempfang lehnte Schwarzenberg die Volksvertretung rundweg ab; eine solche Institution sei außerordentlich gefährlich und würde nur danach trachten, ein absolutes Übergewicht über die Bundesregierung an sich zu reißen.³⁾ Im geheimen stand diese Ablehnung bereits seit der Warschauer Unterredung fest, bei der Nesselrode und auch Brandenburg darauf bestanden, die Volksvertretung fallen zu lassen. "Wir haben dazu unsere Zustimmung gerne erteilt", schrieb Schwarzenberg damals an Handel.⁴⁾

Handel hatte zudem den Auftrag, in "kluger und nachhaltiger Weise" bei der württembergischen Regierung auf die Beseitigung der noch gültigen demokratischen Gesetze und Einrichtungen hinzuwirken. Schwarzenberg übte in seinen Weisungen einen massiven Druck aus, und Handel spielte sogar mit dem Gedanken, durch Erlassung "allgemeiner Normen, denen sich die einzelnen Staaten unweigerlich zu fügen hätten", diesen eine Art Zwangsjacke anzulegen. Aus dieser Situation heraus muß man

1) Handel an Schwarzenberg, 13.2.1851, W.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 19.12.1851, W.A.

3) Traub, a.a.O., S. 51

4) Schwarzenberg an Handel, 7.11.1850, W.A.

den berühmt gewordenen Brief Wilhelms an Schwarzenberg verstehen, den er am 18. Januar 1851 absandte und in dem er seinem Herzen gewaltig Luft machte.¹⁾ Die Summe dieses seines "politischen Glaubensbekenntnisses" lautete:

"Entweder können wir in den einzelnen Staaten ohne Kammern und Volksvertretungen regieren, oder wir können dies nicht. Können wir es nicht, so können wir auch im Mittelpunkt des Bundes eine solche Vertretung nicht entbehren, wenn wir anders früher oder später nicht zwischen der neu zu errichtenden Zentralgewalt und den desorganisierten ständischen Elementen einen Konflikt hervorrufen wollen, welcher auf die Länge den Bund innerlich lockern und nach außen mehr und mehr abschwächen muß. Die Ausführbarkeit eines allgemeinen parlamentarischen Bundes bestreiten heißt, nach meiner Anschauungsweise, nichts Anderes als den Bund selbst mit dieser Zeit unvereinbar und auf die Dauer für unmöglich halten. Euer Durchlaucht wissen, ich bin kein Freund von improvisierten Charten und modernen Staatsexperimenten, aber ebenso wenig liebe ich auf dem politischen Felde die Einführung oder Rückkehr dessen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat."

Der Brief erregte in Süddeutschland ungeheures Aufsehen, als ihn die "Augsburger Allgemeine Zeitung" durch eine Indiskretion ziemlich schnell veröffentlichen konnte. Er ist das letzte Zeugnis der liberalen Gedanken König Wilhelms vor seinem endgültigen Übertritt ins Lager der Reaktion. Der Historiker muß noch die Frage untersuchen, ob es Wilhelm auch ernst war mit diesem Anliegen der Volksvertretung am Bund oder ob er - schon im voraus wissend, daß er auf Ablehnung stoße - sich nur eine Deckung gegenüber seiner eigenen Kammer verschaffen wollte. Die zweite Deutung scheint zutreffender zu sein, wenn man in Handels Berichten liest, daß der König die Nationalvertretung "eigentlich für einen Unsinn" halte, und - noch am Tag zuvor(!) - daß weder der König noch Baron Linden auf eine Volksvertretung beim Bunde bestehen würden.²⁾ Dem Gesandten klagte der König nachher, sein Brief

1) Wilhelm an Schwarzenberg, 18.1.1851, W.A. Vollständiger Text s. Aktenanhang.

2) Handel an Schwarzenberg, 22.11.1850, 17.1.1851, W.A.

sei von Schwarzenberg mißverstanden worden, und er gab jenen nun folgende Auslegung: "Seine Absicht sei es nicht gewesen, die Nationalvertretung am Bunde zustande zu bringen, sondern nur von Euer Durchlaucht eine Darlegung der Gründe zu erlangen, welche ein solches Institut unmöglich machen, um alsdann gestützt auf diese Gründe, Hochdensenelben vorzuschlagen, den Zweck (nämlich Neutralisierung der demokratischen Elemente in den Einzelkammern.D.Verf.), den er bei jener Nationalvertretung im Auge gehabt, auf anderem Wege zu erreichen."¹⁾ Handel selbst hatte den Eindruck, als ob es sich "nicht mehr um die Sache selbst, sondern nur noch um ein Dokument handelt, mit welchem in der Hand die königliche Regierung ihren Kammern gegenüber sagen kann: ihr seht, wir haben auf Volksvertretung gedrungen, aber Österreich oder Preußen oder beide haben nicht gewollt."²⁾

Schwarzenberg beantwortete den Brief überhaupt nicht. Er legte jedoch seine Ansichten über den "skandalösen Zwischenfall" in einer Weisung an Handel nieder:

"Das Schreiben, welches S.M. der König von Württemberg unterm 18. Jänner d.J. an mich gerichtet haben, hat mich seinerzeit peinlich überrascht. Dem König waren die fest begründeten Ansichten des Kaisers, meines allergnädigsten Herrn, über die Frage der Volksvertretung bei dem Bunde bekannt, welche letztere S. kaiserl. Majestät von jeher mit dem Wesen des Staatenbundes für sehr schwer vereinbar³⁾ hielten, indem dadurch über kurz oder lang die Selbständigkeit der Mitglieder desselben, wie überhaupt die monarchische Grundlage in hohem Grad gefährdet werden mußte."

Im beifolgenden Privatschreiben heißt es: "Das Unrecht ist ganz auf seiner Seite und die Sache verbrämen oder verkleistern zu wollen, könnte zu nichts führen."⁴⁾ Der Zwischenfall ging

1) Handel an Schwarzenberg, 17.3.1851, W.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 14.2.1851, W.A.

3) Im Konzept zunächst: "für unvereinbar"

4) Schwarzenberg an Handel, 15.3.1851, W.A.

vorüber, Wilhelm wollte sich rächen, indem er sich - allerdings erfolglos - um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Preußen bemühte, und Handel oblag es, die Verstimmung wieder auszugleichen.

Die Dresdner Konferenzen endeten, abgesehen von der Rückkehr Preußens und der Unionsstaaten in den Bund und einem Defensivbündnis Preußen-Österreich, ohne jedes wesentliche Ergebnis. Weder auf verfassungsmäßigem oder organisatorischem noch auf handelspolitischem Gebiet gelangte man zu einer Einigung; die vielerlei Vorschläge wurden als "schätzbares Material" an den Bund verwiesen und verschwanden in der Versenkung. Ab 30. Mai 1851 ging es im Bundestag und in der Bundesmilitärkommission wieder "im alten Trott" weiter - man hatte aus der Revolution nichts gelernt, und die Völker standen bitter enttäuscht abseits. -

Blickt man auf diese Episode württembergischer Geschichte zurück, so offenbart sich, wie König Wilhelm Schritt für Schritt von seinen ursprünglichen Gedanken und Zielen hatte zurückweichen müssen. In seinem Gruppenprojekt und Schwarzenbergs Plan der sieben Kreise hatte er sich, wenn nicht einen Land-, so doch einen Machtzuwachs erhofft. Die Dresdener Konferenzen brachten ihm nicht eine einzige Quadratmeile ein, und sein Einfluß in Deutschland blieb so gering wie vorher. Sein Gedanke, den alten Bund durch eine Volksvertretung den neuen Verhältnissen anzupassen, wurde kalt zurückgewiesen; Schwarzenberg kümmerten die inneren Probleme der kleineren deutschen Länder wenig, ihm kam es allein auf die Sicherung der österreichischen Großmachtstellung in Europa und der Vormachtstellung in Deutschland an. Der Erfolg begleitete sein politisches Wirken.

II. Österreichs Kampf um die Zolleinigung

1. Die Pläne Schwarzenbergs und Brucks

Die Beratungen am Bundestag traten gegenüber den handelspolitischen Auseinandersetzungen bald in den Hintergrund. Auch hier wurde genau so erbittert wie auf dem rein politischen Feld um die Positionen gerungen und die Entscheidung fiel, wie wir noch sehen werden, im umgekehrten Sinne wie dort: Preußen konnte die seit den 30er Jahren gefestigte, dominierende wirtschaftliche Stellung siegreich gegen den andrängenden Konkurrenten Österreich behaupten.¹⁾

Als größter und wirtschaftlich stärkster Staat im Zollverein führte Preußen seit dessen Gründung am 1. Januar 1834 den Vorsitz und wirkte bei den Handelsverträgen mit auswärtigen Staaten federführend. Österreich unter Metternich und Kaiser Ferdinand hatten es versäumt, der Donaumonarchie beizeiten den gebührenden Platz im Zollverein zu verschaffen. So standen sich die politische Führung Österreichs und die wirtschaftliche Vormacht Preußens in Deutschland gegenüber.

Schwarzenberg sah nun in den Revolutionswirren eine günstige Gelegenheit, das verlorene Terrain aufzuholen und Preußens wirtschaftliche Hegemonie zu brechen. Schon im Juni 1849 bot er Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Hohenzollern eine vorteilhafte Zollunion an, falls sie als Gegengewicht gegen die Union einen süddeutschen Bund bildeten.²⁾ Ein ähnliches Angebot machte er bei der Vorbereitung der Münchner Übereinkunft; "die Stunde ist entscheidend", schrieb er nach

1) Grundlegend für dieses Kapitel A. Gaertner: Der Kampf um den Zollverein. Vgl. weiterhin: A. Beer: Die österreichische Handelspolitik im 19. Jahrhundert, 1891; W. Weber: Der deutsche Zollverein, 1871; A. Zimmermann: Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, 1892; R. von Delbrück: Lebenserinnerungen, 1905. Der Verfasser behandelt lediglich die politische Seite der Auseinandersetzung, speziell den württembergisch-österreichischen Schriftwechsel.

2) Schwarzenberg an Handel, 3.6.1849, W.A.

Stuttgart und kühnste Zolleinigungsvorschläge in Kürze an.¹⁾ Und als sich Preußen im Sommer 1850 immer noch weigerte, die Union beizutreten, sicherte er Bayern, Württemberg und Sachsen zu, er sei bereit, mit ihnen einen eigenen Zollverein zu gründen.²⁾

Seinem Handelsminister Karl Ludwig Bruck - einem Elberfelder Handwerkeressonn. "der kühne Phantasie mit reichster Erfahrung, den Wagemut des Großunternehmers... mit dem realpolitischen Sinn für das Mögliche vereinte"³⁾ - lag dagegen die handels- und zollpolitische Vereinigung Österreichs mit ganz Deutschland in erster Linie am Herzen. Er hatte, in seinem Denken Friedrich List verwandt, längst erkannt, daß die Zeit der kleinen Wirtschaftskörper vorbei sei und deshalb in echt großdeutscher Gesinnung den Plan eines handelspolitischen mitteleuropäischen 70-Millionen-Reichs entwickelt, innerhalb dessen Österreichs wirtschaftlicher Aufschwung vor sich gehen sollte. In dem preußischen Vortragenden Rat Rudolf von Delbrück fand Bruck seinen hartnäckigsten Widersacher; Delbrück wich in den taktisch geschickt und zäh geführten Verhandlungen auch nicht einen Schritt von seiner Position zurück und behauptete so Preußens Vormachtstellung. Der Tod Schwarzenbergs im April 1852 erleichterte ihm allerdings die Erreichung seines Ziels.

Die Pläne Brucks stießen in Württemberg auf ein lebhaftes Echo. Der König versprach sich von der Realisierung des Projekts einen großen Erfolg, und Finanzminister Knapp hielt die Zolleinigung in national-ökonomischer Hinsicht für Württemberg sehr vorteilhaft.⁴⁾ Das Stuttgarter Gewerbe hoffte auf eine Vergrößerung des Absatzraumes für die schwäbischen Erzeugnisse. Der österreichische Gesandte Handel verstand es geschickt, durch eifrige Propaganda dem Projekt neue Anhänger zuzuführen.

1) Schwarzenberg an Handel, 18.1.1850, W.A.

2) Schwarzenberg an Handel, 3.7. 1850, W.A.

3) Srbik, Deutsche Einheit, II, S. 93.

4) Handel an Schwarzenberg, 9.11.1849, 18.8.1850, W.A.

2. Der Septembervertrag und die Wiener Zollkonferenzen

Die Zoll- und Handelsfrage trat in ihr entscheidendes Stadium, als Preußen am 7. September 1851 mit Hannover einen Vertrag schloß, wonach der Steuerverein (eine kleinere nordwestdeutsche Gruppe unter Führung Hannovers) mit dem Zollverein verschmolzen werden sollte. Hannover wurden dafür einige Vorzugsrechte (sog. Präcipuen) eingeräumt, die auf der anderen Seite den Eintritt Österreichs in den Zollverein erheblich erschwerten. Die Mittelstaaten gerieten durch den Septembervertrag in eine Zwangslage: entweder sie gaben ihre Zustimmung und setzten sich dadurch in Widerspruch zu Österreich; oder sie lehnten ab und liefen durch eine eventuelle Verbindung Preussens mit Hannover allein Gefahr, die notwendige Handelsverbindung zum Meer zu verlieren, zumal Österreichs Alpenbahnen noch nicht gebaut waren.

Schwarzenberg vermutete hinter dem preußischen Schritt sofort politische Ziele. Wäre der Verständigungswille Preußens echt gewesen, so schreibt er in seinem Zirkular, so hätte die Zolleinigung mit Österreich den Vorrang haben müssen. "Wenn alle Konsequenzen des Vertrags eintreten - das ist, wenn alle seitherigen Mitglieder des Zoll- und Steuervereins dem neuen Vereine beitreten - so ist Österreich in allem, was die materiellen Interessen betrifft, von dem übrigen Deutschland isoliert... und die Oberherrschaft des Nordens über den Süden ist in dem neuen Zoll- und Handelskörper entschieden." Es erscheine angebracht, Verabredungen über ein Zollbündnis zwischen Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und vielleicht auch beiden Hessen zu treffen, falls die Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins zu einem unannehmbaren Ergebnis führen sollten.¹⁾ Am 24. Oktober sandte der Fürst in geheimer Mission den Ministerialrat Hock an die süddeutschen Höfe und am 5. November schrieb er erstmals wieder an König Wilhelm

1) Zirkulare Schwarzenbergs, Nr. 1 und 2, 22.9.1851

einen ausführlichen Brief, um dessen Ablehnung des Septembervertrags zu erwirken. In vorsichtiger Weise deutete Schwarzenberg an, laut den Dresdener Beschlüssen sei es Sache allein des Bundes - also auch Österreichs -, die Zoll- und Handelsangelegenheiten zu regeln.¹⁾ Wilhelms prompte Antwort dürfte seine Erwartungen übertroffen haben. Denn der König erklärte, der Zollverein habe zwar Württemberg Vorteile gebracht, doch habe Preußen ihn jetzt gebrochen. Er werde daher gerne zu den von Hock angeregten freien Zollkonferenzen in Wien einen Fachbeamten mit gehörigen Instruktionen schicken.²⁾ Neurath, inzwischen Außenminister geworden, und mit ihm Finanzminister Knapp, zeigten sich zwar verärgert über die Hindernisse, die Preußen der Aufnahme Österreichs entgegenstellte, hätten aber die Auflösung des Zollvereins sehr bedauert. "Wir unsererseits wünschen aufrichtig die Erhaltung des Zollvereins auf dem Grunde gegenseitiger Billigkeit und gegenseitiger Beachtung der Verhältnisse."³⁾

Als Zweck der in Wien zu eröffnenden Konferenzen nannte Schwarzenberg - Bruck war inzwischen aus dem Kabinett ausgeschieden - Beratungen über einen zwischen Österreich und dessen Genossen im Bund abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag. Die offizielle Einladung ging allen Bundesstaaten, auch Preußen, zu. In einem zweiten, lediglich an die Höfe in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Kassel gerichteten Schreiben kündigte er an, er wolle mit den näher befreundeten Regierungen gleichzeitig besondere vertrauliche Verhandlungen pflegen. Da Preußen mit bloßen Worten nicht beizukommen sei, müsse man einen süddeutsch-österreichischen Zollverein ins Auge fassen, der sehr wohl Lebenskraft besäße, da Süddeutschland nun durch die Fertigstellung des Eisenbahnlinie Le Havre-Straßburg, Karlsruhe-Wien vom Norden handelspolitisch emanzipiert sei.⁴⁾ Neurath

1) Schwarzenberg an Wilhelm, 5.11.1851, St.A.

2) Wilhelm an Schwarzenberg (Abschrift), 15.11.1851, St.A.

3) Neurath an Linden (Ges.), 2.10., 8.12.1851, St.A.

4) Zirkular Schwarzenbergs Nr. 1 und 2, 25.11.1851, 26.12.1851, W.A.

regte vorherige Besprechungen der Mittelstaaten in München an, doch Schwarzenberg winkte unwillig ab. Württembergs Außenminister ^{tr}beachtete die Wiener Konferenzen skeptisch: es sei leicht, die Verhandlungen einzuleiten, schwieriger, sie zu einem Ergebnis zu bringen und am schwierigsten, diese Ergebnisse auch zu realisieren.¹⁾

Die Eröffnungsrede Schwarzenbergs in Wien am 4. Januar 1852 enthielt versöhnliche Wendungen gegenüber Preußen, das inzwischen den Zollverein auf 1.1.1853 gekündigt hatte und den Konferenzen fernblieb. Württemberg hatte den Finanzrat Sigel und den Gesandten Linden delegiert, fast alle deutschen Staaten waren vertreten. Österreich legte zur Beratung drei Entwürfe vor: A = Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Österreich. Mit ihm unbedingt verkoppelt B = Garantievertrag, daß 1859 an Stelle des Handelsvertrags die vollständige Zolleinigung eintritt. Geheim wurde mit den befreundeten Regierungen Vertrag C beraten: die Mittelstaaten bilden unter Nichterneuerung des Zollvereins einen Zollbund mit Österreich. C soll jedoch erst in Kraft treten, wenn A und B nicht zustande kommen.

Bayern, Sachsen und Württemberg hatten eine feste, gemeinsame Haltung vereinbart, um den Septembervertrag nicht unverändert ratifizieren zu müssen, aber auch um nicht von Österreich ins Schlepptau genommen zu werden. Sigel fügte sich in dieses Trio gut ein, während Gesandter Linden ganz zu Österreich hin tendierte und für einen Zollbund mit Österreich plädierte. "Die kompakte Lage dieser (Mittel-)Staaten", schrieb er seinem König, "macht die Aufrechterhaltung des Vertrags (des Zollvereins.D.Verf.), auch ohne Preußen, nicht unausführbar, zu welchem Vorteil der abgerundeten geographischen Lage der materielle und politische Rückhalt an Österreich und der moralische an die öffentliche Meinung in Deutschland hinzukommt".²⁾

1) Gaertner, a.a.O., S.165 f.

2) Linden an König, 15.1.1852, St.A.

Ganz unvermerkt bildete sich somit in Wien eine Front der Mittelstaaten. Sie gaben zwar dem Vertrag A ihre Zustimmung, scheuten aber davor zurück, sich an B zu binden. Mit dem Vertrag C ging es überhaupt nicht vorwärts.

Neuraths Haltung während der Wiener Konferenzen war unklar und undurchsichtig. Auf ein Zirkular Schwarzenbergs vom 7. Februar, das durch die Einladung Preußens zur Zollvereinskonferenz in Berlin veranlaßt wurde, antwortete er ganz zustimmend: es liege im Interesse der beteiligten Staaten, die Berliner Konferenz nicht vor Beendigung der Wiener Besprechungen bzw. Abschluß des Geheimvertrags C zu beschicken; Württemberg werde bei der Ratifikation des preußisch-hannoverschen Vertrags die Annahme der in Wien zu beschließenden Punktation als Bedingung stellen; der Beiziehung Österreichs zu den Berliner Verhandlungen würden zwar formelle Bedenken entgegenstehen, doch werde sich eine Modalität zur Erfüllung der österreichischen Wünsche finden lassen.¹⁾

Am 5. März bekräftigte er diese Zusagen und forderte sogar, Österreich müsse zu den Verhandlungen in Berlin beigezogen werden, auch sei Veranlassung gegeben, den Vertrag C sicherzustellen.²⁾ Wie eine kalte Dusche mußte es aber wirken, als er schon fünf Tage später Handel erklärte, ein Handelsvertrag Österreichs mit dem auf sechs Jahre zu erneuernden Zollverein (also A) sei alles, was im Interesse Süddeutschlands und Österreichs gefordert werden könne.³⁾ Und ausgerechnet in diesem Moment fiel es dem König ein, Klindworth als Vermittler nach Berlin zu schicken, um die diplomatischen Beziehungen zu Preußen wieder anzuknüpfen.

1) Handel an Schwarzenberg, 12.2.1852, W.A.

2) Handel an Schwarzenberg, 5.3.1852, W.A.

3) Handel an Schwarzenberg, 10.3.1852, W.A.

Schließlich gelangte man in Wien am 24. März aber doch zu einem Ergebnis: Die Verträge A und B sind in Berlin gleichzeitig mit dem Septembervertrag zu beraten; wenn Preußen sich weigert, sollen die Bevollmächtigten die Konferenz verlassen. Über den Vertrag C erreichte man nur eine bedingte Einigung, weil man sich nicht verständigen konnte, wann C in Kraft treten solle.

3. Die Darmstädter Koalition

München. Noch vor Beendigung der Wiener Konferenzen reiste Neurath am 20. März nach München. Er erklärte dort dem bayrischen Ministerpräsidenten von der Pfordten, Württemberg lehne es ab, sich an den geheimen Vertrag C zu binden und damit gezwungen zu werden, den Zollverein aufzugeben. Zugleich entwickelte er einen neuen Plan: den eines einfachen Vertrags zwischen den drei Königreichen Bayern, Sachsen und Württemberg, um den Einfluß der beiden Großmächte auszuschalten. Pfordten, der eine stärkere Anlehnung an Österreich befürwortete und insgesamt eine viel klarere Linie verfolgte, stimmte seinen württembergischen Kollegen aber um. A und B wurden als bloße Entwürfe nicht weiter beraten, dagegen der sachliche Inhalt von C gebilligt. Den Zusatz über die Frage, wann C in Kraft zu treten habe, hielten die beiden Minister für unnötig, da man sich nicht im voraus für Berlin binden wolle. Bemerkenswert ist noch folgende Abmachung: im "Notfall" wolle man sich in Berlin mit dem Vertrag A zufrieden geben, jedoch den Zollverein dann nur auf sechs Jahre erneuern.¹⁾ Hier zeigten sich also erstmals Anzeichen für die Aufweichung der Front gegen Berlin, denn Österreich forderte nach wie vor, außer dem Handelsvertrag müsse in Berlin verbindlich festgelegt werden, daß nach sechs Jahren eine vollständige Zolleinigung mit Österreich geschaffen werde.

1) Vgl. zu diesem Abschnitt insgesamt Friedrich Werner: Die Zollvereinspolitik der deutschen Mittelstaaten im Frühjahr 1852. Frankfurt 1934. Die Arbeit ist ausführlicher, genauer und zuverlässiger als Gaertner.

Bamberg. Von München reisten die beiden Minister nach Bamberg und trafen dort am 25. März mit dem sächsischen Staatsminister Freiherrn von Beust zusammen. Damit war gewissermaßen "das Direktorium des dritten Deutschland" beisammen.¹⁾ Sachsen war wegen seiner geographischen Lage, seiner Bodenschätze und seiner gut entwickelten Industrie am stärksten mit Preußen wirtschaftlich verflochten. Beust wandte sich daher mit Nachdruck gegen eine zu feste Bindung an Österreich. Als Kompromiß vereinbarten die drei Minister daher, mit ihren Entschlüssen zu dem Vertrag C noch zurückzuhalten. An den Verträgen A und B werde weiterhin festgehalten; falls jedoch in Berlin keine Verständigung zwischen Preußen und Österreich zustandekomme, solle der Zollverein unter den sieben mittelstaatlichen Coalitierten (staat Hannover kam Nassau hinzu) weiterbestehen - eine Abmachung, die Österreich ausschloß und damit in Widerspruch zu C stand.²⁾

Als Schwarzenberg von seinem Münchner Gesandten die Bamberger Ergebnisse erfahren hatte, nahm er sofort in einer ausführlichen Depesche Stellung. Ein so kleines Zollgebiet, wie es im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen in Berlin vorgesehen sei, sei sinnlos, da es sich gegen zwei Zollgrenzen - nämlich Preußen und Österreich - nicht halten lasse. Das Bamberger Projekt erschwere nur die handelspolitische Ausglei chung mit Preußen. Österreich wünsche, da man annehmen könne, daß die Bamberger Beschlüsse unausführbar seien, nach wie vor feste Einigung über den Vertrag C, festen Beschluß, auf der Zulassung eines österreichischen Bevollmächtigten in Berlin zu bestehen, und festen Willen, den Zollverein nur zu erneuern "unter der Voraussetzung eines Handels- und eventuellen Zolleinigungsvertrages mit Österreich".³⁾ Zwei Tage später verschärfte er den Druck und drohte den Mittelstaaten, Österreich werde, falls bei der kommenden Konferenz in Darmstadt die Verhandlungen

1) Gaertner, a.a.O., S. 220

2) Handel an Schwarzenberg, 4.4.1852, W.A.

3) Schwarzenberg an die Gesandten in München, Dresden, Stuttgart, 30.3. 1852, W.A.

gen in eine falsche Bahn geraten würden, nichts anderes übrig bleiben, als sich auf sich selbst zurückzuziehen. Am 3. April jedoch wies er, anscheinend vom festen Zusammenhalt der Mittelstaaten überrascht, seine Gesandten in chiffrierten Telegrammen an, von dieser Drohung keinen Gebrauch zu machen, vielmehr die Zuversicht auszusprechen, daß als Ergebnis der Darmstädter Beratungen die Verträge A und B endgültig unterzeichnet würden.¹⁾

In Württemberg griff nach den Bamberger Besprechungen König Wilhelm wieder in den Gang der Verhandlungen ein. Er erklärte Neurath, die Unterzeichnung von B halte er für falsch, da Preussen darauf weder eingehen wolle noch könne; es sollte eine Formel gefunden werden, wodurch Württemberg weder mit Preußen brechen noch sich Österreich ergeben müsse. Vertrag C dürfe erst recht nicht angenommen werden, damit Württemberg seine Vermittlerrolle nicht verliere. Der Plan eines rein süddeutschen Zollbündnisses sei wegen der territorialen Zersplitterung unbrauchbar und eine "totgeborene Schöpfung". Für den Fall, daß Österreich die Entscheidung fordere, entweder den Zollverein mit Preußen allein zu erneuern oder mit Österreich unbedingt zusammenzugehen, müsse man das erstere tun. Auch das Finanzministerium schwamm im preußischen Fahrwasser; Sigel durfte in Wien C nicht unterzeichnen und wurde zurückgerufen, was Schwarzenberg sehr überraschte und verärgerte. Neurath mußte unter diesen Umständen zu einer List greifen. Um die Erlaubnis des Königs für die Teilnahme an der Darmstädter Konferenz zu erlangen, sagte er ihm, A und B seien ja nur Vorschläge und verpflichteten lediglich zur Beiziehung eines österreichischen Bevollmächtigten in Berlin.²⁾

Darmstadt. Bei der Darmstädter Konferenz, die vom 4. bis 6. April tagte, legten Pfordten, Beust und Neurath das Ergebnis ihrer Bamberger Besprechungen den anderen vier Mitverbündeten zur Genehmigung vor. Schwierigkeiten machte vor allem Baden, das

1) Zirkular Schwarzenbergs, 1.4.1852; Schwarzenberg an Handel, chiff. Tel., 3.4.1852, W.A.

2) Vgl. Werner, a.a.O., S. 69 ff.

zunächst jede Bindung ablehnte. Erst als der österreichische Bundespräsidialgesandte Graf Thun aus Frankfurt eintraf und gemeinsam mit den sechs anderen Staaten einen heftigen Druck ausübte, gelang es, Baden zur Unterzeichnung des gemeinsamen Abkommens zu bewegen. Darin verpflichten sich alle mittelstaatlichen Koalierten, die Verträge A und B sowie das Wiener Schlußprotokoll zu unterzeichnen. Gegenüber Preußen wird der Wunsch und die Notwendigkeit, jedoch nicht die unbedingte Forderung, ausgesprochen, daß bei der Berliner Zollvereinskongferenz gleichzeitig der Zollverein erneuert und über die Verträge A und B in Anwesenheit Österreichs beraten wird.

Beweist schon diese Formulierung, daß sich die Mittelstaaten keineswegs von Österreich gängeln ließen und durchaus eigene Wege gingen, so kommt diese Haltung erst recht in dem zweiten, ohne Badens Zustimmung abgeschlossenen Abkommen zum Ausdruck: gemäß den Bamberger Besprechungen wird bei einem Scheitern der Berliner Verhandlungen der Zollverein unter den sechs Mittelstaaten fortgeführt und Österreich gebeten, das Angebot des Vertrags C bis zum 31. Januar 1853 aufrecht zu erhalten. Damit war den österreichischen Bestrebungen, die Mittelstaaten auf seine Seite herüberzuziehen, ein starker Bremsblock in den Weg gelegt.

Graf Buol-Schauenstein, der Nachfolger Schwarzenbergs - ein plötzlicher Tod hatte diesen bedeutenden Staatsmann am 5. April hinweggerafft - schrieb zwar in einem Zirkular vom 12. April, gegen die Darmstädter Beschlüsse seien keine Einwendungen zu erheben.¹⁾ Den mittelstaatlichen Gesandten verhehlte er aber nicht, daß er die Stellung Österreichs als geschwächt ansehe und nur in Ermangelung eines besseren Mittels zustimme. Buol, heftig im Temperament, aber ohne beständige, ausdauernde Kraft, mit geringen Kenntnissen vor allem über die verwickelten Verhältnisse in Deutschland, in handelspolitischen Angelegenhei-

1) Zirkular Buols, 12.4.1852, W.A.

ten ein Neuling,¹⁾ Buol war nicht der Mann, um das Steuer herumzuwerfen und die Initiative wieder an sich zu reißen. Undeutlich bestimmte nun die Darmstädter Koalition das Gesetz des Handelns. - Am 20.4.1852 fand die Schlußsitzung in Wien statt, wobei im wesentlichen die Verträge A und B, nicht aber C unterzeichnet wurden. Der württembergische Gesandte Linden hatte den Auftrag, zwei Vorbehalte auszusprechen, nämlich die Fertigstellung der österreichischen Tarife und die Zustimmung der württembergischen Stände.²⁾ Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Buol in einer Note resigniert feststellte, die Schlagkraft der Verträge sei bereits erheblich geschwächt.³⁾

4. Der Abbruch der Berliner Zollvereinskonferenz.

König Wilhelms Sonderpolitik. Erneuerung des Zollvereins

Die Berliner Zollvereinskonferenz begann am 19. April "programmgemäß": Bayern regte im Auftrag der Koalierten an, vor der Erneuerung des Zollvereins die Verträge A und B zu beraten und einen österreichischen Bevollmächtigten zuzuziehen. Preußen beharrte darauf, erst den Septembervertrag zu genehmigen und den Zollverein zu erneuern, dann erst mit Österreich über einen Handelsvertrag zu beraten. Delbrück, der Leiter der preußischen Delegation, hatte längst die Schwächen in der Haltung der Mittelstaaten erkannt und erreichte durch nichts-sagende Erklärungen und Spitzfindigkeiten die sofortige Beratung des Septembervertrags, der dann auch am 12. Mai glatt angenommen wurde.

Bismarcks Sondermission. Als Gegengabe forderten die Darmstädter lediglich die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Wien

1) Friedjung, a.a.O., S. 211

2) Neurath an Linden, 14.4.1852, St.A.

3) Buol an Handel, 21.4.1852, St.A.

und Berlin. Dies verlangten auch der Zar und der russische Kanzler Nesselrode, die sich auf ihrer Deutschland-Reise vermittelnd in den Konflikt einschalteten. Die Aufnahme direkter Kontakte geschah in Form der Sondermission eines preußischen Diplomaten nach Wien, für die Manteuffel den genügend anti-österreichisch gesinnten Bundestagsgesandten Otto von Bismarck auswählte. Bismarck kam mit ziemlich eng gefaßten Instruktionen am 8. Juni in Wien an und wurde dort als nicht gerade angenehm empfunden.¹⁾ Er hielt sich an die Erklärung seines Ministerpräsidenten vom 7. Juni, wonach Preußen die Verträge A und B ernstlich geprüft habe; für A fehle aber noch das Subjekt, nämlich der Zollverein, der erst gebildet werden müsse, bevor verhandelt werden könne; betreffs B wolle sich Preußen nicht aufs unbestimmte hin binden. Buol regte daher sofort bei den näher verbündeten Regierungen an, in Wien die Verhandlungen über C wieder aufzunehmen.²⁾

Die Audienzen Bismarcks beim Kaiser und bei Buol brachten keine Auflockerung der verhärteten Fronten. Linden, der mit anderen mittelstaatlichen Gesandten in Wien eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte erreichen wollte, konnte bei Bismarck keine vermittelnde Tendenz oder ein Anzeichen von Nachgiebigkeit bemerken.³⁾ Am 6. Juli reiste der preußische Diplomat wieder ab, mit dem Ergebnis, kein Ergebnis erzielt zu haben - was Preußen gerade wollte. So hatte Bismarck seine Mission glänzend erfüllt, und Linden irrte gewaltig, wenn er in einem Bericht an Neurath feststellte, Bismarck habe noch nicht das Format, vornehme Politik zu treiben.⁴⁾

In der noch tagenden Berliner Zollvereinskonferenz fuhr Manteuffel jetzt stärkeres Geschütz auf. Er drohte damit, Preußen

-
- 1) Linden an König, 12.6.1852, St.A.
 - 2) Linden an Neurath, 10.6.1852, St.A.
 - 3) Linden an Neurath, 15.6.1852, St.A.
 - 4) Linden an Neurath, 22.6.1852, St.A.

werde bei weiterem Widerstand der Mittelstaaten gegen die sofortige Erneuerung des Zollvereins überhaupt kein Interesse mehr daran haben; gleichzeitig versuchte er mit allen Mitteln, die Darmstädter Koalition zu sprengen. Der schwächste Punkt darin war neben Baden König Wilhelm von Württemberg. Dessen Wunsch, die diplomatischen Beziehungen zu Preussen wieder aufzunehmen, nutzte Manteuffel geschickt zu einer Erpressung aus. Er sagte zu, den früheren preußischen Gesandten Sydow wieder nach Stuttgart zu schicken, drohte aber gleichzeitig mit dem nahen Ende des Zollvereins, der Wilhelm indes sehr am Herzen lag. Wilhelm wollte aber Sydow als früheren Gesandten unbedingt fernhalten und erklärte sich bereit, der sofortigen Erneuerung des Zollvereins und dem Septembervertrag beizutreten. Andererseits sprach sich Neurath zusammen mit den Vertretern Badens, Nassaus und Hessen-Darmstadts auf einer Außenministerkonferenz in Kissingen dafür aus, den Entwurf B (Zolleinigung) fallen zu lassen und damit das Haupthindernis einer österreichisch-preußischen Einigung zu beseitigen. Die Solidarität der Darmstädter war nun erstmals gebrochen.¹⁾

Wilhelms Option für Preußen. Um den Rebellen Württemberg wieder in die Reihen der Koalition zurückzuholen, beraumte Pfordten sofort neue Beratungen in Stuttgart an. Hinter der Nachgiebigkeit Neuraths steckte nämlich in erster Linie die schwankende und immer mehr dem preußischen Standpunkt zuneigende Politik König Wilhelms. Schon bei einem Briefwechsel mit Buol im Mai des Jahres gestand Wilhelm diesem offen, mit den von Österreich gewählten Mitteln und Wegen in der Handels- und Zollpolitik nicht einverstanden zu sein; er riet Buol, diese Politik auf eine andere Grundlage zu stellen, ohne sich näher auszusprechen.²⁾ Dem bayrischen König Max schrieb er, die Erhaltung des Zollvereins sei eine politische und soziale Lebens-

1) Gaertner, a.a.O., S. 270

2) Wilhelm an Buol, Mai 1852, bei H.v. Poschinger: Aus der politischen Korrespondenz des Königs Wilhelm I von Württemberg, S. 73 f.

frage für alle Regierungen. Bei einem Bruch mit Preußen würden die Volksstämme gespalten. Österreich könne nicht von den Mittelstaaten verlangen, was es selbst nicht zuwege bringe. Er bat daher den Regenten des Nachbarlandes, die von Preußen vorgeschlagene Verhandlungsbasis anzuerkennen. König Max ging aber nicht darauf ein, weil er befürchtete, daß es zu einem Handels- und Zollbündnis nicht mehr komme, wenn schon vor den Beratungen darüber der Zollverein definitiv und bindend erneuert werde.¹⁾

Bevor nun die Beratungen in Stuttgart begannen, hatte Beust Buol ein wesentliches Zugeständnis abgerungen: die Zolleinigung (Vertrag B) wird verschoben; die Mittelstaaten verpflichten sich dafür, den Zollverein diesmal nur auf sechs oder acht Jahre zu erneuern; ein Jahr vor Ablauf dieser Periode haben neue Verhandlungen über eine Zolleinigung stattzufinden. Die Bestätigung dieser Vereinbarung, welche tatsächlich einen Ausweg aus der verfahrenen Situation darstellte, bildete das wesentliche Ergebnis der Stuttgarter Beratungen.

Die Mission Rechberg. Zu den Beratungen war auch Graf Rechberg eingetroffen, der zwar wegen des Widerspruchs von Beust nicht offiziell teilnehmen durfte, aber doch eine kräftige Hilfestellung gegen König Wilhelm leistete. Aus dem Kurort Badenweiler berichtete Rechberg, der König sei sehr gereizt und wolle den finanziellen Interessen seines Landes auf keinen Fall entgegenhandeln. Rechberg regte seinem Hof gegenüber an, man solle vielleicht den Agenten Klindworth bestechen, falls es diesem gelänge, den König auf die österreichische Seite herüberzuziehen.²⁾ Rechberg reiste dann nach Stuttgart zurück und versuchte - allerdings erfolglos - die verbündeten Staaten zu bestimmen, die Leitung der Angelegenheiten wieder an Österreich zu übertragen.³⁾ Er erreichte lediglich die Annahme

1) Wilhelm an Max, 9.7.1852, Max an Wilhelm, 17.7.1852, bei Poschinger, a.a.O., S.74 ff.

2) Rechberg an Buol, 5.8.1852, W.A.

3) Rechberg an Buol, 13.8.1852, W.A.

eines nassauischen Antrags, die Berliner Bevollmächtigten ab-zuberufen, falls Preußen auch die neuesten Vorschläge ablehne, und neue Konferenzen in Wien zu beschicken.¹⁾ König Wilhelm, von Beust mit den Stuttgarter Ergebnissen bekannt gemacht, spielte nun den Vermittler und sprach in einem persönlichen Brief Manteuffel gegenüber die Hoffnung aus, daß man nach den österreichischen Zugeständnissen nun "zu dem erwünschten Ziele einer baldigen Erneuerung unseres bisherigen Zollver-eins gelangen" möge.²⁾

Abbruch der Berliner Verhandlungen. Im Gefühl des sicheren Sieges wollte Preußen den Erfolg jedoch ganz auskosten. Stolz erklärte Manteuffel am 30. August, die sieben Mittelstaaten sollten jetzt das Wiener Protokoll sowie die Darmstädter und Stuttgarter Übereinkunft begraben und sich Preußen unterwer-fen. Preußen werde nur noch mit jenen Regierungen verhandeln, die dieser Erklärung zustimmen. Die Darmstädter Koalierten empfanden diese Zumutung als eine Brüskierung und riefen ih-re Bevollmächtigten aus Berlin zurück. Neurath war über die neuen preußischen Forderungen verstimmt, zeigte sich aber trotzdem nicht ganz abgeneigt, darauf einzugehen und sogar den Zollverein mit Preußen sofort abzuschließen, wenn dieses sich nur bereit erklären wollte, nachher mit Österreich auf der von den Mittelstaaten zugestandenen Grundlage in Unter-handlungen zu treten.³⁾ Erst die telegraphische Depesche Buols mit der Einladung zu neuen Besprechungen in Wien änderte sei-ne Gesinnung. Rechberg - noch immer in Stuttgart - konnte am 7. September melden, Neurath sei zu einer Vorkonferenz der Mittelstaaten in München bereit.⁴⁾

Rechbergs Nachricht vom 9. September, der König habe nun den Entschluß gefaßt, sich in der Zollfrage ganz dem bayrischen

1) Rechberg an Buol, 13.8.1852, W.A.

2) Wilhelm an Manteuffel, 16.8.1852, bei Poschinger, a.a.O., S. 133

3) Rechberg an Buol, 6.9.1852, W.A.

4) Rechberg an Buol, 7.9.1852, W.A.

Kabinetts anzuschließen, beruhte jedoch auf einem Irrtum.¹⁾ Zwei Tage später nämlich schrieb der König an Manteuffel, er könne, falls keine den Bedürfnissen der Zeit angemessene Entscheidungen gefällt würden, nicht länger einem Bund (der Mittelstaaten.D.Verf.) angehören, der gegen die Interessen seines Landes streite. Und an Klindworth schrieb er: falls der österreichische Einfluß überwiegend bleibe, müsse er sich von diesem Bunde trennen.²⁾

Der Kompromiß. Mit der Erklärung vom 30. August hatte Preußen den Bogen offensichtlich überspannt. Die Mittelstaaten beharrten nämlich bei der Zusammenkunft in München auf ihrem Standpunkt. Auch Baden rückte jetzt von Preußen ab und selbst Hannover rief seinen Vertreter aus Berlin zurück. Der Abfall der Norddeutschen war kaum mehr aufzuhalten. Persönliche Besuche des bayrischen und des hannoverschen Königs sowie die Erklärung des russischen Thronfolgers bewegten schließlich auch König Wilhelm, den letzten Parteigänger Preußens im Süden, auf den mittelstaatlich-österreichischen Kurs einzuschwenken. Er verzögerte zwar noch den Beginn der Wiener Konferenzen um zwei Wochen in der Hoffnung auf eine schnelle Einigung zwischen Preußen und Österreich, gab aber doch seine Einwilligung zur Beschickung der 2. Wiener Konferenz.³⁾ Auch Neurath wünschte mit Rücksicht auf Preußen keine besondere Eile.⁴⁾

Die zweiten Wiener Konferenzen, von Hock und dem in der Zollfrage sehr eifrigen Handel geleitet, erlangten jedoch keine praktische Bedeutung mehr, da Buol und Manteuffel sich unter starkem russischem Druck herbeiließen, direkte Verhandlungen Wien-Berlin wieder aufzunehmen, - "der beste, wo nicht der einzige Weg, um aus der Spannung herauszutreten", wie sich König Wilhelm sofort erfreut äußerte.⁵⁾ Ein Besuch Kaiser Franz

1) Rechberg an Buol, 9.9.1852, W.A.

2) Wilhelm an Manteuffel, 11.9.1852; Wilhelm an Klindworth, 12.9.1852, bei Poschinger, a.a.O., S. 137 ff.

3) Rechberg an Buol, 6.10.1852, W.A.

4) Neurath an den neuen württ. Gesandten in Wien, Frh. von Hügel, 5.10.1852, St.A.

5) Neurath an Hügel, 21.11.1852, St.A.

Josephs in Berlin lockerte die gespannte Atmosphäre auf, so daß es dem geschickten und gewandten österreichischen Unterhändler Bruck bald gelang, eine Einigung zu erzielen. Das Abkommen, der sog. Februarvertrag, basierte im wesentlichen auf dem Ergebnis der Stuttgarter Konferenz: die beiden Staaten schließen einen Handels- und Zollvertrag ab (A), über die Zolleinigung (B) wird bei der nächsten Erneuerung des Zollvereins verhandelt. Nach der Unterzeichnung dieses Abkommens am 19. Februar 1853 ging der Schlußakt reibungslos über die Bühne: die Mittel- und Kleinstaaten erneuerten am 4. April den Zollverein mit Preußen, nahmen Hannover und den Steuerverein auf und genehmigten den Handelsvertrag mit Österreich.

Österreichs Freude über die Einigung drückte sich in zahlreichen Glückwünschen an Bruck aus, war aber unbegründet. In Wirklichkeit hatte nämlich von den ursprünglichen Plänen Österreichs nicht ein einziger verwirklicht werden können, weder die Aufnahme in den Zollverein noch die Zolleinigung. Preussens wirtschaftliche Hegemonie blieb unangetastet. Die Frage, ob Schwarzenberg mehr erreicht hätte, ist müßig; sicher aber hätte er die für Preußen so gefährliche Situation im Oktober 1852 zu größeren Vorteilen genützt. Buol ließ diese Chance ungenützt verstreichen. - Die Mittelstaaten offenbarten in dieser ganzen Auseinandersetzung einmal mehr ihre Schwäche gegenüber den Großmächten. Trotz vieler guter Vorsätze wichen sie Schritt für Schritt zurück, zeigten unter sich Uneinigkeit und wagten um der wirtschaftlichen Bindungen und der Vorteile des Zollvereins willen nicht den entscheidenden Schritt zu Österreich hin, der ihrem politischen Danken entsprochen hätte. - Die Stellung König Wilhelms erscheint zwiespältig; während er bei der Neukonstituierung des Bundes und auch noch danach sein grundsätzliches Verhalten nach Österreich richtete, wollte er in der Zollfrage doch stets unter allen Umständen am Zollverein mit Preußen festhalten. Nur durch den

Druck der anderen Mittelstaaten paßte er sich deren Politik an. Neuraths Haltung kann man als die genau umgekehrte kennzeichnen: er paktierte mit den Darmstädtern, mußte sich aber immer wieder an den König anschließen, um seinen Posten nicht zu verlieren. Faßt man zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Württemberg sowohl für Preußen als auch für die mittelstaatlich-österreichische Gruppe einer der unzuverlässigsten Partner war.

III. Die Trübung des Verhältnisses Württemberg-Österreich

durch den Krimkrieg

1. Zwei Vorspiele: die Flottenfrage und das Problem der Schweizer Flüchtlinge

Württembergs eigenwilliger Monarch ließ sich auch nach dem Zollkonflikt weder von Österreich noch von Preußen die Linie seiner Politik vorschreiben. Im Gegenteil: während des Krimkrieges erlitt das bisher noch freundschaftliche Verhältnis zu Österreich durch die opponierende Politik Wilhelms eine nachhaltige Trübung und Verstimmung, die erst beim Besuch Kaiser Franz Josephs in Stuttgart im November 1860 wieder voll ausgeglichen wurde.

Flottenfrage. Dieser Entwicklung durch den Krimkrieg gingen zwei Vorspiele württembergischer Sonderpolitik voraus: die Flottenfrage im Jahr 1852 und das Problem der Schweizer Flüchtlinge im Jahr 1853. - Die deutsche Nationalversammlung hatte 1848 in einem "beinahe krankhaften Flottenenthusiasmus"¹⁾ mehrere Schiffe angekauft und diese zur Bundesflotte erklärt. Nach der Auflösung des Rumpfparlamentes hatte der neukonstituierte Deutsche Bund diese Flotte als ein ihm überkommenes Erbe betrachtet und in seine Verwaltung übernommen. Schwarzenberg und auch Pfordten wünschten ihre Erhaltung, um dem mächtigen Preußen in Norddeutschland ein Gegengewicht des Bundes entgegenzustellen. Diese politischen Gründe kümmerten König Wilhelm wenig; ihm ging es nur um den finanziellen Beitrag Württembergs. Am 8. Februar 1852 erklärte er dem Gesandten Handel, er hoffe, Österreich werde wegen der Flottenangelegenheit nicht

1) Bismarck, a.a. O., Bd. II, S. 29

gar zu böse auf Württemberg sein. "Wenn die (anderen) erst 200 000 fl. gezahlt haben werden wie wir, wollen wir uns wieder sprechen. Aber zahlen will ich keinen Kreuzer mehr". Es sei besser, das Geld für gemeinschaftliches Vorangehen in zukünftigen entscheidenden Ereignissen aufzubewahren.¹⁾ Neurath betonte, die süddeutschen und die norddeutschen Staaten hätten kein gemeinsames Interesse für die Seeschifffahrt; die Bundesflotte bringe höchstens den Nord-, aber nicht den Südstaaten Vorteile, weswegen der württembergische Steuerzahler die benötigten hohen Beiträge nicht anerkenne. Württemberg wünsche lieber die Auflösung der Flotte als die Verpflichtung auch nur zu den geringsten Zuschüssen.²⁾

Preußen drohte durch Bismarck mit dem Austritt aus dem Bunde, falls die Bundesflotte aufrecht erhalten oder gar vergrößert werde. Zwar stärkte Schwarzenberg in einer Depesche vom 1. Februar den Mittelstaaten den Rücken und bat um Zustimmung zu den österreichischen Anträgen, doch änderte Neurath seine Instruktion für eine Vorabstimmung in Frankfurt nicht: Württemberg anerkenne die Flotte als organische Bundeseinrichtung und Bundeseigentum, doch könnten Staaten, die noch nichts daran bezahlt hätten, nicht dazu gezwungen werden.³⁾ Neurath riet vielmehr Österreich, sich mit Preußen zu verständigen. Die in Hannover abgehaltene (und gescheiterte) Flottenkonferenz der Mittelstaaten beschickte Württemberg trotz eindringlicher Aufforderung Handels nicht.⁴⁾ So kam es, daß Württemberg am 2. April 1852 am Bundestag mit Preußen gegen Österreich für die Auflösung der Flotte stimmte; der preußische Antrag erhielt die Mehrheit, und die Schiffe wurden verkauft.

1) Handel an Schwarzenberg, 8.2.1852, 24.1.1852, W.A.

2) Neurath an Degenfeld, Abschrift an Linden (Ges.), 24.1.1852, St.A.

3) Neurath an Reinhard, Abschrift an Linden (Ges.) 8.2.52.St.A

4) Handel an Schwarzenberg, 20.3.1852, W.A.

Die Flüchtlinge in der Schweiz. Die Schweiz war seit der Revolution von 1848 ein Zufluchtsort für republikanisch, demokratisch und national gesinnte Männer, nicht nur aus Deutschland und Österreich, sondern auch aus dem österreichischen Teil Italiens. Aus dem Treiben vor allem der italienischen Flüchtlinge erwuchs der Schweiz ein ernster Konflikt, zumal der Putsch in Mailand im Februar 1853 vom Tessin aus vorbereitet und genährt wurde. Österreich hatte gute Lust, das Tessin einfach wegzunehmen, und wollte jetzt energisch einschreiten. Für diesen Zweck sollten auch die süddeutschen Staaten eingespannt werden, um so dieses kleine, freiheitliche Land von zwei Seiten in die Zange zu nehmen.

König Wilhelm sprach zunächst große Töne: er billigte die Forderung Österreichs an die Schweiz, bestimmte Bürgschaften gegen den Mißbrauch des Asylrechtes zu geben, und erklärte sich zu entschiedenem Vorgehen bereit; halbe und bloße Coercitiv-Maßregeln seien nicht wirksam genug.¹⁾ Neurath stellte sich zwar auf den Standpunkt, daß Drohungen und weitere Maßnahmen vom Bund, nicht von Württemberg ausgehen müßten, das ja keinen Anlaß zu einer direkten Klage habe, befürwortete aber selbst ein radikales Vorgehen, um dem Treiben in der Schweiz ein Ende zu bereiten, nämlich die Besetzung der Schweiz durch französische und deutsche Truppen.²⁾ Doch schon bei der nächsten Unterredung mit dem österreichischen Gesandten äußerte der König Bedenken, da bei einem Konflikt rund 12 000 Württemberger ihre Ausweisung aus der Schweiz befürchten müßten. Württemberg lieb daher den österreichischen Forderungen an den Schweizer Bundesrat - keine Flüchtlinge in den Grenzkantonen; wirksame Kontrolle; Ausweisung bei nachweisbar notorischen Umtrieben - nur moralische Unterstützung; es erklärte in einer am 25. April abgesandten

1) Chotek (Stellvertreter für Handel) an Buol, 7.3.1853, W.A.

2) Handel an Buol, 9.5.1853, W.A.

Note der Schweiz, daß es die österreichische Depesche begründet finde und die schweizerische Genugtuung eine wünschenswerte Bürgschaft für die württembergisch-schweizerische Freundschaft bilden werde. Die Bitte Buols, die österreichischen Forderungen nicht nur zu billigen, sondern entschieden dafür aufzutreten, bewirkte keine Verschärfung der württembergischen Haltung.¹⁾

Im Mai schrieb Buol an Handel, die Schweiz habe die österreichischen Begehren abgelehnt, weswegen er den Geschäftsträger in Bern zurückgerufen und bei den Truppen an der Grenze Vorbereitungen getroffen habe. Er zweifle nicht, daß Württemberg dieses Österreich aufgezwungene Verhalten vollkommen billige. Nun müsse aber die Sache vor den Bund gebracht werden. Er hoffe auf die Unterstützung Württembergs und eine Koordinierung der Schritte Bayerns, Württembergs und Badens.²⁾ Der Einspruch des französischen Gesandten in Wien und vor allem die mäßige Haltung Preußens hielten jedoch Buol vor einem förmlichen Antrag am Bund zurück. Die württembergische Regierung erachtete es jetzt für das zweckmäßigste, Österreich solle sich mit den süddeutschen Höfen über die genauen Maßregeln verständigen, und meinte, außer der militärischen Besetzung im äußersten Falle sei alles andere zwecklos.³⁾

Als Buol einsah, daß er mit seinen Drohungen nicht weiterkam, machte er einen weiteren Rückzieher; er erklärte in einem Zirkularschreiben, die Besetzung von Schweizer Gebiet sei nicht zulässig, dagegen sollten die Einzelstaaten nachprüfen, ob die Vorteile einer Grenzsperrre die Nachteile aufwiegen könnten.⁴⁾ Neurath sprach sich sofort entschieden gegen eine Grenzsperrre aus, da diese bei der zu erwartenden Ablehnung

-
- 1) Handel an Buol, 27.3., 21.4.1853, W.A.; Neurath an Schweizerischen Bundesrat (Abschrift an Hügel), 25.4.1853, St.A.; Buol an Handel, 30.4.1853, W.A.
 - 2) Buol an Handel, 21.5.1853, W.A.
 - 3) Handel an Buol, 9.6.1853, W.A.
 - 4) Zirkular Buols, 5.7.1853, W.A.

Frankreichs illusorisch sei und die Schweiz in die Arme Frankreichs treibe. Oberschwaben und der Schwarzwald, "welche beide nur von dem Absatz ihrer Landes- und Industrieerzeugnisse in die Schweiz leben", würden wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden. Am besten werde man jetzt abwarten, bis ein eklatanter Verstoß der Schweiz gegen das Asylrecht eintrete.¹⁾ Damit hatte Neurath eigentlich sein letztes Wort in dieser Sache gesprochen. Weder die Kritik Buols, Württemberg solle seine Partikularinteressen nicht allzusehr in den Vordergrund schieben, noch die Wünsche Bayerns, die Getreideausfuhr zu verbieten bzw. einen hohen Zoll daraufzulegen, änderten etwas an der württembergischen Haltung.²⁾ Unter diesen Umständen nahm Österreich das französische Vermittlungsangebot gerne an und behielt sich lediglich die Zustimmung zu den Ergebnissen vor.

2. Der Krimkrieg bis zum Bündnis Österreichs mit Preußen

Die Fronten. Die Lösung der Schweizer Flüchtlingsfrage - wie die Flottenfrage ein Beweis der nicht gerade österreichfreundlichen Sonderpolitik König Wilhelms - spielt zeitlich schon in den Beginn der orientalischen Wirren herein, welche die Spannungen im Verhältnis Österreich-Württemberg dann offen zum Ausbruch kommen ließen. Rußland glaubte, die Zeit sei gekommen, um dem "kranken Mann am Bosphorus" den Todesstoß versetzen und die eigene Macht auf den Balkan ausdehnen zu können. Die Durchfahrt vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer war das ersehnte Fernziel. Bei diesen Plänen mußte der Zar auf den entschiedensten Widerstand der Westmächte stoßen, da diese keine andere Großmacht im Mittelmeer dulden wollten und daher

-
- 1) Handel an Buol, 14.7.1853, W.A.; Waechter an Hügel, 14.7.1853, St.A.
 - 2) Hügel an König, 19.7.1853, St.A.; Handel an Buol, 12.9., 15.11.1853, W.A.

die Erhaltung der Türkei und des europäischen Gleichgewichts mit allen Kräften unterstützten. Rußland mußte auch mit der Gegnerschaft Österreichs rechnen, das durch seinen ungarisch und kroatischen Besitz schon lange auf dem Balkan Fuß gefaßt hatte und nun seine wirtschaftlichen wie machtpolitischen Interessen gefährdet sah. Der Zerfall der österreichisch-russischen Freundschaft und damit das Ende der hl. Allianz waren die fast unausbleiblichen Folgen. -

In Ö s t e r r e i c h bildeten sich mehrere Parteien: Während der alte Metternich, der konservative Hochadel, die Generäle (Windischgrätz, Radetzky, Colloredo) und der Internuntius in Konstantinopel, Bruck, für eine rußlandfreundliche Haltung eintraten und eine friedliche Vermittlung anstrebten, neigten der Innenminister Bach, der Bundespräsidialgesandte Prokesch-Osten und der Pariser Gesandte Hübner zu einem Bündnis mit dem Westen und tatkräftigem Handeln gegenüber Rußland. Die beiden entscheidenden Männer, der Kaiser und sein Minister des Äußeren, vertraten ebenfalls voneinander abweichende Ansichten; während Franz Joseph zwar einer weiteren Ausbreitung Rußlands entgegen treten wollte, aber auf friedlichem und vermittelndem Wege, drängte Buol geradewegs zum Eintritt in den Krieg gegen Rußland an der Seite der Türkei und der Westmächte. Diesen inneren Zwiespalt der österreichischen Außenpolitik muß man letztlich als Grund dafür ansehen, daß Österreich zwar ohne ^{keine} menschen- und Gebietsverluste, aber unter Einbuße aller verlässlichen Allianzen als der große Verlierer aus dem Krimkrieg hervorging.

In W ü r t t e m b e r g ging König Wilhelm sofort mit fliegenden Fahnen in das Lager des Zaren, seines Verwandten, über. Die Kronprinzessin Olga, seine Schwiegertochter, bestärkte ihn in seiner Haltung. Eigenwillig beharrte er auf diesem Standpunkt, ließ keine Mittel unversucht, auch die anderen Mittelstaaten auf seine Bahn herüberzuziehen, und hielt sich lediglich aus Furcht vor einer französischen In-

sion vor drastischen Schritten zurück. Neurath befürwortete eine enge Anlehnung an den Bund. Die Stimmung des Volkes aber war eindeutig russenfeindlich. "Man haßte den Autokraten in Petersburg als den eigentlichen Bezwiner der Revolution, gab ihm die Schuld an der Unterdrückung des schleswig-holsteinischen und kurhessischen Volkes und machte ihn für die Zustände in Deutschland verantwortlich."¹⁾

unfängliches Einverständnis. Der Kaiser und Buol trieben nach dem Einmarsch der Russen in die Donaufürstentümer Moldau und Walachei (Juli 1853) und der Kriegserklärung der Türkei an Rußland (Oktober 1853) zunächst eine ganz richtige Politik: Sie versuchten zu vermitteln, die russischen Machtinteressen einzudämmen und mit Preußen und dem Bund zum Schutz gegen Ost und West eng zusammenzugehen. In einer Weisung vom 24. Oktober und einem nachfolgenden Zirkular wird den Mittel- und Kleinstaaten erklärt, Österreich und Preußen wollten neutral bleiben und eine gemeinsame Erklärung darüber am 1. November abgeben; die befreundeten Regierungen möchten sich ihrer Erklärung anschließen.²⁾ Als Preußen sich wieder zurückzog, brachte Prokesch-Osten die Erklärung allein vor. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigte sich König Wilhelm mit der österreichischen Politik voll zufrieden, wenngleich er den schwächlichen Bundestag nicht für den Ort hielt, wo man Fragen der europäischen Politik behandeln könne.³⁾ Auch zum Jahresbeginn vertraute er noch darauf, "daß der Kaiser Franz Joseph seine Politik von der des Kaisers Nikolaus nicht trennen würde und... der Kaiser eine strenge Neutralität einzuhal-

1) Traub, a.a.O., S. 114. Vgl. auch O. Elben, Lebenserinnerungen 1823-1899, S. 128

2) Buol an Handel, 24.10.1853; Zirkular Buols, 30.10.1853, W.A.

3) Neurath an Hügel (Abschrift), 15.11.1853; Handel an Buol, 5.12.1853, W.A.

ten suchen würde". Er zweifelte aber bereits daran, ob diese Neutralität durchzuführen sein werde.¹⁾

Die Mission Orlov. Die Mission des russischen Grafen Orlov nach Wien brachte den Wandel in der österreichischen und württembergischen Politik. In Wien hatten nämlich Österreich und die Gesandten Frankreichs, Englands und Preußens ein Protokoll unterzeichnet, das die Grenzen für Rußland nach Kriegsende festlegte. Orlov ließ sich darauf nicht ein, bot vielmehr die Begründung halbsouveräner Staaten an der Donaumündung unter gemeinsamem Protektorat und die Beteiligung Österreichs an der Friedenskonferenz an, forderte aber die strikte Neutralität Österreichs und Preußens sowie das Oberprotektorat Rußlands über alle orthodoxen Christen. Österreich lehnte dieses "Linsengericht" schroff ab, erklärte, es handle jetzt nur noch nach seinen eigenen Interessen, schloß am 12. März 1854 ein Offensiv- und Defensivbündnis mit der Türkei und stationierte drei Armeecorps an seinen östlichen Grenzen. Als Rußland am 22. März die Donau überschritt, machte Österreich mobil.

König Wilhelm nannte die Entschlüsse zu Wien "sonderbar". Alte Allianzen gegen neue aufzugeben, sei immer gefährlich. Ihm dünkte, man hätte Orlov eine dilatorische Antwort geben

1) Wilhelm an Hügel, 12.1.1854, bei F. Koeppel: König Wilhelm I von Württemberg und der Krimkrieg, J. 334 ff. Die dort abgedruckten Briefe und die österreichischen Gesandtschaftsakten sind bei der im übrigen vorzüglichen Arbeit von Götz Krusemarck: Württemberg und der Krimkrieg, nicht mitverwertet. Das Werk von Heinrich Friedjung: Der Krimkrieg und die österreichische Politik, ist zum Teil überholt, da dem Autor nur die Akten des Kriegsarchivs zur Verfügung standen. Vgl. auch: F. Eckhart: Die deutsche Frage und der Krimkrieg, 1931; Geffcken: Zur Geschichte des orientalischen Krieges 1853-1856, 1881; Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage, 3 Bände, 1855-59.

können, anstatt ihn kategorisch zurückzuweisen. Er selbst sehe jetzt sehr schwarz in die Zukunft.¹⁾ Neurath dagegen fand die österreichische Antwort an Orlow "ganz unübertrefflich". Auch erklärte er sich bereit, von ferneren, einseitigen Schritten Württembergs abzustehen, wie Buol es wünschte. Der österreichische Außenminister hatte nämlich kurz zuvor geschrieben, er habe gehört, die Mittelstaaten wollten auf einer Konferenz Preußen und Österreich zur Neutralität verpflichten. Eine solche Bindung würde aber nur Österreichs Bewegungsfreiheit hindern und sei unpassend. Österreich hoffe vielmehr auf den entschiedenen moralischen und materiellen Beistand für den Schutz der "großen gemeinsamen Interessen an der Donau".²⁾

Die eben genannte Mittelstaatenkonferenz war ein Plan König Wilhelms. Sie sollte u.a. auch ein gemeinsames Verhalten der Mittelstaaten gegen eine dem Interesse des übrigen Deutschland nicht zusagende Richtung der österreichischen und preußischen Politik herbeiführen. Wilhelm fühlte bei Bayern und Sachsen vor und reiste an die ebenfalls mit Rußland verwandten Höfe in Darmstadt und Weimar. Jedoch Beust und der stellvertretende bayrische Ministerpräsident Pelkhoven winkten ab. Außerdem arbeiteten Handel und der neue preußische Gesandte in Stuttgart, v. Seckendorff, nach Kräften gegen diesen Plan. Unterstützt wurde Wilhelm lediglich vom russischen Geschäftsträger Fürst Gortschakow, der Württemberg bestimmen wollte, sich zusammen mit Preußen für die unbedingte deutsche Neutralität auszusprechen.³⁾ Pfordten riet nach der Besprechung

1) Handel an Buol, 12.2.1854, W.A.

2) Handel an Buol, 14.2.1854; Zirkular Buols, 12.2.1853, W.A.

3) Handel an Buol, 20.2., 29.3., 24.3.1854, W.A.

mit Neurath in Lindau von diesem Plan Gortschakows ab, weil Österreich dann nur noch stärker in die Arme der Westmächte und zu rücksichtslosem Vorgehen gegen Rußland getrieben werde. Vielmehr solle sich Preußen mit Österreich verständigen und es zur Mäßigung mahnen.¹⁾

3. Wilhelms Widerstand gegen das Aprilbündnis

Eine Verständigung kam am 20. April 1854 in einem zwischen Preußen und Österreich geschlossenen Offensiv- und Defensivbündnis zustande. Manteuffel gab in den ziemlich unklar gefaßten Bestimmungen soweit nach, daß Preußen sich verpflichtete, die Forderungen Österreichs und der Westmächte an Rußland nach Räumung der Donaufürstentümer zu unterstützen; er warf damit die Friedenspolitik Friedrich Wilhelms, Bismarcks und Gerlachs über den Haufen. Die übrigen deutschen Staaten wurden aufgefordert, dem Bündnis beizutreten. Es stelle "die sicherste Grundlage für die Befestigung der zwischen den Regierungen Deutschlands bereits bestehenden Bande der Freundschaft und Bundesgenossenschaft und für die möglichst ausge dehnte Sicherstellung der gemeinsamen deutschen Interessen" dar.²⁾ Buol beabsichtigte in Wirklichkeit, mit einer Demonstration der deutsch-österreichischen Stärke, wozu er auch die Mittel- und Kleinstaaten benötigte, Rußland sanft aus den Donaufürstentümern hinauszudrängen.³⁾

König Wilhelm von Württemberg betrachtete den Beitritt zum Aprilbündnis als eine Zumutung.

"Das Interesse des Bundes ist ein ganz anderes", schrie er an Hügel. "Wir haben durchaus keinen vernünftigen Grund uns in diese orientalischen Wirren einzulassen und es is

1) Neurath an König, 19.4.1854, St.A.

2) Zirkular Buols, 9.5.1854, W.A.

3) Hügel an König, 15.5.1854, St.A.

gegen unsere Pflicht, von unseren Ländern Menschen- und Geldopfer zu verlangen, da weder durch den Krieg noch durch den Frieden irgendein Nutzen für Deutschland daraus entstehen kann..."¹⁾ Und zu Handel sagte Wilhelm: Wir haben uns bis jetzt auf die Allianz der drei konservativen Mächte Rußland, Österreich und Preußen gestützt, ich kann mich nicht entschließen, mich jetzt auf die Seite Englands und Frankreichs zu stellen, welche beide revolutionäre Regierungen sind." Man hätte uns vor dem Abschluß des Bündnisses Mitteilung machen und unsere Bedenken anmelden lassen können. Statt dessen wird das österreichisch-preußische Bündnis abgeschlossen und uns dann mitgeteilt - da, jetzt müssen sie beitreten."²⁾

Der österreichische Gesandte hatte den Eindruck, König Wilhelm wolle durch preußische Einwirkung Österreich solange zurückhalten, bis Rußland Waffenerfolge errungen habe und Frankreich und England uneins geworden seien.

Außenminister Neurath stand während des Krimkrieges stärker denn je im Gegensatz zum Willen des Königs. Er selbst zeigte sich nämlich zufrieden über das Berliner Bündnis und meinte sogar, es werde sich noch ausbauen lassen. In der Befürchtung, geographisch zwischen die Koalition Österreich-Frankreich-England eingeklemmt zu werden, sprach er sich für den bedingten Beitritt aus; er hoffte aber, Österreich werde keine aktive, offensive Beteiligung mittelstaatlicher Truppen verlangen.³⁾

Die Anregung Beusts zu einer Mittelstaatenkonferenz in Bamberg⁴⁾ bewahrte ihn vorläufig davor, sich definitiv über den Beitritt Württembergs zu äußern.

Bamberg. Auf der Bamberger Konferenz (26. Mai 1854) wollte Beust, der lebhafteste und ideenreichste Triaspolitiker, einen gemeinsamen Standpunkt der Mittelstaaten zum Aprilbündnis erarbeiten lassen. Buol hütete sich zwar, offiziell Einwendun-

1) König an Hügel, 9.5.1854, bei Koeppl, a.a.O., S. 336 f.

2) Handel an Buol, 29.5.1854, W.A.

3) Lago (stellv. für Handel) an Buol, 23.4.1854, W.A.; Krusemarck, a.a.O., S. 37

4) Handel bezeichnete später (27.6.1854, W.A.) König Wilhelm als den "moralischen Urheber".

gen gegen dieses Treffen zu erheben, zeigte sich aber doch verärgert, weil dadurch dem Ausland einmal mehr die deutsche Zerissenheit dokumentiert werde.¹⁾ Die Mittelstaaten beschloßen in Bamberg, nicht einzeln, sondern kollektiv durch den Bund dem Aprilbündnis beizutreten; sie forderten dafür die Teilnahme des Bundes an allen weiteren Verhandlungen und wollten einen mäßigen Einfluß auf Österreich ausüben. Die Räumung der Donaufürstentümer durch Rußland und die Einstellung der Feindseligkeiten durch die inzwischen in den Krieg eingetretenen Westmächte müsse gleichzeitig vonstatten gehen.²⁾

Als der bayrische Gesandte in Wien das Memoire Pfordtens übergab, antwortete Buol heftig, Österreich dulde keine Demütigung der Westmächte; die deutschen Fürsten würden, falls Deutschland den fortgesetzten Übergriffen des Zaren nicht entgegentrete, bald zu russischen Hospodaren herabsinken. Österreich ändere seine Haltung nicht. Gleichsam zum Trotz ließ er ohne Zustimmung Preußens und des Bundes eine Sommatation, also eine ultimative Forderung, an Rußland abgehen, worin der Zar aufgefordert wurde, die Donaufürstentümer sofort zu räumen. Buol wollte, wie er dem preußischen Sondergesandten Alvensleben selbst zugab, der Bamberger Konferenz ein *fait accompli* entgegenstellen.³⁾

König Wilhelm, der die Bamberger Abmachungen zunächst mit Einschränkungen genehmigte und den Beitritt Württembergs in Aussicht stellte, fühlte sich durch das erneute selbständige Vorgehen Österreichs verletzt und beiseitegeschoben. Er forderte zumindest die Ausschaltung jeder Möglichkeit eines offensiven Vorgehens gegen Rußland.⁴⁾ Des Königs Taktik bestand von jetzt an darin, seinem Bundestagsgesandten keine Instruk-

1) Hügel an König, 20.5.1854, St.A.; Zirkular Buols, 22.5.1854, W.A.

2) Neurath an Hügel, 3.6.1854, St.A.

3) Hügel an König, 6.6.1854, St.A.

4) Neurath an Hügel, 24.6.1854, St.A.

tionen zu geben und dadurch den Beitritt zu verzögern. Auch wollte er die russische Antwort auf die österreichische Komination abwarten. Neurath befürwortete eine bundestreue Haltung und hätte gerne die Bamberger Beschlüsse vollstreckt; aber er mußte sich der Politik des Königs unterordnen. Mit unklaren und nichtssagenden Erklärungen vertröstete er Handel, Beckendorff, und die anderen Gesandten immer wieder. Er versicherte die Bereitwilligkeit Württembergs, bat aber, die russische Antwort noch abzuwarten und jede Beteiligung an dem Krieg zu vermeiden. ¹⁾

Rücktritt Neuraths. Mehrere eindringlich mahnende Zirkulare Buols beeindruckten den König wenig, vielmehr verstand er es, die Frage der Verbindlichkeit von bloßen Mehrheitsbeschlüssen des Bundes in die Diskussion zu werfen und dadurch die Angelegenheit weiter hinauszuzögern. In einem Artikel des "Staatsanzeigers" desavouierte er Neuraths Haltung in Bamberg. Er griff mehrmals eigenmächtig in die laufenden Geschäfte des Außenministeriums ein und warf Neurath Furcht vor Österreich vor. Der Außenminister zog daraufhin die Konsequenzen und trat am 14. Juli 1854 zurück, blieb jedoch Präsident des Geheimen Rates. Buol bedauerte den Rücktritt sehr und ließ Neurath seine Sympathie und Achtung ausdrücken. ²⁾ Das Ministerium des Äußeren übernahm wieder interimistisch der Innenminister Frh. von Linden, der "mit der politischen Lage der Dinge wenig vertraut" war, "nur das hie und da mildernde Werkzeug des Königs" darstellte und von Handel als "das personifizierte Versöhnungs- und Vermittlungsprinzip" bezeichnet wurde. ³⁾ Dieser gefügige Mann redete dem König nur noch wenig in die Politik.

1) Neurath an Handel, 5.6.1854; Handel an Buol, 22.6.1854, W.A.

2) Buol an Lago, 22.7. 1854, W.A.

3) Handel an Buol, 1.9., 3.9. 1854, W.A.

Rußland hatte inzwischen der österreichischen Sommatation nachgegeben, sodaß ein weiterer Widerstand gegen den Beitritt zum Aprilbündnis sinnlos wurde. König Wilhelm gab daher Reinhard wenige Tage später die notwendigen Instruktionen, sodaß der Bund am 26. Juli mit württembergischer Zustimmung dem Aprilbündnis beitreten konnte.

4. Wilhelms Widerstand gegen den Dezembervertrag und gegen die von Österreich geforderte Abberufung Hügels

Buol stieß sofort nach. Er suchte beim Bund militärische Hilfe in Form einer Teilmobilmachung, da die Spannung zwischen Österreich und Rußland nach Österreichs Bündnis mit der Türkei, seinem Einmarsch in die Donaufürstentümer und vier mit den Westmächten vereinbarten Forderungen an Rußland einen neuen Höhepunkt erreicht hatte. Als die Mittelstaaten sowie Preußen das Ansuchen allgemein ablehnend oder verzögernd beantworteten, trachtete Österreich danach, das Ziel über einen Bundestagsausschuß zu erreichen. Buol schrieb in einem Zirkular, Österreich wolle in Frankfurt unzweideutig festgestellt wissen, daß das April-Bündnis den Bund in jeder Gefahr, die dem Kaiserstaat in seiner jetzigen Haltung drohe, zu gemeinsamer Abwehr verpflichte.¹⁾ Außerdem solle sich der Bund die vier mit den Westmächten vereinbarten Forderungen aneignen: 1. Beendigung des russischen Protektorates über die Donaufürstentümer, 2. Sicherung der freien Donauschiffahrt, 3. Einschränkung der russischen Seeherrschaft auf dem Schwarzen Meer, und 4. Verzicht Rußlands auf die Schirmherrschaft über die dem Sultan untergebenen orthodoxen Christen. Mit aller Gewalt wollte Prokesch-Usten die Zustimmung erzwingen; dem Württemberger Reinhard drohte er sogar mit dem Zerfall des Bundes, falls die Bundesmitglieder sich weiterhin passiv verhalten würden.

1) Zirkular Buols, 22.8.1854, W.A.

Diese Vorgänge ließen König Wilhelm kühl. Er entgegnete vielmehr, die neuesten österreichischen Schritte seien mit der Wahrung des deutschen Interesses nicht mehr identisch. An Reinhard schrieb der König, man dürfe Österreich nicht einfach freie Hand lassen und die Folgen schon im voraus garantieren.¹⁾ Und dem Gesandten Handel erklärte er: Württemberg sei nur bereit, Österreich die Unterstützung des Bundes zu sichern, falls österreichisches Gebiet von Rußland angegriffen würde. Das Schicksal der Donaufürstentümer, der Donauschifffahrt usw. sei ihm gleichgültig.²⁾ Außenminister Linden wurde noch deutlicher, als er Handel darlegte, Württemberg sei nicht im entferntesten gesonnen, die vier Punkte zum eigenen Programm zu machen; man betrachte vielmehr jene Bestimmung des Aprilbündnisses, in welcher ein offensives Vorgehen der Bundesgenossen verlangt werden könne, durch den Rückzug Rußlands aus den Donaufürstentümern als erledigt - eine Bemerkung, die den Inhalt einer Depesche Manteuffels nach Stuttgart aussagte.³⁾ König Wilhelm pflegte überhaupt in jenen Monaten einen lebhaften Schriftwechsel mit den Lenkern der preußischen Außenpolitik, welche ebenfalls die österreichische Politik nicht mehr mitmachen wollten. Handel schrieb nach Wien, Württemberg harmoniere vollkommen mit den preußischen und russischen Ansichten; es sei ihm unmöglich, den König umzustimmen. "Man ist hier dormalen mehr als je russisch", stellte er resigniert fest.⁴⁾

Als Buol mit schwerstem Geschütz auffuhr - er drohte mit einer Allianz Österreich/England/Frankreich - lenkte Preußen nochmals, letztmals, ein; es wurde ein neuer modifizierter Zusatzartikel zum Aprilbündnis vereinbart. Während der Verhandlungen darüber weigerten sich der König und Linden konstant, Österreich Zusicherungen für klare und verpflichtende Bundesbeschlüsse

1) Krusemarck, a.a.O., S. 61 f.

2) Handel an Buol, 21.9.1854, W.A.

3) Handel an Buol, 8.9.1854, W.A.; Linden an Hügel, 10.9.1854, St.A.

4) Handel an Buol, 1.10., 5.10.1854, W.A.

zu geben. Erst als das Ergebnis vorlag, fügte sich auch König Wilhelm wieder in die Front ein und ließ Reinhard am Bund dem modifizierten Aprilvertrag zustimmen.¹⁾

Bündnis Österreichs mit den Westmächten. Obwohl der Zar am 28. November 1854 die vier Punkte als Basis für Friedensverhandlungen angenommen hatte, unterzeichneten Buol und der Kaiser am 2. Dezember unter erheblichem Druck der Westmächte ein Bündnis mit Frankreich und England - ein Bündnis, das Palmerston ein "totgeborenes Kind" nannte, weil Kaiser Franz Joseph nur noch mit halbem Herzen dabei war und die westlich gerichtete Tendenz der Buol'schen Politik stark bremste. Andererseits tat aber Österreich unzweideutig kund, daß es nun klare Stellung gegen Rußland bezogen hatte; das Bündnis wurde dadurch zur "Grabinschrift für das von Metternich begründete System der heiligen Allianz", wie sich Heinrich Friedjung in seiner plastischen Sprache ausdrückte.²⁾ Buol schrieb nach dem Abschluß des Bündnisses an Heß: "Wir sind die politischen Gegner Rußlands, ohne mit dieser Macht Krieg zu führen, und einigen uns mit den Seemächten (England, Frankreich. D.Verf.) auf demselben Boden der Prinzipien, ohne uns ihre Alliierten nennen zu wollen."³⁾ Er glaubte, nun eine besonders schlaue Vermittlerstellung eingenommen zu haben; in Wirklichkeit begann aber mit dem Dezemberbündnis die Isolierung Österreichs in der europäischen Politik.

Das neue Bündnis wirkte in Stuttgart wie "ein Donnerschlag".⁴⁾ Schon bei der vorhergegangenen Entwicklung hatte König Wilhelm seinem Gesandten Hügel geklagt, die frankreichfreundliche Politik Österreichs bringe Süddeutschland in eine gefährliche Lage. "Merkwürdig", schrieb er, "ist die Kurzsichtigkeit Österreichs, das nicht einsehen will, daß jeden Vorteil, den ihm Frankreich an der Donau einräumen wird, Österreich mit einem Teil von Italien bezahlen muß".⁵⁾ Nun aber äußerte er seine

1) Handel an Buol, 18.10.1854, W.A.

2) Friedjung, Krimkrieg, a.a.O., S. 126

3) Friedjung, Krimkrieg, a.a.O., S. 95

4) Krusemarck, a.a.O., S. 74

5) König an Hügel, 18.10.1854, bei Koeppel a.a.O., S. 337 f.

ganze Entrüstung über das hinterhältige Vorgehen Österreichs ohne den Bund. Er schrieb an Hügel am 7. Dezember 1854:¹⁾

"Mich (hat) keine Nachricht so sehr erschüttert als die von ihnen hinterbrachte eines Allianztraktates zwischen dem österreichischen Kaiserreich und den beiden Westmächten. Es (Österreich) überrascht dadurch Preußen und den Deutschen Bund, noch mehr aber Rußland selbst. Es verändert dadurch die ganze politische Lage und wird sich dadurch das allgemeine Mißtrauen in seinen Absichten von ganz Deutschland zuziehen... Wie bitter sehen wir uns alle getäuscht in unseren Friedenshoffnungen. Es wäre wohl überflüssig, über einen solchen politischen Gang des österreichischen Kabinetts weitere Bemerkungen zu machen; die Tatsachen sprechen durch sich selbst, die Zukunft muß uns lehren, ob ein getäuschtes Vertrauen und so bittere Erfahrungen nicht ebenso bittere Früchte erzeugen werden."

Die Reaktion Lindens fiel nicht weniger heftig aus. Er war "im höchsten Grade überrascht und betroffen", schrieb der Stellvertreter Handels, Lago. Lindens Privatansicht sei, daß aus dem Bündnis "schwere Komplikationen entstehen und die so mühsam zustande gebrachte Eintracht Deutschlands wieder in Frage gestellt werden dürfte." "Was die königl. Regierung am meisten befremde, sei der Umstand, daß Österreich in dem Augenblicke, wo sämtliche Bundesregierungen, beseelt vom Verlangen nach Einigkeit, seinen 'weit über die deutschen Interessen hinausgehenden' Wünschen mit großer Opferwilligkeit und im vollsten Maße zu entsprechen bereit sind, einen Schritt von unermeßlicher Wichtigkeit und Tragweite - wie eine Allianz mit den Feinden Rußlands doch jedenfalls sei - getan habe, ohne sich vorher mit seinen deutschen Bundesgenossen ins Einvernehmen gesetzt zu haben." Österreich betrachte anscheinend den schließlichen Beitritt des Bundes als abgemachte Sache; für die kleineren Staaten sei es aber "beschämend und verletzend", nur zu faits accomplis ihre Zustimmung erteilen zu müssen.²⁾

1) König an Hügel, 7.12.1854, bei Koeppel, a.a.O., S. 338 f.

2) Lago an Buol, 7.12.1854, W.A.

Württemberg wußte sich diesmal in seiner ablehnenden Antwort mit den anderen Bundesgliedern einig, denn auch Preußen versagte seinen Beitritt zum Bündnis. König Wilhelm vollzog damit seine gänzliche Abkehr von Österreich. Durch einen Zwischenfall um den württembergischen Gesandten Hügel in Wien verstärkte sich diese Mißstimmung noch.

Abberufung Hügels? Als treuester Verfechter der Wilhelmschen Politik im Krimkrieg erwies sich Frh. Karl von Hügel. Zuvor auf diplomatischen Posten in Paris, London und Berlin, machte er es sich in Wien zu seiner vornehmsten Aufgabe, den Gedankengängen seines Königs Eingang zu verschaffen. Er beließ es nicht dabei, nur beobachtend und referierend zu wirken, sondern griff auch aktiv und vermittelnd in das Geschehen ein. Hügel stand fortwährend in bestem Kontakt mit dem russischen Gesandten Meyendorff und später Gortschakow sowie mit den beiden Vertretern Preußens, Alvensleben und Arnim; seine Informationen holte er nicht auf dem Ministerium, sondern bei den Vertretern der Friedenspartei, Metternich, Windischgrätz und Heß. Während Hügel die russische und auch die preußische Politik rechtfertigte - sie sei "die einzig richtige, vernünftige"¹⁾ -, ließ er diejenige Buols im ungünstigsten Licht erscheinen; alle hier wollten den Frieden, schrieb er an den König, die kaiserliche Familie, der Adel, die Militärs, die Wirtschaft, das Volk - nur einer wolle ihn nicht: Buol.²⁾

Schon nach der Bamberger Konferenz hatte Buol einmal in einem Privatschreiben an Neurath heftig Klage geführt über Hügels Verhalten.³⁾ Jetzt, im Dezember 1854, kam die Vertrauenskrise offen zum Ausbruch. Buol schrieb privat an Lago folgendes:

1) Hügel an König, 22.5.1854, St.A.

2) Hügel an König, 15.8.1854, St.A.

3) Vgl. Handel an Buol privat, 25.6.1854, W.A.

"Die Sprache und Haltung dieses Gesandten hatte mir nämlich schon seit längerer Zeit nicht das entfernteste Recht gegeben, seinem Hofe die Geneigtheit zuzutragen, die Politik des Kais. Kabinettes irgendwie zu unterstützen, oder auch nur mit der Unbefangenheit zu beurteilen, die dem Standpunkt einer deutschen Bundesregierung in dieser Frage gewiß so natürlich ist... Frh. von Hügel hat es seiner Aufgabe entsprechend gefunden, die Sphäre seiner Wirksamkeit in auffallender Weise außerhalb seines offiziellen Verkehrs mit mir zu suchen." Hügel hat daraus keinen Hehl gemacht, sodaß ich mich "über seine systematisch durchgeführte Opposition gegen den politischen Gang des kaiserlichen Kabinettes auf das vollständigste aufgeklärt finde." 1)

Lago erhielt die Anweisung, den Brief Linden oder dem König zu überreichen und ihnen die weiteren Maßnahmen zu überlassen. In einem anderen Schreiben wurde der auf der Rückreise nach Stuttgart befindliche Gesandte Handel von Buol aufgefordert, vorerst in München zu bleiben. Das könnte vielleicht als Druck in Stuttgart wirken und die Erfüllung der österreichischen Wünsche - zweifellos war die Abberufung Hügels gemeint - beschleunigen. "Wir greifen dem Willen des Königs keineswegs vor, aber davon können wir keinen Hehl machen, daß der Mann durch die eigene Art, wie er Geschäfte manipuliert und Diplomatie zu treiben glaubt, unser Vertrauen unwiederbringlich verwirkt hat." 2)

Der Legationssekretär Lago trat in Stuttgart schneidig auf, obwohl man ihn wie einen "Feind" behandelte, wie er kurz vorher berichtet hatte. Er scheute sich nicht, auch darauf hinzuweisen, was zwischen den Zeilen des Buol'schen Briefes zu lesen war, holte sich aber beim König und bei Linden eine kräftige Abfuhr. Der König entgegnete ihm, er habe keine Lust, Hügel abzuberofen; es könne sich höchstens um einen Verweis handeln. Und Linden beließ es bei der Bemerkung, Hügel solle sich erst rechtfertigen. Linden schrieb Hügel, er solle sich zu den Beschuldigungen äußern und die Sache vielleicht persönlich mit Buol ausbügeln.³⁾ Hügel nahm den Vorschlag auf und besuchte

1) Buol an Lago, privat, 18.12.1854, W.A.
2) Buol an Handel, 21.12. 1854, W.A.
3) Lago an Buol, 23.12., 25.12.1854, W.A.; Linden an Hügel, 24. 12. 1854, St. A.

Buol. Er erklärte dem österreichischen Außenminister, er müsse das Dezembertraktat tief bedauern und hätte nicht nur den indifferenten Beobachter spielen können. Buol antwortete ihm, er habe es für seine Pflicht gehalten, den württembergischen Hof darauf aufmerksam zu machen, daß die Haltung des Gesandten - scharfe Mißbilligung der österreichischen Politik und aktive Gegenschritte - für die beiderseitigen Beziehungen nicht förderlich sei. Das Gespräch endete aber in versöhnlichem Tone.¹⁾

Für Hügel schien die Angelegenheit nun erledigt zu sein, zumal der König ebenfalls meinte, man solle "die Sache jetzt fallen lassen", und Hügel sein Vertrauen aussprach.²⁾ Buol und Handel gaben sich aber noch nicht zufrieden; Handel forderte in einem an Linden gerichteten Privatbrief von München aus offen die Abberufung Hügels, erhielt aber eine "mit aller Schlaueit und Pfiffigkeit" geschriebene, ausweichende Antwort.³⁾ Buol wiederum erschien es kühn, daß die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden wolle. "Wenn meine Worte", so schrieb er an Handel, "von ihm (Hügel. D.Verf.) so gänzlich mißverstanden werden konnten, als ob ich mich durch seine vermeintliche Rechtfertigung zufrieden gestellt gezeigt hätte, so beweist dies zu meinem Bedauern nur von neuem, wie wenig wir uns gegenseitig verstehen..." Man müsse nun bedacht sein, daß sich die falsche Stellung dieses Mannes so wenig nachteilig als möglich auswirke. Erneut stellte Buol es dem König frei, welche "Maßnahmen" er ergreifen wolle.⁴⁾

Der diplomatische Schriftwechsel in dieser Affäre wäre wohl noch eine Zeit lang fortgesetzt worden, hätte nicht schließlich Linden versöhnlich eingelenkt. Er reinigte zwar Hügel von dem Vorwurf systematischer Opposition gegen Österreich,

1) Hügel an Linden, 5.1.1855, St.A.

2) Maucier an Linden, 8.1.1855; Linden an Hügel, 9.1.1855, St.A.

3) Handel an Buol, 5.1.1855, W.A.

4) Buol an Handel, 17.1.1855, W.A.

erklärte aber Handel, die gegenwärtigen Zeitumstände, die Krankheit Hügels und die kalte Jahreszeit würden ein diplomatisches Revirement fast unmöglich machen. Er lasse Buol bitten, den diplomatischen Verkehr mit Hügel fortzuführen. Damit gab sich Buol zufrieden.¹⁾

Ein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Männern ließ sich jedoch nicht wiederherstellen. König Wilhelm berief daher vernünftigerweise Hügel im Sommer dieses Jahres (1855) von seinem Posten ab und machte ihn - zum neuen Außenminister. Hügel wurde dem König für dessen letzten Lebensjahre ein williger, gefügiger und "getreuer Handlanger".²⁾

5. Wilhelms Widerstand am Bund und das Ende des Krimkrieges

In einem Antrag an den Bund vom 24. Dezember 1854 und neuerlich in einem Zirkular an die deutschen Regierungen vom 14. Januar 1855 forderte Buol-Schauenstein die Mobilisierung des halben Bundeskontingentes und die Wahl eines Bundesfeldherrn, um "der Gesamtheit Deutschlands eine achtungsgebietende Stellung zu geben".³⁾ Da Preußen sich schon auf den Bundesantrag hin ablehnend äußerte, verschickte Buol am selben 14. Januar ein geheimes, nur an die größeren mittelstaatlichen Höfe gerichtetes Schreiben, das die Lage außerordentlich dramatisierte und aus einer Mischung von Drohung und Verzweiflung bestand. Er richtete nämlich die Anfrage an die deutschen Bundesgenossen, ob sie im Falle einer Spaltung am Bunde Österreich das Vertrauen schenken und sich seinem Geschicke anschließen wollten und ob Österreich in der äußersten Eventualität auf ihre tätige Mitwirkung zählen dürfe. Buol gab dafür feierliche Zusicherungen für den gegenwärtigen Besitz und

1) Linden an Handel (Konzept), 29.1.1855; Buol an Handel (Abschrift), 9.2.1855, St.A.

2) Srbik, Deutsche Einheit, Bd. III, 1, S. 192

3) Zirkular Buols 14.1.1855, Nr. 1, W.A.

die Territorialstellung der sich anschließenden Länder und versprach einen Anteil an den in Folge des Krieges zu erreichenden Vorteilen. Österreich müsse sich aber jetzt schon die Bereitstellung eines noch zu bestimmenden Truppenkörpers bedingen und verlangen, daß die Regierungen sich bereit erklären, dem Kaiser den persönlichen Oberbefehl über die Kontingente im Ernstfalle anzuvertrauen.¹⁾

Linden hatte jedoch schon vor dem Eintreffen dieser Geheimdepesche die Anweisung an Reinhard gegeben, Württemberg könne dem österreichischen Antrag auf Mobilisierung halber Bundeskontingente nicht zustimmen, weil dadurch die gemischten Armee-corps zerrissen würden; man müsse sich vielmehr, "wenn es je nötig ist", für die halbe Kriegsbereitschaft der ganzen Kontingente aussprechen und sich bezüglich der Wahl des Bundesfeldherrn ganz an die Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung halten. Insofern sei die preußische Ablehnung des österreichischen Antrags hier sehr willkommen.²⁾

Auch der zurückgekehrte Handel konnte keine bessere Nachricht für Österreich übermitteln. Linden sei dem österreichischen Bundesantrag nicht nur aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen abgeneigt. Seine Bemerkungen ließen sich zurückführen "auf ein grenzenloses Vertrauen in die Friedensliebe Rußlands, auf den noch immer bestehenden Wunsch, Österreich von den Westmächten zu trennen und für Deutschland eine Neutralität zu behaupten..."³⁾ Als Hügel berichtete, Buol betrachte den Antrag auf Mobilisierung des halben Bundesheeres nicht unbedingt als eine gegen Rußland gerichtete Aktion, sondern vielmehr als "eine Konsequenz der bisherigen Haltung Deutschlands, als eine Folge seiner politischen und geographischen

1) Zirkular Buols, 14.1. 1855, Nr. 2, W.A.

2) Linden an Hügel, 15.1.1855, St.A.

3) Handel an Buol, 19.1.1855, W.A.

Lage im allgemeinen", setzte der König drei Ausrufezeichen an den Rand des Berichtes.¹⁾

Da aber auch Sachsen und andere deutsche Mittelstaaten die Mobilisierung ablehnten, fand sich im orientalischen Ausschuß und im Plenum des Bundestages keine Mehrheit für den österreichischen Antrag. Vielmehr wurde am 8. Februar 1855 lediglich die Kriegsbereitschaft, aber nicht die Mobilisierung des Bundesheeres beschlossen, und zwar nur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Bundes nach Ost und West. Österreich mußte mithin eine große Niederlage einstecken; es hatte zudem auch starke Bedenken gegen die Motivierung des Bundesbeschlusses als Demonstration nach beiden Seiten. Buol suchte die Niederlage zu vertuschen, indem er auf die Dringlichkeit des ungesäumten und kräftigen Vollzugs des Beschlusses hinwies.²⁾

Handel übertrieb sicher, als er über die Wirkung des geheimen Schreibens vom 14. Januar berichtete, Linden sei bei der Erwähnung einer Spaltung des Bundes und der äußersten Eventualitäten "von einer wahren Todesangst befallen worden". Denn weiter unten im selben Bericht heißt es, Linden und der König seien der Ansicht, man solle die Auflösung des Bundes gar nicht in Betracht ziehen. Entscheidend sei für Württemberg, ob sich die Haltung Bayerns genügend antiösterreichisch erweise, damit man bei der Verneinung des unbedingten Anschlusses an Österreich außer bei Preußen auch bei den Mittelstaaten eine ausreichende Deckung finde.³⁾ Der Vorschlag des kaiserlichen Oberbefehls fand erst recht keinen Anklang; Württemberg und Bayern wollten vielmehr den mittelstaatlichen Truppen ihre eigene Bedeutung erhalten und keine Regimenter zu den Kontingenten der Großstaaten abstellen.⁴⁾

1) Hügel an König, 16.2.1855, W.A.

2) Zirkular Buols, 16.2.1855, W.A.

3) Handel an Buol, 21.1.1855, W.A.

4) Linden an Hügel, 21.2.1855, St.A.

Andererseits nötigten aber die schlechte geographische Lage Württembergs zwischen Österreich und Frankreich und die wieder stark Österreich-freundliche Meinung der Öffentlichkeit die Regierung und den König zur Zurückhaltung. Selbst der Ministerrat beschloss nach den Informationen Handels einstimmig, daß sich Württemberg an Österreich anlehnen müsse, falls auch Baden und Bayern diese Richtung einschlagen würden. Der König beugte sich widerwillig; als Kompromiss vereinbarten Regierung und Herrscher, vorerst möglichst keine definitiven Beschlüsse zu fassen.¹⁾ - Buol beschränkte sich jedoch in der Folgezeit darauf, die Mittelstaaten vor Provokationen Frankreichs zu warnen.

Durch den Beginn einer Konferenz Englands, Frankreichs, Rußlands, Österreichs und der Türkei in Wien, welche den Frieden vermitteln sollte, trat die politische Stellung Preußens und der deutschen Bundesstaaten im Frühjahr und Sommer 1855 ziemlich in den Hintergrund. Auch als diese Konferenz infolge des Kriegswillens Frankreichs und Englands scheiterte, setzten Österreich und vor allem der Kaiser alles daran, den Frieden herbeizuführen. Österreich rüstete ab und suchte - allerdings vergeblich - eine Annäherung an Rußland. König Wilhelm von Württemberg blieb jedoch gekränkt und verstimmt. An Degenfeld-Schomberg schrieb er, man könne nicht davon sprechen, Österreich eine "goldene Brücke" zu bauen, wie Pfordten es wolle. Man würde ja doch nur wieder in Intrigen zugunsten Österreichs verwickelt werden. Er werde seine Stellung nicht ändern, sondern mit Preußen und Sachsen eng verbunden bleiben und am Bunde sich negativ verhalten.²⁾

Das tat der König dann beim Wunsch Buols, durch einen Bundesbeschluss Österreichs bisheriges Verhalten im Krimkrieg unumwunden zu billigen. Er billigte zwar zu, daß die Kriegsbereit-

1) Handel an Buol, 4.2., 9.3. 1855, W.A.

2) König an Degenfeld, 4.7. 1855, St.A.

schaft stillschweigend fortdauern solle, lehnte es aber ab, alle früheren Schritte Buols, also auch das Dezemberbündnis, gutzuheißen.¹⁾ Reinhard verweigerte daher zusammen mit Bismarck und anderen Bundestagsgesandten die Zustimmung zum österreichischen Antrag, sodaß er abgelehnt wurde. Auch ein weiterer Antrag Österreichs an den Bund, "die Friedensgrundlage der vier Punkte in Gemeinschaft mit Österreich aufrecht zu erhalten", erhielt nicht die Zustimmung Württembergs. Linden sagte zu Handel, das könnte den Beitritt Württembergs zu Coercitiv-Maßregeln gegen Rußland bedeuten. Aufgabe des Bundes sei eher, Österreich aus seiner "zweideutigen Position herauszuziehen als sich selbst nachzustürzen". Für Österreich würde es überhaupt besser sein, wenn es sich mit Preußen und Deutschland "vereint auf Rußlands Seite schlagen" würde.²⁾

Preußen hatte im Herbst und Winter des Jahres 1855 allen Grund, mit der Haltung Württembergs zufrieden zu sein. Das württembergische Außenministerium übernahm nach der interimistischen Betreuung durch Linden jetzt der Wiener Gesandte Frh. von Hügel, dem man gewiß nicht allzugroße Willigkeit für Österreichs Wünsche nachsagen konnte. - Anfang Oktober statteten König Wilhelm und der Großherzog von Baden dem preußischen König auf Schloß Stolzenfels einen Besuch ab. Obwohl man Handel versicherte, in Stolzenfels würden keine politischen Fragen angeschnitten, und obwohl die "Ostdeutsche Post" in Wien mit der Bemerkung darüber hinweggehen wollte, der Ausspruch König Wilhelms "Ich unterwerfe mich keinem Hohenzollern" werde dadurch nicht aufgehoben,³⁾ befestigte der "Miniatur-Kongress" in Stolzenfels doch das freundschaftliche Verhältnis Württembergs zu Preußen und wirkte sich später auf die Lösung der Neuenburger Angelegenheit aus.

-
- 1) Handel an Buol, 4.7.1855, W.A.
 - 2) Handel an Buol, 11.8.1855, W.A.
 - 3) Handel an Buol, 1.10.1855, W.A.; Ausschnitt aus "Ostdeutsche Post", beigelegt Hügel an König, 2.10.1855, St.A.

Den Höhepunkt des guten Einverständnisses mit Preußen bildete aber der Besuch Bismarcks in Stuttgart am 17./18. Dezember 1855. "In Stuttgart wie in München ist man augenblicklich, jeder in seiner Weise, gut preußisch", so fasste dieser das Ergebnis seiner Besprechungen mit den beiden Königen zusammen. Welchen Groll gegenüber Österreich der Württembergische König zeigte, erfährt man am besten aus dem Privatbrief Bismarcks an Leopold von Gerlach:¹⁾

"Wenn man in München liebenswürdig für mich war, so trug man mich in Stuttgart auf Händen. Der König ließ mich gleich nach meiner Ankunft rufen. Er war sehr bitter gegen Österreich. Er hielt nicht bloß Meiern (Buol)²⁾, sondern auch den Besitzer von Schönhausen (den Kaiser von Österreich) für einen Mann von sehr engem Gesichtskreis, dessen Erziehung durch B(ombell)es eine jesuitisch-oberflächliche gewesen sei; er habe unglaublich wenig gelernt, und der Mangel an positivem Wissen mache ihn von fremdem Urteil abhängig. Er habe sich früher niemals rechtschaffen ausgetobt, und seit seiner Verheiratung lebe er nur dem Vergnügen und scheue die Geschäfte; aber wenn er bei alledem nur ein Mann von einigen Geistesgaben wäre, so könnte Fallstaff (Buol) immerhin nicht so verkehrt mit Österreich wirtschaften, wie er es jetzt tue. Dabei sei der Dienstherr von Neber (Bruck) und Mitschke (Bach) so wenig wahrheitsliebend, daß sein Nachbar in Coburg (Bayern), der lange von ihm dupiert worden sei, jetzt erklärt habe, er werde ihm nie wieder ein Wort glauben. Der König sagte, mit Österreich sei nur zu verkehren, wenn es im Unglück stehe; im Glücke sei es treulos; ersteres werde nicht ausbleiben, wenn es so fort gehe, und dann werde Deutschland einig sein eher nicht."

An dieser Haltung Württembergs änderte sich bis zum Ende des Krimkrieges nichts mehr. König Wilhelm lehnte die Zumutung Österreichs, durch die Kronprinzessin Olga einen Druck auf den

1) Bismarck an L. von Gerlach, 21.12.1855, bei O. von Bismarck: Die gesammelten Werke, Bd. 14, I, S. 423 ff. Vgl. weiterhin Reyscher, a.a.O., S. 220 ff., den Bericht Bismarcks an seinen König vom 21.12.1855 bei H. von Poschinger: Preußen im Bundestag 1851 bis 1859, Bd. II, S. 274 ff., sowie die Rede Bismarcks im Reichstag vom 2.5.1871, in: Reichstagsprotokolle Bd. I, S. 518.

2) Bismarck hatte mit Gerlach Decknamen vereinbart

Zaren ausüben zu lassen, ab¹⁾, befürwortete vielmehr milde Friedensbedingungen für Rußland und eine schnelle Einigung auf einen Kompromiß. An der Donauschiffahrt zeigte er sich vollkommen uninteressiert. Als schließlich im Frühjahr 1856 in Wien der Waffenstillstand und in Paris der Friede zustande kam, dürfte König Wilhelm von Württemberg einer jener Fürsten gewesen sein, welche das Ende der Feindseligkeiten am meisten begrüßten. -

Der große Verlierer des Krimkrieges war nicht Rußland, sondern Österreich; es hatte, indem es Rußland das Vordringen auf dem Balkan verwehrte und andererseits die Westmächte den Sieg nicht voll auskosten ließ, sowohl die Sympathien Rußlands, seines mächtigsten Freundes, als auch die der Westmächte verloren. Aber auch die Mittelstaaten und vollends Preußen waren durch sein rücksichtsloses Vorgehen verärgert. Buol hatte unbedingt Eroberungen machen wollen - aber es mangelte ihm an Kraft und Konsequenz, um seine Pläne zu Ende führen zu können. Dagegen kann man der Politik König Wilhelms Beharrlichkeit und Geradlinigkeit nicht absprechen. Er ging mit Österreich, solange dieses wirklich vermitteln wollte; als er aber die aggressiven Absichten Buols erkannte, schwenkte er sofort ab und verurteilte die österreichische Politik konstant bis zum Kriegsende. Es ist bemerkenswert und spricht für das dynastische Denken König Wilhelms, daß er die Freundschaft Rußlands über diejenige Österreichs stellte. Zwar waren beide Mächte konservativ; aber die Verwandtschaft zum Zarenhaus bedeutete für Wilhelm anscheinend eine stärkere Bindung als die geographische Nähe und die Bundeszugehörigkeit des österreichischen Kaiserstaats.

1) Handel an Buol, 6.12.1855, J.A.

6. Zwei Nachspiele: der monarchistische Aufstand in Neuenburg und das Kaisertreffen in Stuttgart 1857

Die Entfremdung des württembergischen Herrschers gegenüber Österreich offenbarte sich besonders bei zwei Ereignissen, die dem Krimkrieg schnell folgten: bei dem Konflikt um Neuenburg und dem Stuttgarter Monarchentreffen. Während König Wilhelm im Neuenburger Konflikt mit Preußen sympathisierte und gegen die Wünsche Österreichs handelte, machte er sich durch die Veranstaltung des Stuttgarter Treffens zwischen Napoleon III und Zar Alexander zum Wegbereiter der französisch-russischen Verständigung und indirekt mitschuldig an der österreichischen Niederlage des Jahres 1859.

Preußen und Neuenburg. Hätte der monarchistische Aufstand in dem kleinen schweizer Ländchen Neuenburg (Neufchatel) in der Nacht vom 2. auf 3. September 1856 nicht eine halbjährige Krise in dem mitteleuropäischen Machtsystem ausgelöst und die Kabinette der Großmächte in Atem gehalten, müßte man die ganze Angelegenheit als ein romantisches Abenteuer bezeichnen. - Das Fürstentum Neuenburg war nämlich schon im 18. Jahrhundert durch eine Erbschaft an das Haus Hohenzollern gefallen. Vom Mutterland Preußen weit abgelegen, hatte dieses Territorium nie eine politische oder materielle Bedeutung für seinen neuen Besitzer erlangt; die Minister in Berlin wußten das und legten keinen großen Wert auf das Ländchen. Nicht so König Friedrich Wilhelm von Preußen; der Monarch zeigte eine unerklärlich auffallende Wärme für seine "unglücklichen Getreuen", obwohl sich diese im Zuge der Revolution von 1848 eine republikanische Verfassung zugelegt hatten, welche von der Schweizer Eidgenossenschaft garantiert und in Schutz genommen wurde; die "schwerwütige", "heilige" Sache griff ihm "ans Herz".¹⁾ Im Londoner Protokoll des

1) Vgl. E. Bonjour: Preußen und Österreich im Neuenburger Konflikt 1856/57. Dort auch die wichtigsten Aktenstücke des österreichisch-preußischen Schriftwechsels.

Jahres 1852 ließ er sich von den Großmächten seine "alten, heiligen Rechte" auf das Fürstentum feierlich anerkennen.

Mehrere Versuche Friedrich Wilhelms zwischen 1849 und 1855, sein nur noch formales Besitztum auch wirklich zurückzugewinnen, schlugen fehl. Sie scheiterten vor allem am diplomatischen Widerstand Englands, des Garanten der demokratisch-freieitlichen Schweiz. Als sich nun in jener Septembernacht die Königstreuen gegen das republikanische Joch erhoben, wuchs der Konflikt zu einer "grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen zwei vollkommen entgegengesetzten staatsrechtlichen Ansichten, zwischen den poliitschen Weltanschauungen zweier verschiedener Zeitalter. Es war der Kampf zwischen der Idee des Volksstaates und derjenigen des Fürstenstaates, zwischen dem demokratisch-republikanischen und dem absolutistisch-monarchischen Prinzip, zwischen dem Willen zum Fortschritt und den Mächten des Bewahrens und des Beharren."¹⁾

Der Aufstand wurde schon in der folgenden Nacht von republikanischen Truppen niedergeschlagen, die Rädelsführer vom Schweizer Bund inhaftiert. Während Louis Napoleon wachsam die Haltung der Revolutionäre im eigenen Land verfolgte, während die demokratischen Abgeordneten Württembergs in der Kammer sich sofort mit den Republikanern Neuenburgs solidarisch erklärten und die badischen Truppen Massenpetitionen planten, blieb Österreich gleichgültig. In Friedrich Wilhelm von Preußen aber bäumte sich der Schmerz um Neuenburg erneut auf. In geradezu krankhafter Weise steigerte er sich in Rettungspläne für die Royalisten hinein und fragte bei Buol an, was er dazu unternehmen könne. Buol, seit dem Krimkrieg auf Preußen verschnupft antwortete scheinheilig, er würde Preußen gern helfen, wisse aber keinen Weg.

1) Bonjour, a.a.O., S. 52

Preußen richtete darauf Anfang Oktober eine Zirkulardepesche an die deutschen Regierungen, in der es jede Verantwortlichkeit für den Aufstand bestritt, jedoch die gänzliche Befreiung der Gefangenen forderte. Der Bund solle dem Londoner Protokoll beitreten, ebenfalls für die Freilassung der Gefangenen eintreten und sich notfalls ernstere Maßregeln vorbehalten. Bevor Hügel nach Berlin antwortete, erkundigte er sich über den interimistischen württembergischen Geschäftsträger in Wien, Frh. von Spitzemberg, bei Buol über die Haltung Österreichs.¹⁾ Buol erklärte Spitzemberg, was er auch an Trautmannsdorff nach Berlin schrieb: Österreich habe die legalen Rechte Preußens auf Neuenburg längst anerkannt und sei deshalb mit dem Beitritt des Bundes zum Londoner Protokoll vollkommen einverstanden. Für die Freilassung der Royalisten werde Österreich alle möglichen Mittel anwenden, lehne aber preußische Zwangsmaßnahmen gegen die Schweiz ab, da der jetzige Augenblick für eine drohende Haltung nicht günstig sei.²⁾

Nach diesem Muster richtete sich das Antwortschreiben Hügels nach Berlin. Es empfahl zudem der preußischen Regierung, zur Vermeidung ernstlicher Verwicklungen mit den Großmächten konform zu gehen, ließ jedoch mit der Schlußbemerkung, der Bund solle sich bei einer Ablehnung des Freilassungsbegehrens seitens der Schweiz völlig freie Entschließung vorbehalten, auch andere Möglichkeiten offen. Wie bei der Behandlung der schweizer Flüchtlingsfrage (s.o.S.65) klang jedoch der Wunsch durch, es möchten keine solchen Maßregeln getroffen werden, welche für den südwestlichen Teil Deutschlands große materielle Nachteile mit sich bringen könnten.³⁾

1) Hügel an Spitzemberg, 5.10.1856, St.A.

2) Spitzemberg an Hügel, 9.10., 11.10.1856, St.A.; Buol an Trautmannsdorff, 8.10.1856, W.A.

3) Hügel an den Berliner Gesandten Linden, Abschrift an Spitzemberg, 16.10.1856, St.A.; Handel an Buol, 14.10.1856, W.A.

Friedrich Wilhelm tauchte daraufhin der Plan auf, die Neuenburger Frage vor die noch seit dem Krimkrieg in Paris stehende Konferenz der 2. Bevollmächtigten der Großmächte zu bringen. Wiederum sagte Österreich allgemeine moralische Unterstützung der Royalisten zu, hielt es jedoch für unthunlich, die Neuenburger Frage in Paris behandeln zu lassen, weil die Zusammensetzung der dortigen Konferenz nicht geeignet sei.¹⁾

Die Frage des Durchmarschrechts. Die unfreundliche Haltung Österreichs gegenüber Preußen setzte sich fort bei dem erneuten Vorhaben Friedrich Wilhelms, eine gemeinsame Erklärung am Bund abzugeben. Darin sollte ausgesprochen werden, daß Preußen seinen letzten Versuch zur gütlichen Verständigung mit der Schweiz mache; scheitere er, "so hegt S.Majestät der König zu Allerhöchst Ihren Bundesgenossen das Vertrauen, daß den Kräften, welche Preußen zur Wahrung der Rechte und der Würde seiner Krone eventuell aufzuwenden hätte, die freie Bewegung in dem Gebiete der betreffenden Bundesstaaten gesichert sein würde."²⁾ Buol antwortete wiederum, Österreich stimme dem preußischen Antrag "voll" zu, habe aber Bedenken gegen den Passus über den freien Durchmarsch preußischer Truppen durch Süddeutschland, da der Bund dadurch aus seiner Neutralität heraustreten und die Freilassung der Gefangenen noch problematischer und unannehmer machen würde. Spitzemberg berichtete sogar, Österreich werde überhaupt nicht zustimmen, wenn diese Stelle nicht weggelassen werde.³⁾ Auf diese massive Drohung modifizierte der Bundestagsausschuss den preußischen Antrag dahingehend, daß nur von der "Unterstützung Preußens in der Geltendmachung seiner Rechte" die Rede war, worauf der Antrag schließlich der Stimme Württembergs die Mehrheit erhielt.

1) Spitzemberg an Hügel, 14.10.1856, St.A.; Buol an Trautmannsdorff, 17.10.1856, W.A.
2) Trautmannsdorff an Buol, Abschrift an Handel, 29.10.1856, W.A.
3) Buol an Trautmannsdorff, 29.10.1856, W.A.; Spitzemberg an Hügel, 2.11.1856, St.A.

Als der schweizerische Bundesrat auch weiterhin die Herausgabe der Gefangenen verweigerte bzw. an Bedingungen knüpfte, gab Friedrich Wilhelm dem General Gröben den Auftrag, einen Feldzugsplan gegen die Schweiz auszuarbeiten. Der Prinz von Preußen wurde nach Süddeutschland geschickt und erreichte die bayrische und die badische Zusage für den freien Durchmarsch der preußischen Truppen. Auch König Wilhelm von Württemberg zeigte sich, soviel damals unbestritten verlautete, ganz entgegenkommend.¹⁾ Jedenfalls befürwortete Hügel jetzt in einem Gespräch mit Handel ein kräftiges Einschreiten der preußischen Regierung, nötigenfalls selbst mit Waffengewalt. Auch der König wünschte den schweizer Demokraten von Herzen eine tüchtige Lektion.²⁾ Das württembergische Volk war jedoch ganz anderer Ansicht. Otto Elben, ein Führer der württembergischen Demokraten, schreibt in seinen Erinnerungen:

"Was sollte denn die fürstliche Republik, dieser Widerspruch in sich selbst? Mochte auch ein streng historisches Recht für die Herrschaft des Königs sprechen, die Unnatur war zu groß. Und dann waren wir Süddeutschen sehr beteiligt, wenn es zum Kriege kam; es drohte mehr als ein Spaziergang nach Neuenburg; die Schweizer, das wußten wir, wehrten sich aufs Blut, und ein bloßer Durchzug preußischer Truppen war undenkbar, wir Süddeutschen wären ohne Zweifel mit in den Krieg hineingezogen worden... Alle Gründe des Verstandes wie des Herzens mußten dazu führen, Widerspruch einzulegen."³⁾

Österreich arbeitete nach Kräften gegen die Gewährung des freien Durchmarsches in Süddeutschland. In einem an Baden gerichteten Schreiben - das aber unter den Zirkularen eingeordnet ist und sicher auch Württemberg zuging - betonte Buol, ein solches Zugeständnis könne eine europäische Verwicklung zur Folge haben. Es müsse dem Bund in seiner Gesamtheit vorbehalten bleiben,

1) Schäffle, a.a.O., Bd.I, S.127

2) Buol an Handel, 26.11.1856, W.A.

3) Elben, a.a.O., S. 129

über die Frage des freien Durchmarsches Beschluß zu fassen; die Einzelstaaten hätten kein Recht dazu.¹⁾ Die Vorstellungen Buols blieben aber fruchtlos, denn Hügel erklärte klipp und klar, daß der Einzelstaat "die Erlaubnis zum Durchmarsch unbeschadet seiner Pflichten gegen den Bund und ohne Anfrage bei demselben erteilen" könne, da Preußen den eventuellen Krieg als europäische Macht begänne. Auch ein Antrag des ständigen Ausschusses der Kammer, den Durchmarsch nicht zu gestatten, wurde vom König abschlägig beschieden.²⁾ Der König, so berichtete Baron Türckheim, der Stellvertreter Handels, wolle den Durchmarsch preußischer Truppen nicht verweigern, da Württemberg den anderen Bundesgenossen Preußens nicht nachstehen dürfe.³⁾

Die Großmächte entscheiden. Buol mußte also auf neue Mittel sinnen, Preußen, das schon zu rüsten begann, von einem Gewaltunternehmen zurückzuhalten. Er befürwortete nun plötzlich eine Konferenz der Signatarmächte des Londoner Protokolls, bis zu deren Ende Preußen keine Coercitivmaßregeln treffen und die Frage des Durchmarsches ruhen solle - ein Ansinnen, das beim württembergischen König nicht auf unbedingte Ablehnung stieß.⁴⁾ Die Mission des preußischen Obersten Edwin Manteuffel nach Wien gab Österreich schließlich die erwünschte Gelegenheit, das Steuer wieder in die Hand zu bekommen. Manteuffel hatte zunächst von König Friedrich Wilhelm den etwas verschleierte Auftrag bekommen, Österreichs Mitwirkung an einer "entschieden siegreichen Wendung" zu erlangen, um die "Rebellen-Collektion Aller Länder" zu unterwerfen und "jenes Rattenest" auszubrennen. Er ließ durchblicken, daß Preußen einer Gebietserwerbung Österreichs im Tessin nicht im Wege stehen würde. Vom preußi-

1) Zirkular Buols, 17.11.1856, W.A.

2) Hügel an Reinhard, 23.12.1856, Hügel an Spitzenberg, 31.12.1856, St.A.

3) Türckheim an Buol, 30.12.1856, W.A.

4) Spitzenberg an Hügel, 18.12.1856, St.A.; Zirkular Buols, 25.12.1856, Türckheim an Buol, 30.12.1856, W.A.

schen Ministerium wurde jedoch der Auftrag stark abgeschwächt, und Manteuffel bemühte sich obendrein wenig um eine aktive Kriegshilfe Österreichs.¹⁾ Kaiser Franz Joseph ließ sich auch nicht zu einer solchen Zusage herbei, wiederholte vielmehr den bereits von Buol gemachten Vorschlag einer Konferenz der Großmächte.

Da auch Napoleon und der Zar für eine solche Vermittlung eintraten, England ohnehin die friedliche Lösung wollte und die Schweiz die Gefangenen freizubekommen gelang es dem Ministerpräsidenten Manteuffel, Bismarck und anderen einflußreichen Politikern, den preußischen König zur Aufgabe seiner Kriegspläne zu bewegen und ihm den Verzicht auf Neuenburg abzurufen. Vor der die Affäre abschließenden Konferenz in Paris - Preußen verlor Neuenburg endgültig - gab es noch einige kurze Zwischenspiele; Württemberg stimmte dabei dem Verbot der Aus- und Durchfuhr von Waffen und Pferden in die Schweiz zu, lehnte aber, - wie 1853 - eine Handelssperre ab. Bis zum letzten Moment hielt es Preußen den Durchmarsch offen.

Nachdem also Württemberg in der ersten Phase des Neuenburger Konflikts mit Österreich konform gegangen war, zeigte es sich doch im ferneren Verlauf - gegen die Ansichten Österreichs - den preußischen Wünschen geneigt. Und dies, obwohl die geographische Nähe und die wirtschaftliche Verflechtung ein möglichst friedliches und freundschaftliches Verhältnis mit der Schweiz nahegelegt hätten. Freilich war auch für König Wilhelm die von den Großmächten vermittelte Lösung die sympathischste. Der Neuenburger Konflikt zeigte deutlich die derzeit enge Anlehnung Württembergs an Preußen und das noch immer sehr kühle Verhältnis zu Österreich.

1) Promemoria Friedrich Wilhelms ad usum Edwini, 17.12.1856; Friedrich Wilhelm an Franz Joseph, 23.12.1856, bei Bonjour, a.a.O., S. 102 ff.

Stuttgarter Monarchentreffen. Mit seinem feinen Gespür für den Lauf der internationalen Politik hatte König Wilhelm längst entdeckt, daß Österreich bei seinen Annäherungsversuchen an Frankreich keinen Erfolg hatte und daß Frankreich sich lieber mit Rußland alliiert hätte. König Wilhelm unterstützte, rein gefühlsmäßig und ohne sich die politischen Folgen voll überlegt zu haben, diese Annäherung. Schon kurz nach dem Ende des Krimkrieges wußte Handel von manchen Anzeichen zu berichten, wonach der König einem russisch-französischen Bündnis "sehr hold wäre". Die verwandtschaftlichen Beziehungen zu beiden Häusern böten ihm "hinlängliche Anknüpfungspunkte, um in dieser Richtung tätig zu sein".¹⁾ Als im Mai 1856 der württembergische König den Kaiser Napoleon in Paris besuchte, sprach man in Stuttgarter politischen Kreisen offen davon, daß diese Reise der Festigung der französisch-russischen Freundschaft diene und von der Kronprinzessin Olga lebhaft unterstützt werde. Das "Heilbronner Tagblatt" wollte sogar wissen, daß noch in diesem Sommer in Stuttgart ein Fürstenkongress mit dem Zaren, Napoleon und Friedrich Wilhelm von Preußen stattfinden werde.²⁾

Genau ein Jahr später, im Juni 1857, tauchte das Gerücht von einem Fürstenkongress erneut auf, da der Zar Alexander zu einem Besuch in Wildbad und Stuttgart angekündigt war; man maß dem Gerücht in Wien große Bedeutung zu, es wurde sogar schließlich zum Tagesgespräch, wie Ow, der neue Gesandte in Wien, berichtete. Doch versuchte man dort, dem Ereignis ruhig und gelassen entgegenzublicken. Die offiziöse "Österreichische Zeitung" schrieb, die Monarchenzusammenkunft finde mit Wissen und Zustimmung Englands statt und sei im wesentlichen ein Familientreffen. Es sollen nur die Aussöhnung und die Eintracht der Großmächte hergestellt werden. Der Kaiser schwieg sich bei einer

1) Handel an Buol, 15.3.1856, W.A.

2) Handel an Buol, 8.5., 3.6.1856, W.A.

Audienz Ows völlig über das bevorstehende Ereignis aus, was Ow als "eine ziemlich beredte Sprache" deuten wollte.¹⁾

Hügel, der - wie der "Staatsanzeiger" - noch im Juni das Gerücht dementiert hatte, gab schließlich am 9. September in einem Schreiben an Ow und am 11. September in einer Unterredung mit Handel offiziell bekannt, daß ein Treffen zwischen Napoleon und dem Zaren Alexander vom 25. - 27. September in Stuttgart stattfinden werde. Die Zusammenkunft sei schon früher zwischen den beiden Herrschern verabredet gewesen.²⁾ Als Hügel jedoch erfuhr, daß die Öffentlichkeit das Treffen als einen Versuch zur weiteren Isolierung Österreichs betrachte, als ihm die Berichte Ows aus Wien zuzingen, beeilte er sich, die politische Harmlosigkeit des Treffens zu betonen. An Ow schrieb er vertraulich:³⁾

"So muß ich mich insbesondere bezüglich der verschiedenartigen in der Presse kundgegebenen Befürchtungen auf die Versicherung beschränken, daß der König... auch nicht im entferntesten die Wahrnehmung hat machen können, daß dem fraglichen Projekte eine gegen andere Großstaaten gerichtete, und daher den Frieden Europas gefährdende Absicht zugrunde liegen könnte, und daß vielmehr der gegenseitige Wunsch hierzu den Anlaß gegeben zu haben scheint, die in Folge der letzten Ereignisse etwa zurückgebliebenen nachteiligen Eindrücke möglichst zu beseitigen..."

Das Publikum wurde mit einem Artikel der "Allgemeinen Zeitung" beruhigt, worin die deutsche Gesinnung Wilhelms trotz der verschiedenen Besuche in Paris hervorgehoben wurde. Handel schloß daraus, daß der König es für notwendig halte, seinen Anteil an dem politischen Ereignis von vornherein abzuleugnen.⁴⁾

-
- 1) Spitzemberg an Hügel, 10.6.1857; Ow an Hügel, 9.9., 10.9., 13.9.1857, St.A.
 - 2) Hügel an Ow, 9.9.1857, St.A.; Handel an Buol, 11.9.1857, St.A.
 - 3) Hügel an Ow, 13.9.1857, St.A.
 - 4) Handel an Buol, 13.9.1857, W.A.

Der Kongress fand vom 25. bis 28. September in Stuttgart mit großer Prachtentfaltung statt, ohne aber im Land großen Anklang zu finden. In einem Zirkular vom 27. September nahm Buol offiziell Stellung. Er betonte, die Begegnung der beiden Kaiser erscheine als ein neues Unterpfand des Friedens und der Ordnung; der persönliche Charakter der beiden Monarchen bürge für den Frieden.

"Wir hegen zu der Weisheit des Königs von Württemberg," heißt es dann weiter, "ein zu festes Vertrauen, um je glauben zu können, daß ein Einverständnis, welches unter seinen Augen zwischen den Herrschern Rußlands und Frankreichs zustande käme, einen anderen Zweck haben könnte, als die Befestigung des europäischen Friedens, und vor allem weisen wir den Gedanken weit zurück, als ob Deutschland, welches den König Wilhelm zu den ruhmvollsten Kämpfern seiner Unabhängigkeit zählt und dem er während einer langen Regierungszeit so viele Beweise patriotischer Gesinnung gegeben hat, jemals über die Folgen der von ihm eingeleiteten Begegnung der beiden Kaiser am Stuttgarter Hofe sich zu beunruhigen Ursache haben könnte."¹⁾

Diese Schmeichelei für Wilhelm und der zwar in verklausulierter diplomatischer Sprache abgefasste, aber doch sehr deutliche Hinweis auf die möglichen Folgen dieses Treffens hinderten jedoch die beiden Kaiser in Stuttgart nicht daran, nicht nur einträchtiges Vorgehen im Orient zu vereinbaren, sondern auch die Abrede zu treffen, sich vor jeder Revision der Verträge von 1815 zu verständigen, was letztlich eine wohlwollende Neutralität Rußlands bedeutete, falls Frankreich wegen Italiens zum Kampf mit Österreich schritt. Eine reguläre Allianz kam allerdings noch nicht zustande.²⁾

Kaiser Franz Joseph reiste sofort nach dem Ende des Stuttgarter Kongresses nach Weimar, um dort den Zaren zu treffen. Die Zusammenkunft sollte "die Ergänzung" zu Stuttgart bilden und dazu dienen, die "persönlichen Beziehungen in der ganzen

) Zirkular Buols, 27.9.1857, W.A.

) Srbik, Deutsche Einheit, Bd.II, S.284. Die von dem Verfasser benützten Akten schweigen über das Ergebnis von Stuttgart.

früheren Herzlichkeit wieder herzustellen und jede Spur der durch die Ereignisse der letzten Jahre hervorgebrachten Spannungen zu tilgen."¹⁾ Es blieb bei dem Wunsche, denn die Begegnung brachte keine politische Annäherung. Vielmehr erfuhr Ow später, der Zar habe sich geweigert, mit Franz Joseph im selben Waggon zu fahren, und er solle zu seinem Adjutanten gesagt haben: "Was hat er nun eigentlich dahier gewollt?"²⁾

Der Württembergische König scheint ziemlich bald ein schlechtes Gewissen über seine Stuttgarter Vermittlerrolle bekommen zu haben, denn dem sächsischen Ministerresidenten sprach er die Erwartung aus, "daß die Entrevue in Stuttgart zu einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich, nicht aber zu einer förmlichen Verabredung zwischen beiden Mächten über politische Fragen geführt habe."³⁾ Er beschied den Zeitungsverleger Cotta zu sich und empfing ihn mit den Worten: "Sie wollen Deutschland an den Leib! Schlagen Sie in Ihrer ganzen Presse Alarm!"⁴⁾ Plötzlich scheint sich also König Wilhelm bewußt geworden zu sein, welche möglichen Gefahren das Stuttgarter Monarchentreffen für Deutschland bringen konnte. Sein Verhältnis zu Österreich erfuhr jedoch durch die Vermittlung der Zusammenkunft eine weitere Belastung und bestätigte die seit dem Krimkrieg herrschende Verstimmung.

1) Zirkular Buols, 27.9.1857, W.A.

2) Ow an Hügel, 10.5.1859, St.A.

3) Handel an Buol, 2.10.1857, W.A.

4) Schöffle, a.a.O., S. 55 f

IV. Die Wiederaannäherung durch den Krieg von 1859 und der Kampf um die Bundesreform

Der Österreichisch - italienisch/französische Krieg von 1859, nach diplomatische Vorbereitungen Kaiser Napoleons beim Stuttgarter Konferenztreffen bekannt, brachte den Sieg des nationalen Gedankens in Italien und das Ende des absolutistischen Systems in Österreich; der Krieg beschwor durch ungeheure Maßnahmen gerade für die mittelstaatlichen Monarchen herauf und machte überdies deutlich, wie ein einziger Staat, nämlich Preußen, die gesamte Mehrheit am Bund samt Österreich lahmlegen konnte. Unter dieser Unsicherheit hatten in erster Linie die Mittel- und Kleinstaaten als die schwächeren Glieder des Bundes zu leiden. Sie waren es daher, welche eine durch Jahre dauernde Diskussion um die Reform des inneren Gefüges des Bundes und seiner Militärverfassung auslösten, immer neue Vorschläge einbrachten und zur Eile drängten. Bevor wir jedoch die ersten Stationen dieses langen Weges schildern, müssen wir die Situation darstellen, wie sie der Krieg von 1859 in Deutschland schuf.

1. Der Krieg in Italien

Kaiser Napoleon, der sich einst in jungen Jahren der italienischen Freiheits- und Einheitsbewegung verschrieben hatte, wurde von Cavour, dem unermüdlichen Ministerpräsidenten des Königreichs Sardinien (Flemon), immer stärker gedrängt, nun endlich feste Hilfe zuzusichern und mit Sardinien zur Aktion zu schreiten, um die Lombardei samt Venetien vom österreichischen Joch zu befreien und die habsburgischen Sekundogenituren in Mittelitalien auszulöschen. Napoleons Neujahrsansprache in Paris zu Beginn des Jahres 1859 machte erstmals mit erschrek-

kender Deutlichkeit klar, daß sich der Kaiser nun wirklich hinter das eroberungslüsterne kleine Königreich und die im Stillen arbeitenden Freiheitskämpfer und Rebellen gestellt hatte und mit seinem Versprechen, Italien die Einheit und Freiheit zu verschaffen, ernst machen wollte.

Die öffentliche Meinung in Deutschland und speziell in den dem Streitobjekt näher liegenden süddeutschen Staaten erhob sich in einstimmiger nationaler Begeisterung gegen Frankreichs Eroberungspläne. Die württembergische Presse schrieb, Deutschland müsse sich "wie Ein Mann" gegen Frankreich stellen, falls Österreich durch dieses Land angegriffen werde.¹⁾ Insgesamt 19 Adressen wurden vom Volk und den Vereinen an den ständischen Ausschuß gerichtet, wobei die oberschwäbischen grundsätzlich verlangten, die Sache Österreichs müsse zu der Deutschlands gemacht werden.²⁾ Die Sympathie-Gefühle der württembergischen Demokraten für die italienischen Freiheitskämpfer traten gegenüber der Sorge um Deutschland in den Hintergrund.³⁾ Und manche ganz stürmische wollten sofort direkt nach Paris marschieren.⁴⁾

Wesentlich weniger einheitlich war die Haltung der deutschen Regierungen. In W ü r t t e m b e r g verdiente sich Hügel das Lob Buols, als er dem preußischen Außenminister Schleinitz seine Meinung dahingehend aussprochen ließ, "daß Preußen und die übrigen deutschen Regierungen der Erhaltung des Friedens einen Dienst leisten würden, wenn sie dem französischen Kabinette die österreichische Stimmung in Deutschland nicht verhehlten."⁵⁾ Der Gesandte Frh. von Ow verdamnte den "Nationalitätenschwindel" in Italien besonders heftig und verfocht die österreichische Politik bei seinem Hofe sehr warmherzig. Anders aber der König, der zu

1) Handel an Buol, 13.1.1859, W.A.

2) K. Bachteler: Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg, S. 15 ff.

3) Elben, a. a. O., S. 130

4) Reyscher, a. a. O., S. 262

5) Handel an Buol, 13.1.1859, W.A.; Ow an König, 21.1.1859, St.A.

einem Badeaufenthalt in Nizza weilte. Er gab aus der Ferne die Weisung, Württemberg müsse sich jeder Demonstration gegen Frankreich widersetzen. Ungeduldig hoffte Hügel, von Preußen möge endlich eine günstige Mitteilung kommen, damit der König bei seiner Rückkehr eine vollendete Tatsache vorfinde, welche er nicht mehr ändern könne.¹⁾

Er hoffte umsonst, denn obwohl Buol die Parole ausgab: "Einer für alle, alle für einen" und in einem Zirkular die deutschen Regierungen dringend bat, gegenüber Frankreich und Sardinien eine übereinstimmende, "den Umständen angemessene wirksame Sprache zu führen" sowie im geeigneten Moment am Bund die Kriegsgemeinschaft mit Österreich auszusprechen, blieb Preußen gleichgültig.²⁾ Ja, es drohte sogar, aus dem Bund auszutreten, falls es überstimmt werde, und riet lediglich dazu, sich über die Ernennung der Befehlshaber der gemischten mittelstaatlichen Corps zu verständigen und ohne Aufsehen den verteidigungsfähigen Zustand der Festungen zu überprüfen. Man wundert sich daher nicht, daß Buol jede, auch die kleinste Unterstützung eines deutschen Hofes begrüßte, und war es nur eine Ermutigung in Berlin.³⁾

Sogar Hügel Österreich aktivere Unterstützung geliehen hätte - er persönlich hielt es nämlich im Interesse Österreichs und Deutschlands für nachteilig, wenn sich der Bund nur für eine bewaffnete Neutralität aussprechen würde - er mußte doch sehr vorsichtig zu Werke gehen, da er vom König die neue Instruktion erhielt, eine österreichisch-preußische Verständigung abzuwarten, sich bei Bundesbeschlüssen der Mehrheit anzuschließen (!) und Preußens Politik die volle Billigung Württembergs auszusprechen.⁴⁾ Hügel mußte es dabei belassen: Handel

1) Handel an Buol, 4.2.1859, W.A.

2) Buol an Handel, 22.1.1859; Zirkular Buols, 5.2.1859, W.A.

3) Buol an Handel, 13.2.1859, J.A.; Ow an König, 12.2.1859; Ow an Hügel, 12.2.1859, St.A.

4) Handel an Buol, 3.3., 28.2.1859, W.A.; Th. Griewank: Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859-1861, S. 10 ff. hat m.E. den Gegensatz in der Haltung Hügels und des Königs nicht genügend erkannt. Seine Überschrift "Auf Preußens Seite" trifft nur für den König zu; Hügels Haltung war nicht "zwiespältig", sondern er mußte sich notgedrungen den Weisungen des Königs unterordnen.

zu erklären, ein Kommandant für das 8. Armeecorps sei in Prinz Friedrich von Württemberg schnell gefunden und die württembergischen Truppen seien gut im Schuf; ein Pferdeausfuhrverbot anzuregen; immer wieder die Hoffnung auszusprechen, daß Preußen letztlich Österreich doch beistehen werde: Österreich zu empfehlen, mit den europäischen Mächten und den größeren Bundesstaaten in feste Solidarität zu treten und Müßigung zu üben; den preußischen Geschäftsträger zu ersuchen, sein Land möge in der Bundesmilitärkommission eine Forcierung der Kriegsbereitschaft in den süddeutschen Ländern vorschlagen.¹⁾ Mehr konnte er für Österreich nicht tun.

Der württembergische König kehrte am 2. April von seinem Erholungsaufenthalt zurück. Auf der Reise versuchte Lord Cowley, ein englischer Diplomat, den König zu einer Intervention im Sinne einer friedlichen Vermittlung bei Napoleon zu bewegen. Wilhelm lehnte jedoch ab, weil er sich dadurch als deutscher König kompromittiert hätte und er Napoleon doch nicht hätte umstimmen können.²⁾ Er traf zu Hause auf ein wenig gerüstetes Württemberg; bis jetzt waren lediglich die Ausfuhr von Pferden und Pulver verboten, 450 Pferde gekauft und mit der Proviantierung und Armierung der Bundesfestung Ulm begonnen worden, zumal der Kriegsminister Müller, ein Zauderer, wenig Anstalten zu einer Beschleunigung machte. Die bisherige Politik Hügels, der es jetzt nicht mehr für klug und ratsam hielt, Preußen zu Schritten zu drängen, die es nicht wollte, wurde vom König gebilligt, und er gab Anweisung, mit den Vorbereitungen zur Kriegsbereitschaft des württembergischen Kontingents fortzufahren.³⁾ Aber die Tatsache, daß in den folgenden Wochen nur die Meldungen von Offiziersanwärtern entgegengenommen und das erste Aufgebot zur Musterung einberufen wurde - "was hülfen Geschütze, wenn

1) Handel an Buol, 10.2., 27.2., 20.2.1859, H.A.; Hügel an Ow 24.2.1859, 34.A.

2) Handel an Buol, 6.4.1859, H.A.

3) Hügel an Ow (vertr.), 23.3.1859, 34.A.; Handel an Buol, 2.4.1859, H.A.

keine Verteidiger dahinter stehen", klagte Buol ¹⁾ - läßt darauf schließen, daß der König die Verschleppungstaktik Millers guthieß.

Wollte Österreich die Waffenhilfe des Bundes erhalten, so brauchte es in erster Linie die Zustimmung Preußens. Der Kaiser sandte daher den Erzherzog Albrecht nach Berlin, dessen Mission jedoch wegen der geringen Gegenangebote Österreichs - kein bedeutendes Truppenkommando, keine Verbesserung der preußischen Stellung am Bund - scheiterte. Mägel war verbittert über den Mißerfolg und erklärte Handel, Württemberg und die südwestdeutschen Staaten könnten nicht umhin, "sich offen an Österreich anzuschließen, falls Preußen so weit ginge, gegen einen verfassungsmäßigen Bundesbeschluß zu Gunsten Österreichs zu protestieren".²⁾ Zu einem klaren und eindeutigen Bundesbeschluß ließ es Preußen jedoch gar nicht kommen, sondern stellte selbst den bereits im Krimkrieg "erprobten", lediglich auf den Schutz des Bundesgebiets abzielenden Antrag, die Bundestruppen sollten in Kriegsbereitschaft gehalten werden. Österreich stimmte zwar in der Hoffnung auf einen späteren Mobilisierungsbeschluß zu, auch Württemberg, aber Mägel bedauerte, daß das preußische Kabinett in seinen Zusicherungen nicht weiter gehen wollte.³⁾

Die politische Lage war also äußerst ungewiß, als Österreich am 19. April an Sardinien ein Ultimatum auf sofortige Abrüstung stellte, das Cavour am 26. April glatt ablehnte. Österreich begann den Krieg auf eigene Faust und hoffte, nicht alleingelassen zu werden. Feierlich appellierte Kaiser Franz Joseph in den Manifest "An meine Völker" auch an die deutschen Menschen "von der Hütte bis zum Throne", Österreich in seinem Kampfe um den "mit dem Blute des deutschen

1) Buol an Mägel, 4.4.1859, H.A.

2) Mägel an Buol, 1.4.1859, H.A.

3) Mägelanteile vom Buols (Chiffre.), 24.4., Handel an Buol, 25.4.1859, H.A.; Mägel an OW, 25.4.1859, H.A.

Brudervolkes gedüngten" Boden beizustehen.¹⁾ Flammende Begeisterung wußten das Ultimatum und der Aufruf zwar zu wecken, denn Handel schrieb, "die heiftesten Wünsche der Schwaben begleiten die kaiserlichen Adler über den Ticino"²⁾, aber der so sehnlichst erwartete Bundesbeschluß über die Mobilisierung der Truppen blieb aus. Auch ein Aufruf an die mittelstaatlichen Höfe in Stuttgart, München und Dresden, den Antrag dazu in Frankfurt einzubringen³⁾, blieb fruchtlos, da diese Staaten dann eine Spaltung des Bundes befürchteten. Hügels Haltung in jenen Tagen zeigt deutlich einmal mehr den Unterschied zwischen seiner Privatansicht und der zu betreibenden amtlichen Politik; einerseits schrieb er an Ow, Württemberg werde seine Entschlüsse nach denen des Berliner Kabinetts richten, andererseits versicherte er Handel, er werde sein Möglichstes tun, bei weiteren Beschlüssen am Bund Österreichs Wünschen zu entsprechen. Kurz später wiederum erklärte er, Württemberg werde weder den Antrag zur Mobilisierung vorbringen noch ihm zustimmen.⁴⁾ Österreich scheute sich aber, den Antrag selbst zu stellen, da es dadurch als ein um Hilfe Bettelnder erschienen wäre.

Preußen wich dem Drängen Österreichs nach Mobilisierung dadurch aus, daß es vorschlug, ein Observationscorps am Oberrhein aufzustellen, womit es dem Schutzbedürfnis der Süddeutschen tatsächlich entgegengekommen wäre. Auch diesen Plan akzeptierte Rechberg, Österreichs neuer Außenminister, in der stillen Hoffnung, Preußen dann vollends zum Losschlagen überreden zu können.⁵⁾ Hügel ermannte sich zu dem Versprechen, Württemberg werde sich, wenn dieses Corps in drei Wochen aufgestellt sei und Preußen auch dann noch die Hilfe für Öster-

1) Kaiserliches Manifest "An meine Völker", 29.4.1859, W.A.

2) Handel an Buol, 24.4.1859, W.A.

3) Chiffr. Tel. Buols nach München, Stuttgart und Dresden, 28.4.1859, W.A.

4) Hügel an Ow, 23.4.1859, St.A.; Handel an Buol, chiffr. Tel., 26.4.1859; Handel an Buol, 29.4.1859, W.A.

5) Zirkular Rechbergs, 8.5.1859, W.A.

aich verweigere, unbedingt an die Donaumonarchie anschließen, falls er noch Minister sei. Auch Ow bezeichnete es als sein politisches Glaubensbekenntnis, "in dem gefährlichsten Augenblick, der vielleicht seit Jahrhunderten vor Württemberg und vor ganz Deutschland" getreten sei, müsse das Land aktiv Österreich beistehen. Tue Deutschland überhaupt nichts, so frage es sich, ob man den Nationalitätenschwindel noch bannen könne.¹⁾

Die Sendung des preußischen Generals Willisen nach Wien leitete eine neue Phase in dem Ringen Österreichs um die Unterstützung Deutschlands ein. Willisen bot eine "bewaffnete Vermittlung" Preußens an, verlangte aber den Oberbefehl über die gesamten norddeutschen Truppen, während die süddeutschen von Bayern oder Österreich befehligt werden könnten. Das hätte die preußische Militärhegemonie nördlich des Mains und letztlich eine Aufteilung Deutschlands in die Machtsphären Preußens und Österreichs bedeutet. Österreich lehnte natürlich ab.

Dieses Verhalten Preußens in Wien erregte in Württemberg Mißtrauen; König Wilhelm war nun entschlossen, sich nur auf den Bundesstandpunkt zu stellen. Doch auch die Anregung Rechbergs, nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Willisen Einzelverträge zwischen den Mittelstaaten und Österreich abzuschließen, stieß schon bei Ow wegen des nicht bundesrechtlichen Vorgehens auf Widerstand. Hügel, der anscheinend sein Handel gegebenes Versprechen wieder vergessen hatte, empfahl sogar, bei den Verhandlungen in Frankfurt mit Vorsicht und möglicher Schonung der preußischen Anschauungen und Wünsche zu verfahren. "Erst wenn einmal entschieden feststehen sollte, daß wirklich auf eine aktive Teilnahme Preußens nicht gerechnet werden könne, würde für die deutschen Mittelstaaten der Augenblick gekommen sein, sich unter Festhaltung des bundesrechtlichen Bodens über

1) Handel an Rechberg, 11.5.1859, W.A.; Ow an Hügel, 9.5.1859, St.A.

die Frage von ihrem Anschlusse an Österreich zu klären.

Die österreichische Niederlage bei Magenta war ein schwerer Schlag für die preussischen Machtkämpfer. Das preussische Heer - jedoch nicht die Bundesstruppen - wurde mobilisiert, aber weder der Endzweck bezeichnet, noch ein Bundesfeldherr zur Wahl gestellt. Manteuffel lud die Generalstabsoffiziere der mittelstaatlichen Armeecorps zu Besprechungen nach Berlin ein. Oberst Wiederhold reiste mit der Instruktion, den vorzuschlagenden militärischen Maßregeln nur zuzustimmen, wenn die Bundesnormen gewahrt würden. Er kehrte mit "trostlosen" Nachrichten zurück; von Preußen sei nichts zu erwarten und Deutschlands Schwert sei verrostet. Hügel klagte, durch das Unglück der österreichischen Fahnen, welche soeben in Sol-

den ihre entscheidende Niederlage bezogen, seien die Mittelstaaten in die Abhängigkeit Preußens geraten; es bleibe ihnen übrig, sich entweder Preußen zu fügen oder den Bruch des Bundes durch Preußens Schuld zu konstatieren.²⁾

Wie froh er war, dieser Alternative entrinnen zu können, bewiesen sein "Jubel" und die Glückwünsche des Königs zum Waffenstillstand, als diese Nachricht aus Villafranca eintraf.

Die Sorge vor dem immer stärker werdenden preussischen Einfluß in Deutschland, die mangelnde Unterstützung durch die Großmächte und die Unzuverlässigkeit der ungarischen Truppen bewogen den Kaiser zum Friedensschluß. Er opferte lieber eine Provinz in Italien, als die Vormachtstellung in Deutschland zu verlieren. Preußen hatte mit seiner unerbittlichen Haltung, die ihm auch den Haß der süddeutschen Bevölkerung einbrachte, einmal mehr demonstriert, daß ohne seine Zustimmung der Bund nicht handlungsfähig war. Württembergs Haltung gegenüber Österreich erfuhr während des Krieges einen grundlegenden Wandel.

1) Hügel an Ow, 24.5., 30.5.1859; Ow an Hügel, 24.5.1859, St.A.
Zirkular Rechbergs, 26.5.1859, T.A.
2) Handel an Rechberg, 28.6., 5.7.1859, T.A.

Während Hügel von Anfang an auf der österreichischen Seite stand, schwenkte der König, als er die preußischen Machtgelüste durchschaute, auf den absoluten Bundesstandpunkt ein. Und da Preußen den Bund geringschätzig umgehen wollte, mußte sich Württemberg zwangsläufig Österreich wieder nähern. Ow, in ver- zweifelter Stimmung, schrieb sogar, die Mittelstaaten müßten alles tun, um den Kaiserstaat nicht untergehen zu lassen; und er fügte - in Abwandlung eines Wortes von Palacky - hinzu, man brauche ein kräftiges Österreich für die Erhaltung des Deutschen Bundes: wenn es nicht schon bestünde, dann müßte man es erst schaffen.¹⁾

2. Die Reform - Bestrebungen der Mittelstaaten

Unmittelbar nach Villafranca und dem anklagenden "Laxenburger Manifest" des Kaisers lebte die Diskussion um eine Reform des handlungsunfähigen Bundes wieder heftig auf. Sie war seit den Dresdener Konferenzen immer wieder angefacht worden und hatte lediglich in den vergangenen zwei Jahren geruht.

Frühere Versuche. Besonders in der für den Bund sehr kritischen Zeit des Krimkrieges war die Frage der Bundesreform öf- ters in den Vordergrund getreten. Die zweite württembergische Kammer beschloß am 16.2. und 1.3.1855 mit großer Mehrheit, "bei der k. Staatsregierung das längst anerkannte und durch die neueren Erfahrungen immer dringender hervortretende Be- dürfnis der Neugestaltung der öffentlich-rechtlichen Verhält- nisse Deutschlands im Sinne der Einheit und der aktiven Teil- nahme des deutschen Volkes an der Leitung seiner gemeinsamen Angelegenheiten aufs neue geltend zu machen..."²⁾ Der König löste auf diesen Beschluß hin, vielleicht nicht zuletzt des-

1) Ow an Hügel, 9.5.1859, St.A.

2) Adam, a.a.O., S. 126

wegen, weil dieser von einer Volksvertretung ausging und eine Volksvertretung forderte, die Kammer sofort auf. - Einem bayrischen Vorschlag, der nur ein halbes Jahr später von Pfordten in Wien vorgebracht wurde, stimmte er jedoch zu. Der König befürwortete das von Bayern in Aussicht genommene Bundesgericht als ein wirkliches Bedürfnis und wollte anstelle des Engeren Rates eine Exekutivbehörde treten lassen, welcher alle Regierungsgewalt am Bund zufallen solle.¹⁾ Buol anerkannte zwar, daß der Bund Lücken und Mängel aufweise, winkte aber für den Moment ab, da die Reform keine innere Notwendigkeit für Österreich sei und der Zeitpunkt wegen der außenpolitischen Differenzen mit Preußen in den orientalischen Angelegenheiten sich nicht dazu eigne.²⁾

Beust, der "die Situation der Mittelstaaten im Prinzip am klarsten erfaßt und daraus eine politische Folgerung gezogen" hatte³⁾, legte im Sommer 1856 eine neue Denkschrift vor, die sowohl bei Buol, der eine vorläufige Verständigung zwischen Österreich, Preußen und den größeren deutschen Höfen und anschließende Ministerkonferenzen anregte, wie auch Hügel, der sich "vollkommen einverstanden" erklärte, Gegenliebe fand.⁴⁾ Die ablehnende Haltung Preußens ließ jedoch den Plan wieder in der Versenkung verschwinden.

Nationalverein, Reformverein. Nach der österreichischen Katastrophe bei Solferino und der erneuten Krise des Bundes - sie unterschied sich von der des Krinkrieges wenig - trachteten die mittelstaatlichen Regierungen mit allen Mitteln danach, den Bund aus seiner Ohnmacht herauszuführen, auch Preußen zur Ein- und Unterordnung zu zwingen und die sich immer stärker abzeichnende Rivalität der beiden Großmächte Österreich und Preußen einzudämmen. Sie konnten sich dabei auf eine leidenschaftlich mitgehende Stimmung des Volkes stützen, das eine

1) Wächter an Degenfeld, Abschrift nach Wien, 22.10.1855, 3t.A.

2) Zirkular Buols, 25.10.1855, V.A.

3) W.P. Kochs: Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853-1860, S.11

4) Zirkular Buols, 14.8.1856; Türckheim an Buol, 27.8.1856, 7.A

durchgreifende Reform dringend wünschte, oft aber auch zum völligen Umsturz drängte. In diesen Monaten vollzog sich auch eine Scheidung der Gemüter; während der wesentliche Teil der norddeutschen Demokraten und Parlamentarier eine preussische Hegemonie und den Ausschluß Österreichs befürwortete, wollten die Süddeutschen in ihrer großen Mehrzahl nur eine gründliche Reform des Bundes unter Beibehaltung der österreichischen Stellung. Somit standen sich die im "Nationalverein" zusammengeschlossenen Kleindeutschen - die früheren Erbkaiserlichen und Gothaer - und die Großdeutschen gegenüber, die nach längerer Vorbereitung im Oktober 1862 in Frankfurt den "Reformverein" gründeten.

Während in Österreich der Nationalverein selbstverständlich auf gar keine und der Reformverein wegen der vielen inneren Probleme nur auf ganz geringe Resonanz stieß, faßte die großdeutsche Bewegung in Württemberg schnell Fuß. Im Oktober 1862 zählte z.B. der Ulmer Zentralverein, ein lokaler Vorgänger des Reformvereins, schon über 1000 Mitglieder.¹⁾ Hügel, Neurath, der ritterschaftliche Abgeordnete Varnbüler, der Demokrat Moriz Mohl und der Nationalökonom Schäffle, der im September 1859 ein 11-Punkte-Programm vorlegte, zählten zu den profiliertesten Vertretern des großdeutschen Gedankens. Kleindeutsch gesinnt waren neben dem bald wegziehenden Max Duncker die Historiker Karl Klüpfel²⁾ und Hermann Reuchlin, Gustav Rümelin, der Philologe Holland, die Kammerabgeordneten Reyscher, Hölder und Elben; sie besaßen jedoch nur einen geringen Anhang und gehörten nicht einmal alle dem Nationalverein an.³⁾ -

Korrespondenz Hügel - Reuchberg. Hügel reiste noch im August des Jahres 1859 nach Dresden und München, nahm mit Beust und Schrenk, dem Nachfolger Efordtens, Vorbesprechungen über eine Bundesreform auf und schrieb anschließend persönlich an Reuch-

1) Vgl. dazu: E. Zimmermann: Der Deutsche Reformverein

2) Seine Werke: "Die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang dargestellt", 1853, und: "Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848-1871", 1872/73

3) Vgl. dazu: W. Grube: Aus der Geschichte der Einheitsbewegung in Württemberg

berg. A l l e müßten "treu und einmütig am Bunde, an der Bundesverfassung, an den Bundesprinzipien festhalten." Die preussische Weigerung, Majoritätsbeschlüsse anzuerkennen, dieses "gegen die Lebenssäfte des deutschen Bundes gerichtete Austrocknungssystem Preußens", dürfe es nicht mehr geben. Preußen müsse dazu angehalten werden, "daß es sich klar und offen darüber zu erklären hat, ob es gesonnen ist, die als Bundesmitglied übernommenen, feierlich anerkannten Verbindlichkeiten fernerhin anzuerkennen und zu erfüllen". Als Ergebnis seiner Betrachtungen forderte Hügel die Bundesreform und Modifikationen der Bundeskriegsverfassung.¹⁾

Auch Rechberg antwortete Hügel persönlich und pflichtete ihm darin bei, daß "die bestehenden Institutionen des Bundes ohne Zweifel mancher Verbesserung fähig" seien. Er vermöge jedoch den Anweisungen an den Geschäftsträger Türckheim "einen mehr positiven Inhalt nicht zu geben, als den Ausdruck unserer prinzipiellen Geneigtheit, zur Einführung zweckmäßiger Verbesserungen am Bund, und zwar vielleicht zunächst in dessen Militärverfassung, mitzuwirken." Die Mittelstaaten vor allem sollten Preußen die Wiederannäherung an das Bundesprinzip empfehlen und es zum "moralischen Wiedereintritt in den Bund" veranlassen. Hügel war befriedigt und auch König Wilhelm nannte es jetzt eine Aufgabe der Mittelstaaten, durch eine Kollektivverklärung Preußen zu einer Änderung seiner Haltung zu bestimmen.³⁾

Aus diesem Schreiben Rechbergs kann man erkennen, daß Österreichs neuer Außenminister nicht mit seiner vollen Person hinter der Reform stand. Vielmehr wünschte er - der Schüler Metternichs, aufgewachsen in der Tradition der Verständigung und des Ausgleichs - in erster Linie die Wiederherstellung des guten Verhältnisses zu Preußen und die Beherrschung des Bundes auf dualistischer Grundlage. Diesem Ziel schien er

1) Hügel an Rechberg, 26.8.1859, W.A.

2) Rechberg an Hügel (Konzept), 6.9.1859, W.A.

3) Türckheim an Rechberg, 13.9.1859, W.A.

sich im Herbst des Jahres 1859 nochmals zu nähern, als der Gesandte Karolyi in Berlin eine mündliche "Bereinkunft über vorherige gegenseitige Verständigung vor Bundesanträgen zustande brachte. Aber schon wenige Monate später brach die Feindschaft aufs neue aus.- Die Mittelstaaten, die mit ihren Reformwünschen auch eine Erhöhung des eigenen Gewichts anstrebten, waren für Lechberg nur Machtfaktoren zweiten Ranges, die er zwar gegen Preußen ausspielen konnte, denen er aber keine eigenständige Bedeutung zuerkannte.

Die Würzburger Konferenz. Die oben genannte Kollektivverkündung der Mittelstaaten, von Beust, Schrenk und Hügel in München vereinbart, von den anderen Mittelstaaten gebilligt und von Österreich unterstützt, wurde am 20. Oktober 1859 am Bund vorgebracht. Sie betonte die Verpflichtung der Bundesglieder, für die Bundesgesetze einzutreten, die Bundesbeschlüsse zu achten und die Fortbildung der Bundesverfassung sowie der Bundeskriegsverfassung sorgfältig zu prüfen. Aber die Reaktion in Frankfurt war vernichtend: weder Beifall noch Proteste, sondern nur gleichgültige Stille war die Antwort. Die erste öffentliche Demonstration der in München zustande gekommenen mittelstaatlichen Koalition verlief im Sande.¹⁾

Die Verbündeten ließen sich dadurch nicht beirren, obwohl Hannover und Baden sich zurückzogen. Sie rüsteten zu einer Ministerkonferenz in Würzburg, um dort a) über gegenwärtig am Bund anhängige Probleme, b) über gewisse, durch die Zeitverhältnisse gebotene neue Vorschläge an den Bund zu beraten.²⁾ Hinter diesen Andeutungen verbarg sich eine Menge von Einzelproblemen: die kurhessische Verfassungsfrage, das Einschreiten gegen den Nationalverein, die für Deutschland gewünschte Vereinheitlichung von Maß, Gewicht, Civil- und Kriminalrecht, gemeinsames Heimatrecht, Bundesgericht, Beeinflussung der

1) Hügel an Ow, 24.10.1859, St.A.

2) Hügel an Ow, 10.11.1859, St.A.

Presse usw. Vier Tage lang, vom 24. bis zum 27. November, berieten die Minister in Würzburg; sie standen dabei nicht nur vor dem fast unüberwindlichen Hindernis, ihre eigenen verschiedensten Wünsche auf einen Nenner zu bringen, sondern sahen sich auch dem Widerstand des Königs Max von Bayern, des stärksten Mittelstaates, gegenüber. Max war zwar Reformen nicht abgeneigt, wollte jedoch ausdrücklich "keine neue Organisation, keinerlei Bund im Bunde, keine förmliche Trias".¹⁾ Hügel machte sich in Würzburg die Förderung der materiellen Interessen zum Anliegen.

Das Ergebnis von Würzburg waren vier Anträge an den Bund: Befestigung der Nord- und Ostseeküste; Errichtung eines Bundesgerichts; Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle; Schaffung eines gemeinsamen Heimatrechtes.²⁾ Dieses Ergebnis war ohne "eigene schöpferische Kraft",³⁾ ohne Originalität und griff Gegenstände auf, die den Bund schon seit Jahren hoffnungslos beschäftigten. Rechberg war zwar mit den Würzburger Beschlüssen voll einverstanden und wollte zur Erreichung der gemeinnützigen Zwecke in ganzem Umfang beitreten,⁴⁾ konnte aber nicht verhindern, daß nur einer der Würzburger Anträge, nämlich die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle, in Frankfurt durchging. Die anderen scheiterten entweder am Widerstand Preußens oder verschwanden in den unergründlichen Schreibtiſchen der Ausschüsse. Wiederum hatten die Mittelstaaten eine Niederlage einstecken müssen.

3. Der Kampf um die Revision der Bundeskriegsverfassung

In Würzburg hatten die mittelstaatlichen Verbündeten auch eine Erklärung zur notwendigen Revision der Bundesmilitärverfassung ausgearbeitet und anschließend dem Bund vorgelegt. Darin

1) H. Doeberl: Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert, S.22

2) Hügel an Ow, 15.12.1859, St.A.

3) Srbik, Deutsche Einheit, Band III, 1, 3.291

4) Ow an Hügel, 17.12.1859, 2.1.1860, St.A.; Zirkular Rechbergs, 24.12.1859, W.A.

wurde nicht eine numerische, sondern eine organische Stärkung der Bundesarmee gefordert. Für die schnelle Wahl eines Bundesfeldherrn im Kriegsfall müsse ein genauerer, ausführbarer Modus gefunden werden. Die zehn Bundesarmeecorps sollten auch im Frieden ständige Kommandanten erhalten. Weitere Forderungen betrafen mehr technische Dinge: Errichtung gemeinsamer Ausbildungsstätten, Abhaltung kombinierter Übungen, Einführung gleichmäßiger Munition und Signale, neue Bestimmungen über Sammlung, Aufstellung und Zusammenarbeit der Corps und Festlegung der Vormarsch- und Rückzugslinien.¹⁾ Preußen beantwortete diesen energischen Vorstoß, der jetzt nach der Ausscheidung der Reformvorschläge in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen trat, mit einem Vorschlag in der Bundesmilitärkommission, der von den bereits im Krieg von 1859 geäußerten Ansichten kaum abwich: Die Leitung des Bundesheeres solle unter Österreich und Preußen geteilt werden, die mittel- und kleinstaatlichen Kontingente den beiden Hauptgruppen angeschlossen werden. Rechberg, der bei einer Verwirklichung dieses Vorschlages den preußischen Anspruch auf Gleichberechtigung mit Österreich und schließlich eine politische Teilung Deutschlands befürchtete, lehnte es sofort ab, auf diesen Plan einzugehen.²⁾ Auch die meisten Mittelstaaten schlossen sich ihm an, nur bei Baden und zunächst bei Württemberg fand der preußische Vorschlag einigen Anklang. Hügel sah zwar in dem preußischen Vorschlag einen wahren Angriff auf den Bund", wies jedoch Reinhard an, sich vorerst dahingehend auszusprechen, der Vorschlag erscheine vielleicht unter der Bedingung annehmbar, daß es den Mittelstaaten selbst überlassen bleibe, ob sie sich dem preußischen oder dem österreichischen Oberbefehl unterordnen wollten. Voraussetzung sei selbstverständlich die österreichische Zustimmung.³⁾ Diese Ansicht stammte im wesentlichen vom König, der Preußen wegen der gespannten internationalen Lage nicht scharf abgewiesen haben wollte.

¹⁾ Hügel an Ow, 15.12.1859, St.A.

²⁾ Zirkular Rechbergs, 16.1.1860, W.A.

³⁾ Fandel an Rechberg, 13.1.1860, W.A.; Hügel an Ow, 17.1.1860, St.A.

Schleinitz, der preußische Außenminister, faßte die Antwort Württembergs als Zusage auf und teilte dies stolz sofort den anderen Bundesstaaten mit. Hügel verwahrte sich in einer Weisung an Linden dagegen und lehnte, nachdem die österreichische Absage bekannt geworden war, nun ebenfalls ab. Ja, er schwenkte sofort wieder derart stark in die österreichische Richtung ein, daß Handel berichten konnte, in Stuttgart sehe man in dem preußischen Plan "ein Zeichen, daß in Berlin der Untergang des Deutschen Bundes eine beschlossene Sache sei". Rechberg konnte jetzt mit Württemberg zufrieden sein und unter Betonung der notwendigen Einheit mitteilen, daß militärische Bedenken und geschichtliche Erfahrungen eindeutig gegen die Teilung des Oberbefehles sprechen würden. König Wilhelm wiederum äußerte sich über Rechbergs Bemerkungen "hoch erfreut", weil sie "von so echt deutschem und föderativem Sinne" zeugten.¹⁾

Hügel legte aber weiterhin großen Wert darauf, in formalen Fragen nicht gegen Preußen zu verstoßen, und schlug vor, den preußischen Plan nochmals an die Bundesmilitärkommission zurückzuverweisen, damit die militärische (Un)Durchführbarkeit begutachtet werden könne.²⁾ Auch der König wollte sich nicht zu sehr gegen Preußen exponieren; als dieses seinen Plan in einer neuen Denkschrift vorlegte, erklärte er zum zweiten Male, er habe gegen die Teilung des Bundesheeres nichts einzuwenden, falls Preußen und Österreich sich entsprechend einigen könnten.³⁾ Seine oben genannte Äußerung zu Handel entsprach also nicht seiner wirklichen Gesinnung.

Idee einer Defensiv-Allianz. Als Preußen hartnäckig bei seinem Vorschlag blieb und die Situation infolge der Weigerung Österreichs aussichtslos erschien, entwickelte Neurath die Idee einer Defensiv-Allianz der Mittelstaaten, damit diese an dem Tage, da Preußen sich mit offenem Visier vom Bund lossage,

-
- 1) Handel an Rechberg, 19.1., 29.1.1860, W.A.; Ow an Hügel, 21.1. 1860, W.A.
2) Handel an Rechberg, 10.2.1860, W.A.
3) Handel an Rechberg, 21.2.1860, W.A.

als vereinigt Deutschland dastehen könnten. In zwei Punkten stimmte Hügel mit ihm nicht überein; Neurath wollte, um die Berechtigung zu diesem Bündnis zu erweisen, Schleinitz erneut zu einer Ablehnung der früheren mittelstaatlichen Vorschläge zwingen, während Hügel diese Herausforderung nicht annehmen wollte. Und Neurath hielt es für selbstverständlich, daß Österreich wegen seiner Stellung als europäische Großmacht der Defensiv-Allianz nicht beitreten könne; Hügel befürwortete aber die Mitgliedschaft Österreichs unbedingt, da sonst die Unterschrift des Königs nicht zu erhalten sei. Den Außenminister trieb "die von allen Seiten drohende Gefahr, nach einem Notanker zu greifen, an welchem sich die kleineren deutschen Staaten anklammern könnten".¹⁾

Reichberg wollte nicht so weit gehen, zumal er glaubte, Preußen werde es "bis auf weiteres" nicht auf eine Sprengung des Bundes ankommen lassen. Wenn dieser Fall aber doch eintrete, sei es nicht gut, Preußen eine neue Kombination entgegenzustellen, da man damit die Auflösung des Bundes anerkenne und preußischen Annexionen Vorschub leiste. "Wir möchten es für sicherer halten", schrieb er an Handel, "formell auf der Basis des Bundesvertrages stehen zu bleiben, und diesen Vertrag auch ohne Preußen und bis zu dessen Wiedereintritt ohne Unterbrechung der Kontinuität einfach fortzusetzen... Dem Bundesprinzip wäre in keiner Weise präjudiziert."²⁾ Auch in einem Zirkular an die mittelstaatlichen Höfe warnte er vor zu frühzeitigen oder zu bestimmt hervortretenden Sonderbündnissen, da man "dabei den Schein des Unrechts auf diejenige (die mittelstaatliche) Seite fallen lasse, wo man sich doch im Grunde nur gegen das wirkliche Unrecht verteidigt".³⁾ Hügel gab sich, zumal Schleinitz inzwischen dem sächsischen König beruhigende Zusicherungen gab und Schrenk die Idee der

1) Handel an Reichberg, offiziell und privat, 20.4.1860, I.A.
2) Reichberg an Handel, 28.4.1860, W.A.
3) Zirkular Reichbergs, 12.5.1860, W.A.

Defensiv-Allianz ungünstig aufnahm, mit der Antwort Rechbergs zufrieden, wollte aber am Bund über die Frage des Bundesfeldherrn weiterverhandeln.¹⁾

Widerstand Bayerns. Nicht zufrieden gab sich Beust, der jetzt, im Mai 1860, eine neue Konferenz der Mittelstaaten nach Würzburg zur erneuten Beratung der Bundeskriegsverfassung und der kurhessischen Frage einberufen wollte. Rechberg hätte nichts einzuwenden gehabt, und auch Hügel wäre mit Zustimmung des Königs gerne gereist, um "das in München und Würzburg glücklich begonnene Werk eines engen Zusammenhaltens auf der Grundlage der Bundesverfassung weiter (zu) führen..."²⁾ Aber jetzt warf Bayern sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um das Treffen zu verhindern. König Max persönlich besuchte die süddeutschen Höfe und brachte auch König Wilhelm von dem Plan einer neuen Konferenz ab. Die beiden Monarchen begegneten sich in der Ansicht, der Zersetzung des Bundes durch Preußen und der Teilung des Heeres und des Oberbefehls zu widerstreben, meinten aber,

"daß es geraten erscheine, die neuerdings hervorgetretenen Anzeigen einer Wendung in der Politik Preußens nicht unbeachtet zu lassen, sondern der kundgegebenen bundesfreundlichen Gesinnung der preußischen Regierung in angemessener Weise entgegenzukommen, in der Absicht, auf diese Weise die genannte Regierung den liberalen Parteien, namentlich dem Nationalverein, gänzlich zu entfremden und sie zu einer entschiedenen und energischen Haltung gegen die revolutionären Tendenzen dieser Parteien zu bestimmen".³⁾

Die bisher eindeutig gegen Preußen gerichtete Tendenz der mittelstaatlichen Koalition wurde nun also gegen den Nationalverein und die liberalen Parteien abgebogen. Rechberg meinte kommentierend, die persönliche Einwirkung auf den Prinzregenten von Preußen sei gegenwärtig das beste Mittel;⁴⁾ Hügel

1) Handel an Rechberg, offiziell und privat, 4.5.1860, W.A.

2) Hügel an König, 14.5.1860, St.A.

3) Hügel an Ow (vertraulich), 31.5.1860, St.A.

4) Zirkular Rechbergs, 13.6.1860, W.A.

mußte sich fügen, und die geplante 2. Würzburger Konferenz wurde abgeblasen.

Baden-Baden, Teplitz. Prinzregent Wilhelm von Preußen wollte die im Augenblick günstige Stimmung der mittelstaatlichen Monarchen ausnützen und lud sie zu einem Treffen mit Napoleon nach Baden-Baden ein, um sie noch näher an Preußen heranzuführen. Offiziell erklärte er, die Könige und Herzöge sollten Zeugen sein, daß Preußen Deutschland nicht an Frankreich verrate; andererseits sollten sie dem Kaiser Napoleon bestätigen, "daß er im Falle eines Angriffs auf Deutschland dasselbe sofort in vollster Einigkeit sich gegenüber finden würde".¹⁾ Die meisten Souveräne sagten daher der Einladung zu, und Österreich (das nicht eingeladen war), wartete im Vertrauen auf die loyale Gesinnung der deutschen Monarchen, jedoch nicht ganz ohne Sorge, ab.²⁾

Für Napoleon wurde das Treffen in Baden-Baden eine Enttäuschung, da sich Preußen weder zur Überlassung der Pfalz noch zu einer Vorabredung gegen Österreich herbeiliess. Unverrichteterdinge mußte er wieder abreisen. Für die deutsche Frage jedoch erwiesen sich die Beratungen der deutschen Fürsten untereinander und zusammen mit dem Prinzregenten als bedeutsam. Eindringlich mahnten der württembergische König und die anderen Souveräne, Preußen möge dem Wunsch nach Teilung des Oberbefehls entsagen, da dieses Problem für sie eine Lebensfrage sei.³⁾ Da der Prinzregent nicht zurückwich, beschlossen sie einmütig, den geplanten preußischen Bundesantrag in der Feldherrnfrage abzulehnen und auf einer wiederum nach Würzburg einzuberufenden Konferenz eine eigene Militärkonvention ausarbeiten zu lassen. König Wilhelm regte

1) Hügel an Ow, 12.6.1860, St.A.

2) Zirkular Rechbergs, 16.6.1860, Rechberg an Handel, 23.6.1860, St.A.

3) Konferenzprotokoll, wahrscheinlich vom König diktiert, 17.6.1860, St.A.

dazu an, im Kriegsfall gegen Frankreich drei Armeen marschieren zu lassen: die preußischen Truppen sollten den rechten, die mittelstaatlichen den mittleren und die österreichischen den linken Flügel bilden. Außerdem solle die Bundesgewalt während eines Krieges in einem "Komitée der Bundesversammlung", bestehend aus dem Kaiser und den fünf deutschen Königen, konzentriert werden.¹⁾ Die mittelstaatlichen Monarchen empfahlen in Baden-Baden eine schnellstens herbeizuführende Einigung zwischen Österreich und Preußen und ein kräftiges Einschreiten gegen den Nationalverein, falls dieser die Souveränität bedrohe.²⁾

Von Baden-Baden reiste der Prinzregent nach Wildbad, wo er seine Kur fortsetzte. Er beharrte gegenüber Hügel, der ihm am 18./19. Juli 1860 einen Besuch abstattete, auf der Teilung der Bundeskontingente und des Oberbefehls und klagte darüber, daß durch die Preußen in den letzten zehn Jahren zugedachte Rolle seine Würde als Großmacht und das Vermächtnis Friedrichs des Großen bedroht würden.³⁾ Enttäuscht und verbittert reagierte König Wilhelm:

"Was Sie mir über Ihre Unterredung mit dem Prinzregenten melden", schrieb er an Hügel, "beweist mir leider, daß wir hier leeres Stroh gedroschen haben; immer die nämlichen preußischen Ideen einer Teilung der deutschen Bundeskontingente und zwei Bundesfeldherren, damit die preußische Armee ihre Zwecke allein ausführen kann, ohne sich um das übrige Deutschland zu bekümmern." "Dun kommt es wieder darauf zurück, daß man drei preußische Armeecorps zur Mittellarmee herbeiziehen würde, wofür uns Gott behüten möge, denn dann wäre die Uneinigkeit ausgesprochen."⁴⁾

Beim nachfolgenden Treffen des Prinzregenten mit dem Kaiser in Teplitz - "um die Bande der Freundschaft zu verstärken" -

1) Konferenzprotokolle, 17.6., 18.7.1860, St.A.

2) Delegationsrat Groß an Gw., 13.6.1860, St.A.

3) Hügel an König, 17.7.1860, St.A.; Talvorskischen (Stellv. v. H. Hanke) an Rechberg, 24.7.1860, St.A.

4) König an Hügel, 20.7.1860, St.A.

gelang keinem der beiden Monarchen die Erfüllung der eigenen Wünsche. Franz Joseph lehnte das von Preußen geforderte Alternat im Bundesvorsitz ab, während der Prinzregent auf eine bindende Allianz bzw. eine Garantie für Venetien nicht einging. Die Neuordnung der Bundestruppen und des Oberbefehls wurden verschoben bzw. den Verhandlungen von Fachmilitärs übertragen. Franz Joseph überschätzte wieder einmal den Wert des Ergebnisses, als er nachher von "glückverheißenden Tagen"¹⁾ sprach; denn die strittigen deutschen Grundprobleme waren nicht gelöst, sondern vertagt worden.

Die Würzburger Militärkonvention. Hügel war inzwischen an den süd- und mitteldeutschen Höfen herumgereist und hatte eine mittelstaatliche Konferenz in Würzburg auf den 30. Juli zustandegebracht. Auch Österreich und Preußen wurden eingeladen, doch rechnete man nicht mit ihrer Teilnahme, da das Resultat ohnehin nach Wien und Berlin mitgeteilt werden sollte.²⁾ Tatsächlich erschienen die beiden Großmächte nicht, da ihre Monarchen ja in Teplitz einen anderen Weg vereinbart hatten. - Für Württemberg nahm der Kriegsminister Generalleutnant von Miller teil. Er konnte am 5. August seinem Außenminister telegrafieren, daß die Konferenz mit einem befriedigenden Ergebnis abgeschlossen sei.

Die "Würzburger Militärkonvention"³⁾, am 5.8.1860 von den Bevollmächtigten des VII., VIII., IX. und X. Bundesarmee-corps unterzeichnet (das I. - III. Corps stellte Österreich, das IV. - VI. Preußen, die restlichen vier die Mittelstaaten), brachte in elf Paragraphen sowohl den föderalistischen als auch den Einheitsgrundsatz zum Ausdruck. Denn während im § 1 "die Ernennung und Bestellung des obersten Befehlshabers...

1) Erbk., Deutsche Einheit, Bd. III, 1, S. 327

2) Walterskirchen an Rechberg, 6.7., 13.7.1860, W.A.; Hügel an Ow, 17.7.1860, St.A.

3) Ein Original bei Rep. E 70 b, B. 52, St.A.

vertrauensvoll und mit der größten Willfährigkeit der Verständigung der beiden Großmächte anheim gegeben" wurde, bestimmte der § 5, daß für das VII. - X. Armeeecorps auf jeden Fall ein gemeinsamer Oberbefehlshaber gewählt wird, der aber dem Bundesfeldherrn unterstellt sein soll. Die übrigen Paragraphen und die sieben Sonderbestimmungen des Schlußprotokolls betrafen im wesentlichen technische Angelegenheiten.

Man hielt also (§ 1 und § 5) an e i n e m Bundesfeldherrn fest und setzte sich damit bewußt in Gegensatz zu Preußens Wünschen. Andererseits brachte die Konvention keine neuen konkreten Lösungsmöglichkeiten für einen Ausgleich der beiderseitigen Ansichten; vielmehr beließ der § 1 den Zustand so, wie er bisher schon war und immer wieder zu Konflikten zwischen den beiden Großmächten führte. Neu war lediglich die Zusammenfassung der mittelstaatlichen Kontingente zu einem einheitlichen Truppenkörper, wobei aber die geplante Art der Wahl ebenfalls auf große Schwierigkeiten stoßen konnte. Der politischen Trias wurde eine militärische hinzugefügt und die föderalistische Organisation auch des Bundesheeres erneut betont.

Die Konvention, die zunächst noch von den Herrschern und den Regierungen genehmigt werden mußte, wurde schließlich im Oktober in Wien und in Berlin, dort noch von einem persönlichen Brief König Wilhelms an den Prinzregenten begleitet, überreicht. Während Rechberg äußerte, die Konvention habe auf ihn einen guten Eindruck gemacht und sie enthalte vieles, was eine Verständigung Wien - Berlin fördern könnte,¹⁾ erwiesen sich die Befürchtungen Hügels, daß Preußen nicht zustimmen werde, als richtig: Schleinitz und der Prinzregent

1) Ow an Hügel, 13.10.1860, St.A.

gaben sich zwar den Anschein, als ob sie die Aussprache eröffnen wollten,¹⁾ lehnten jedoch in Wirklichkeit den Triasgedanken der Würzburger ab. Hügel, seit dem kurz vorhergegangenen freundschaftlichen Besuch des Kaisers in Stuttgart vollends davon überzeugt, "daß die Regierungen der Mittelstaaten sich unter allen Umständen vertrauensvoll an das kaiserliche Kabinett in Wien wenden können"²⁾, wollte nun noch einen Schritt weiter gehen und eine Bundestagserklärung vorbereiten, lautend, "daß jeder Angriff auf einen deutschen Bundesfürsten, treffe er deutsches oder außerdeutsches Gebiet, als ein Angriff auf die deutsche Nation betrachtet werden solle".³⁾ Diese Erklärung sollte auf die Unterstützung Österreichs bei der Erhaltung Venetiens abzielen. Der württembergische Minister fand zwar den Beifall Rechbergs,⁴⁾ mußte seinen Plan aber infolge preußischen Widerstands vorzeitig begraben.

Die Berliner Militärverhandlungen. Nach langer, von Preußen verschuldeter Verzögerung begannen zu Anfang des Jahres 1861 endlich die in Teplitz vereinbarten direkten Militärverhandlungen zwischen Preußen und Österreich in Berlin. Da man sich gegenseitig die alten Forderungen gegenüberstellte - Preußen wollte Teilung des Heeres und des Oberbefehls, das Alternat im Bundesvorsitz, das alleinige Besatzungsrecht in Mainz; Österreich wünschte Einheitlichkeit des Bundesheeres, stärkere Verpflichtung Preußens auf die Bundesbeschlüsse, Garantievertrag für Venetien, Beibehaltung des alleinigen Vorsitzes am Bund - ging es überhaupt nicht vorwärts, und die Verhandlungen wurden öfters unterbrochen. König Wilhelm von Württemberg wurde immer ungeduldiger, wollte nicht mehr länger zuwarten und, falls die Berliner Verhandlungen weiterhin frucht-

1) Prinzregent an König Wilhelm, 28.12.1860, St.A.

2) Hügel an Ow, 21.11.1860, St.A.

3) Handel an Rechberg privat, 26.12.1860, W.A.

4) Rechberg an Handel privat, 29.12.1860, W.A.

los blieben, die Würzburger erneut zusammenrufen. Rechberg freute sich über diese Anregung, denn man käme "in Berlin vielleicht am ehesten zu einem Entschlusse, wenn die anderen Staaten entschieden vorgingen".¹⁾ Noch bevor diese Konferenzpläne aber greifbare Gestalt annahmen, berief Österreich seine bevollmächtigten Offiziere am 6. April 1861 aus Berlin ab und vollzog die Schwenkung zurück zu den Mittelstaaten, da es die Hoffnung auf eine Einigung mit Preußen aufgab. Rechberg beklagte sich bitter, Preußen habe einen Schacher vornehmen und bleibende Erfolge erzielen wollen, ohne etwas dafür einzusetzen.²⁾

Zweite Würzburger Militärkonferenz. Der Mißerfolg von Berlin spornte Hügel und den König zu rastloser Tätigkeit an. Hügel konnte bei einer geheimen Aussprache in Heidelberg Frh. von Dalwigk, den Ministerpräsidenten des Großherzogtums Hessen, davon überzeugen, daß es für die Würzburger nun höchste Zeit sei, sich über eine gemeinschaftliche, von Preußen unabhängige Haltung zu verständigen. In Frankfurt bearbeitete der König Pfordten, um Bayern zu einer neuen Initiative zu bewegen. Schließlich konnte sich König Max diesem Drängen nicht mehr verschließen, schrieb einen Brief nach Berlin mit der Bitte um Auskunft über den Stand der Revision der Bundeskriegsverfassung und erklärte, im Falle einer Ablehnung werde er weitere Schritte zum Vollzug der Würzburger Konvention einleiten.³⁾ Da Preußen keine befriedigende Auskunft geben konnte, vielmehr einen neuen Bundesantrag mit dem Ziel einer Teilung des Bundesheeres vorbereitete, lud König Max die Mittel- und Kleinstaaten auf den 22. Mai nach Würzburg ein.

1) Ow an König, ohne Datum, etwa Februar/März 1861, St.A.

2) Ow an König, 13.4.1861, St.A.

3) Handel an Rechberg, 1.4.1861; offiziell und privat, 6.4.1861, W.A.

Reichberg erklärte sich sofort "ganz damit einverstanden, daß die vier gemischten Bundesarmeecorps so entschieden und rasch als möglich mit ihrer Armierung de facto vorgingen und die Würzburger Beschlüsse verwirklichten".¹⁾ Aber die zweite Würzburger Militärkonferenz wurde wiederum eine Enttäuschung und endigte mit einem noch größeren Mißerfolg als die erste. Baden stellte sich überall hindernd in den Weg, Bayerns Bifer war schon wieder erkaltet, und Wilhelm von Württemberg verlangte den Oberbefehl über die mittelstaatlichen Corps, obwohl dieser eigentlich Bayern als stärkstem Staat zustand. Außer einigen militärisch-technischen Vereinbarungen kam nichts zustande. Die Verwirrung in Bundeskriegsangelegenheiten sei größer denn je, klagte Hügel.²⁾

Und dabei blieb es. Denn in den folgenden Monaten und Jahren wurde das Problem nicht im geringsten einer Lösung nähergeführt, und schließlich verlief alles im Sande. In den Ereignissen des Jahres 1866 und der geradezu katastrophal schlechten Kriegführung der Südstaaten rächte sich unerbittlich das, was in den Jahren 1860/61 versäumt oder nicht zuwege gebracht worden war. Es lag zwar nicht in der Macht der Mittelstaaten, gegen den Willen der beiden Großmächte oder auch nur einer von ihnen ihre Wünsche nach Reform der Bundeskriegsverfassung auszudrücken; aber ihre innere Uneinigkeit hinderte sie selbst daran, wenigstens ihre eigenen Streitkräfte zu einer schlagkräftigen Einheit zusammenzuschmieden. König Wilhelm von Württemberg, anfangs nicht abgeneigt, auf die preußischen Teilungspläne einzugehen, wurde später - wenn auch nicht frei von egoistischen Plänen - zusammen mit Hügel zu einem der eifrigsten Verfechter der bundesdeutschen oder wenigstens mittelstaatlichen militäri-

1) Ov an Hügel, 28.4.1861, St.A.

2) Handel an Reichberg, 25.5.1861, St.A.

schen Einheit. Sie schien ihm die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung der württembergischen Eigenstaatlichkeit zu sein. Er traf sich mit Rechberg in der Forderung nach der Bundeseinheit; sein Begehren nach militärischer Trias verstimmte zwar Rechberg nicht, entsprach aber auch nicht dessen Herzenswunsch, dem Ausgleich mit Preußen. Insgesamt machte das Ringen um die Bundeskriegsverfassung den Mittelstaaten klar, daß sie nur bei Österreich eine Unterstützung für die Wahrung ihrer Belange finden konnten, wollten sie sich nicht selbst aufgeben.

4. Beusts Reformplan und die identische Note

Nach dem über einjährigen erfolglosen Ringen um die Neuordnung und Präzisierung der Bundeskriegsverfassung wachte sich das Interesse der mittelstaatlichen Politiker wieder der allgemeinen Bundesreform zu. Der Herzog von Coburg-Gotha legte ein Projekt vor, das mit ziemlich vielem nationalvereinlichem Gedankengut durchsetzt war; in ähnlicher Richtung gingen badische Vorschläge: das preußische Gewicht wäre dadurch stark erhöht worden.

Die treibenden Kräfte der mittelstaatlichen und - wenn der Ausdruck erlaubt ist - konservativen Reformpartei war jedoch der eifrige, ideenreiche und ehrgeizige Beust, sowie Hügel, der sowohl aus eigenem Antrieb wie auf das Drängen der Kammer und der öffentlichen Meinung hin zu einer Forcierung der Reform mahnte. Die beiden Politiker unternahmen im September 1861 einen achttägigen gemeinsamen Ausflug und arbeiteten dabei ein umfassendes Memoire über die deutsche Frage aus. Zunächst wurde nur so viel bekannt, daß an eine Auflösung des Bundestages und die Einführung einer neuen Bundesverfassung gedacht war. Hügel vertrat dabei die An-

sicht, daß dazwischen kein auch noch so kurzes Provisorium stehen dürfe.¹⁾

Als Beust die Denkschrift am 15. Oktober in Wien vorlegte, bat Hügel Rechberg, dem Projekt die "ernsteste Aufmerksamkeit" zu widmen; er hoffe, daß dieses eine geeignete Grundlage für Besprechungen unter den deutschen Regierungen sein werde. Handel bemerkte dazu noch:

"Baron Hügel geht von der Überzeugung aus, daß die dermalige Bundesorganisation mit ihrer Geschäftsordnung und Instruktionseinholung den Bedürfnissen der Gegenwart durchaus nicht genügt. Dabei seien nicht die Ansichten der Gothaer maßgebend..., sondern die Ansichten der bestdenkenden und konservativen Patrioten, welche alle darin übereinstimmen, daß jenem revolutionären Treiben nur durch eine von den Regierungen ausgehende Umgestaltung des Bundes gesteuert werden könne und ferner die Erfahrungen des Jahres 1859, wo es sich klar gezeigt habe, daß die dermalige Bundesverfassung kein Mittel biete, um den gerechten und patriotischen Forderungen des deutschen Volkes Anerkennung zu verschaffen."²⁾

Hügel kam es darauf an, daß Österreich die Reform in die Hand nehme, denn dann werde sich Württemberg sofort auf seine Seite stellen. Die Nachricht, daß auch das kaiserliche Kabinett ein Reformprojekt vorbereite (gemeint sind wohl die Besprechungen über den zweiten Fröbelschen Vorschlag), wälzte ihm "einen Stein vom Herzen"; er hoffte nun, "wieder eine Fahne zu haben, welcher er folgen kann". Hügel erwartete jedoch ein energisches Eingreifen Österreichs, denn Handel berichtete, "daß wir (Österreich), wenn es wirklich preußischerseits zum Cavourisieren käme, nur dann auf den Hof und die Regierung Württembergs zählen könnten, wenn wir, wie 1849, ihnen durch die Kühnheit imponieren würden; an Bayern allein wird sich Württemberg nicht anschließen".³⁾

Beusts Entwurf. In dem überlegt zusammengestellten Kompromiß wollte Beust den durch seine schleppende Verhandlungsweise

1) Handel an Rechberg, 24.9.1861, W.A.

2) Handel an Rechberg, 25.10.1861, W.A.

3) Handel an Rechberg, 25.10., 7.11.1861, W.A.

Der 18. Bundestag durch zweimal jährlich stattfindende Ministerkonferenzen ersetzen; diese sollten einmal in Hamburg, unter dem Vorsitz Preußens, und einmal in Regensburg, unter dem Vorsitz Österreichs, zusammentreten. In der dazwischen liegenden Zeit sollte ein aus einem österreichischen, einem preussischen und einem mittelstaatlichen Bevollmächtigten bestehendes Exekutivkomitee die Geschäfte wahrnehmen. Der Ministerkonferenz sollte eine beratende Versammlung von Abgeordneten aus den Ständekammern beigegeben werden. Beust hoffte also, Preußen durch die Gewährung des Alternats im Vorsitz, Österreich und die Mittelstaaten durch die zu erwartende ständige Mehrheit im Exekutivkomitee, und die öffentliche Meinung durch die neu zu errichtende Versammlung von Delegierten der Einzellandtage zu befriedigen.

Aber er mußte eine bittere Enttäuschung erleben, denn fast überall stieß er auf Ablehnung. Rechberg wollte vor allem das alleinige Präsidium nicht aufgeben - Staatssekretär Riegeleben: "Könnte man sich denken, daß es in V. d. R. zwei Präsidenten gebe?"¹⁾ - und antwortete ausweichend, um Beust nicht vor den Kopf zu stoßen. Es war ihm "unwünscht", daß, wenn das Dresdener Projekt so tiefgreifende Einwendungen hervorgerufen zu müssen",²⁾ da der Entwurf im Grunde ja der kleinen schon Einigung unter Preußen eine feste föderalistische Grundlage entgegenzusetzen wollte.³⁾ Für Schrenk in Berlin erschien der Plan Beusts zu liberal. Lediglich bei der Erklärung sich einverstanden. Er bemängelte nur, daß keine permanente Bundesversammlung vorgesehen sei, wünschte aber unbedingt, daß bald etwas geschehe. König Wilhelm wiederum bevorzugte Hamburg als Ort einer Tagungsort wegen der langen demokratischen Tradition der Stadt nicht; er wollte lieber Leipzig, das im Grunde die verschiedenartigsten Handelsbeziehungen viel näher lag. In Regensburg sollte es statt der Wahl des Reichs (mit Österreich und Preußen)

1) F.F. von Beust: Aus drei Vierteljahrhundert, Bd. 1, S. 1.

2) Verhandlung mit Reichel, 22.11.1846, ...

3) Arbib, Deutsche Einheit, Bd. III, 1, S. 1.

lieber einen Turnus unter den vier Königreichen gewünscht; denn dabei wäre auch Württemberg sicher zum Zug gekommen. Schließlich befürchtete er, daß es zwischen den Einzelkammern und der Delegiertenversammlung stets Spannungen geben werde. Aus den Akten geht jedoch nicht eindeutig hervor, welches Gesamturteil er abgab. Während er Handel erklärte, er sei einverstanden, denn man müsse unbedingt die Gelegenheit nützen und etwas zustande bringen, um dem Nationalverein und den Demokraten entgegenzuarbeiten¹⁾, kam er in seiner dem Ministerium zugeleiteten Denkschrift zu dem Ergebnis:

"Nach allem diesem muß Ich bekennen, daß Ich dieses Produkt des Herrn von Beust für ein totes Kind ansehe, denn Preußen wird sich nimmermehr dazu hergeben, einen verregelten Zustand in Deutschland herbeizuführen."²⁾

Hatte der alte Mann schon resigniert? Glaubte er in seinem Herzen schon nicht mehr an den Erfolg von Reformen?³⁾

Mit Spannung erwartete man nun die Reaktion Preußens, da Beust mutig seinen Plan trotz der wenig günstigen Kommentare der befreundeten Regierungen auch nach Berlin geschickt hatte. Hügel bat sogar Handel, er möge Meckberg ans Herz legen, sich intern zu erklären, je eher je besser, mit den Königreichen über ein Reformprojekt (gemeint ist das von Beust) verständigen Punkte, falls ein solches vorliege, wenn man in Berlin den Vorhang aufzieht und die preußischen Absichten auf die Bühne bringt".⁴⁾ Als die Antwort des neuen preußischen Außenministers Bernstorff am 20. Dezember 1861 an Beust gesandt wurde, konnte sie nicht entlich wenig überraschen, da eine Zustimmung zu erwarten gewesen war. Bernstorff stellte fest, daß die in seiner gegenwärtigen Form könne überhaupt nicht reformiert werden, da er die realen Machtverhältnisse nicht

1) Handel an Meckberg, 8.11.1861, V.A.

2) Keine "Bemerkungen zur Denkschrift Beusts", ohne Datum, Verfasser, jedoch nach Stil, Inhalt und Schreibweise wahrscheinlich von Hügel diktiert. St.A.

3) Am 21. Jahre 61er sagte er zu Handel: Der Bundestag "hat das alte verregelte Maschinerie, welche nicht mehr richtig funktioniert". (Handel an Meckberg, 17.1.1862, V.A.)
4) Handel an Meckberg, 2.12.1861, V.A.

berücksichtige. In Erstaunen versetzte aber sein Gegenvorschlag, einen Bundesstaat im Staatenbund zu gründen, welcher den Bestand des weiteren Bundes garantieren und in dem der militärische Oberbefehl und die Vertretung nach außen in eine Hand gelegt werden solle. Dieser Plan bedeutete in der Sache nichts anderes als einen Rückgriff auf die Unionsgedanken Friedrich Wilhelm IV. Seit 1849/50 aber war davon nicht mehr die Rede gewesen.

Sofort nach der Veröffentlichung der preussischen Antwort erhob sich gegen die norddeutsche Großmacht eine Welle der Empörung. Rechberg beschwerte sich heftig in Berlin; die von Preußen aufgestellte Maxime: "Preußen läßt sich nicht majorisieren", sei mit dem Bundesrecht unvereinbar.¹⁾ Hügel schwankte sich zwischen Furcht und Hoffnung, während der König mehr Mut aufbrachte und dem preussischen Gesandten sagen ließ, "daß S.M. heute ebensowenig als im Jahre 1849 geneigt sind, auf die Radowitz'sche Idee eines engeren Bundes unter preussischer Oberherrschaft einzugehen". Er wandte sich nach München und Dresden, um einen gemeinsamen Protest gegen Preußens Absichten auszusprechen.²⁾

Die Mission Blome. Darin kam ihm jedoch die geheime Sondermission des österreichischen Geschäftsträgers in Hamburg, Blome, zuvor. Der Diplomat reiste im Januar 1862 von Wien aus an die mittelstaatlichen Höfe, um die Linie der künftigen gemeinsamen Politik in der Reformfrage festzulegen.³⁾

Die General-Instruktion Rechbergs für Blome umfaßte über 10 Blätter. Als Zweck wird eine Verständigung des Kaiserhofes mit den befreundeten deutschen Höfen über ein gemeinsames, planmäßiges Handeln (gegen Preußen. D.Verf.) bezeichnet. Wörtlich heißt es dort:

1) Ow an Hügel, 16.1.1862, 3t.A.

2) Handel an Rechberg, 18.1.1862; Handel an Rechberg, privat, 4.1.1862, W.A.

3) Die umfangreichen Akten der Mission Blome liegen im W.A., PA IV, Bayern, Varia 1862. Auf ihnen fußen die folgenden Abschnitte.

"Man glaubt in Wien die Hoffnung so gut als aufgeben zu müssen, den preussischen Hof noch auf die Wege einer korrekten Politik einlenken zu sehen. Zehn Jahre der Nachgiebigkeit, der unfruchtbaren Einigungsversuche, des geduldigen Ignorierens der Tendenzen Preußens haben kein anderes Ergebnis herbeigeführt, als daß in Preußen diejenige politische Richtung, die ich mit einem Worte als deutschen Piemontismus bezeichnen will, immer größere Fortschritte gemacht hat, und daß in der heutigen gefährlichen Weltlage die preußisch-deutsche Annexionspartei gleichsam schon Stellung genommen hat, um zu einem neuen Schlage auszuholen."

Schuberg wünschte ein Einverständnis über folgende Punkte:

1. Österreich und... (jeweiliges Land) stimmen keiner Reform zu, bei der Österreich ausgeschlossen und die anderen Staaten Preußen untergeordnet werden.

2. Beide Regierungen stellen erst dann einen Reformantrag, wenn von einer anderen Seite mit einem unannehmbaren Programm hervorgetreten wird.

3. Tritt dieser Fall ein, so lädt Österreich zu einer Ministerkonferenz ein. Dort werden zur Vorlage gebracht: a) Entwurf für eine ständige Bundesexekutive, b) Entwurf für eine Delegiertenversammlung, c) Entwurf für ein Bundesgericht, d) Entwurf für die Ausdehnung des Defensiv-Systems auch auf die nichtdeutschen Gebiete Österreichs und Preußens.

4. Falls es infolge der Ansprüche Preußens zu einer Spaltung Deutschlands kommen sollte, schließen Österreich und die befreundeten Staaten unter sich ein Defensivbündnis.

5. Eine Militärkonvention Österreichs mit den Würzburgern sollte hinzugefügt werden.

6. Bei einem Angriff Italiens auf Österreich leihen die Mitteleuropäischen Staaten Österreich volle moralische Unterstützung; verändert sich Italien mit Frankreich, so stimmen sie dem Bundeskrieg zu.

7. In den Verhandlungen in München, wo Blome zuerst hinreiste, wurde der Absatz 4 des Protokolls geändert werden; auf Wunsch des Königs Max wurde folgende (sinngemäße) Formulierung gewählt: 4. Bei einer Spaltung Deutschlands sollen die befreundeten

doten Regierungen solange als möglich am Bundesvertrag festhalten und die Wiederherstellung des Bundes im Ganzen anstreben. Auch wurde ein weiterer Absatz hinzugefügt: Der Bernstorff-Plan ist unvereinbar mit dem Grundgesetz des Bundes. König Max regte noch an, eine gemeinschaftliche Note nach Berlin vorzubereiten; darin sollte ein feierlicher Protest und scharfe Verwahrung gegen den Gedanken des preußischen Einheitsstaates ausgesprochen werden.

Für Hügel mußten die Absätze 2 und 4 (wenigstens im ersten Entwurf) enttäuschend bzw. überraschend erscheinen. Denn noch kurz vor dem Eintreffen Blomes in Stuttgart (25./26. Januar 1862) war er erneut in Handel gedrungen, Österreich möge endlich mit einem Reformentwurf hervortreten.¹⁾ Nach dem neuen Protokoll sollte man aber eine abwartende Stellung einnehmen. - Überraschend mußte es ihm vorkommen, daß Rechberg nun doch die vor Jahresfrist abgelehnte Idee einer Defensiv-Allianz aufgriff. Der Widerstand Bayerns machte jedoch eine weitere Diskussion darüber überflüssig. Hügel "bereitwillige" Zustimmung zu dem von Blome vorgetragenen Protokoll²⁾ darf man daher nur seiner Anpassungsfähigkeit und dem Wunsch zuschreiben, wenigstens etwas in der Hand zu haben. Bei dem Drängen nach einer schnellen Reform entsprach es nicht. Auch der König war mit dem Protokoll und der Übergabe einer identischen Note in Berlin einverstanden: ein offener Bruch mit Preußen sei ihm immer noch lieber als das jetzige hinterhüllige Verhältnis.

In einer Zwischenübersicht - insgesamt unterzeichneten Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau, Sachsen, Hannover, Sachsen-Meiningen - urteilte Blome ziemlich abfällig über die Stuttgarter Regierung.³⁾ Man erteile dort rasch ein Versprechen, nehme es dafür auch mit der Erfüllung vielleicht

1) Handel an Rechberg, 22.1.1862, H.A.

2) Akten der Mission Blome; auch: Hügel an Rechberg, 26.1.7.A.

3) Blome an Rechberg, 30.1.1862, H.A.

sichter. Beim hohen Alter König Wilhelms sei es gewagt, über die zukünftige Politik Württembergs eine Prognose zu geben. Daß Blomes Ansicht ungerechtfertigt war, bewies die kommende Entwicklung: Württemberg erwies sich in der Reformfrage als ein eifriger, eher zu eifriger Bundesgenosse. Auf jeden Fall wäre es würdig gewesen, von der geheimen Abmachung Blomes mit Schrenk, in der Reformfrage keinen Schritt ohne vorherige gegenseitige Verständigung zu tun, unterrichtet zu werden.

Die identischen Noten. Die gleichlautenden Protestnoten übertrugen die Gesandten Österreichs und mehrerer Mittelstaaten, darunter auch Württembergs, gleichzeitig am 2. Februar 1862 in Berlin. Bernstorff ließ sich nicht beeindrucken und betonte erneut, nur Ministerkonferenzen mit dem Thema eines künftigen Bundesstaates unter Preußens Führung könnten die Lösung der deutschen Frage bringen. Außerdem antwortete er mit zwei Schlägen, die Österreich empfindlich trafen: der Anerkennung des Königreiches Italien und dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich, worauf wir im nächsten Kapitel zurückkommen.

Schrenk in München gab sich nun zufrieden; nicht aber Hügel, der eine Gegenantwort für notwendig hielt, weil Preußen alle Schuld von sich weg auf die übrigen deutschen Regierungen wälze.¹⁾ Auch Rechberg sprach sich für eine Antwort aus, in der dargelegt werden solle, daß es nach Preußens seitherigen Erklärungen an einer gemeinschaftlichen Grundlage für die Eröffnung der Verhandlungen über eine Bundesreform fehle und somit kein Erfolg zu erwarten sei. Form und Wortlaut überließ Rechberg den Einzelregierungen.²⁾ Hügel sagte sofort zu und äußerte lediglich die Besorgnis, die österreichische Depesche könnte zu schroff abgefaßt sein, so daß sich die Demokraten der Reformfrage bemächtigten. Rechberg beruhigte ihn mit der

) Handel an Rechberg, 16.2.1862, W.A.

) Rechberg an Handel, 17.2.1862, W.A.

Bemerkung, daß er sich keineswegs unerbittlich gegen die Konferenzen, wohl aber für die absolute Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Basis erklärt habe.¹⁾ Obwohl Hügel nicht voll zufriedengestellt war, schickte er nun eine Depesche nach Berlin, die diesmal in milderer Form eine neue Verwahrung gegen die preußischen Unionspläne enthielt. Bernstorff erklärte daraufhin Linden, angesichts der prinzipiell verschiedenen Anschauungen halte er nun die Korrespondenz für geschlossen.²⁾ - Preußen hatte sich wiederum versagt und blieb vorläufig außerhalb der Verhandlungen um die Bundesreform.

5. Das Delegiertenprojekt

Hügel ließ in Wien nicht locker, obwohl ihm Rechberg gemäß den Abmachungen des Blome'schen Protokolls am 19. Februar 1862 wiederum geschrieben hatte, er könne neue Konferenzen nur als Antwort auf offensichtliche Versuche, bundesstaatliche Projekte zu verwirklichen, als gerechtfertigt ansehen. Der württembergische Minister war enttäuscht, denn er wollte aus der zweiten preußischen Antwort "vielmehr eine verdoppelte Aufforderung" ableiten, sich möglichst schnell über die Bundesreform zu verständigen. Auch der König pflichtete ihm bei. "Das Bedürfnis nach einer solchen Reform sei so allgemein gefühlt", erklärte er Handel, "daß auch der bessere Teil der deutschen Nation sich in seiner Erwartung grausam getäuscht sehen würde, wenn nichts geschehe." Wilhelm schlug vor, zunächst Fachleute und dann die Minister zusammenzurufen.³⁾ Kaum zehn Tage später gab Hügel dem österreichischen Gesandten erneut kund, daß er nicht gewillt sei, die Reformfrage einschlafen zu lassen. Auch Hannover, Sachsen,

1) Handel an Rechberg (Tel.), 19.2.1862; Rechberg an Handel, 19.2.1862, W.A.

2) Handel an Rechberg, 15.3.1862, W.A.

3) Rechberg an Handel, 19.2.1862; Handel an Rechberg, 20.2.1862 W.A.; Hügel an Ow, 22.2.1862, St.A.

Hessen-Darmstadt und Pfordten seien dieser Ansicht. Man könne ja das Projekt zunächst einmal nur beraten, ohne sofort damit hervorzutreten. Entweder nehme Preußen die Vorschläge an - dann sei alles gut; oder es lehne sie ab, dann hätten Österreich und die Mittelstaaten die Nation auf ihrer Seite.¹⁾

Dem vereinten Drängen dieser Staaten mußte Rechberg schließlich weichen und die Politik des Zuwartens aufgeben. Am 17. März bzw. 20. April übersandte er allen befreundeten Höfen neue Vorschläge in der Bundesreformfrage. Im wesentlichen bezogen sie sich auf drei Punkte: 1. Einrichtung einer Delegiertenversammlung am Bund, zunächst nur zur Beratung gewisser festgelegter Materien; 2. Verstärkung der Bundesexekutive; 3. Einrichtung eines Bundesgerichtes. Dies war "die eiserne Ration aller Reformverhandlungen seit dem Münchner Dreikönigsentwurf (vom 27.2.1850) und den Dresdener Konferenzen".²⁾ Rechberg schlug vor, die Ansichten dazu sollten durch die Gesandten der verschiedenen Höfe in Wien ausgetauscht werden. Zu diesen vertraulichen Beratungen könne der preußische Vertreter vorerst nicht beigezogen werden, doch werde dieser offen von dem Gegenstand der Verhandlungen benachrichtigt.³⁾ Hoch erfreut zollte Hügel "der lichtvollen Darstellung und den praktischen Vorschlägen seine vollste Anerkennung". Auch der König stimmte zu und wünschte die baldige Verwirklichung. Instruktionen für den Gesandten Ow würden bald folgen.⁴⁾

Damit brauchte es jedoch keine Eile zu haben, da Rechberg in der wieder einmal akuten Handelsfrage das gewünschte Mittel fand, die Gesandtenkonferenzen hinauszuzögern. Doch Hügel stand unter starkem Druck. Denn im Mai wurden in der württembergischen Kammer drei Reformanträge eingebracht,

1) Handel an Rechberg, 1.3.1862, W.A.

2) Theod. Griewank: Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859 - 1861, S. 137 f.

3) Rechberg an Handel, 17.3.1862, W.A.

4) Handel an Rechberg, 20.3., 26.4.1862, W.A.; Ow an Hügel, 22.3.1862, St.A.

wobei ein großdeutscher Redner das spezifische Preußentum "einen brüllenden Löwen" nannte, "welcher in Deutschland einhergeht und sucht, wen er verschlingen könne". Zu Pfingsten tagte in Frankfurt unter starker Beteiligung württembergischer Demokraten eine Abgeordnetenversammlung, die für sofort ein gesamtdeutsches Parlament forderte. Diese Ereignisse veranlaßten Hügel, wiederholt in München und Wien auf positive Maßnahmen zu drängen. Auch der Gesandte Ow schaltete sich ein, wurde aber von Staatssekretär Meysenbug vertröstet.¹⁾

Die Gesandtenkonferenzen. Endlich, am 7. Juli 1862, konferierten die mittelstaatlichen Gesandten mit Rechberg zum ersten Male im Ministerium am Ballhausplatz. Österreich schlug vier Themen vor: 1. Berufung einer Delegiertenversammlung ad hoc, d. h. vorläufig nur zu einem bestimmten Zweck (Begutachtung des Zivil- und Obligationenrechts); 2. Delegiertenversammlung als organische Bundeseinrichtung; 3. Konzentrierung der Bundesexekutive; 4. Errichtung eines Bundesgerichts. Rechberg dachte an eine stufenweise Einführung dieser Reformen in der angegebenen Reihenfolge. Der hannoversche Gesandte stellte zusätzlich den Antrag, gemeinsame Übungen der vier mittelstaatlichen Armeecorps zu veranstalten, um dem preußischen Druck in Kurhessen ein Gegengewicht entgegenzustellen. Die Gesandten, ohnehin nur mit Allgemeininstruktionen versehen, nahmen die Vorschläge hin, ohne sich bindend zu äußern, und übermittelten die darüber angefertigte Registratur ihren Regierungen zur Stellungnahme. Rechberg hatte es nun plötzlich sehr eilig, da er die Anträge unter allen Umständen noch vor den Bundestagsferien in Frankfurt einbringen wollte. In mehreren Telegrammen bat er die Regierungen, sekundäre Bedenken zunächst fallen zu lassen, da die Vorschläge ja noch manche Stadien durchlaufen müßten.²⁾

Je mehr sich Hügel mit der Registratur beschäftigte, umso

1) Handel an Rechberg, 24.5.1862, W.A.; Hügel an König, 11.6.1862, König an Hügel, 12.6.1862, Ow an Hügel, 26.6.1862 St.A.

2) Rechberg an Handel (Tel.), 17.7., 20.7.1862, W.A.

stärker wurden seine Bedenken. Während er am 22. Juli nur die überstürzte Eile kritisierte und den jetzigen Moment für ungünstig hielt, da die Bundestagsferien unmittelbar bevorstünden und die Erwartungen des Volkes infolge der Frankfurter Abgeordnetenversammlung viel zu hoch gespannt seien, hatte er vier Tage später schon einiges mehr auszusetzen: die gemeinschaftlichen Truppenübungen wollte er nicht durch Bundesbeschluß, sondern durch freie Vereinbarungen der Regierungen regeln. Der König gar war in der Sache selbst anderer Meinung: er wollte statt sechs nur vier Wochen Feldlager und hatte überhaupt dagegen Bedenken, weil die Kammern die Kosten eventuell nicht bewilligen würden und die Übungen eine Drohung gegen Frankreich und Preußen darstellen könnten.¹⁾ Am meisten beanstandete Hügel aber die zeitliche Verschiebung in der Neuordnung der Exekutive und die jetzt vorgesehene Form der Delegiertenversammlung; er hätte die Versammlung lieber sofort als organische Bundes-einrichtung gesehen und ihr nicht nur beratende, sondern auch beschließende Funktionen zuerkannt. Mit einem solchen Projekt wie dem jetzigen erringe man keine Popularität, sagte er Handel. Er regte an, eine Fachmännerkommission zusammenzuziehen, welche in aller Ruhe die vorgesehene Einrichtung weiterentwickeln solle.²⁾ Im übrigen ging es Hügel zunächst darum, Zeit zu gewinnen und die bayerische Stellungnahme kennenzulernen.

Rechberg war über dieses Verhalten aufgebracht und sandte eine Serie von Weisungen und Telegrammen nach Stuttgart. Am 31. Juli schrieb er, Bayern werde in 6 - 7 Tagen antworten, das müsse Württemberg auch möglich sein. Or möge ermächtigt werden, ohne Vorbehalte und Verbesserungsvorschläge beizutreten. Am 2. August klagte er in einem Telegramm, die württembergische Regierung, die in der Reformfrage am meisten gedrängt habe, erhebe jetzt die größten Schwierigkeiten. Wenn

1) Handel an Rechberg, 22.7., 26.7., 15.7.1862, 1.A.

2) Handel an Rechberg, 26.7., 31.7.1862, 1.A.

man in Stuttgart jetzt eine Vertagung und ein zusammenhängendes Projekt wolle, hätte man den Vorschlägen vom 17. März nicht zustimmen dürfen. Hügel bequeme sich daraufhin, Instruktionen für den 10. August anzukündigen. Am 4. August telegraphierte Rechberg, Bayern habe mit Modifikationen bezüglich des Bundesgerichts zugestimmt. Handel solle die sofortige Zustimmung zur Delegiertenversammlung und zu einem der beiden nunmehr vorliegenden Vorschläge für ein Bundesgericht erwirken. Erst diese Mitteilung löste in Stuttgart die Bremsen. Hügel wollte jetzt die Zustimmung zur Delegiertenversammlung ad hoc geben, jedoch mit dem auch von Sachsen angemeldeten Vorbehalt, auf weitergehende Vorschläge nicht zu verzichten. Auch billigte er den bayerischen Vorschlag für das Bundesgericht.¹⁾

Da in Stuttgart auch der Geheime Rat seine Genehmigung erteilen mußte, dauerte es weitere fünf Tage, bis Ow schließlich direkt vom Schnellzug am Westbahnhof seine Instruktionen abholen konnte. Zuvor hatten sich die Telegramme zwischen Hügel und Ow nochmals gejagt. Die einmal geäußerte Bemerkung des Außenministers, Württemberg mache nur mit, um die Einigkeit nicht zu stören, spiegelte sich dann auch deutlich in der ausführlichen Anweisung an Ow. Es heißt darin, Württemberg hätte es vorgezogen, wenn seit der ersten Gesandtenkonferenz ein vollständiger, umfassender Entwurf ausgearbeitet worden wäre. Für die Zukunft wolle nur ein solches Verfahren gewählt werden. Ow sollte Österreich bitten, den Antrag auf eine Delegiertenversammlung ad hoc zurückzustellen, bis genauere Vorschläge über ihre Einrichtung als bleibende Institution vorlägen. Sollten aber alle anderen Gesandten dem österreichischen Plan zustimmen, so solle sich auch Ow nicht versagen, aber den Vorbehalt aussprechen, Württemberg wolle den Ausbau der Delegiertenversammlung zu einer organischen Bundeseinrichtung beschleunigt wissen. Zu den anderen Punkten durfte

1) Rechberg an Handel, 31.7., (Tel.) 4.8.1862; Handel an Rechberg, 2.8., (Tel.) 4.8.1862, W.A.

Ow einfach zustimmen.¹⁾

Rechberg antwortete ihm in der zweiten Gesandtenkonferenz am 10. August, Württemberg hätte seinen Wunsch nach einem Gesamtprojekt früher äußern sollen, jetzt sei es zu spät. Er glaube überdies, daß Preußen mit Einzelanträgen eher beizukommen sei als mit einem fertigen Gesamtplan. Da Ow bei den anderen Gesandten keine Unterstützung fand, wurde schließlich der Vorschlag einer Delegiertenversammlung ad hoc einstimmig angenommen. Bezüglich des Bundesgerichts sollten sowohl der österreichische wie der bayerische Entwurf in Frankfurt vorgelegt werden. Die Neuordnung der Exekutive wurde, wie ursprünglich vorgesehen, zurückgestellt. Auf allgemeinen Wunsch sah man auch von einem Bundesantrag auf gemeinsame Truppenübungen ab und überließ dies der Verständigung der Einzelregierungen. Ein Sonderausschuß sollte über die technische Durchführung der Delegiertenversammlung beraten.²⁾

Da die Ergebnisse sofort nach Frankfurt expediert wurden, gelang es dem österreichischen Bundespräsidialgesandten, Frh. von Kübeck, noch am 14. August, einen Tag vor den Bundestagsferien, die beiden Anträge in Frankfurt einzubringen. Preußen protestierte, mußte es jedoch zulassen, daß die Anträge in "geschäftsordnungsmäßige Behandlung" genommen, d. h. den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. Nun konnte das Tautziehen und die Stimmen im Engeren Rat erst recht beginnen.

Die Präzisierung der Vorschläge. Während nach den Ferien in den Bundestagsausschüssen die Beratung des Delegiertenprojekts in Angriff genommen wurde, bemühten sich Österreich und die befreundeten Mittelstaaten um eine genaue Festlegung der Verfassung des zukünftigen Delegiertenparlaments. Rechberg schlug

1) Hügel an Ow, 9.8.1862, St.A.

2) Ow an Hügel (Tel.), 10.8.1862, St.A.; Zirkulär Rechbergs, 12.8.1862, W.A.

ganz allgemein vor, die 128 Delegierten durch die Landtage bzw. durch den österreichischen Reichsrat wählen zu lassen und sie durch Bundesbeschluß einzuberufen. Von der Bundesversammlung sollten Kommissäre ernannt werden, welche die Versammlung leiten, ihr die Gesetzesentwürfe vorlegen und notfalls die Auflösung anordnen.¹⁾ Hügels Anschauungen erwiesen sich als etwas liberaler; er wollte den Delegierten zugestehen, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben und einen Präsidenten zu wählen. Ihre Aufgabe sollte sein, die von der Bundesversammlung zugewiesenen Gesetzesentwürfe zu prüfen und den Einzelkammern mit oder ohne Abänderungen zu empfehlen. Auch Hügel verweigerte der geplanten Delegiertenversammlung das Recht der Periodizität, der Gesetzesinitiative und des sanktionierenden Beschlusses.²⁾ In seiner Antwort bemerkte Rechberg u. a., die Delegierten sollten je hälftig aus den ersten und zweiten Kammern gewählt werden, und die Frage, ob die Einzellandtage den Delegierten Instruktionen mitgeben könnten, müsse einheitlich geregelt werden. Er beharrte jedoch darauf, zur Leitung des Delegiertenparlaments Bundeskommissäre zu bestimmen, welche mit ausgedehnten Vollmachten für Eröffnung, Vertagung und Auflösung versehen sein müßten.³⁾

Gerade dagegen wehrte sich Hügel am meisten. Er wollte nicht zu viel Macht in der Hand dieser Beamten sehen und diese sehr wichtigen Befugnisse der Bundesversammlung vorbehalten, damit auch die Länder Möglichkeiten zur Einwirkung besäßen. Sein Kompromißvorschlag lief darauf hinaus, nur in gewissen Fällen bei Eintreten gewisser Voraussetzungen Kommissäre einzusetzen. Im übrigen meinte er, den Delegierten sollten keine Instruktionen mitgegeben werden, damit nicht wieder das alte Lied mit der Verschleppungstaktik wie im bisherigen Bundestag

-
- 1) Zirkular Rechbergs, 12.8.1862, W.A.; Hügel an Ow, 4.9.1862, St.A.
 - 2) Hügel an Ow, 14.9.1862, St.A.; Münch (Stellv. für Handel) an Rechberg, 15.9.1862, W.A.
 - 3) Rechberg an Handel, 4.10.1862, W.A.

an vorne beginne.¹⁾ Hügel befürwortete die liberalen Zuständnisse auch deswegen, weil die öffentliche Meinung den Plan einer Delegiertenversammlung mit Skepsis aufnahm und er vermutete, daß sich sonst in der zweiten Kammer kaum Verfechter finden werde. Außerdem entschied sich der Reformverein dafür, die Delegiertenversammlung als dauernde Einrichtung mit erweiterten Kompetenzen zu beantragen. Wenn schon zum Bruch mit Preußen komme, dann wenigstens über einen guten Antrag, so argumentierte man dort.²⁾

Bismarcks Widerstand. Die Ablehnung. Inzwischen hatte der bisherige preußische Gesandte am Bundestag, in St. Petersburg und Paris, Otto von Bismarck, die Leitung der Außenpolitik in Berlin übernommen. Er verurteilte sofort den Antrag auf eine Delegiertenversammlung in äußerst scharfer Form und drohte dem österreichischen Gesandten Karolyi, falls Österreich und die Mittelstaaten das Projekt ohne Rücksicht auf gebotene Stimmeneinhelligkeit weiterverfolgen würden, mit der Aberufung des preußischen Bundestagsgesandten, mit feindseligen Zollmaßnahmen, Einstellung der Zahlungen an die Bundeskasse und letztlich mit Krieg. Als er jedoch erkennen mußte, daß ihm die europäische Mächtekonstellation noch nicht günstig genug war, stellte er als Gegenprojekt ein Nationalparlament mit direkten Volkswahlen auf. Er wußte genau, daß Österreich darin nicht folgen konnte und wollte.

Bismarcks Einschüchterungsversuche gewannen ihm Stimme um Stimme. Hügel aber ließ sich, trotz der Unsicherheit und Unzulänglichkeit in Württemberg, die Hand bemerkte haben wollte, vom bisher beschrittenen Weg nicht abbringen. Auch wie vorhere er am liebsten über den Kollektivantrag vom 14. August hinausgegangen, um die Delegiertenversammlung als bleibende Institution zu schaffen. Preußen sollte zu einem klaren Ja

¹⁾ Hügel an v. d. G. 1.11.1862, 10.1.

²⁾ Varnel an Schöberl, 5.12.1862; Graf Albert Schöberl an Bernhard Schöberl, 7.12.1862, 1.1.

oder Nein gezwungen werden.¹⁾ Erst die eindringlichen Mahnungen Rechbergs, die mittelstaatliche Front nicht zu sprengen - er schreibe sich "schieß die Finger wund", um überhaupt eine Mehrheit zusammenzubekommen - bewogen ihn, am 22. Januar vorbehaltlos mit Österreich zu stimmen.²⁾

Doch die rege diplomatische Tätigkeit Bismarcks erwies sich als erfolgreich, denn mit 8 : 7 Stimmen bei einer Enthaltung fiel der Reformantrag durch. Kübeck gab daraufhin lediglich die Erklärung ab, Österreich werde nun trotzdem mit den befreundeten Regierungen auf dem Weg freier Vereinbarungen das Reformwerk fortsetzen. Hügel schlug vor, die Referenten der unterlegenen Regierungen sollten sofort gemeinsam ein umfassendes neues Projekt ausarbeiten und dieses wiederum in Frankfurt vorlegen.³⁾ Bismarck aber hatte einen ersten Triumph gefeiert und die Machtprobe glänzend bestanden. Preußen gab die einmal errungene Machtposition nicht mehr auf.

6. Der Frankfurter Fürstentag und das Ende der Bundesreformbestrebungen

Das Projekt Taube. Nach dem Scheitern des Delegiertenprojekts gingen die stärksten Antriebe zu einer Bundesreform wiederum von Württemberg aus, zumal Bayern weiterhin passiv blieb und Rechberg, entgegen der Kübeck'schen Erklärung, sich mit dem status quo begnügen wollte.⁴⁾ Am 28. Februar 1863 legte Hügel in Wien einen Privatentwurf des ersten Referenten im württembergischen Außenministerium, des Grafen Taube, vor. Er hielt die Zeit für eine Reform für außerordentlich günstig, da der Nationalverein brachliege und Preußen sich durch die Convention

1) Hügel an Ow, 1.1., 10.1.1863, St.A.; Handel an Rechberg, 2.1.1863, W.A.

2) Ow an Hügel, 8.1.1863, St.A.; Rechberg an Handel, 17.1.1863, W.A.

3) Handel an Rechberg, 31.1.1863, W.A.

4) Ow an König, 29.1., 28.2.1863, St.A.

Alvensleben vollends um alle Sympathien in Deutschland gebracht habe. Dieses umfassende Projekt vereinigte in geschickter Weise so ziemlich alle Gedanken und Vorschläge, die bisher aufgetaucht waren. Es brachte eine Delegiertenversammlung mit erweiterter Kompetenz, das Bundesgericht, untergliederte die Bundesversammlung noch in ein Plenum und einen Vollziehungsrat, legte die Stimmverhältnisse fest und wollte die Verteidigungspflicht des Bundes auch auf den nicht dem Bunde angehörigen Besitz Preußens und Österreichs ausdehnen. Dagegen lief Taube aus "bescheidener Zurückhaltung" die Frage des Bundesvorsitzes offen.¹⁾

Rechberg sprach Hügel und Taube seinen Dank und die Anerkennung für den Wert der Arbeit aus. Er hatte jedoch Bedenken gegen die Bestimmung, daß die Frage des Vorsitzes offen und der weiteren Beratung vorbehalten bleiben solle. Seltsamerweise wandte er sich auch gegen den Vorschlag, die Defensivpflicht des Bundes auf das Gesamtgebiet Österreichs und Preussens auszudehnen²⁾, obwohl ^{er} doch zwei Jahre zuvor, bei der Frage einer Revision der Bundeskriegsverfassung, so heftig mit Preußen, und im Blome'schen Protokoll mit den Mittelstaaten um dieses Zugeständnis gerungen hatte. Hügel drängte nun zur raschen Weiterberatung³⁾, aber das Projekt Taube verschwand in der Versenkung. Lediglich Ow glaubte später, es sei zur Formulierung der Frankfurter Reformakte mitverwendet worden.

Vorarbeiten in Wien. Im Wiener Kabinett behielt aber schließlich die politische Richtung Schmerlings die Oberhand. Gegen Rechberg, der - wie früher Metternich - in erster Linie auf eine direkte Verständigung mit Preußen hinarbeitete, gelang es dem liberal eingestellten Innenminister, den Kaiser von der Notwendigkeit einer schnellen Bundesreform zu überzeugen.

1) Ein Original in Rep. B 70b, B 55, St.A.; Handel an Rechberg, 28.2.1863, W.A.; Hügel an Ow, 18.3.1863, St.A.

2) Rechberg an Handel, 14.3.1863, W.A.

3) Handel an Rechberg, 28.3.1863, W.A.

Nur so könne die österreichische Vorherrschaft in Deutschland behauptet werden. Der Kaiser betonte jetzt gegenüber Ow, man tue besser daran, das Notwendige und Nützliche schnell und freiwillig zu geben, als abzuwarten, bis die Reformen durch die Macht der öffentlichen Meinung aufgedrängt würden.¹⁾

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, alle die verschiedenen Pläne, Denkschriften und Abänderungsvorschläge darzustellen, die nun in Wien im Frühjahr und Sommer des Jahres 1861 ausgearbeitet und dem Kaiser vorgelegt wurden.²⁾ Unzählige Intrigen, die von Fröbel und Schmerling gegen Rechberg, von den Vertretern des Hauses Thurn und Taxis und dem Kaiser gegen die Minister und von Staatssekretär Biegeleben wiederum gegen die anderen gesponnen wurden, verdunkeln und verwirren das Bild. Den wesentlichsten Anteil an dem Endprodukt hatte sicher der Großdeutsche Julius Fröbel, dessen Denkschriften seit dem Jahre 1861 stets die Grundlage der österreichischen Vorschläge geliefert hatten. Eingebaut war auch einiges von dem Gedankengut, das die Beauftragten des Hauses Thurn und Taxis in Regensburg, Dörnberg und Gruben, dem Kaiser nahegelegt hatten. Dieses mit dem Kaiser verwandte Fürstenhaus strebte in ziemlich phantastischen Plänen eine Neuordnung Mitteleuropas an und spekulierte auf den Thron des neu zu schaffenden Königreichs Westfalen. Die letzte Überarbeitung und Endredaktion besorgte der Staatssekretär Biegeleben, der als überzeugter Großdeutscher immer wieder zu neuen Anstrengungen trieb.

Die Mittelstaaten und besonders Württemberg warteten ungeduldig auf die neue Österreichische Initiative. Ow fragte mit

1) Ow an König, 13.3.1863, St.A.

2) Über die Vorgeschichte vgl. besonders: J. Fröbel: Ein Lebenslauf, II. Bd. S. 82 ff. und H.E. Ritter von Wittas: Der Frankfurter Fürstentag, der ziemlich vollständig auf Fröbel basiert. Wittas, der die schwankende Haltung Rechbergs mit Einflüssen begründet, die Rechbergs Bruder in Stuttgart als Sprachrohr der preußenfreundlichen Kronprinzessin Olga ausgeübt haben soll (S. 43), sieht die Situation zu oberflächlich und kann seine Behauptung nicht belegen. Der Verf. konnte keine Anhaltspunkte dafür finden.

wachsender Sorge am Ballhausplatz an, wie der österreichische Entwurf aussehe und wann er den befreundeten Regierungen vorgelegt werde. Hügel freute sich über jede Nachricht aus Wien und bemerkte, die einzige Möglichkeit, auch Hannover und Bayern zum Anschluß an das Projekt zu zwingen, sei die Veröffentlichung und Vertretung des Projektes durch den Kaiser selbst.¹⁾ Auch König Wilhelm ließ sich durch einen persönlichen Brief des preußischen Königs nicht in seiner österreichfreundlichen Haltung beirren; er sah nur in der Verbindung Österreichs mit Deutschland das Heil für beide und betrachtete es als ein Glück, daß es in Österreich gut gehe und man sich dort anlehnen könne.²⁾ Diese klare Richtung fand in Wien großen Anklang und Rechberg schrieb zurück, es sei ein wahrhaft "vitales Lebensinteresse" der deutschen Regierungen, von Preußen ernstlich Beweise seiner Rückkehr zu föderativen Grundsätzen zu verlangen. Handel erhielt den Auftrag, Württemberg in seiner ablehnenden Haltung gegen Preußen zu bestärken.³⁾

Der Frankfurter Fürstentag. Nachdem in einer Ministerkonferenz in Wien am 9. Juli das neue Projekt fertiggestellt war, begann die Staatskanzlei, die Pläne für eine rasche Durchführung auszuarbeiten. Sie ging dabei von einer Idee Fröbels aus, welche auch der Kaiser guthieß: in Frankfurt sollte eine Versammlung aller deutschen Fürsten stattfinden und unter der Leitung des Kaisers das Projekt beraten und beschließen. Da man mit mangelnder Sachkenntnis der deutschen Monarchen und einem imponierenden Eindruck des persönlichen Auftretens Franz Josefs rechnete, schien eine unbeanstandete und schnelle Annahme gesichert. Der König von Preußen als der wohl schärfste Widersacher sollte gleichfalls überrumpelt werden; Fröbel und der Kaiser glaubten, daß er sich einer so großartigen Monarchen-

1) Handel an Rechberg, 11.4.1863, W.A.

2) Hügel an Ow, 2.5.1863, St.A.; Handel an Rechberg, 25.4., 24.6.1863, W.A.

3) Rechberg an Handel, 4.5., 6.6.1863, W.A.

versammlung nicht entziehen und in solch einem illustren Kreise auch zur Nachgiebigkeit gezwungen werden könne.

Die Rechnung schien zunächst aufzugehen, als der Kaiser den preußischen König ganz überraschend beim Badeaufenthalt in Gastein besuchte und ihn auf den 16. August nach Frankfurt einlud. Bismarck jedoch war unerbittlich, verbot geradezu seinem Herrscher die Teilnahme in Frankfurt und forderte Verschiebung sowie vorherige Beratungen der Minister. Auch als die dann trotzdem in Frankfurt versammelten Fürsten den König Johann von Sachsen und Beust nach Darmstadt schickten und den preußischen König nach Frankfurt baten, versagte er sich nach dramatischen Auseinandersetzungen mit Bismarck und reiste an Frankfurt vorbei nach Berlin zurück. Damit stand der Kongreß von vornherein unter einem unglücklichen Stern.

Kaiser Franz Joseph konnte in Frankfurt am 16. August alle deutschen Fürsten außer fünf begrüßen.¹⁾ Für Württemberg war der Kronprinz Karl gekommen, da der altersschwache König die anstrengende Reise nicht mehr hätte meistern können.²⁾ Der Kaiser betrachtete das Fehlen Wilhelms von Württemberg als "großen Verlust" und besuchte ihn auf der Anreise. Der König sprach dabei die "wärmste Anerkennung" für den hochherzigen Entschluß und das "schmerzliche Bedauern" aus, nicht selbst kommen zu können.³⁾

Die Frankfurter Reformakte umfaßte fünf Hauptabschnitte, welche Allgemeine Verfügungen, die Bestimmungen über das Direktorium und den Bundesrat, die Delegiertenversammlung, den Fürstenrat und das Bundesgericht enthielten. Das Hauptgewicht war auf eine Konzentrierung der Exekutive und eine verstärkte Heranziehung der Monarchen selbst gelegt, während der Delegiertenversammlung wiederum nur ganz geringe Rechte zugestanden

1) Über die äußeren Umstände Mohl, a.a.O., S. 409 ff.

2) Telegramme Ow an Wügel, 5.8., 6.8.1863, Wügel an Ow, 6.8.1863, St.A.

3) Wügel an Ow, 7.8.1863, Ow an Wügel, 10.8.1863, St.A.

wurden. Außer dem österreichischen Ehrenpräsidium wäre Preußen die volle Parität zugesichert worden, sodaß also das Frankfurter Projekt durchaus eine reale Möglichkeit zu einer friedlichen, ausgleichenden Lösung geboten hätte.

Aber nicht nur, daß Preußen fern blieb; auch die anwesenden Herrscher ließen sich nicht überraschen und beschlossen auf Antrag Badens, gegen den Wunsch Franz Josephs, nicht sofort abzustimmen, sondern in die Einzelberatung einzutreten. Die Kritik Neuraths und Mügels, die den in Regierungsgeschäften noch ziemlich unerfahrenen Kronprinzen begleiteten, richtete sich, zusammen mit Sachsen und Hannover, vor allem dagegen, daß Bayern in dem vorgesehenen Fünferdirektorium eine ganze Stimme, die drei anderen Königreiche jedoch zusammen nur zwei Stimmen erhalten sollten. Als Rechberg diesen Einwand nicht anerkannte, rieten die Württemberger und Beust ihm an, in Frankfurt jetzt nur die Grundzüge eines modifizierten Direktoriums und die Einberufung der Delegierten festzustellen, alles andere aber auf spätere Ministerkonferenzen zu vertagen. Neurath und Mügel hätten es jedoch bedauert, wenn der Kongreß mangels Opferwilligkeit ohne jedes Resultat auseinandergegangen wäre. Der König billigte vorläufig ihre Haltung.¹⁾

Da auch die Kleinstaaten eine Vertretung im Direktorium forderten, erweiterte man dieses Gremium um eine sechste und zeitweise sogar um eine siebte Stimme. Mit welch peniblen Kalkulationen um das Stimmengewicht gerungen wurde, beweist der Bericht Neuraths und Mügels vom 22. August 1863 an den König. Sie rechneten aus, daß der Vorschlag des sächsischen Königs, Württemberg, Sachsen und Hannover im Wechsel die 4., den Großherzogen die 5., und allen anderen die 6. Stimme zuzuerkennen, Württemberg 1/18 der Gesamtstimmenzahl und damit ungefähr soviel wie bisher im Ängeren Rat (1/17) sichern würde.²⁾

1) Neurath/Mügel an König, 16.8., 18.8.1863; König an Neurath/Mügel, 20.8., König an Karl, 21.8.1863, 3t.A.

2) Neurath/Mügel an König, 22.8.1863, 3t.A.

Angesichts der verschiedensten Wünsche und Forderungen äußerte sich vor allem Neurath schon ziemlich skeptisch über den Gang der Verhandlungen. Es könne nur noch festgestellt werden, was wir verbessert haben würden, wenn Preußen zugestimmt hätte, schrieb er an den Kabinettschef des Königs. Der König teilte die düsteren Ansichten und hoffte, der Kronprinz werde bald zurückkehren, sonst würde "das alte Babel immer ärger werden."¹⁾ Am 25. und 26. August jagten sich die Telegramme zwischen Frankfurt und Friedrichshafen, da Sachsen mit der einen, wechselnden Stimme zufrieden gewesen wäre, während Hannover und König Wilhelm keinesfalls unter zwei Stimmen nachgeben wollten. Es mußte zu einem beschwörenden Brief des Kaisers, des sächsischen und des bayerischen Königs an Wilhelm kommen, um schließlich seine Zustimmung zu dem oben beschriebenen Sechser-Direktorium zu erringen.²⁾

Nachdem dieses Problem also gelöst war und Hügel noch bei dem Abschnitt Bundesgericht eine Bestimmung unterbringen konnte, welche das Land Württemberg vor Nachentschädigungsforderungen der Mediatisierten schützte, wurde die Frankfurter Akte am 1. September 1863 en bloc angenommen. Hügel zeigte sich zufriedengestellt, denn er schrieb an Cw:

"Da die vereinbarten Bestimmungen zu einer Bundesreform wirklich mit vollem Recht als den Bedürfnissen der Gegenwart und den Wünschen des besonnenen Teils der Nation genügend bezeichnet werden dürfen, so ist das Ergebnis der von dem Kaiser Franz Joseph veranstalteten Zusammenkunft in der Tat als ein bedeutendes, in der Geschichte Deutschlands großes Moment zu betrachten..."³⁾

Der König aber, immer noch in gereizter Stimmung, ließ die Bemerkung fallen, er danke Gott, daß er abgehalten worden sei, selbst nach Frankfurt zu gehen und er sich dadurch ganz reine Hände in der Sache erhalten habe.⁴⁾

-
- 1) Neurath an Maucier, 22.8.; Maucier an Neurath, 24.8.1863, St.A.
 - 2) Telegramme: König v. Hann. an Wilhelm, 25.8., Wilhelm an Karl, 25.8., König v. Hann. an Wilhelm, 26.8., Karl an Karl, 26.8.; Brief Franz Josephs, Johannis und Max' an Wilhelm, 29.8.1863, St.A.
 - 3) Hügel an Cw, 4.9.1863, St.A.
 - 4) Hügel an Cw, privat, 24.9.1863, St.A.

Reichberg, dem die vorläufige preußische Ablehnung wohl am meisten zu Herzen ging, suchte die Wirkung der Frankfurter Reformakte gegenüber Preußen abzuschwächen. Das österreichische Kabinett, so schrieb er in einer nur für die Gesandten selbst bestimmten Zirkularinformation, wolle sich nicht dem Schein aussetzen, als sei ein Bund im Bund (ohne Preußen!) das freiwillig und ohne klare Notwendigkeit gewählte Ziel seiner deutschen Politik.¹⁾ Vielmehr, so erklärte er Ow, sei die Würde Preußens nicht beeinträchtigt worden; dessen vertragsmäßige Rechte seien alle gewahrt, außerdem die Rechte der Substitution des Präsidiums und der Miteinladung zugestanden worden.²⁾

Die Nürnberger Konferenz. Das preußische Kabinett (am 15.9.) und der preußische König (am 22.9.) bestanden in ihrer Stellungnahme zu Frankfurt auf drei Vorbedingungen, deren Erfüllung vor den schon in Gastein genannten Ministerkonferenzen garantiert werden müßte: 1. Der Bund dürfe nur mit dem Einverständnis der beiden deutschen Großmächte mit eigenen Aktionen in die europäische Politik eingreifen; sowohl Österreich wie Preußen müsse ein Veto mindestens gegen eine Kriegserklärung des Bundes zustehen. 2. Preußen erhebt den Anspruch auf volle Gleichheit mit Österreich. 3. Als Bürgschaft gegen partikularistische Bestrebungen müsse eine direkt gewählte Nationalvertretung eingerichtet werden.³⁾ Reichberg bezeichnete diese z.T. schon früher abgelehnten Bedingungen sofort als unannehmbar. Das erstmals aufgetauchte Veto bedeute die Mediatisierung der Mittel- und Kleinstaaten. Er drang daher sofort bei den befreundeten Regierungen darauf, in gleichlautenden Depeschen aller in Frankfurt beteiligten Souveräne eine im bundesfreundlichen Ton gehaltene Widerlegung nach Berlin zu senden und darin auch die Hoffnung auszudrücken, Preußen möge auf seinen Vorbe-

1) Zirkular Reichbergs, 13.9.1863, W.A.

2) Ow an Hügel, 11.9.1863, St.A.

3) Ow an Hügel, 25.9.1863, St.A.

lungen nicht beharren, sondern in Unterhandlungen auf der Grundlage der Frankfurter Akte eintreten.¹⁾

Da die preußische Antwort vom württembergischen König nicht ungünstig beurteilt wurde, vor allem hinsichtlich des Vetos und der Gleichberechtigung im Präsidium²⁾, mußte sich Hügel zunächst der Stellungnahme enthalten und konnte erst am 2. Oktober eine Antwort nach Wien senden. Der Einfluß des Königs wird deutlich sichtbar. Hügel lehnte identische Noten nach Berlin ab, und zwar wegen des zu erwartenden unangenehmen Ein drucks, und befürwortete lediglich sinngemäß gleichlautende Noten. Bei Bismarck solle angefragt werden, ob das Veto so zu verstehen sei, daß auch ein Majoritätsbeschluß des Bundesrats annulliert werden könne, und ob die Nationalvertretung aus einem Abgeordneten- und einem Herrenhaus bestehen solle. Er persönlich sei aber der Ansicht, daß das Veto mit dem föderativen Prinzip und dem bisherigen Bundesrecht nicht vereinbar und die Nationalvertretung "aus verständlichen Gründen" unzulässig sei. Die Parität Österreichs und Preußens wünsche er ebenfalls nicht. Württemberg pflichte dem inzwischen aufgetauchten Vorschlag Beusts bei, die Reformakte bei einer Ministerkonferenz noch etwas zu modifizieren und dann durch die Landtage sofort genehmigen zu lassen, um der ganzen Nation klar zu machen, daß nur noch die Zusage Preußens ausstehe.³⁾

Rechberg, der in Hügel's Antwort ein Abschwenken von der gemeinsamen Linie sah und sich sofort der Bundesgenossenschaft Württembergs versicherte⁴⁾, lehnte weitere Modifikationen der Reformakte ab, da diese dadurch in ihrer Wirksamkeit geschwächt und auch verschleppt werde. Er stimmte einer mittelstaatlichen Konferenz zusammen mit Österreich zu, gab ihr aber eine andere Richtung: es sollten - in Nürnberg - lediglich " vertraulich

1) Zirkulartelegramm Rechbergs, 25.9., Zirkular Rechbergs, 25.9.1863, W.A. ; Ow an Hügel, 26.9.1863, St.A.

2) Handel an Rechberg, 27.9.1863, W.A.

3) Hügel an Ow, 2.10.1863, St.A. ; Handel an Rechberg, 3.10.1863, W.A.

4) Rechberg an Handel, 3.10.1863, W.A.

Verhandlungen" über eine gleichlautende, in einem gemeinsamen Aktenstück zu übergebende, nach Berlin zu sendende Antwortnote geführt werden, wobei dann jede Regierung zusätzlich noch ihre eigenen Ansichten aussprechen könne.¹⁾ Hügel, der noch kurz vor der Nürnberger Konferenz, aus Angst vor Preußen, wie Münch berichtete, jedoch wahrscheinlich wegen des Widerwillens des Königs, schwankte, ob er kommen sollte oder nicht,²⁾ kam nun plötzlich am 22. Oktober 1863 in Nürnberg noch über das Programm Rechbergs hinaus und schlug ständige Ministerkonferenzen sowie einen ständigen Ausschuß aus je einem Vertreter Österreichs und der nord-, mittel- und süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten vor, um die Reformakte zur Durchführung zu bringen.³⁾ Hügel fand zwar bei Rechberg lebhaften Beifall, stieß aber auf den Widerstand vor allem Bayerns und der meisten anderen, welche unmißverständlich zum Ausdruck brachten, daß es ohne Preußen nicht gehe.

Hügel überschätzte, ja verkannte geradezu Ziel und Ergebnis von Nürnberg, nämlich Einigung über die nach Berlin zu sendende Note und allmähliche Vorlage der Reformakte bei den Landtagen. Denn er schrieb seinem Wiener Gesandten, in Nürnberg habe der Zusammenhalt Österreichs mit den Mittelstaaten " noch tiefere Wurzeln geschlagen" und darin liege " die sicherste Garantie gegen die Hegemoniegelüste des Berliner Kabinetts".⁴⁾ In Wirklichkeit aber hatte die Mehrzahl der Mittel- und Kleinstaaten klar demonstriert, daß sie nicht geneigt waren, mit Österreich allein die Reform gegen Preußen durchzukämpfen. In der Äußerung Rechbergs zu Beust: " Wenn Ihr es so haben wollt, mit Preußen können wir uns auch verständigen" ⁵⁾, kommt die Verärgerung Österreichs am deutlichsten zum Ausdruck.

Mit der Nürnberger Konferenz fand die Frage einer Bundesreform

1) Zirkular Rechbergs, 8.10.1863, Rechberg an Handel, 8.10.1863, W.A. ; Ow an Hügel, 11.10.1863, St.A.

2) Münch (Stellv. für Handel) an Rechberg, 13.10.1863, W.A.

3) Münch an Rechberg, 29.10.1863, W.A.

4) Hügel an Ow, 27.10.1863, St.A.

5) Beust, a.a.O., Bd. I, S. 336

ihr unrühmliches Ende, da der wenige Tage später eintretende Tod des Dänenkönigs die schleswig-holsteinische Frage bis zum Ende des Deutschen Bundes im Jahre 1866 in den Vordergrund stellte. Unrühmlich deshalb, weil in vierjährigem Ringen auch nicht das geringste Ergebnis erzielt worden war. Preußen hatte mit fast unglaublicher Zähigkeit alle Reformversuch vereitelt, damit es seinem Ziel, der Erhöhung der eigenen Machtstellung, näher komme. Neben Beust, dem mit dem meisten schöpferischen Talent begabten Staatsminister Sachsens, war Hügel die vorwärt drängende Kraft in der Bundesreformfrage. Er nahm sofort nach dem Ende des italienischen Krieges die Besprechungen mit Beust und Schrenk auf und forderte bei Rechberg persönlich die Reform des Bundes. Hügel und Neurath entwickelten den Plan einer Defensiv-Allianz mit Österreich, Hügel brachte die erste Würzburger Militärkonferenz zustande, mit ihm besprach Beust zuers seinen lange diskutierten Reformvorschlag. Hügel drängte darauf, die Delegiertenversammlung mit größeren Kompetenzen auszustatten, er mahnte nach deren Ablehnung zur Eile und bemühte sich noch in Nürnberg, die Bundesreform nicht versamen zu lassen. In vielen Situationen gelang es ihm, den nun über 80-jährigen König umzustimmen und zur Mitbeteiligung zu bewegen. Hügels Verdienste sind daher gerade in der Reformfrage unbestreitbar. Geradlinig und konsequent verfolgte er seinen Weg, während der König, skeptisch wegen des Widerstands Preußens, oft augenblicklichen Schwankungen unterlag.¹⁾

Hügels Interesse galt wohl in erster Linie der Erhaltung des Deutschen Bundes. Aber nicht minder wichtig schien ihm das Zusammengehen mit Österreich zu sein. Bloße Zusammenarbeit mit den Mittelstaaten, d.h. Versteifung auf eine reine Trias, lag ihm fern. Die Vorgänge von 1859 hatten ihm und auch dem König

1) Das von Griewank, a.a.O., S. 159 ff. und Srbik, Deutsche Einheit, Bd. III, 1, S. 191 gefällte, im allgemeinen negative Urteil über Hügel wird durch diese Darlegungen m.E. wesentlich revidiert. Es stimmt zwar, daß Hügel wenig eigenschöpferische Kraft bewies, doch hat er durch seinen Eifer und seine konsequente Unterstützung der vorgelegten Projekte die Bundesreform entscheidend gefördert.

die Augen geöffnet, woher die Gefahren für den Deutschen Bund und damit die Eigenstaatlichkeit Württembergs drohten. Die Freundschaft mit Preußen wurde nach diesen Ereignissen aufgegeben, und an deren Stelle trat eine enge Anlehnung an Österreich.

Bevor wir nun auf die Bewährung der württembergisch - österreichischen Freundschaft auch in der wechsellvollen schleswig-holsteinischen Krise eingehen, müssen wir rückblickend und vorausblickend die Haltung der beiden Staaten in dem erneut entbrannten Zoll- und Handelsstreit betrachten.

V. Der gemeinsame Abwehrkampf Österreichs und Württembergs gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag

1. Der preußisch-französische Handelsvertrag

Der Februarvertrag von 1853¹⁾ hatte die Zolleinigung zwischen Österreich und dem im Zollverein zusammengeschlossenen Deutschland auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und die wirtschaftspolitische Vormachtstellung Preußens gefestigt. Als Österreich mit Unterstützung Bayerns und Württembergs im Jahr 1858 erstmals einen ernsthaften Versuch unternahm, die beiderseitigen Tarife anzupassen, wies Delbrück dieses Begehren energisch zurück und sagte eine Erfüllung erst zu, wenn Österreich alle Zolleinigungspläne aufgegeben habe. Als dann die Stellung Österreichs nach dem verlorenen Krieg von 1859 geschwächt war, benutzte Napoleon Mitte 1860 die Gelegenheit und bot dem Zollverein, speziell dem darin dominierenden Preußen, einen auf freihändlerischen Grundsätzen aufgebauten Handelsvertrag samt einer Schifffahrts- und Literarkonvention an - ein Angebot, das Preußen gerne annahm, weil der neue Vertrag durch seine Tarifgestaltung nicht mehr Österreich, sondern Frankreich die Meistbegünstigung gewährte, die Wirtschaft mit der Europas verkettete und der weniger stark entwickelten österreichischen Wirtschaft, welche noch hohe Schutzzölle benötigte, den Eintritt in den Zollverein praktisch unmöglich machte. Österreich würde auch weiterhin wirtschaftlich aus Deutschland ausgeschlossen bleiben.

Preußen trat gegen starke Vorbehalte der Mittelstaaten, darunter auch Württembergs, als Bevollmächtigter des Zollvereins in die Unterhandlungen mit Frankreich ein, die sich aber vor allem wegen des auf den Wein und die Seide zu legenden Zolls überraschend lange hinzogen. Der französische

1) s. oben S. 59

Gesandte Reculot ersuchte die württembergische Regierung mehrmals, sie solle ihre Wünsche für Zollerleichterungen mit Frankreich ihm mitteilen. Im Auftrag Napoleons ging es ihm darum, die Mittelstaaten von vornherein mit in die Unterhandlungen hineinzuziehen und sie dadurch bei der Endabstimmung im Zollverein zu binden. Das württembergische Ministerium durchschaute jedoch die Absicht Frankreichs, "einzelne Zollvereinsregierungen zu ködern", und bedeutete dem Grafen Reculot, eventuelle württembergische Anträge würden einzig und allein Preußen als dem bevollmächtigten Staat mitgeteilt werden.¹⁾ Hügel und der Finanzminister Knapp bestätigten Handel wiederholt, sie würden nur solchen Verabredungen zwischen Preußen und Frankreich zustimmen, welche den Vertrag von 1853 nicht verändern und die dereinstige deutsch-österreichische Zolleinigung nicht erschweren könnten.²⁾

Als die ersten Verhandlungsergebnisse bekannt wurden und Preußen die Mittel- und Kleinstaaten aufforderte, möglichst innerhalb von zwei Wochen zu erklären, ob sie zustimmen, lehnte Hügel es ab, die Sache so schnell "übers Knie zu brechen"³⁾. Er beantragte vielmehr in einer Note an Schleinitz vom 24. Mai 1861 die sofortige Aufnahme neuer Verhandlungen mit Österreich über Tarifänderungen und stimmte außerdem dem bayerischen Vorschlag, eine ordentliche oder außerordentliche Zollkonferenz mit dem neuen Vertrag zu befassen, zu. Auf Druck und Bitte Schleinitz' wurde jedoch dieses Vorhaben nicht verwirklicht.

Die Widerstände gegen den geplanten Handelsvertrag waren in Württemberg allgemein. Die große Mehrheit der Kammerabgeordneten wandte sich wiederholt gegen das Projekt, vor allem die Abgeordneten Varnbüler, Moriz Mohl und Prof. Schäffle,

1) Handel an Rechberg, 28.2.1861, W.A.

2) Handel an Rechberg, 25.5.1861, W.A.

3) Handel an Rechberg, 14.6.1861, W.A.

der für die Zolleinigung mit Österreich publizistisch rege tätig war.¹⁾ Mohl sprach von einer Bedrohung Deutschlands und wünschte, Österreich und Deutschland möchten sich auch ohne Abschluß eines förmlichen Vertrags als ein Zoll- und Handelsgebiet konstituieren.²⁾ In Frankfurt gründeten süddeutsche Industrielle den "Verein für deutsche Industrie" mit dem Ziel, den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages zu verhindern. Und von Wien aus setzte Rechberg jetzt mit seinen zunächst gemäßigten Gegenaktionen ein, gab aber den Mittelstaaten gegenüber zu, daß einer gänzlichen Zolleinigung gegenwärtig große Hindernisse im Wege stünden. Da Gerüchte auftauchten, die Verhandlungen Preussens mit Frankreich würden bald abgebrochen werden, nahm Hügel optimistisch an, daß nun "die Unterhandlungen mit Frankreich ihr Ende erreicht haben dürften".³⁾ Auch der neue Finanzminister Sigel, der schon vor zehn Jahren Württemberg bei den verschiedenen Zollkonferenzen vertreten hatte, glaubte an die Erfolglosigkeit der Berliner Besprechungen und versicherte Handel im Dezember 1861 erneut, "Württemberg werde auf keinen Zollvertrag mit Frankreich eingehen, durch welchen eine Annäherung an Österreich verhindert würde".⁴⁾

Die Unterzeichnung. Da Preußen die Unterhandlungen jedoch fortsetzte, fühlte Rechberg im Frühjahr 1862 die Notwendigkeit, den Mittelstaaten einmal klar die österreichische Haltung zu dem geplanten Vertrage auseinanderzusetzen. Er schrieb an Handel, Österreich könne nur wünschen, daß jener Vertrag nicht zustande komme; er glaube auch, daß dieser für manche andere Staaten ökonomisch höchst zweifelhaft in politischer Hinsicht aber in hohem Grade bedenklich sein werde. Österreich werde sich aber vorläufig jeder Einmischung enthalten.⁵⁾ Trotz der bekannt gewordenen Wider-

-
- 1) Schäffle, a.a.O., S.417 ff.
2) Handel an Rechberg, 3.11.1861, W.A.
3) Handel an Rechberg, 12.11.1861, W.A.
4) Handel an Rechberg, 7.12.1861, W.A.
5) Rechberg an Handel, 11.3.1862, W.A.

stände unterzeichneten aber Preußen und Frankreich am 29. März 1862 den Vertrag, nicht zuletzt als eine scharfe Antwort auf die identischen Noten in der Reformfrage, welche Österreich und die meisten Mittelstaaten kurz zuvor in Berlin überreicht hatten. Der 29. März 1862 bedeutete die "Eröffnung des Kampfes auf der ganzen Linie. Er gehört zu den großen Schicksalstagen der neueren deutschen Geschichte".¹⁾

Während Rechberg jetzt den Vertrag in scharfer Form ablehnte - Preußen habe sich "förmlich an Frankreich verkauft" - und Kaiser Franz Joseph erklärte, dieses Abkommen leiste den übrigen deutschen Staaten keine guten Dienste²⁾, reiste der preußische Unterhändler Delbrück nach Süddeutschland und verlangte Zustimmung innerhalb eines Monats. Wie in München, so endete auch in Stuttgart seine Mission erfolglos, obwohl ihm der französische Gesandte seine Unterstützung lieh. Es gelang ihm nicht, aus Hügel, Varnbüler oder Schöffle "Konvertiten" zu machen, wie sich Handel ausdrückte.³⁾ Nach mehreren vielstündigen Sitzungen, bei denen weniger die politische als mehr die sachliche Seite des Vertrags besprochen wurden, beschränkten sich die württembergischen Minister und Referenten darauf, zu erklären, sie wollten den Vertrag gründlich prüfen. Die Frist eines Monats könne aber unmöglich eingehalten werden, da von sämtlichen Organen zur Vertretung landwirtschaftlicher und industrieller Interessen Gutachten und von den Kammern die Zustimmung eingeholt werden müßten. Auch hatte Ow angekündigt, er werde das von Rechberg zu sammelnde Material nach Stuttgart senden.⁴⁾

Hügel wußte in seiner vorläufigen Ablehnung sowohl den König als auch die meisten Industriellen, die - wie er selbst - den Industrieverein unterstützten, und die Kammer hinter sich.

1) E. Franz: Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands, S. 154

2) Ow an Hügel, 25.4., 17.4.1862, St.A.

3) Handel an Rechberg, 26.4.1862, W.A.

4) Handel an Rechberg, 22.4.1862, W.A.; Hügel an Ow, 24.4., Ow an Hügel, 18.4.1862, St.A.

König Wilhelm wies seine Tochter, die Königin der Niederlande, höflich ab: "Meine liebe Tochter", sagte er zu ihr, "was dem Kaiser der Franzosen frommt, kann uns deutschen Fürsten und dem deutschen Volk nie frommen".¹⁾ In der Presse leiteten das von Österreich subventionierte katholische "Deutsche Volksblatt", Cottas "Allgemeine Zeitung" und Schöffles "Deutsche Vierteljahrsschrift" heftige Angriffe gegen den Vertrag ein. Sie wurden darin noch "mit Takt und Eifer" von Handel auf Anweisung Rechbergs ermuntert.²⁾ Der "Staatsanzeiger" gab bekannt, Württemberg werde keine Entscheidung treffen, bevor nicht die Äußerungen aller Interessierten bekannt seien. Als die württembergische Regierung den Vertrag sofort der Kammer zur ausführlichen Beratung zuwies, tat sie einen geschickten Schachzug: sie konnte sich nun jederzeit auf deren noch ausstehende Zustimmung berufen.

Diplomatischer Druck Österreichs, Preußens und Frankreichs.

Schon am 26. April - Delbrück war kaum aus Stuttgart abgereist - bekam Handel genaue Instruktionen zugesandt, um die österreichischen Interessen in Stuttgart zu wahren. Neben der fortzusetzenden Beeinflussung der Presse erhielt er den Auftrag, den klaren Wunsch Österreichs auszudrücken, daß die Zollvereinsregierungen dem preußisch-französischen Handelsvertrag ihre Zustimmung versagen mögen. Er hatte auch den Beweis zu führen, daß die Ablehnung des Vertrages nicht notwendig die Auflösung des in Württemberg geschätzten Zollvereins nach sich ziehen müsse. Wenn Preußen aber trotzdem so weit gehen wolle, so ersetze Österreich den durch die Aufgabe des Zollvereins erwachsenden Schaden (ein angesichts der österreichischen Wirtschafts- und Finanzkrise kaum realisierbares Angebot. D.V.) und biete allen nun unabhängig gewordenen Staaten eine Zolleinigung an.³⁾

1) Schöffle, a.a.O., S.170

2) Handel an Rechberg, 15.3., Rechberg an Handel, 20.4., 26.4.1862, W.A.; Hügel an Ow, 12.4.1862, St.A.

3) Rechberg an Handel, 26.4.1862, W.A.

Der preußische Gesandte in Stuttgart drohte mit der Gereiztheit des preußischen Königs, mit einem kommenden Ministerium Bismarck und mit einem französisch-preußisch-russischen Bündnis, um die Annahme zu erzwingen. Handel hatte den Eindruck, als wolle Preußen zuerst Österreich aus Deutschland hinausdrängen, um dann mit den übrigen deutschen Staaten umso leichter fertig zu werden.¹⁾ - Frankreichs Außenminister Thouvenel ließ nicht nur immer wieder seinen Gesandten in Stuttgart vorpreschen, sondern drohte auch dem württembergischen Gesandten in Paris, er werde einen Vertrag mit Österreich schließen, Preußen werde den Zollverein brechen und Württemberg könne sich dann seiner Vereinsamung freuen, falls es dem Handelsvertrag nicht zustimmen wolle.²⁾

Trotz dieser massiven Einwirkungsversuche bewies der württembergische König überraschende Standfestigkeit. Er sprach nach wie vor die Überzeugung aus, daß der Vertrag "für Württemberg nachteilig und deswegen nicht zu ratifizieren sei". Er wollte aber die Diskussion auf die sachliche Seite beschränkt wissen, da es Württemberg nicht zustehe, "dem mächtigen Nachbarn im Westen den Handschuh hinzuwerfen und sich mit Preußen zu reiben".³⁾ Auch Hügel ließ sich nicht beirren; er wies sowohl das preußische Drängen auf eine schnelle Zustimmung wie das österreichische auf eine schnelle Ablehnung zurück und wollte ruhig das Beratungsergebnis der Kammer abwarten. Dort aber war Mohl zum Hauptgutachter bestellt worden, und dessen Gründlichkeit und Sachkenntnis ließ lange Monate bis zur Fertigstellung des Schriftstückes erwarten. Lediglich im Finanzministerium war man sich der endgültigen Haltung nicht schlüssig.⁴⁾

Referentenbesprechung in München. Bevor noch Österreich seine in einem Zirkular vom 17. Mai angekündigten konkreten po-

1) Handel an Rechberg (privat), 1.5.1862, W.A.

2) Handel an Rechberg, 10.5., 12.5.1862, W.A.

3) Handel an Rechberg, 6.5.1862, W.A.

4) Handel an Rechberg, 6.5., 18.5.1862, W.A.

sitiven Vorschläge vorlegen konnte, trafen sich am 18. Juni in München auf Anregung Hügels und Einladung Schrenks die Fachreferenten aus Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau zu einer ersten Lagebesprechung. Der König hatte vorher in einer langen Audienz den Demokraten Mohl empfangen, ein Beweis dafür, wie eingehend er sich über die Angelegenheit informieren wollte und welche Bedeutung er dem Handelsvertrag zumaß. Er ließ nachher die Bemerkung fallen: "Das ist eine sehr fatale Geschichte", und deutete an, daß Württemberg eine definitive Entscheidung noch nicht so schnell treffen werde.¹⁾ Nach München wurden vom Außenministerium Graf Zeppelin, ein unbedingter Gegner des französischen Handelsvertrages, und vom Finanzministerium der Finanzrat Riecke, dessen Haltung wegen seiner Verwandtschaft mit dem preußenfreundlichen Abgeordneten Reyscher nicht ganz klar war, abgesandt. In dem Münchner Ergebnis, den Vertrag nicht zur Annahme zu empfehlen, weil er den Zollverein daran hindere, Österreich die 1853 versprochenen Verkehrserleichterungen zu gewähren²⁾, spiegelt sich erstmals deutlich der Wille der süddeutschen Mittelstaaten, g e m e i n s a m gegen den Vertrag anzukämpfen und Österreich bei der Erreichung seiner seit zehn Jahren vorgetragenen Pläne nachhaltig zu unterstützen. Der Entschluß Württembergs zur Ablehnung gedieh in München "zu größerer Reife".³⁾

2. Die Gegenvorschläge Österreichs

Am 10. Juli 1862 - drei Tage nach der ersten Gesandtenkonferenz in Wien über den Plan einer Delegiertenversammlung am Bunde - legte Rechberg, gegen anfänglich starke Widerstände der auf hohe Schutzzölle angewiesenen österreichischen Industrie, sein positives Programm den Zollvereinsstaaten vor:

1) Handel an Rechberg, 7.6., 14.6.1862; Zirkular Rechbergs, 17.5.1862, W.A.

2) Franz, a.a.O., S.211

3) Handel an Rechberg, 29.6.1862, W.A.

Österreich habe sich entschlossen, mit dem gesamten Staatsgebiet dem Zollverein beizutreten, sein Zollsystem anzupassen, und lege deshalb 1. einen Präliminarvertrag und 2. den Entwurf für Verträge des deutsch-österreichischen Zollvereins mit anderen Mächten vor. Rechberg bat um eine genaue Prüfung seiner Vorschläge; gleichzeitig erhielt Handel den Auftrag, die deutsche Presse auf die neuen Pläne vorzubereiten.¹⁾

In Stuttgart zeigte sich ein freundliches Echo. Der König begrüßte Rechbergs Initiative, auch als politischen Schritt, und ließ ihm "sein Kompliment machen". Dem Kaiser dankte er für die "Opfer", die dieser für die gute Sache bringen wolle (in dem schon genannten Zirkular hatte Rechberg diesen Schritt als "äußerste Anstrengung" und "ein Opfer" Österreichs angekündigt).²⁾ Hügel - der wohl die Schwierigkeiten bei der Durchführung ahnte und nicht zu übereilten Schritten neigte - legte sich persönlich zunächst nicht fest, ließ aber seine ebenfalls zustimmende Haltung erkennen, als er dem württembergischen Geschäftsträger in Wien schrieb:

"Man hat hier allgemein die Vorlagen als ein sehr erfreuliches Ergebnis begrüßt und glaubt, ohne seinem Urteil und seiner Entschließung nach vorgängiger näherer Prüfung vorgreifen zu wollen, im allgemeinen darin eine sehr günstige Wendung für die deutschen Angelegenheiten erblicken zu sollen." 3)

Schäffle wiederum nannte die Vorschläge Rechbergs einen "imponierenden Schachzug".⁴⁾

Handel bemühte sich sofort eifrig darum, die günstige Stimmung in Stuttgart auszunützen und eine definitive Ablehnung des preußisch-französischen Vertrags zu erreichen, allerdings ohne Erfolg, weil Hügel erst die Reaktion Bayerns und der anderen Staaten abwarten wollte. Rechberg trieb Handel

-
- 1) Zirkular Rechbergs, 10.7.1862; Rechberg an Handel, 10.7., 12.7.1862, W.A.; Ow an Hügel, 12.7.1862, St.A.
 - 2) Hügel an Rechberg, 10.7.1862, W.A.
 - 3) Hügel an Tessin (Stellv.Ows), 18.7.1862, St.A.
 - 4) Handel an Rechberg, 15.7.1862, W.A.

zu höchstem Eifer an¹⁾, und als Preußen kategorisch die österreichischen Vorschläge ablehnte - schon 1850/53 hatte es sich mit äußerster Energie gegen den Eintritt Österreichs in den Zollverein gewehrt - ließ Rechberg ein Zirkular an die mittelstaatlichen Höfe folgen, in dem er forderte, nun gleichfalls den preußisch-französischen Vertrag definitiv abzulehnen.²⁾

Die preußische Weigerung, Österreich in den Zollverein aufzunehmen, das österreichische Drängen und die bevorstehende endgültige Unterzeichnung Preußens und Frankreichs beschleunigten endlich die Vorbereitungen der Mittelstaaten zur definitiven Antwort bezüglich des Vertrags mit Frankreich an Preußen. Rechberg wies auch noch darauf hin, daß Preußen bei einer verspäteten Ablehnung den Mittelstaaten die veruchte Sprengung des Zollvereins vorwerfen werde.³⁾ Das Außen- und das Finanzministerium in Stuttgart arbeiteten daher jetzt schnellstens einen gemeinsamen Vortrag an den König aus, wonach der Vertrag unbedingt abzulehnen sei. Ja, Bügel erklärte sogar, er werde jetzt allein in Berlin vorgehen, wenn Bayern nicht ablehne.⁴⁾ -

Ablehnung des französischen Vertrags. Die ersten Augusttage des Jahres 1862, das haben wir bei der Schilderung der zweiten Gesandtenkonferenz im vorhergegangenen Kapitel gesehen, entbehrten nicht der Dramatik der politischen Ereignisse. Bernstorff setzte in Berlin die zweite Unterschrift unter den Vertrag, was aber in Württemberg nicht erschütterte und nur als Formalität betrachtet wurde.⁵⁾ Bayern antwortete nun Preußen definitiv ablehnend, und am 11. August folgte Württemberg, "nach reiflichster Überlegung sowie nach Vernehmung der zur Vertretung der landwirtschaftlichen und industriellen

-
-) Rechberg an Handel, 24.7.1862, W. A.
 -) Zirkular Rechbergs, 26.7.1862, W. A.
 -) Rechberg an Handel, 2.8.1862, W. A.
 -) Handel an Rechberg, 26.7., 31.7.1862, W. A.
 -) Handel an Rechberg, 7.8.1862, W. A.

len Interessen des Landes berufenen Organe". Hügel legte dem preußischen Gesandten Schulenburg die materiellen Gründe dar, die ihn zur Ablehnung bewogen hätten; andererseits forderte er, Österreich müsse zu den Beratungen über seine Anträge zugezogen werden, damit es seine Interessen und Wünsche in geeigneter Weise geltend machen könne. Von einem solchen Verfahren erwarte er am sichersten "die Kräftigung und gedeihliche Weiterentwicklung des Zollvereins".¹⁾

Rechberg äußerte sich hocherfreut über diesen "patriotischen Schritt" und erklärte dem württembergischen Geschäftsträger Tessin, in dieser Note sei alles enthalten, was er sich nur denken und wünschen könne. Ja, er fragte bei Handel an, ob es nicht möglich wäre, Schöffle und Mohl einen Orden zu verleihen.²⁾ Bernstorff aber, dessen Antwort gleichzeitig mit der Frankreichs in Stuttgart eintraf, sprach die Hoffnung aus, daß Württembergs Ablehnung noch nicht definitiv sei; wenn dem aber doch so sei, müsse er darin die Absicht erblicken, mit Preußen den Zollverein nicht fortsetzen zu wollen.³⁾ Das war eine offene Drohung mit dem Ende des Zollvereins, die Hügel sofort veranlaßte, diese preußische Unterstellung energisch zurückzuweisen. In einer zweiten, weit scharfer abgefaßten Note vom 20. September betonte Hügel gegenüber Bernstorff, "daß durch den Vertrag in volkswirtschaftlicher Beziehung dem Zollverein keine mit jenen Nachteilen in irgendeinem Verhältnis stehende Vorteile würden zugewandt werden". Er erkenne es daher erneut als seine Pflicht, den preußisch-französischen Vertrag abzulehnen und die Verhandlungen mit Österreich über die Weiterbildung des Vertrags von 1853 aufzunehmen.⁴⁾

Rechbergs Offensive. Nun ging Rechberg, der mehrmals Württemberg den Dank für die feste, korrekte Haltung aussprach,

-
- 1) Hügel an Schulenburg, Abschrift an Ow, 11.8.1862, St.A.
 - 2) Rechberg an Münch (Stellv. Handels), 16.8., 20.8.1862, W.A.; Tessin an Hügel, 15.8.1862, St.A.
 - 3) Münch an Rechberg, 29.8.1862, W.A.
 - 4) Hügel an Tessin, 4.9.1862; Hügel an Uxküll (Berlin), Abschrift an Tessin, 20.9.1862, St.A.

zur Offensive über. In einer Weisung vom 12.9. an die Gesandten bei den süddeutschen Höfen skizzierte er die Lage und kam zu dem Schluß, das einzige Mittel, der Auflösung des Zollvereins zu begegnen und den schwankenden norddeutschen Regierungen hilfreich die Hand zu bieten, bestehe darin, der zu erwartenden bedingten Kündigung des Zollvereins durch Preußen die bedingte Anknüpfung eines Zollbundes mit Österreich entgegenzusetzen. Rechberg fragte deshalb bei der bayerischen Regierung an, ob sie nicht die Initiative zur Eröffnung von Verhandlungen zwischen dem Zollverein und Österreich ergreifen und zu einer Zollkonferenz mit Beteiligung Österreichs einladen wolle. Der Geschäftsträger in Stuttgart, Münch, erhielt noch den speziellen Auftrag, gesprächsweise die Frage zu stellen, ob, falls Bayern sich nicht bewegen lasse, Württemberg selbst geneigt wäre, die Zollkonferenz zu berufen.¹⁾

Mügel ließ sich jedoch nicht zu unüberlegten Maßnahmen hinreißen. Man müsse alles vermeiden, erklärte er Münch, was als Bruch des Zollvereins ausgelegt werden könnte. Falls eine Zollkonferenz mit Österreich, aber ohne Preußen zustande komme, dürfe diese nur beratende, nicht beschließende Funktion haben. Außerdem müsse Württemberg zunächst mit Bayern eine feste Vereinbarung treffen, auf Grund der Verträge von 1834 fest zusammenzuhalten und sich gegenseitig nicht im Stich zu lassen. Diesen Auffassungen stimmte auch der König zu.²⁾

Inzwischen nahm die Agitation für und gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag lebhaftere Formen an. Der Deutsche Handelstag in München brachte trotz starker Vertretung der Großdeutschen eine knappe Mehrheit für den Vertrag, während der eben gegründete Reformverein auf Antrag Mohls den

¹⁾ Rechberg an Handel (Nr. 1 und 2), 12.9.1862, W.A.

²⁾ Münch an Rechberg, 17.9., (Tel.) 18.9.1862, W.A.

Vertrag ablehnte. In Württemberg standen jetzt manche Kreise der Industrie, die das Band zwischen Nord und Süd nicht reißen lassen wollten¹⁾, dem Vertrag aufgeschlossener gegenüber, und der "Schwäbische Merkur" unter der Leitung von Otto Elben, wohl die verbreitetste Tageszeitung, schwenkte allmählich auf die preußische Seite über.²⁾ Auch das württembergische Innenministerium neigte mehr und mehr dazu, sich mit Preußen an einen Tisch zu setzen. Bismarck, der in Berlin jetzt Bernstorff im preußischen Außenministerium abgelöst hatte und die Zolleinigung wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und administrativen Zustände beider Teile für eine unausführbare Utopie hielt³⁾, versuchte zwischen Württemberg und Bayern, als den hartnäckigsten Widersachern im Süden, einen Keil zu treiben, allerdings ohne Erfolg.⁴⁾

3. Die Zollkonferenz in München und die Separatverhandlungen der Mittelstaaten

Endlich traf Anfang November 1862 in Stuttgart die Einladung Bayerns zu einer allgemeinen Zollkonferenz in München im folgenden Frühjahr ein. Hügel war sehr erfreut und befürwortete jetzt, falls Preußen sich auf Verhandlungen mit Österreich nicht einlasse, Separatverhandlungen der Zollvereinsstaaten mit Österreich. Man solle in einem solchen Fall auf die Tarifrevision mit Preußen gar nicht eingehen. Die Unterstützung der österreichischen Vorschläge vom 12. September machte er jedoch außer der engen Verbindung mit Bayern von zwei weiteren Voraussetzungen abhängig:

-
- 1) A. Rapp: Die Württemberger und die nationale Frage 1863 bis 1871, S. 46
 - 2) Münch an Rechberg, 19.9.1862, W.A.; vgl. auch Elben, a.a.O., S. 135
 - 3) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Band I, S. 374
 - 4) Bismarck an Schulenburg, 12.11.; Hügel an Linden, Abschrift an Ow, 20.11.1862, St.A.

1. Die Zollvereinsstaaten mußten in München e i n s t i m m i g das Verhalten Preußens ablehnen;
2. Württemberg und Bayern mußten sicher sein, daß sich Hannover, Kurhessen, das Großherzogtum Hessen und Hessen-Nassau im Falle der Auflösung des Zollvereins mit den beiden süddeutschen Ländern verbinden.¹⁾

Baden ließ er wegen der dortigen preußenfreundlichen Tendenzen außerhalb dieser Pläne. Zugleich bat Hügel den König, dem preußisch-französischen Handelsvertrag weiterhin hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen zu dürfen, da Frankreich wieder einmal in Stuttgart heftigen Druck ausübte und die Annahme des Vertrages ohne Änderungen forderte. Der König billigte Hügel's Haltung, verlangte aber, daß Württemberg den Zollverein solange nicht aufgeben dürfe, bis es mit Österreich über ein neues Zollbündnis einig geworden sei.²⁾ Er tat dies wohl in der Annahme, daß es dazu wahrscheinlich nicht kommen werde und Württemberg dann nicht zwischen zwei Stühlen sitze.

Hügel vermutete, daß Preußen in München den Zollverein kündigen werde, um dadurch die Annahme des Vertrages mit Frankreich zu erzwingen. Seine Bestrebungen richteten sich daher dahin, schon vor der Konferenz eine gemeinsame Erklärung der zu Österreich stehenden Regierungen zustande zu bringen, in welcher ein positives Programm über die Zusammenarbeit mit Österreich der preußischen Kündigung gegenübergestellt würde. Er griff daher den Gedanken Schöffles und Kerstorffs, des Vorsitzenden des Industrievereins, daß diese beiden Fachleute mit dem österreichischen Ministerialrat Hock in Salzburg oder Augsburg zusammenkommen sollten, auf, und empfahl diesen Plan nachhaltig bei Rechberg. Es war daran gedacht, die bisher geäußerten Ideen und Grundsätze zu einem konkreten Projekt eines Zollbundes Österreichs mit den deutschen

1) Münch an Rechberg, 8.11.1862, W.A.

2) Münch an Rechberg, 23.11., 2.12., 20.12.1862, W.A.

Mittelstaaten zu verdichten.¹⁾ Rechberg ließ jedoch diese Chance aus, den Mittelstaaten etwas in die Hände zu geben, mit dem sie Preußen ohne Furcht entgegentreten konnten. Er trat vielmehr mit Frankreich in Unterhandlungen, mußte aber bald erkennen, daß seine Bemühungen in dieser Richtung fruchtlos waren.

In die Ende März 1863 beginnende Generalzollkonferenz in München gingen Bayern und Württemberg mit dem festen Programm, den preußisch-französischen Vertrag erst zu genehmigen, wenn zuvor Verhandlungen mit Österreich über die Fortführung und den Ausbau des Februarvertrages von 1853 eröffnet würden. Hügel erklärte sich außerdem gegenüber Bayern bereit, vor, während oder nach der Konferenz einen Bevollmächtigten nach München zu schicken, um eine Vereinbarung über die Fortdauer des Zollvereins untereinander zu treffen, falls Preußen kündigen sollte.²⁾ Auch der König sagte zu Handel, Österreich sei weiterhin seine Fahne. Solange Hannover bei den Mittelstaaten in der Ablehnung des Vertrags mit Frankreich festhalte, bestehe keine Gefahr für den Zollverein, so schlechte Absichten Preußen auch haben möge.³⁾ In der Stellungnahme König Wilhelms vermißt man jedoch diesmal eine positive Äußerung zu den österreichischen Plänen eines Separat-Zollbündnisses der Mittelstaaten mit Österreich. Dieses wollte er im Grunde nie, schon 1850/53 nicht; er befürwortete zwar eine Zolleinigung des Zollvereins mit Österreich, bei einer preussischen Weigerung jedoch wollte er lieber den alten, bewährten Zollverein mit Preußen und nicht das neue, in seinen Auswirkungen ungewisse Zollbündnis mit Österreich.

Diplomatische Vorstöße Preußens und Österreichs. An diesem schwachen Punkt, König Wilhelm von Württemberg, versuchte Preußen einzuhaken. In einem persönlichen Brief unternahm

1) Münch an Rechberg, 2.12.1862; Handel an Rechberg (privat) 7.2.1863, W.A.

2) Münch an Rechberg, 5.3.1863, W.A.

3) Münch an Rechberg, 25.4.1863, W.A.

der preußische König, dem württembergischen Monarchen den preußischen Standpunkt nahezubringen und ihn als Vermittler einzuschalten. Der württembergische Herrscher, inzwischen wegen seines hohen Alters, seiner Taubheit und körperlichen Schwäche kaum mehr zu Regierungsgeschäften fähig, widerstand jedoch der Aufforderung und empfahl Preußen, es solle sich zuerst mit Österreich verständigen. Auch bei der Kronprinzessin Olga verfiengen Bismarcks Umstimmungsversuche nicht. Vorherheblich äußerte die Zarentochter: "Der Herr von Bismarck ist ein sehr braver Mann, aber als Politiker hat er sich bisher nicht ausgezeichnet". (!)¹⁾ Der preußische Minister hatte gehofft, daß die allmählich eingetretene Spaltung der Vertragsgegner in Württemberg in eine nur dem reinen Schutzollsystem huldigende Gruppe (Mohl) und eine gewissen freihändlerischen Lockerungen aufgeschlossene Gruppe (Schäffle) sowie die schwankende Haltung im württembergischen Finanzministerium - die materielle Seite des preußisch-französischen Vertrags war gegenüber der politischen schon ziemlich in den Hintergrund getreten - einen Einbruch in die mittelmächte Front ermöglichen werde.²⁾

Württemberg behielt aber die bisherige Linie bei, zumal auch Rechberg sich ständig bemühte, seine derzeit engen Bundesgeossen (s.Reformfrage) bei sich zu erhalten. Am 4.Mai 1863 schrieb er nach Stuttgart, man müsse sowohl in der Reformfrage in der Zollfrage den bereits eingeschlagenen Weg mit Entschiedenheit verfolgen. Am 6. Juni wurde Handel beauftragt, Württemberg in seiner renitenten Haltung gegen Preußen zu stärken. Österreich vermute, daß Preußen die Zollvereinsstaaten ermüden und ihnen im entscheidenden Moment den Vertrag aufdrängen wolle. In Wien hoffe man, daß außer Bayern und Württemberg auch Nassau, beide Hessen und Hannover dem preußischen Programm ein heilsames Gegenprogramm entgegen-

Handel an Rechberg (privat), 1.5., 18.2.1863, W.A.

Handel an Rechberg, 28.3., 20.6.1863, W.A.

setzen und bereitwillig dazu mitwirken würden. Und schließlich machte auch der österreichische Handelsminister Kalchberg bei seiner Rundreise in Süddeutschland in Stuttgart Station.¹⁾

Die allgemeine Zollkonferenz in München wurde nach langwierigen Verhandlungen Mitte Juli 1863 ergebnislos abgebrochen. Preußen lud zur Fortsetzung im Herbst nach Berlin ein. Rechbergs Vermutung über die geplante Ermüdung erwies sich also als richtig. - Hügel hielt nun die Zeit für gekommen, in München eine Spezialkonferenz der renitenten Regierungen noch vor Beginn der Berliner Zollkonferenz zusammenzurufen, um eine Verständigung und Vereinbarung untereinander herzustellen und die österreichischen Tarifvorschläge als positive Basis eines österreichisch-mittelstaatlichen Zollbündnisses entgegenzunehmen. Er hatte auch durchaus nichts einzuwenden, daß Österreich einen Bevollmächtigten nach München entsende.²⁾ Aber Schrenk lehnte zunächst ab, weil wahrscheinlich nur die drei süddeutschen Staaten teilnehmen würden, und weil Österreich die Tarifvorschläge noch nicht vorlegen könne. Es bedürfte einer energischen Vorstellung von seiten Rechbergs, um Bayern umzustimmen und die Einladungen zu versenden.

Mittelstaatliche Beratungen. Nach dem mageren Ergebnis des Frankfurter Fürstentages schrumpfte die Zahl jener Mittel- und Kleinstaaten, die noch energisch Widerstand gegen Preußen leisten wollten, praktisch auf drei zusammen: Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt. Doch auch diesen konnte Österreich nichts bieten, da es die Tarife zu den Vorschlägen vom 10. Juli 1862 wegen der intensiven Vorbereitungen in der Reformfrage noch nicht fertiggestellt hatte. Die Instruktionen für die württembergischen Kommissäre in München

1) Rechberg an Handel, 4.5., 6.6.1863; Handel an Rechberg, 24.6.1863, W.A.
2) Handel an Rechberg, 21.7., 31.7.1863, W.A.; Maucler an Ow, 17.8.1863, St.A.

werden im Außen-, nicht im Finanzministerium abgefaßt und
teils gegen dieses beim König durchgesetzt. Handel berich-
tete, es sei der Wille des Königs, "daß die Erhaltung des
Zollvereins und Weiterbildung des Vertragsverhältnisses zu
Österreich als unverrückbares Ziel vor Augen zu behalten,
daß die Verwerfung des preußisch-französischen Handelsver-
trages aufrechtzuerhalten, eventuell die Zustimmung Württem-
bergs zum Abschlusse eines neuen, auf anderen Grundsätzen
beruhenden Vertrages mit Frankreich zu erteilen ist." Fi-
nanzminister Sigel aber hätte lediglich eine Modifizierung
des jetzigen Vertrages gewünscht; er wollte durch lange Ta-
felberatungen Zeit gewinnen und war auf jeden Fall einem
Verband mit Österreich abgeneigt.¹⁾

Nicht zuletzt durch die Schuld Österreichs ging die Münchner
"Oppositionskonferenz" (6. Oktober 1863) wieder ohne greifba-
res positives Ergebnis auseinander. Einig war man sich le-
diglich in der Negation, da man jetzt auch dem preußisch-
österreichischen Handelsvertrag energischen Widerstand leisten
sollte.

4. Die Wende in Württemberg. Rechbergs Schwanken und Zaudern.

Ohne ein positives Programm, teils des Konfliktes schon
überdrüssig, setzten die Mittelstaaten am 5. November 1863
die Zollvereinskonferenz mit Preußen fort. Auch Württem-
berg stimmte jetzt nach einem Ministerratsbeschuß einem
österreichischen Vermittlungsvorschlag zu: die Kommissäre in Ber-
lin wurden ermächtigt, in die Beratung der durch den preußisch-
französischen Vertrag zu ändernden Tarife einzutreten, auch
wenn noch keine Einigung mit Österreich zustandegekommen sei.

) Handel an Rechberg, 19.9., 30.9.1863, W.A.

Der Ministerrat sprach lediglich den Vorbehalt aus, die neuen Tarife solange als nicht bindend anzuerkennen, bis Österreich zugestimmt habe. Ein Telegramm Rechbergs und sein Appell an Ow, weiterhin abzulehnen, kamen zu spät. Hügel bedauerte verschnupft, den Ministerratsbeschuß nicht mehr ändern zu können.- Erstmals also war Württemberg vor Preußen zurückgewichen. Es hatte, wenn auch mit Vorbehalten, Preußen die Fortführung seines Weges möglich gemacht. Die Verantwortlichen für diese Kursänderung waren der Finanzminister Sigel und - wenn Handel richtig unterrichtet war - der sonst Österreich sehr gewogene Neurath, welche beide eindringlichst davor warnten, Preußen einen Anlaß zum Abbruch der Konferenz zu geben.¹⁾

Hügel versuchte zwar, den Dingen nochmals eine Wende zu geben indem er über Ow die österreichische Regierung ersuchte, nun die schon längst angekündigten Tarifvorschläge bekanntzugeben weil die handelspolitische Krisis jetzt ihren Höhepunkt erreicht habe. Aber diese Anfrage und Rechbergs Mitteilung, die Tarife seien schon im Druck, änderte an Württembergs Zustimmung zum Beginn der Beratungen in Berlin nichts mehr.²⁾ Moriz Mohl, durch die Vorgänge des Jahres 1852 gewitzigt, nannte das Vorgehen der württembergischen Regierung, die nicht mehr die vorherige Klärung des Verhältnisses zu Österreich als Bedingung gestellt habe, einen Verrat. Er hatte kein Vertrauen in gleichzeitige Verhandlungen Preußens mit Österreich und empfahl als einziges Gegenmittel den Mittelstaaten die sofortige Kündigung des Zollvereins in der Absicht, ihn erst nach einer schriftlich niedergelegten Einigung Österreichs mit Preußen wieder zu erneuern.³⁾ Seine Warnungen wurden jedoch nicht beachtet.

1) Rechberg an Handel (Tel.), 11.11.1863; Handel an Rechberg 12.11.1863, W.A.; Ow an Hügel, 15.11.1863, st.A.
2) Hügel an Ow, 13.11.1863; Ow an Hügel, 16.11.1863, st.A.
3) Handel an Rechberg (privat), 12.12.1863, W.A.

sch legte Mohl jetzt endlich sein Gutachten über den preussisch-französischen Vertrag vor. Es umfaßte 674 Seiten im Druck und sprach sich aus sachlichen Gründen für die Ablehnung und für eine umfassende Zolleinigung mit Österreich aus.¹⁾ Aber Mohls überaus gründliche Arbeit kam praktisch spät, da man Preußen schon freie Bahn gegeben hatte. Auch durch die schleswig-holsteinische Frage der Zollkonflikt zeitweise in den Hintergrund; Schäffle erinnert sich in seinen Memoiren:

"Bismarck hatte in seiner genialen Weise es durch den dänischen Feldzug zustande gebracht, daß auch bei den Mittelstaaten die Zolleinigungsfrage versumpfte. Die Aktionslust war schon beinahe auf den Nullpunkt gesunken, als zu Anfang des Jahres 1864 der Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission des württembergischen Landtages über den französischen Handelsvertrag zur Verhandlung kommen sollte." 2)

15. Dezember 1863 kündigte Bismarck in Berlin den Zollverein und verknüpfte die Erneuerung mit der Anerkennung des französischen Handelsvertrages. Er stellte damit die Mittelstaaten vor eine nahezu ausweglose Situation, zumal Rechberg seine Anstalten machte, diesen schon lange gefürchteten Schlag zu parieren, und sich jetzt Kompensationen für die politische Allianz mit Preußen in der schleswig-holsteinischen Frage ausrechnete. Unter diesen Umständen wollte es sich Württemberg aufgeben, in Berlin allein den Vorkämpfer Österreichs Interessen zu machen. Hügel verlangte von Österreich eigene Aktion und schrieb an Ow zwecks Mitteilung an Rechberg:

Da unsere Bemühungen, Österreich und den Zollverein in Verhandlung zu bringen, bisher gescheitert sind, glaubt die württembergische Regierung, "den höchsten Wert darauf legen zu müssen, daß auch von seiten des kaiserlichen Kabinetts in Wien der Antrag auf unverweilte Eröffnung der Verhandlungen zwischen dem Zollverein und

1) Handel an Rechberg, offiziell, 12.12.1863, W.A.

2) Schäffle, a.a.O., S.105

Österreich in der durch den Artikel 25 des Februar-Vertrags vorgezeichneten Richtung und unter Berücksichtigung der österreichischen Vorschläge vom 10. Juli 1862 in Berlin erneuert und mit möglichstem Nachdrucke verfolgt werde. Bei dem gegenwärtig in politischen Fragen zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin herrschenden Einverständnisse dürfte überdies der gegenwärtige Augenblick ein diesem Antrag besonders günstiger sein." 1)

Diesen verzweifelten Versuch Hügels, die bisherige Politik fortzusetzen und die Situation noch zu retten, nahm Rechberg gelassen hin; er nahm sich einen Auszug aus dem Schriftstück zu den Akten, hatte aber zunächst wenig Hoffnung, Berlin den österreichischen Vorschlägen geneigter zu finden.²⁾ Als die Berliner Verhandlungen immer mehr auf eine Erneuerung des Zollvereins mit nur mehr verschleierte Annahme des Vertrages mit Frankreich hinausliefen und Direktor von Geßler, der Mitberichterstatte Mohls, das Nachgeben gegenüber den preußischen Wünschen nun als die einzige Möglichkeit bezeichnete, den Zollverein zu erhalten, regte sich in Hügel erneut der Wille zum Widerstand. Mehrmals schlug er - allerdings erfolglos - den "renitenten" mittelstaatlichen Regierungen vor, in München das weitere Verhalten bei der Berliner Zollkonferenz zu besprechen. Er schloß sich schließlich dem bayerischen Vorgehen an, eine Erklärung abzugeben, daß man in Berlin solange nicht weiter verhandle, bis Preussen den mit Österreich zu eröffnenden Beratungen zugestimmt habe.³⁾

Wechselnde Situationen. Einen Umschwung in Hügels Haltung brachte dann das zunächst geheim gehaltene Treffen des österreichischen Ministerialrates Hock mit dem preußischen Fachbeamten Hasselbach am 18. März 1864 in Prag. Bismarck schickte absichtlich nur einen zweitrangigen Beamten, um sich nachher auf die Unverbindlichkeit der Ergebnisse hinausreden zu

1) Hügel an Ow, 15.1.1864, St.A.

2) Ow an Hügel, 19.1.1864, St.A.

3) Handel an Rechberg, 11.1., 3.2.1864, W.A.

können. Seine geheime Absicht bestand darin, durch eine spätere Veröffentlichung der Einzelheiten die Mittelstaaten über das "treulose" Verhalten Österreichs zu unterrichten. Der Plan gelang vollkommen. Bismarck gab bekannt, daß Hook in Prag auf die Forderungen des 10. Juli 1862 und eine spätere Zolleinigung verzichtet habe, was Rechberg später energisch bestritt.¹⁾

Doch allein schon die Tatsache des Zusammentreffens Österreichs mit Preußen bewirkte bei Hügel einen Zug zur Nachgiebigkeit. Denn einen Tag nach der Aussprache in Prag glaubte Handel in Stuttgart bemerkt zu haben, daß nun neben Sigel und Geßler auch Hügel eine indifferente Haltung zur Schau trage. Lediglich der Referent im Außenministerium, Graf Zepelin, bestehe auf treuem Aushalten an Bayerns Seite. Württembergs Stellung in der Handelsfrage sei also ganz ins Schwanken gekommen, schrieb Handel nach Wien; es sei vollkommen ungewiß, welche Politik das Land in der Zukunft einschlagen werde.²⁾

Rechberg, der das Spiel Bismarcks nun auch durchschaut hatte, ging ein letztes Mal zum Angriff über. Er legte den befreundeten Regierungen klar, daß die Gerüchte von einem Verzicht Österreichs auf seine Zolleinigungsansprüche in Prag aus der Luft gegriffen seien und daß es vielmehr wünschenswert sei, daß die Regierungen bei der bevorstehenden Wiedereröffnung der Berliner Zollvereinskonzferenz energisch das aus dem Februarvertrag von 1853 resultierende Recht Österreichs auf eine Zolleinigung verteidigen und folglich das Eingehen Preußens auf die österreichischen Vorschläge vom Juli 1862 und November 1863 verlangen. Handel speziell wurde noch angewiesen, Schöffle über seinen Irrtum aufzuklären, Geßler auf die Bedeutung der Entschlüsse Württembergs aufmerksam zu machen und die Regierungen aufzufordern, Preußen nicht

1) Rechberg an Handel, 19.4., 13.6.1864, W.A.

2) Handel an Rechberg, 19.3.1864, W.A.

"wieder mit so schwächlichen Vermittlungsanträgen" entgegenzukommen. Ow brachte auch in Erfahrung, daß das österreichische Kabinett im Falle einer abschlägigen Antwort Preussens entschlossen sei, den Zollvereinsstaaten sehr weitgehende Konzessionen zu machen.¹⁾ Rechbergs Vorstoß brachte ihm immerhin den Erfolg, daß Bayern, Württemberg und das Großherzogtum Hessen Anfang Mai die Berliner Konferenz nicht beschickten, weil sie sich von vornherein darüber im klaren waren, daß Preußen nicht zum Nachgeben bereit war.

Auch reisten die bayerischen Ministerialräte Weber und Meixner, welche als Bevollmächtigte den mächtigsten deutschen Mittelstaat jeweils bei den verschiedenen Konferenzen vertraten, jetzt statt nach Berlin nach Wien. Ob Württemberg diese neuen Besprechungen absichtlich nicht beschickte oder ob der Grund, den Hügel angab - zu späte Einladung - stichhaltig war, läßt sich aus den Akten nicht eindeutig feststellen. Die eben geschilderte Linie der württembergischen Politik läßt aber den Schluß zu, daß man der Abwesenheit der württembergischen Bevollmächtigten in Wien kein österreichfeindliches Motiv zugrunde legen darf. Man kann vielmehr den Versicherungen Hügels, der Standpunkt der württembergischen Regierung sei unverändert, Glauben schenken. Er schrieb am 26. Mai 1864 nach Wien:

"Man teilt hier desgleichen vollkommen die Ansicht dieses (bayerischen) Kabinettes, daß es nunmehr an der Zeit sei, um die Renitenz gegen den französischen Handelsvertrag mit Erfolg fortzusetzen, sich einer aktiven Tätigkeit Österreichs zu versichern und über die weitere Haltung sowie für alle Eventualitäten in Gemeinschaft mit Österreich bindende Vereinbarungen vorzubereiten."

Er erklärte sich auch bereit, die in Wien vereinbarte nächste Konferenz der oppositionellen Mittelstaaten in München zu beschicken.²⁾

1) Rechberg an Handel, 19.4.1864, W.A.; Ow an Hügel, 23.4.1864, St.A.

2) Hügel an Ow, 26.5.1864, St.A.

Aber die zwiespältige, den wahren Sachverhalt verkennende Haltung Österreichs, offenbarte sich in diesen Tagen mehr denn je: einerseits glaubte es, die wegen der Kündigung des Zollvereins unter starkem Druck stehenden Mittelstaaten weiterhin am Zügel führen zu können, andererseits versuchte es, die Waffenbrüderschaft mit Preußen in Schleswig-Holstein zu einem direkten Abkommen mit der norddeutschen Großmacht in der Zollfrage ausnützen zu können. Noch am 28. Mai berichtete Ow, Rechberg und Kalchberg wünschten einen Vertrag der Mittelstaaten und Österreich unter sich über einen Separatzollbund.¹⁾ Österreich komme es vor allem darauf an, möglichst viele der zur Zeit schwankenden kleineren Regierungen zu veranlassen, nicht dem preußisch-französischen Handelsvertrag beizutreten. Einen Tag später schon gingen Kalchbergs Vorschläge in eine ganz andere, nachgiebigere Richtung: angesichts der Tatsache, daß die volle Zolleinigung jetzt unmöglich sei, wolle Österreich jetzt nur noch den Februarvertrag von 1853 verlängern, den Anspruch auf eine spätere Zolleinigung wahren und besser sichern, und in kleinen Anfängen die Zolleinigung schon einführen. Diese Forderungen würden nur noch eine geringfügige Modifikation des preußisch-französischen Vertrages notwendig machen. Die bayerischen Ministerialräte nahmen diesen Vorschlag gerne an, bedeutete er doch den Ansatz zu einem durchaus möglichen Kompromiß mit Preußen. Sie unterzeichneten das Dokument am 1. Juni in Form einer Registratur.²⁾

5. Der Zerfall der mittelstaatlichen Front und die Erneuerung des Zollvereins

Die am 19. Juni in München tagende Konferenz der oppositionellen Mittelstaaten stand bereits im Zeichen des vollen Zerfalls

1) Ow an Hügel, 28.5.1864, St.A.

2) Ow an Hügel, 29.5., 1.6.1864, St.A.

der einheitlichen Front. War Baden schon seit langem der süddeutschen Aktionsgemeinschaft ferngeblieben, hatte das wirtschaftlich eng an Preußen gebundene Sachsen schon im Mai den Zollverein erneuert und damit den französischen und den belgischen Vertrag anerkannt, so fiel jetzt auch Hannover, der letzte und sehr wichtige Bundesgenosse im Norden, ab. Österreich begann wieder direkte Verhandlungen mit Preußen über die Fortsetzung des Februarvertrags und verteidigte sich damit, es habe dies nur getan, weil nicht alle der befreundeten Regierungen die Vorschläge vom 10. Juli 1862 (volle Zolleinigung oder Zollbund mit Österreich) angenommen hätten. Ironisch fügte Rechberg der Note an, Österreich werde, wenn Württemberg einen besseren Weg wisse, diesen gern begehen.¹⁾ Die wenigen Getreuen in München lösten daher das bisherige Kampfbündnis auf und verblieben in einer lediglich lockeren Arbeitsgemeinschaft. Resignation bemächtigte sich der süddeutschen Minister - Handel nannte die jetzige Haltung Württembergs "lau"²⁾ - und der Tod König Wilhelms am 24. Juni löste erst recht Unsicherheit in Stuttgart aus. Würde der neue König Karl die bisherige Politik des Widerstandes gegen Preußen billigen?

Die Verhandlungen Bismarcks mit Rechberg in Wien anlässlich des Friedensvertrags mit Dänemark mußten die Entscheidung bringen. Rechberg forderte die sofortige Aufnahme neuer Handelsbesprechungen, was Bismarck auch zugestand. Dabei müsse die Möglichkeit einer künftigen Zolleinigung aufrechterhalten werden; Handelspolitisch beschränkte Rechberg seine Anträge auf wenige Österreich betreffende Artikel und erklärte sich bereit, Frankreich für das Entgegenkommen einen Preis zu bezahlen.³⁾ Das württembergische Finanzministerium beantragte jetzt bei König Karl, unverzüglich - noch vor der von Preußen gesetzten Frist des 1. Oktober - den Zollverein

1) Rechberg an Handel, 13.6.1864, W.A.

2) Handel an Rechberg, 14.6.1864, W.A.

3) Tessin an Hügel, 3.8.1864, St.A.

zu erneuern und einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden. Hügel und Zeppelin empfahlen, zuzuwarten, bis mit Bayern neue Schritte vereinbart seien. Zwischen diesen beiden entgegengesetzten Ansichten kam ein Kompromiß zustande: man schrieb an Bayern, es sei bedenklich, bis nach dem 1. Oktober zu warten, ohne weitere Schritte zu tun; Bayern und Württemberg sollten in Berlin gemeinschaftlich erklären, sie würden den Zollverein vor dem 1. Oktober erneuern, falls die Verhandlungen Österreichs mit Preußen ein günstiges Resultat zeitigten und in den Vertrag mit Frankreich noch geringfügige Modifikationen zugunsten der süddeutschen Staaten aufgenommen würden.¹⁾

Da am 10. September auch Hessen-Darmstadt seine Bereitschaft zur Erneuerung des Zollvereins bekannt gab, ~~schien~~ Bismarck vier Tage später den beiden letzten "Renitenten", Bayern und Württemberg, deutlich erklärte, die handelspolitischen Besprechungen mit Österreich seien unabhängig von der Erneuerung des Zollvereins, und da überdies Rechberg bemerkte, die wiedereröffneten Prager Besprechungen zwischen Hasselbach und Hock schienen einem guten Erfolg zuzusteuern²⁾, erwies es sich für die beiden süddeutschen Nachbarn auch angesichts der umgeschwenkten Stimmung des Volkes als aussichtslos, den in einem Junktum verbundenen Verträgen mit Frankreich bzw. Belgien und der Erneuerung des Zollvereins weiteren Widerstand entgegenzusetzen. Die beiden jungen Monarchen zogen daraus die Konsequenzen und entließen ihre leitenden Minister Hügel und Schrenk (etwas später, im Dezember). Interessanterweise machten sie Männer zu Nachfolgern, die in den Jahren zuvor die heftigsten Widersacher Preußens in der Zollfrage gewesen waren: nämlich von der Pfordten, der von seinem Frankfurter Posten aus den Widerstand gegen den französischen Handelsvertrag organisiert hatte, und Frh. von Varnbüler, der als prominentester Vertreter Württembergs an der

1) Handel an Rechberg, 8.9.1864, W.A.

2) Ow an Hügel, 22.9.1864, St.A.

Begründung des Reformvereins sowie an der Ausarbeitung des Mohlschen Gutachtens beteiligt war. Beide hatten jedoch im richtigen Moment die Ausweglosigkeit der Situation erkannt und sich bereiterklärt, der Erneuerung des Zollvereins zuzustimmen. Am 27. September gingen Bayerns und Württembergs diesbezügliche Depeschen nach Berlin ab.

Varnbüler schrieb begründend an Ow (sinngemäß zusammengefaßt):

Leider sind unsere aufrichtigen Bestrebungen um eine Zolleinigung oder Eintritt Österreichs in den Zollverein ohne Erfolg geblieben. Die Zahl der gleichgesinnten Kabinette verringerte sich immer mehr. Wir konnten unseren Standpunkt im Zollverein nicht mehr praktisch durchsetzen. Somit verblieben uns nur zwei Möglichkeiten: Nachgeben oder Austritt aus dem Zollverein. Für den Fall eines Austritts hätte "eine geographisch abgerundete und so hinreichend ausgedehnte Zollgruppe sich bilden lassen müssen" - diese kam aber nicht zustande. Also konnten wir nur nachgeben. Zweifelhaft war lediglich der Zeitpunkt dazu. Wir haben aber den Beitritt gemäß unseren moralischen Verbindlichkeiten bis zum äußersten Termin geschoben. "Den Termin selbst verstreichen zu lassen aber konnten und durften wir uns nicht entschließen. Wir durften die uns hierdurch notwendig zufallende schwere Verantwortung um so weniger auf uns nehmen, als wir mit Sicherheit annehmen müssen, daß jede andere Entschließung der k. Regierung auf den entschiedensten Widerspruch der Stände stoßen würde."

Wir durften den Termin nicht verstreichen lassen, "als die Verhandlungen in Prag selbst einen erwünschten Verlauf zu nehmen scheinen und als Württemberg unsträtig den begründeten Ansprüchen Österreichs fortan weit mehr wird Rechnung tragen können, wenn es als Mitglied des erneuerten Zollvereins in demselben wieder Stimmrecht erlangt hat." Württemberg wird nicht aufhören, die Stellung Österreichs in Deutschland "bei jedem sich darbietenden Anlasse nach Kräften" zu unterstützen. 1)

Varnbülers Depesche ist meisterhaft formuliert. Hat man den Schlußabsatz gelesen, so erhält man fast den Eindruck, als ob der württembergische Beitritt zum neuen Zollverein das beste gewesen war, was man für Österreich tun konnte. Dabei entpuppten sich Varnbülers Zusicherungen schnell als vollkommen bedeutungslos und als nichtssagende Hoffnungen. Denn Preußen wies die Bitten der Süddeutschen um eine Modifikation

1) Varnbüler an Ow, 27.9.1864, St.A. Den entsprechenden Artikel des "Staatsanzeigers" vom 30.9.1864 siehe Aktenanhang III.

des französischen Vertrages souverän ab, und als der Zollverein am 12. Oktober erneuert war, machten Bismarck und Delbrück mit Österreich in Prag, was sie wollten. Rechberg wurde entlassen und die Donaumonarchie mußte heilfroh sein, am 11. April 1865 einen neuen Zoll- und Handelsvertrag zu bekommen, ähnlich dem des Februarvertrags von 1853. Er unterschied sich von diesem wesentlich dadurch, daß die Zolleinigung in noch weitere Ferne hinausgeschoben ward. Die württembergische Kammer aber ratifizierte die Verträge im März 1865, "im Bewußtsein der Unmöglichkeit, das auf volkswirtschaftlichem Gebiet geknüpfte nationale Band zu zerschneiden und die alten Zollschränken wieder aufzurichten".¹⁾

Das Gesamtergebnis dieses wechselvollen Kampfes - um es noch einmal klar herauszustellen - war, daß Preußen die Österreich 1853 versprochene Zolleinigung verweigerte, daß der Kaiserstaat nach wie vor handelspolitisch aus Deutschland ausgeschlossen blieb und daß Preußen die Mittel- und Kleinstaaten wirtschaftlich fest an sich kettete. Österreich hatte wie 1850/53 manche Register gezogen, um sich in das Bollwerk des Zollvereins einzufügen¹⁾; aber es scheiterte in erster Linie an der ungemein zähen Haltung Preußens, dann auch daran, daß es seine Vorschläge für einen Zollbund mit den Mittelstaaten nicht rechtzeitig vorlegte, daß es diese im entscheidenden Moment zugunsten direkter Verhandlungen mit Preußen im Stich ließ (Rechbergs Schuld!) und damit einen Zickzackkurs steuerte, und daß es letztlich auch nicht die wirtschaftlichen Vorteile des Zollvereins bieten konnte. Württemberg, und speziell Hügel - der König Wilhelm, ein unbedingter Anhänger des Zollvereins, war alt und schwach geworden und mußte dem Außenminister die Verhandlungen überlassen²⁾ - Hügel verfolgte lange, bis zum November 1863, eine geradlinige

-
- 1) Die Feststellung Engel-Jánosis ("Die Krise des Jahres 1864 in Österreich", S. 149), daß Rechberg lediglich die handelspolitische Stellung gegenüber 1853 nicht verschlechtern wollte, kann nach den Darlegungen dieses Kapitels nicht ganz zutreffen.
 - 2) Die Charakteristik Bruns (s.o. S. 81) über Hügel als gefügigen und getreuen Handlanger gilt also für die Jahre 1863/64 nicht mehr.

Politik gegen den preußisch-französischen Vertrag. Er schwankte nur, als Österreich umschwenkte und die Unterstützung versagte, und er kehrte nach Rechbergs Mißerfolg wieder in die süddeutsche Front zurück. Es ehrt den württembergischen Außenminister, daß er bis zuletzt seiner im allgemeinen konsequenten Haltung nicht untreu wurde und sich lieber in den Ruhestand versetzen ließ, als seine bisherige Politik umzuwerfen. Varnbüler blieb angesichts der ausweglosen Lage keine andere Möglichkeit als die des Beitritts. -

Für Österreich bedeutete die Niederlage in der Zollangelegenheit einen gewaltigen Prestigeverlust, der sich letztlich auch in dem mangelnden Vertrauen der Mittelstaaten in die Kraft und Stärke der Donaumonarchie beim Konflikt von 1866 auswirkte. Rechberg hatte Preußens Ziele - die Befestigung der handelspolitischen Vormachtstellung und die allmähliche Verdrängung Österreichs aus Deutschland - nicht genügend durchschaut. die Mittelstaaten nicht ernst genommen und die eigenen Möglichkeiten überschätzt. Das Ende des über dreijährigen Kampfes bedeutete ein schlechtes Omen für die sich jetzt anbahnende Entscheidung in der deutschen Frage.

VI. Von der schleswig-holsteinischen Frage zum gemeinsamen Krieg von 1866 gegen Preußen

1. Hügel gegen die Politik der Großmächte

Wir müssen nochmals ein Jahr zurückgreifen.

Im November 1863 kam die seit über einem Jahrzehnt schwelende Krise um Schleswig-Holstein offen zum Ausbruch. Die beiden Herzogtümer, die "auf ewig ungeteilt" bleiben sollten, standen unter der Krone Dänemarks, doch gehörten Holstein (und das kleinere Lauenburg) dem Deutschen Bund an. Ihre Stimme in Frankfurt nahm ein Gesandter des dänischen Königs wahr. Seit dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, in dem dieser Status festgelegt war, hatte Dänemark laufend versucht, durch politische, wirtschaftliche und verfassungsrechtliche Manipulationen die Herzogtümer vollends an sich zu ziehen oder doch wenigstens Schleswig sich einzuverleiben. Es waren vor allem die Mittelstaaten, besonders die norddeutschen, welche diese Vorgänge wachsam verfolgten und am Bund immer wieder Anfragen stellten. Über Proteste und Verwahrungen, die jeweils einen kurzfristigen Erfolg zeitigten, ging der Bund jedoch wegen des mangelnden Interesses der beiden deutschen Großmächte nicht hinaus. Österreich und Preußen als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls hatten nämlich auch Rücksichten auf die anderen europäischen Mächte zu nehmen, von denen besonders England und Rußland großen Wert auf die Erhaltung des status quo in Dänemark legten.

Der Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark am 15. November 1863 - zu einer Zeit, in welcher der Bund schon die Exekution nicht nur angedroht, sondern auch auszuführen beschlossen hatte (1. Oktober) - fügte zum Verfassungsproblem in Schleswig-Holstein noch das der Thronfolge hinzu. Mit König Friedrich erlosch nämlich der Mannesstamm dieser Dyna-

stie; während in Kopenhagen nun Christian von Glücksburg als Christian IX. den Thron bestieg, proklamierte sich am gleichen Tag (16. November) der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, der seine Ansprüche auf das agnatische Erbfolgerecht in den Herzogtümern stützte, als Herzog Friedrich VIII. in Schleswig-Holstein-Lauenburg.

Sofort erhob sich in den deutschen Landen ein Sturm der nationalen Begeisterung für den Augustenburger und die bisher "unterdrückten" Schleswig-Holsteiner; Groß- und Kleindeutsche, Konservative und Liberale waren sich darin einig, daß jetzt oder nie die Chance für die Angliederung Schleswigs an den Bund und die Lostrennung von Dänemark gekommen war. In Württemberg hielten "die Turnvereine ... Waffenübungen, die Jugendwehren warben, Freiwillige meldeten sich, um in das Heer Friedrichs von Augustenburg einzutreten".¹⁾ -Die Donaumonarchie allerdings bekundete zunächst wenig Interesse an den Herzogtümern, da diese Gebiete im Norden weit außer ihrer Einflußsphäre lagen; sie wollte lediglich den preußischen Rivalen überwachen und dessen Vergrößerungswünschen entgegentreten. Bismarck indessen wünschte keinen neuen Mittelstaat, der am Bund gegen ihn stimmen könnte, und behielt "von Anfang an die Annexion (für Preußen) unverrückt im Auge ..., ohne die anderen Abstufungen aus dem Gesichtsfelde zu verlieren".²⁾ Daher herrschte "in Württemberg gegen Preußen und Österreich ob ihrer anscheinenden Saumseligkeit" tiefe Mißstimmung.³⁾

Die offizielle Politik der Mittelstaaten und auch Württembergs geriet schnell in den Sog der allgemeinen nationalen Begeisterung. Die Minister selbst wünschten ebenfalls eine Lösung der Frage im Sinne des Bundes, d.h. Schaffung eines neuen Bundeslandes Schleswig-Holstein; sie unterstützten da-

1) A. Rapp: Die Württemberger und die nationale Frage, 1863 bis 1871, S. 63

2) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 9

3) Elben, a.a.O., S. 137

er von vornherein den Augustenburger. Eine solche Politik mußte sie in scharfen Gegensatz zu den beiden Großmächten bringen, die sich zunächst insofern zu einer gemeinsamen Haltung zusammenfanden, daß jede überstürzte Aktion vor allem hinsichtlich der Thronfolgefrage von ihnen abgelehnt wurde und sie wegen des möglichen Eingreifens Rußlands und Englands zu vorsichtigem Vorgehen rieten.

Hügel's Politik. Hügel in Württemberg - 1863 noch im Amt - sah sich schon wenige Tage nach dem Tod Friedrichs VII. zahlreichen Adressen des Volkes und einer Interpellation der Kammer gegenüber, welche die Regierung aufforderten, sofort alle Mittel zur Intervention zu ergreifen und den Augustenburger anzuerkennen.¹⁾ Er fühlte sich jedoch in Verlegenheit, weil Württemberg im November 1852 auf Ansuchen Dänemarks als einer der wenigen Mittelstaaten dem Londoner Protokoll beigetreten war.²⁾ Mit angeblich zitternder Stimme erklärte er in der Kammer, er betrachte sich nun als vom Londoner Protokoll gelöst und weise die Prüfung der Erbfolgefrage sowie die Besetzung Schleswig-Holsteins dem Bund zu. Er streifte also geschickt die Fessel des Londoner Protokolls ab, indem er die Streitfrage der Zuständigkeit des Bundes zuwies, der 1852 in seiner Gesamtheit das Londoner Protokoll nicht genehmigt hatte, und so die Verantwortung von Württemberg abschob.

König Wilhelm hielt zwar die Zustimmung Württembergs zum Protokoll für bindend, und nur seine Abneigung vor neuen Männern

-
- 1) Da die Haltung Württembergs in der schleswig-holsteinischen Frage in zwei Dissertationen von J.Rath: "Württemberg und die schleswig-holsteinische Frage in den Jahren 1863 bis 1865" und F.Hellwag: "Varnbüler und die deutsche Frage 1864 bis 1866" schon beschrieben ist, beschränkt sich der Verfasser darauf, nur die wichtigsten Stationen zu schildern, Ergänzungen zu bringen und die notwendigen Erkenntnisse für das Verhältnis Württembergs zu Österreich an Hand der Akten und der genannten Literatur herauszuarbeiten, um so den Gesamtzusammenhang der Darstellung zu wahren.
- 2) Neurath an Hügel, 27.11.1852, St.A.

im Ministerium bewahrte Hügel vor der Entlassung; doch ließ sich dieser jetzt das Heft nicht mehr aus der Hand nehmen und schloß sich mit der mittelstaatlichen Front in Frankfurt zusammen. Die Freundschaft zu Österreich, die doch in der Frage der Bundesreform so "tiefe Wurzeln" geschlagen hatte, trat, obwohl am 28. November noch betont in den Hintergrund, und da Rechberg jetzt mit Bismarck gemeinsame Wege ging, kämpften Württemberg und das dritte Deutschland einen Zweifrontenkrieg gegen Österreich und Preußen. Es machte sich zwar zu einem konsequenten Anwalt der deutschen Sache in Schleswig-Holstein, schnitt sich aber durch die Kampfabstimmungen am Bundestag und die Majoritäten gegen die beiden Großmächte selbst den Lebensfaden ab. Hatte bisher nur Preußen die Mehrheit in Frankfurt mißachtet, so tat es jetzt auch Österreich. Der Bund wurde ausgehöhlt, die beiden Großmächte gingen eigene Wege, und die Mittelstaaten wurden letztlich dazwischen zerrieben. - Hügel erkannte das sehr bald und glaubte, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit "der Anfang von Deutschlands Ende sein werde". "Zum mindesten sieht er keinen Anker der Hoffnung für die mittleren deutschen Staaten", berichtete Handel, und Hügel halte einen "frischen, gesunden Krieg" noch für das beste Heilmittel. Hügel hat jedoch aus diesen seinen Erkenntnissen keine Konsequenzen gezogen; wiederholt äußerte er zu Handel: "Es kann sein, daß wir in diesem Kampfe untergehen, aber wir haben keine Wahl; wir müssen an dem festhalten, was wir für das Recht erkennen."¹⁾

Am 28. November 1863 erlitten die Großmächte am Bund ihre erste Niederlage, als die schleswig-holsteinische Stimme am Bund suspendiert wurde. Am 7. Dezember gelang ihnen noch einmal ein knapper Abstimmungssieg, als sich der Bund auf ihren Antrag hin nicht für die Okkupation, sondern nur für die Exekution unter Vorbehalt der Erbfolgefrage entschied.

1) Handel an Rechberg (privat), 17.12.1863, 9.1.1864, W.A.

Doch die beiden nächsten Abstimmungen in Frankfurt, am 1. Dezember und am 2. Januar 1864, brachten erneut Mehrheiten gegen die beiden Großmächte; zunächst beschloß der Bund, die Erbfolge in Schleswig-Holstein sofort zu prüfen und bald darüber abzustimmen, und dann gestattete er es dem Augustenburger, in Holstein zu bleiben. Die Großmächte hielten diese Beschlüsse nicht für bindend und schalteten den Bund aus dem großen Spiel aus.

Die Trennung Österreichs von den Mittelstaaten bedeutete für Hügel eine schmerzliche Entwicklung. Er schrieb an Ow:

"Nicht genug kann ich beklagen, daß die kaiserlich-österreichische Regierung sich gerade in dieser Frage von den bisher ihr so eng verbündeten Regierungen getrennt hat; es war für die k. Regierung u n m ö g - l i c h , sich hier der Anschauung des kaiserlichen Hofes anzuschließen, und ich hätte im Hinblick auf das von Österreich und seinen Genossen so glänzend unternommene Werk der Bundesreform, im Hinblick auf die so glücklich erreichte Einigung Österreichs und der Mittelstaaten dringend gewünscht, daß es dem Wiener Kabinett möglich gewesen wäre, in dieser so tiefgreifenden Frage sich seinen Bundesgenossen in einer Weise zu nähern, welche ein Zusammengehen ermöglicht hätte." 1)

Die ausführliche Antwort Rechbergs findet sich in einem Privatschreiben an die Gesandten Handel und Werner (in Dresden) zur Mitteilung an Hügel und Beust.²⁾ Rechberg wollte, obwohl er genau wußte, "daß gerade diese (mittelstaatlichen) Regierungen mehr als die anderen den ihre Existenz sichernden Bund" benötigten, die dem Bund drohenden Gefahren auf ein anderes Geleise abschieben. Unterstütze man nämlich die "Revolution", die jetzt wieder ihr Haupt erhebe (gemeint sind die Volksbewegung für Schleswig-Holstein und der Frankfurter Abgeordnetentag), oder lasse man sie auch nur gewähren, so lege man selbst die Mine zur Sprengung des Bundes. Und dann folgte der Wink mit dem Zaunpfahl:

"Die kaiserliche Regierung legt Wert auf ihre guten Beziehungen zu den deutschen Mittelstaaten, aber die Mittelstaaten sollten sich auch nicht verhehlen, daß von

) Hügel an Ow, 11.12.1863, St.A.

) Rechberg an Werner und Handel, 28.12.1863, W.A. (bei Rath nicht verwertet, da bei PA V, Sachsen, lagernd)

dem Tage an, an dem Österreich seine Hand von ihnen zurückzieht, sie den Hegemoniegelüsten der anderen deutschen Großmacht schutzlos preisgegeben sind." Es ist zwar das Recht der Mittelstaaten, im Bund gegen Preußen und uns Opposition zu treiben und uns zu majorisieren; "ob es aber den Grundsätzen einer klugen und gesunden Politik entspricht, die Ausübung dieses Rechtes auf die Spitze zu treiben und hiedurch den Bund in seinem Bestande zu gefährden, dies ist eine Frage, die ich der reiflichen Erwägung des Herrn Ministers des Äußeren unterlegt sehen möchte."

Der Bund habe nicht die Berechtigung, über Schleswig zu entscheiden, da man sonst einen Eroberungskrieg führen müsse, der sich leicht zu einem europäischen Konflikt ausdehnen könne. Schließlich bedauerte Rechberg die allgemeine Begriffsverwirrung, welche die Eroberung Schleswigs als einen deutschen Ehrenpunkt hinstelle. - Dieses Schreiben Rechbergs zeigt in besonders deutlicher Weise, wie sehr der österreichische Außenminister den Bund und die Mittelstaaten gering achtete; es bedurfte nur einer ernsten Zerreißprobe, nämlich der schleswig-holsteinischen Frage, um ihn zu Äußerungen zu veranlassen, welche durchblicken ließen, daß er den Bund schon als erledigt ansah. Vielleicht offenbarte sich gerade hier seine Überzeugung von der alleinigen Machtstellung der beiden Staaten Österreich und Preußen in Deutschland am deutlichsten. Er schreckte nicht davor zurück, diese Anschauungen unverblümt kundzugeben, sowie Hügel und Beust mit der Bundesauflösung zu drohen, wenn sie sich nicht gefügig zeigten.

Preußen und Österreich, dessen Politik in diesem Moment "en gros et en detail von Berlin aus geleitet wurde"¹⁾, gingen am 1. Februar 1864 allein zum Angriff auf Dänemark über, nachdem sie erneut eine Abstimmungsniederlage in Frankfurt hatten hinnehmen müssen und Dänemarks neuer König es ablehnte, die Unterzeichnung der Gesamtstaatsverfassung rückgängig zu machen. Schon am 11. Januar hatte Rechberg in einem sehr

1) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 3

scharf formulierten Zirkulartelegramm betont, Österreich und Preußen seien übereingekommen, "die Führung der ganzen Angelegenheit in die eigenen Hände zu nehmen". "Die Dinge im Bund", heißt es dann weiter. "sind nunmehr auf die Spitze gestellt, und wir müßten ein ferneres Weigern, dem Antrag vom 28. Dezember zuzustimmen, als den Entschluß betrachten, die Solidarität Deutschlands aufzugeben".¹⁾ Dieser Antrag der beiden Großmächte forderte nämlich die Besetzung Schlesiens durch den Bund, aber ohne Festlegung der Erbfolge und ohne Bestimmung, wer darüber entscheiden sollte; gerade diese Kompetenz aber wollten die Mittelstaaten dem Bund zuweisen und sie wollten die Einsetzung des Augustenburgers fördern. Als die Abstimmung dann am 14. Januar für die Großmächte negativ ausgefallen war, motivierte Rechberg das weitere österreichisch-preußische Vorgehen einfach damit: Wir handeln nicht gegen den Bund, sondern nur ohne den Bund.²⁾ Wieder wurde die europäische Großmachtstellung in den Vordergrund geschoben, die Eigenschaft der Bundesangehörigkeit aber in den Hintergrund gedrängt.

Hügel wird energischer. Die Ansichten Hügels und König Wilhelms standen sich jetzt diametral gegenüber. Der Außenminister beklagte es tief und konnte es kaum begreifen, daß die Auffassungen Rechbergs so sehr von denen der Mittelstaaten abwichen und er hoffte noch immer, daß sich das Wiener Kabinett "entschieden auf die Seite stellen werde, wo es das Recht und die Gesetzmäßigkeit findet", nämlich beim Bund. Anders aber der König, der Handel ganz offen erklärte: "Ich bin recht froh, daß Sie die schleswigsche Sache in die Hand genommen haben. Der Bund ist nicht dazu da, um Eroberungen zu machen; er ist seiner Natur nach defensiv..."³⁾

1) Zirkulartelegramm Rechbergs, 11.1.1864, W.A.

2) Zirkular Rechbergs, 26.1.1864, W.A.

3) Hügel an Ow (nicht zum Vorlesen), 10.1.1864, St.A.;
Handel an Rechberg, 17.1.1864, W.A.

Gegenüber dem alten Manne setzte sich aber Hügel auch diesmal durch. Ja, er wurde zum lebhaftesten mittelstaatlichen Politiker in diesem Moment; Schrenk erschien ihm nicht rasch und entschieden genug, und Beust zu lau. Er verlor, wie der konservative Graf Albert Rechberg seinem Bruder nach Wien zweimal schrieb, ganz den Kopf und hatte selbst mit den liberalsten und radikalsten Kammermitgliedern geheime Zusammenkünfte.¹⁾ Als die Großmächte nur mit der Begründung in Schleswig einrückten, die Gesamtstaatsverfassung nicht in Kraft treten zu lassen - von einer Angliederung an den Bund war nicht die Rede - wollte Hügel nur der Gewalt weichend dem Verbleiben Schleswigs bei Dänemark seine Zustimmung geben.²⁾

Bei der im Februar 1864 stattfindenden Ministerkonferenz der Mittelstaaten in Würzburg sollte Hügel auf Anweisung des Königs mäßigend wirken. Aber genau das Gegenteil war der Fall; nachdem er zuvor dem König mit seinem Rücktritt gedroht hatte, vereinbarte er dort mit Sachsen den Antrag, der Bund solle die Stände in Holstein einberufen, damit diese durch ihr Votum die Anerkennung des Augustenburgers unterstützen könnten. Außerdem stellte er sich hinter die anderen Anträge: Ablehnung des Londoner Protokolls, schnelle Entscheidung der Erbfolgefrage und Vermehrung der Bundesexekutions-Truppen in Holstein. Als er in der Kammer über die Würzburger Besprechungen berichtete, stimmte ihm diese nicht nur zu, sondern beantragte darüber hinaus, dem bundeswidrigen Vorgehen Österreichs und Preußens ein festes Bündnis der Mittelstaaten und eine Volksvertretung der so verbündeten Staaten entgegenzustellen.³⁾ Das ging aber auch ihm zu weit. Hügel, der noch kurz zuvor von der starken Stellung der Mittelstaaten überzeugt war - "die Macht der Ereignisse werde Österreich und die Mittelstaaten wieder zusammenführen", prophezeite er richtig⁴⁾ - mußte in Frankfurt nach starkem Druck

1) Albert Rechberg an Bernhard Rechberg, 27.1., 4.2.1864, W.A.

2) Handel an Rechberg, 3.2.1864, W.A.

3) Handel an Rechberg, 28.2.1864, W.A.

4) Handel an Rechberg, 11.2.1864, W.A.

Preußens und Österreichs, das die Würzburger Anträge für unreif, hinausgreifend über das Recht des Bundes und gefährlich für Ordnung und Frieden bezeichnete¹⁾, selbst für ihre Überweisung an die Ausschüsse stimmen lassen. "Es wurde immer deutlicher, daß der Rechtsstandpunkt (der Mittelstaaten) sich der Macht gegenüber einfach nicht durchzusetzen vermochte."²⁾

Die Londoner Konferenz. Die europäischen Großmächte hatten sich inzwischen auf eine Konferenz geeinigt, die in London stattfinden und den Frieden zwischen Dänemark und Preußen/Osterreich herstellen sollte. In einem Zirkular vom 31. März 1864 empfahl Rechberg dem Bund die Annahme der Einladung. Er schlug als geeignetsten Bevollmächtigten den sächsischen Minister Beust vor, obwohl Bayern als stärkster Mittelstaat den Vorrang gehabt hätte. Aber Rechberg ging es offensichtlich darum, den unbequemen bayrischen Bundestagsgesandten von der Pfordten, der zu immer neuen Anträgen zugunsten des Augustenburgers antrieb, auszuschalten.³⁾ Hügel sprach sich zunächst für den sächsischen Gesandten in London, Vitzthum, aus, stellte sich dann aber mit dem Ministerrat hinter Pfordten. Erst wenn Pfordten infolge seiner Krankheit ablehnte, wollte Württemberg die Wahl Beusts unterstützen.⁴⁾

Gewählt wurde auf Betreiben Rechbergs und Bismarcks nicht Pfordten, sondern Beust. Der Bund gab ihm nur die allgemeine Instruktion mit, seine Rechte in Schleswig-Holstein zu wahren. Hügel sympathisierte aber auch mit dem in London zu erwartenden französischen Vorschlag, in den beiden Herzogtümern eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der beiden Länder stattfinden zu lassen - ein Gedanke, der natürlich bei Österreich wegen "Vermehrung des Volkswillens" und

1) Ow an Hügel, 10.3.1864, St.A.

2) Rath, a.a.O., S.68

3) Zirkular Rechbergs, 31.3.1864, W.A.

4) Handel an Rechberg, 30.3., 6.4.1864, W.A.; Hügel an Reinhard, 4.4.1864, St.A.

Preußen wegen der gewünschten Annexion auf schärfste Ablehnung stieß. Bei der Londoner Konferenz vom 20. April bis 25. Juni 1864 wurde zunächst, nach dem großartigen Erfolg der preußisch-österreichischen Truppen auf den Düppeler Schanzen, ein Waffenstillstand mit Dänemark vereinbart. Darauf gab der preußische Delegierte Bernstorff am 12. Mai im Namen aller drei deutschen Vertreter die Erklärung ab, das Londoner Protokoll von 1852 sei nichtig geworden; Deutschland verlange die vollständige Selbständigkeit der Herzogtümer. Diese Forderung lehnte Dänemark ab, ebenso den Antrag Beusts am 28. Mai, die beiden Herzogtümer von Dänemark loszutrennen, dem Deutschen Bund anzugliedern und dem Augustenburger zu übertragen. Damit war das Schicksal der Konferenz eigentlich schon entschieden, denn die deutschen Vertreter ließen sich zu keinen weiteren Konzessionen herbei.

Erbfolgefrage verschoben. Den Antrag Beusts in London hatten auch Bismarck - der aus taktischen Gründen zunächst die Fortdauer der Besetzung wünschte - und Rechberg unterstützt. Hügel glaubte nun, daß Österreich seine Haltung geändert und sich den Mittelstaaten genähert habe. Er freute sich, daß eine Einigung angebahnt werden könnte, mußte aber sofort wieder einen starken Dämpfer hinnehmen, da Rechberg in einem Zirkular vom 30. Mai die Regierungen bat, dem Versuch Beusts, die Erbfolgefrage und damit auch die Frage der Zuständigkeit des Bundes wieder aufs Tapet zu bringen, ihre Zustimmung zu versagen.¹⁾ Österreichs Politik war mehr denn je ins Schlepptau Preußens geraten. Blind und vertrauensselig folgte Rechberg Bismarck, während er das Angebot des Bundes zu erneuter Zusammenarbeit glatt ausschlug. -

König Wilhelm von Württemberg äußerte kurz vor seinem Tode mehrmals, man solle die Herzogtümer Preußen überlassen, gegen eine Garantie für das österreichische Venetien. Dieser

1) Hügel an Ow, 7.6.1864, St.A.; Zirkular Rechbergs, 30.5.1864, W.A.

Gedanke konnte aber schon deswegen nicht realisiert werden, weil Bismarck auf ganz andere Ziele hinstrebte als auf die Einigung mit Österreich, und weil es Kaiser Franz Joseph mit seiner Ehre für unvereinbar hielt, den Waffenruhm in Dänemark für eine Garantie seiner im Moment ungefährdeten italienischen Provinzen zu verkaufen.

Das Schicksal Friedrichs von Augustenburg wurde in seiner Unterredung mit Bismarck am 1. Juni 1864 besiegelt; der Erbprinz gab Bismarck nicht die gewünschten Zusagen für den erwarteten preußischen Einfluß in Schleswig-Holstein. Von da an strebte Bismarck mit allen Mitteln danach, die Herzogtümer an sich zu reißen. Um Zeit zu gewinnen, unterstützte er jetzt die Kandidatur Peters von Oldenburg, überredete auch Österreich dazu und setzte seinen Antrag am Bund, ein kontraktorisches Verfahren zwischen Oldenburg und Augustenburg zu eröffnen, u.a. gegen den Widerstand Württembergs, durch. Die Entscheidung über die Erbfolgefrage war damit in weite Ferne gerückt. Völlig ausgeschlossen wurde der Bund schließlich, als Preußen und Österreich im Wiener Präliminarfrieden (1.8.1864) die Abtretung der beiden Herzogtümer von Dänemark an die beiden deutschen Großmächte erlangten und damit Holstein einfach der Kompetenz des Bundes entzogen. Die Mittelstaaten konnten jetzt nur noch hoffen, daß Österreich, das ja keine unmittelbaren Interessen in den Elbherzogtümern verfolgte, dort die Interessen des Bundes wahre. Dies schien der Fall zu sein, als Nechberg z.B. dem württembergischen Geschäftsträger kurz später erklärte, Österreich wolle schließlich die Länder dem Prätendenten zuweisen, der das bessere Recht behaupten könne. Die Mittelstaaten könnten also wieder Vertrauen zu Österreich hegen.¹⁾

) Tessin an Hügel, 18.8.1864, St.A.

2. König Karl und Varnbüler für eine abwartende Haltung

Der neue König Karl von Württemberg drückte sich in seiner ersten Thronrede über die schleswig-holsteinische Frage sehr zurückhaltend und vorsichtig aus. Er sprach lediglich davon, das für Deutschlands Ehre und Recht gemeinsam vergossene Blut berechtige zu der Hoffnung, "es werde die ganz Deutschland bewegende Frage der schleswig-holsteinischen Herzogtümer in einer dem nationalen Sinn und dem nationalen Recht entsprechenden Weise ihre Lösung finden."¹⁾ Er stand in seinem ganzen politischen Handeln wesentlich unter dem Einfluß seiner Gemahlin Olga, der Schwester des Zaren, und einiger anderer Ratgeber: des Freiherrn von Neurath, des Freiherrn von Varnbüler und der beiden Brüder von Spitzemberg. Eine extrem mittelstaatliche Sonderpolitik lehnte König Karl ab, da sie letztlich zum Untergang der kleineren Staaten führen müsse; vielmehr betrachtete er die Eintracht zwischen Österreich und Preußen als das größte Glück für Deutschland. Im September 1864 (s.o. S.176) entließ er daher seinen Außenminister Frh.von Hügel, der sich sowohl in der schleswig-holsteinischen Frage wie in der Zoll- und Handelspolitik zu sehr exponiert hatte.

Sein Nachfolger wurde Frh.von Varnbüler, ein kluger, ehrgeiziger, geschickt operierender Politiker, der schon seit 1849 auf ein Ministeramt wartete. Er unterschied sich von Hügel vor allem dadurch, daß er sich jeweils schnell den gegebenen Situationen anzupassen wußte, dabei auch ohne Hemmungen anderweitige Verpflichtungen und Rücksichten über Bord warf und das Schicksal Württembergs weniger einer gemeinschaftlichen Front der Mittelstaaten als einem gewandten Pendeln zwischen den beiden Großmächten anvertraute. Dies mag eine Folge des Charakters gewesen oder auch gewonnener Einsichten entsprun-

1) Handel an Rechberg, 13.7.1864, W.A.

gen sein. Varnbüler brachte gute Voraussetzungen mit: er kannte einerseits durch viele Besuche in Wien die dortigen Verhältnisse und Staatsmänner sehr gut. Auch hatte er sich durch seine Mitarbeit im Reformverein die Sympathien Österreichs zu sichern gewußt. Andererseits pflegte er auch gute Beziehungen zu Bismarck; seine Tochter, die Gemahlin des Gesandten Frh.von Spitzemberg, war eine intime Freundin der Frau Bismarcks; Varnbüler hatte somit Zutritt zum Familienkreis des preußischen Kanzlers und verbrachte öfters seinen Sommerurlaub auf Gut Varzin in Pommern.

Der neue württembergische Außenminister befürwortete in der schleswig-holsteinischen Frage eine zuwartende Haltung. Zwei offiziöse Leitartikel im "Staatsanzeiger" kündigten an, daß das neue Ministerium Hand in Hand mit den Großmächten gehen wolle. Varnbüler billigte den Versuch Österreichs, im Einverständnis mit Preußen allein die schleswig-holsteinische Frage zu lösen, und erklärte sich bereit, seinerseits auf jede Anregung der Erbfolgefrage in Frankfurt zu verzichten.¹⁾

Auch in Österreich leitete jetzt ein neuer Mann das Außenministerium: Graf Mensdorff-Pouilly, ein hoher Offizier, der das neue Amt nur ungern übernahm. Als Ziel seiner Politik, oder besser der Politik des Kaisers²⁾, bezeichnete er in einem Zirkular vom 12.November 1864 die Vertiefung des engen Verhältnisses zu Preußen unter Wahrung der Grundsätze des Bundes. Er wollte also beide Richtungen der österreichischen Politik wieder miteinander in Einklang bringen.

Wörtlich heißt es dann in dem Zirkular weiter:

"Die kaiserliche Regierung wird in der Tat ihren ganzen Stolz darein setzen, den Wiener Friedensvertrag einst als ein Werk anerkannt zu sehen, welchem Deutschland nicht bloß die glückliche Lösung einer schwierigen auswärtigen Verwicklung, sondern auch die volle Wiederher-

1) Handel an Mensdorff, 7.11., 16.11.1864, W.A.

2) "Mensdorff muß die Politik des Kaisers durchführen", schrieb Ow an Varnbüler, 17.2.1865, St.A.

stellung der Eintracht und des wechselseitigen Vertrauens im Innern des Bundes zu danken habe." 1)

Die geschichtliche Entwicklung ging aber genau in die entgegengesetzte Richtung; der Wiener Friede barg den Keim zum Krieg von 1866 und zur Auflösung des Bundes in sich.

Als Österreich und Preußen am 5. Dezember 1864 in Frankfurt den Antrag stellten, die Bundestruppen aus Holstein zurückzuziehen, verweigerte Varnbüler seine Zustimmung: er hatte erkannt, daß Preußen die Herzogtümer annektieren wollte, hatte im Grunde auch nichts gegen die Verstärkung der preußischen Stellung im Norden einzuwenden, wandte sich aber dagegen, daß sich die "Brutalität Bismarcks" auf solche Weise durchsetze. Die Mittelstaaten blieben jedoch in der Minorität, die Bundestagsmehrheit hatte "mit schwacher, ich möchte sagen sterbender Hand das Siegel unter den Akt gedrückt, durch welchen das Bundesrecht in Schleswig-Holstein der Gewalt Preußens und Österreichs preisgegeben wurde". 2) Varnbüler vereinbarte nun mit Pfordten eine gemeinsame Haltung: sie beide hatten gegen den Erwerb Lauenburgs durch Preußen und die Stärkung der maritimen und strategischen Stellung Preussens im Norden nichts einzuwenden, wollten aber daran festhalten, "daß die legitimen Ansprüche auf die Herzogtümer bloßen Utilitätsrücksichten und Machtverhältnissen nicht untergeordnet werden dürfen, daß vielmehr dieselben ihre Befriedigung und die Rechtsfragen ihre schließliche formelle Lösung am Bunde zu finden haben". 3) Den beiden Großmächten wurde also klar das Recht des Augustenburgers und die Entscheidungsbefugnis des Bundes vorangestellt. Am Schluß der Übereinkunft heißt es aber ausdrücklich, es sei Aufgabe Österreichs, diese Gesichtspunkte zu wahren. Erst wenn die beiden Großmächte zu keiner Lösung gelangen könnten, solle sich der Bund wieder einschalten. Varnbülers zuwartende Politik fand

1) Zirkular Mensdorffs, 12.11.1864, W.A.

2) Abgeordneter Österlen in der württembergischen Kammer, bei Rapp, a.a.O., S.111

3) Varnbüler an Ow, 3.1.1865, St.A.; Handel an Mensdorff (privat) 2.1.1865, W.A.

darin wiederum einen Niederschlag; Pfordten war es nicht gelungen, ihn zu aktivem Vorgehen mitzureißen, weil Varnbüler sich nicht durch Bundesbeschlüsse, die nicht realisierbar seien, lächerlich machen wollte.¹⁾

Der Kurs Mensdorffs entfernte sich seit seiner Amtsübernahme schrittweise von Preußen und näherte sich der alten Bundesorientierung, "die Allianz trat in das Stadium zunehmender Lockerung".²⁾ Preußen stellte immer größere Forderungen bezüglich Schleswig-Holsteins, welche die Herzogtümer, würden sie ein selbständiger Staat unter dem Augustenburger geworden sein, zu einem Vasallen Preußens herabgewürdigt hätten. Mensdorff und vor allem auch Schmerling wandten sich entschieden gegen eine solche Lösung. Ja, sie bekannten sich jetzt auch zum Augustenburger und ermunterten sogar Pfordten und Beust, einen Antrag am Bund einzubringen, worin die vertrauensvolle Erwartung ausgesprochen werden sollte, daß die beiden Großmächte wenigstens Holstein bald dem Erbprinzen zurückgeben würden. Es bedurfte einiger deutlicher Aufforderungen Wiens, Varnbüler zur Zustimmung zu veranlassen, da es in der Linie seiner bisherigen Politik lag, Preußen nicht unnötig zu reizen. Der Antrag in Frankfurt, der diesmal eine Mehrheit erlangte (6. April), blieb ohne realen Wert, aber Österreich hatte erstmals wieder gegen Preußen gestimmt. Von jetzt an war Bismarck fest entschlossen, die schleswig-holsteinische Frage zu einer Neuordnung der deutschen Verhältnisse zu benützen.

Spitzembergs Vermittlungsversuch. Doch im Frühsommer schien nochmals der Moment für Vermittlungsversuche gekommen zu sein³⁾. Mit der sehr viel Feingefühl erfordernden Mission nach Wien und Berlin betraute Varnbüler seinen Berner Gesandten von

1) Handel an Mensdorff, 21.1.1865, W.A.

2) Srbik, Deutsche Einheit, Bd. III, 2, S. 215

3) Da die Vermittlungsversuche Spitzembergs, Fröbels und Königin Olgas einen eigenständigen Beitrag Württembergs zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage darstellen, geben wir ihnen ausführlichen Raum.

Spitzemberg, der einerseits 1855/56 schon einmal ein Jahr lang vertretungsweise die Wiener Gesandtschaft geleitet hatte und andererseits durch seine Gemahlin gute Beziehungen zu Bismarck aufweisen konnte. Spitzemberg brachte dazu "vielseitige Kenntnisse, ..., umfassende Bildung, feinen Takt und einen unbedingt zuverlässigen Charakter als sein Eigenes mit".¹⁾ Spitzemberg bekam zwei Vorschläge ins Diplomatengepäck: I. Schleswig-Holstein wird unter dem Augustenburger selbständig, Preußen erhält Lauenburg und gewisse Vorrechte in dem neuen Bundesland; es gibt dafür Hohenzollern an Österreich und zahlt ihm Kriegskostenanteile. II. Preußen annektiert Schleswig-Holstein und Lauenburg und überläßt Österreich dafür die Grafschaft Glatz und Hohenzollern sowie eine noch zu bestimmende Geldsumme.

Beide Pläne sahen also Kompensationen vor. Beidesmal sollte Hohenzollern den Besitzer wechseln. Hinter diesem Vorschlag verbarg sich eine ganz bestimmte Absicht: Württemberg benötigte dieses Ländchen dringend zur Fortsetzung seines Eisenbahnbaus im oberen Neckartal.²⁾ Varnbüler wollte Hohenzollern später Österreich abkaufen. Bei Österreichs fortwährender Finanzkalamität rechnete er sich einige Aussichten aus, daß der Kauf gelingen könnte. Handel vermutete, daß der Plan "schon in dem Kopfe des verstorbenen Königs entsprungen sein könnte".³⁾ Zweifellos steckte aber auch Königin Olga dahinter, die auch 1870 wieder das Ländchen - als "Kriegsbeute" - wünschte, sowie Varnbüler selbst, dem der Eisenbahnbau sehr am Herzen lag.

Über Kompensationen war in Wien schon zu Ende des vergangenen Jahres diskutiert worden. Am 12. November 1864 hatte nämlich

-
- 1) A.Kohut: Otto von Bismarck in seinen Beziehungen zu Württemberg und zu württembergischen Staatsmännern, S.107
 - 2) Vgl.dazu: K.E.Hahn: Die Territorialpolitik der süddeutschen Staaten Baden, Bayern und Württemberg und ihr Einfluß auf die Verkehrsleitung und die Linienführung der Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen, S.77-79
 - 3) Handel an Mensdorff (privat), 4.3.1865, W.A.

Mensdorff an den Gesandten in Berlin, Karolyi, u.a. folgendes geschrieben:

Österreich kann Preußen nur einen Ländergewinn zugestehen "unter der Bedingung, daß auch dem Kaiserstaate ein verhältnismäßiger Territorialerwerb zufallen wird". Dies auf Kosten Dritter zu erlangen, wäre für uns "eine moralische und politische Unmöglichkeit". Also müßte Preußen selbst die Tauschobjekte stellen. An diesem Ehrenpunkte müßte eigentlich die Besprechung abbrechen. "Nur in dieser Unterstellung, jedoch stets über die Abneigung des kais.Hofes gegen derartige Transaktionen keinen Zweifel lassend, und nur zum Beweise, wie man in Wien alle die preußische Allianz sichernde Eventualitäten zu erschöpfen wünsche, könnten Ew. sich für ermächtigt erklären, auf der Basis der Kompensation durch eine an Areal und Volkszahl beiläufig der Hälfte der Herzogtümer gleichkommende Abtretung, wobei Hohenzollern und die schlesischen Grenzdistrikte in Frage kommen könnten, zu unterhandeln." "Ich wiederhole übrigens, daß der kais.Hof an diese ganze Seite der Frage nur mit großem Zögern, ja, wie ich hinzufügen muß, mit Skrupeln herantritt ..." 1)

Varnbülers Plan II bedeutete also für Österreich nichts Neues. Aber gerade auf diesen Vorschlag wollte Mensdorff jetzt nicht mehr eingehen, da er nun mehr und mehr dazu neigte, die Kandidatur des Augustenburgers und damit die Schaffung eines neuen Mittelstaates Schleswig-Holstein zu unterstützen. Plan I fand dagegen bei ihm Anklang. Spitzeberg, der vom 28.April bis zum 7.Mai 1865 in Wien weilte, und Ow mußten jedoch lange und zäh verhandeln, bis Mensdorff mit Zustimmung des Kaisers zusagte, beim Verkauf von Hohenzollern, falls dieses in österreichischen Besitz komme, in erster Linie mit Württemberg, nicht mit Baden, zu verhandeln und sofort 1,5 Quadratmeilen für den Bahnbau abzutreten.²⁾

Als Spitzeberg in Berlin eintraf, stieß er bei Bismarck auf genau entgegengesetzte Ansichten wie bei Mensdorff: der preussische Staatsmann hätte Plan II akzeptiert und sich auch gegen den alljährlich harten Widerstand des Königs zur Herausgabe der für Preußen ziemlich unbedeutenden Hohenzollern ver-

1) Mensdorff an Karolyi, 12.11.1864 (Nr.2), W.A.

2) Mensdorff an Spitzeberg, 11.5.1865, St.A.

standen. Im Vordergrund stand für ihn die vollständige Annexion von Schleswig-Holstein. Wieder in Wien, mußte Spitzemberg erkennen, daß seine Vermittlungsmission gescheitert war. Denn Mensdorff erklärte ihm, Bismarcks Forderungen seien unannehmbar, weil Preußen auf diese Weise eine Million, Österreich jedoch nur 60.000 neue Einwohner bekommen würde. - Rath, a.a.O., S.121, schreibt, der Vermittlungsversuch sei also am unerbittlichen Willen Bismarcks gescheitert. Varnbüler hat jedoch später in einem Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Walterskirchen (am 4.9.1870) die Schuld für den Mißerfolg dem Grafen Mensdorff zugeschoben, weil dieser wegen der augenblicklichen Unterstützung der augustinischen Kandidatur die württembergischen Vorschläge als nicht annehmbar abgelehnt hatte.¹⁾ Daraus darf man schließen, daß Varnbüler im Mai 1865 gegen die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen nichts einzuwenden gehabt hätte, und daß er in einem schnellen Nachgeben Österreichs den vielleicht einzigen Weg sah, den deutschen Krieg zu vermeiden.

Die Mission Spitzemberg blieb übrigens nicht geheim. Schon am 26.Mai legte Ow seinem Bericht einen Ausschnitt aus dem "Fremden-Blatt" bei, der die Anwesenheit Spitzembergs in Wien meldete und dahingehend kommentierte, daß das geheimnisvolle Wort "Mittelstaatliche Verhandlungen" Herrn von Bismarck wenig Angst einjagen wird.²⁾ Einen Monat später schrieb die Wiener "Neue Freie Presse": "Daß König Wilhelm (von Preußen. D.Verf.) die erst vor einem halben Menschenalter erworbenen alten Erblande seines Hohenzollernstammes nicht so abtreten wird, sei nebenher bemerkt; das Projekt ist also ebenso töricht wie grundsatzlos."³⁾ Diese geringschätzigen Bemerkungen über die Vermittlungsversuche trafen jedoch - zumindest in diesem Augenblick - noch nicht zu. Wir haben

1) Walterskirchen an Beust (privat), 4.9.1870, W.A.

2) Ow an Varnbüler, 26.5.1865, St.A.

3) Ausschnitt bei Ow an Varnbüler, 25.6.1865, St.A.

oben gesehen, daß Mensdorff selbst noch kurz vorher diese Pläne ventiliert und daß auch Bismarck sich bis zu einem gewissen Grade mit der Annexion der Elbherzogtümer zufrieden gezeigt hätte.

Varnbüler wieder passiv. Württembergs Außenminister hatte also in der aktuellen schleswig-holsteinischen Frage nichts erreichen können. Er kehrte daher wieder zu seiner ursprünglichen, zuwartenden Haltung zurück. Bei einem Treffen mit dem badischen Minister Roggenbach auf seinem Gut Hemmingen Anfang August 1865 kritisierte er die "unruhige Haltung" Bayerns und Sachsens, die gemeinsam mit Hessen-Darmstadt einen Bundesantrag auf Berufung der holsteinischen Stände einbringen wollten; er erhoffte sich vielmehr die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage wieder von einer unmittelbaren Verständigung Österreichs mit Preußen.¹⁾ Diese kam am 15.8.1865 in Gastein zustande.²⁾; dort vereinbarten die beiden Großmächte, Schleswig-Holstein weiterhin in gemeinsamem Besitz zu halten, die Verwaltung aber zu teilen. Lauenburg ging gegen eine Entschädigung von 2,5 Mill. Talern an Preußen über. Varnbüler äußerte seine Befriedigung, und später, als er den vollständigen Text in der Hand hatte, bedauerte er nur, daß wiederum lediglich eine provisorische, aber keine endgültige Lösung zustande gekommen sei.³⁾

Die Bevölkerung Deutschlands und die meisten Regierungen der mittleren Kleinstaaten waren jedoch empört, weil der Bund wieder übergangen und das Recht des Augustenburgers nicht berücksichtigt worden war. Mensdorff betonte zwar in einem Zirkular, kein Grundsatz sei aufgegeben, kein Recht verletzt, der endgültigen Lösung nicht vorgegriffen worden. Den Kaiser

-
- 1) Wolkenstein (Stellv. Handels) an Mensdorff (privat), 11.8.1865; ebenso Bericht vom 4.8.1865, W.A.; Varnbüler an Ow, 26.8.1865, St.A.
2) Bismarck zu Beust: "Wir haben mit Österreich ein weniger feuergefährliches Abkommen getroffen". Beust, a.a.O., Bd.I. S.404.
3) Handel an Mensdorff, 15.8., 26.8.1865, W.A.

hätten nur ganz uneigennützige Motive geleitet, nämlich die Erhaltung von Freundschaft und Frieden mit Preußen sowie die Wahrung der Rechte und Interessen Österreichs u n d des Bundes, wofür der Besitz Holsteins das Unterpfand sei.¹⁾

Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt machten aus ihrer Verstimmung gegen Österreich keinen Hehl. Obwohl die Staatskanzlei in Wien mehrmals wissen ließ, sie wünsche keine Einmischung des Bundes in die schleswig-holsteinische Frage²⁾, brachten sie doch in Frankfurt den Antrag auf Berufung der holsteinischen Stände ein. Beust reiste nach Stuttgart, schilderte Varnbüler deprimiert die politische Lage und wollte ihn zur Unterstützung des Antrages gewinnen. Württembergs Minister zeigte sich jedoch optimistisch, glaubte, Beust sei nicht "tief in die Mysterien eingedrungen" und ließ sich nicht dazu bewegen, dem Antrag beizutreten. Er pflichtete vielmehr einem österreichischen Zirkular bei, das eine Überweisung an den Ausschuß (und damit praktisch die Ablehnung) empfahl.³⁾ - Die drei Mittelstaaten blieben in Frankfurt in der Minderheit (4.11.1865). Varnbüler begründete die württembergische Abstimmung offiziell damit, er sei zwar im Inhalt des Antrages mit Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt einig gewesen, habe jedoch Wert darauf gelegt, den bundesüblichen Geschäftsgang nicht ohne Not zu verlassen. Seine wirkliche Gesinnung spiegelte sich jedoch in einer Weisung an den Geschäftsträger in Dresden. Varnbüler erklärte darin, auch er befürworte eine Annäherung der Mittelstaaten, übereinstimmende Heeresorganisation und gute Verkehrsverhältnisse; jedoch lehne er eine oppositionelle Haltung gegenüber den beiden Großmächten ab. Aufgabe der Mittelstaaten sei es, ihre moralische und physische Kraft durch die Förderung der inneren Verhältnisse zu pflegen, die Kluft zwischen Preußen und Österreich zu überbrücken, aber nicht selbst großstaatliche Politik

1) Zirkular Mensdorffs, 22.8.1865, W.A.

2) Ow an Varnbüler, 15.10.1865, St.A.

3) Varnbüler an Ow, 13.8.1865, St.A.; Handel an Mensdorff, 7.9.1865; Zirkular Mensdorffs, 15.10.1865, W.A.

zu treiben.¹⁾

Die Anerkennung Italiens. Die Reaktion Bayerns auf Gastein und die Abstimmungsniederlage in Frankfurt war die Anerkennung des Königreichs Italien, was von Österreich - um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen - als ein unfreundlicher Akt betrachtet wurde. Italien wollte nämlich mit dem Zollverein einen Handelsvertrag abschließen, stellte aber als Bedingung die vorherige Anerkennung des in den Jahren 1859 und später geschaffenen neuen Staates. Sachsen erklärte sich ebenfalls bereit, den neuen Handelsvertrag zu ratifizieren und damit automatisch die Anerkennung auszusprechen. Während nun der preußische Gesandte in Stuttgart stets zur Ratifizierung drängte, bemühte sich Österreich, Württemberg von diesem Schritt zurückzuhalten.²⁾ Varnbüler zeigte sich lange Zeit den verschiedenen Einwirkungen gegenüber spröde, gab auch Bismarck bei dessen Besuch in Stuttgart keine bindenden Zusagen und suchte nach einem Ausweg. Aber am 1. Dezember 1865 mußte er schließlich Ow mitteilen:

"Das kaiserliche Kabinett kann versichert sein, daß nur zwingende Rücksichten auf das Wohl Württembergs die königliche Regierung bestimmen könnten, den von ihr eingenommenen Standpunkt zu verlassen." Durch das Vorgehen Sachsens und Bayerns sind wir aber in eine aussichtslose Minorität gedrängt. "Daraus dürfte aber auf eine Veränderung der Rechtsanschauungen und Gesinnungen der Regierung Seiner Majestät des Königs meines allergnädigsten Herrn ein Schluß in keiner Weise gezogen werden. Dieselbe wird, wie dies Graf Mensdorff mit allem Grund voraussetzt, an der Sache des Rechtes und der legitimen Monarchie fortan festhalten." 3)

Er bereitete also Österreich schonend auf die unumgängliche Anerkennung Italiens durch Württemberg vor, und als der Zollverein auf 31.12.1865 den Vertrag unterzeichnete, blieb auch Varnbüler kein anderer Weg, als diesen der Kammer zur Ratifikation vorzulegen. Er bat Mensdorff, die Gründe seiner Entscheidung zu würdigen, und betonte nochmals:

-
- 1) Varnbüler an Ow, 19.12.1865; Varnbüler an Soden, 16.12.1865, St.A.
 - 2) Zirkulare Mensdorffs, 23.7., 25.11., 2.12.1865, W.A.
 - 3) Varnbüler an Ow, 1.12.1865, St.A.

"Die k.Regierung ist sich ... bewußt, von dem Grundsatz der Festhaltung der obersten Prinzipien des Rechtes durch ihre EntschlieÙung nicht abzuweichen, da in der Anerkennung einer fremden Macht an sich betrachtet nicht mehr gelegen ist, als die Anerkennung einer geschichtlich bestehenden Tatsache." 1)

Er versuchte also noch zusätzlich, das Gewicht der Entscheidung herabzumindern und ihr einen rein juristischen Sinn zu geben.

3. Das Jahr 1866

Das Jahr 1866 brachte den schließlichen Zerfall der österreichisch-preußischen Allianz, den Krieg als Höhepunkt und die Auflösung des Deutschen Bundes als wichtigste Folgeerscheinung. Zahlreiche Vorfälle in den beiden Elbherzogtümern reizten die Stimmung zwischen den beiden Großmächten immer mehr, so daß diese allmählich vorsichtig begannen, die Möglichkeit eines Krieges ernsthaft zu erwägen und sich für diesen Fall Bundesgenossen zu suchen. Nun mußte auch Varnbüler klare Stellung beziehen; er hatte zwar im August des vergangenen Jahres Beust und Pfordten gelobt, im Falle eines Konflikts auf die österreichische Seite zu treten, aber in den folgenden Monaten wieder eine zuwartende indifferente Haltung eingenommen. Noch bevor das österreichische Zirkular vom 28. Februar 1866 in Stuttgart eintraf - die Gesandten bei den vier süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Großherzogtum Hessen wurden darin aufgefordert, diesen Regierungen klar zu machen, daß sie in einem Konflikt Österreichs mit Preußen nicht neutral bleiben könnten, und sie deshalb für die aktive Zusammenarbeit des Bundes oder wenigstens der süddeutschen Staaten mit Österreich zu gewinnen²⁾ - noch bevor diese unverhüllte Aufforderung in Stuttgart einging, hatte Varnbüler Handel erklärt, er sei "weder für Neutralität noch

1) Varnbüler an Ow, 12.2.1866, St.A.

2) Zirkular Mensdorffs, 28.2.1866, W.A.

für Vermittlung, sondern dafür, daß die Mittelstaaten sich kategorisch auf die Seite des Rechts, d.h. wie die Dinge heute stehen, auf die Seite Österreichs stellen und selbst an militärische Vorbereitungen denken". Mehr als eine Verstärkung der Besatzung in Mainz wußte er jedoch nicht vorzuschlagen, doch bekannte er sich auch gegenüber dem preußischen Gesandten Canitz zu seiner neuen Stellung.¹⁾

Handel versuchte sofort, die neue Situation auszunützen und Varnbüler begreiflich zu machen, daß er, da man auf Pfordten im Moment wegen der Angebote Bismarcks nicht sicher rechnen könne, dazu berufen sei, "im Falle eines österreichisch-preußischen Konflikts eine hervorragende und entscheidende politische Rolle im südwestlichen Deutschland zu spielen". "Baron Varnbüler", so berichtete Handel, "ist mit Wärme und Lebhaftigkeit auf den Gedanken eingegangen, für uns in die Schranken zu treten." Der Gesandte hatte den Minister am richtigen Punkt gepackt, nämlich an seinem Ehrgeiz. Von nun an konnte Österreich auf Württemberg zählen, zumal auch Neurath entschieden zu Österreich hielt und verlangte, Preußen müsse "in seinem unerträglichen und friedensstörenden Ehrgeize unschädlich gemacht werden."²⁾

Das Ringen der beiden Großmächte um die Bundesgenossenschaft der Mittelstaaten trat nun in das Endstadium. In einem Rundschreiben vom 16.März gab Mensdorff zu erkennen, daß Österreich jetzt bereitwillig die Frage der Elbherzogtümer dem Bund übergeben wolle. Von Preußen forderte er eine Erklärung über dessen zukünftige Absichten, von den Mittelstaaten im Falle eines Friedensbruchs durch Preußen die Kriegsbereitschaft des VII.- X. Armee_korps und Einordnung in den Verband der österreichischen Armee.³⁾ Bismarck blieb die Antwort nicht lange schuldig: am 24.März bezeichnete er die Wahl eines Nationalparlamentes als den vorläufigen Plan Preußens. Zu-

1) Handel an Mensdorff, 26.2., 7.3.1866, W.A.

2) Handel an Mensdorff, 5.3.1866, W.A.

3) Zirkular Mensdorffs, 16.3.1866, W.A.

gleich fragte er bei allen deutschen Regierungen an, wie sie sich verhalten würden, wenn Preußen von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Angriff gezwungen werde. Bismarcks Absicht, durch das Angebot des Parlamentes die öffentliche Meinung Deutschlands auf Preußens Seite zu bringen, schlug jedoch fehl. "Der Konflikt mit der Volksvertretung (in Berlin) ..., die Vergewaltigungen in Schleswig-Holstein gegen die Bundestruppen dort konnten unmöglich Zutrauen hervorrufen", schrieb selbst ein Kleindeutscher, Otto Elben.¹⁾ Auch die mittelstaatlichen Regierungen nahmen Bismarcks Vorschläge nicht als tatsächlich ernstgemeint auf - Varnbüler sprach davon, Preußen wolle nur Deutschland in die Revolution stürzen - , und Österreich reagierte außerordentlich heftig. Es scheute sich nicht, mit ähnlichen Argumenten wie Preußen 1863 beim Frankfurter Fürstentag die preußische Vorlage zu beantworten: vorherige Beratungen der Regierungen über den Plan, den Preußen zunächst einmal detailliert vorlegen solle, seien notwendig.²⁾ Der preußische Antrag, am 9. April offiziell eingebracht, wurde mit Mehrheit an einen Ausschuß ad hoc verwiesen.

Etwasige Angriffsabsichten Österreichs bestritt Mensdorff energisch; er betonte, die geringfügigen österreichischen Rüstungen entbehrten jeder aggressiven Absicht. Die Mittelstaaten erklärten Preußen, sie hielten sich nur ans Bundesrecht, und Varnbüler ließ Ow und Handel nicht darüber im unklaren, daß man Württemberg im Falle eines Bundesbruchs an Österreichs Seite finden werde.³⁾ Bei einer mittelstaatlichen Ministerkonferenz in Augsburg gelang es Beust, Pfordten wieder zu einer unbedingt bundestreuen Haltung zurückzuholen, das Mißtrauen gegen Bayern zu verscheuchen und die volle Einigkeit unter den größeren Mittelstaaten herzustellen.

1) Elben, a.a.O., S. 140

2) Zirkulartelegramm Mensdorffs, 8.4.1866, Zirkular Mensdorffs, 11.4.1866, W.A.

3) Varnbüler an Ow, 28.3.1866, St.A.; Handel an Mensdorff (privat), 21.3.1866, W.A.

Als der Entschluß des Kaisers, die schleswig-holsteinische Frage endgültig dem Bund zu überantworten, getroffen war, wurde der Krieg fast unausweichlich, da Preußen dies mit Recht als Bruch der Gasteiner Konvention auslegte. Abrüstungsvorschläge endeten jetzt erfolglos und am 28. April wies Mensdorff die Gesandten an, darauf hinzuwirken, daß die mittelstaatlichen Regierungen sich im stillen vorbereiten sollten, um im gegebenen Falle energisch in Aktion treten zu können.¹⁾ Varnbüler hielt es jedoch für seine Pflicht, die österreichische Staatskanzlei darauf hinzuweisen, "daß diese (mittelstaatliche) Hilfe nur in Rechnung genommen werden kann, wenn Österreich den Krieg nicht provoziert, sondern unter Verletzung des Rechts angegriffen oder zum Kriege gezwungen wird." Ow mußte das rückhaltlos dem Grafen Mensdorff darlegen.²⁾

Erneute Vermittlungsversuche. Nochmals versuchte der württembergische Minister, die letzten Möglichkeiten für die Erhaltung des Friedens auszuschöpfen. Im April 1866 hatte Julius Fröbel, der seit kurzem in württembergische Dienste getreten war, in Paris bei Napoleon anzufragen, ob er nicht die Vermittlung in dem drohenden Konflikt übernehmen wolle. Da Napoleon nicht die gewünschte Reaktion zeigte, schickte Varnbüler Fröbel Ende April/Anfang Mai nach Wien; er sollte dort Mensdorff folgenden Vermittlungsplan unterbreiten: der Erbprinz Friedrich von Augustenburg verzichtet zugunsten seines Sohnes auf die Herzogtümer, Preußen erhält dort die geforderten Vorrechte und tritt dafür Glatz und Hohenzollern an Österreich ab. Dieser Vorschlag unterschied sich nur insofern von Spitzembergs Vorschlag II, als die Herzogtümer nicht in Preußens Besitz übergegangen wären, sondern daß Preußen dort lediglich viele Vorrechte erhalten hätte; Fröbel ahnte von vornherein den Mißerfolg und gab sich mit Mensdorffs Bemerkung, es sei zu spät, zufrieden. "Ich wußte", schrieb er später, "daß so etwas undenkbar war, und übernahm den Auftrag

1) Zirkular Mensdorffs, 28.4.1866, W.A.

2) Varnbüler an Ow, 3.5.1866 St.A.

nur, weil ich zugleich wußte, daß derselbe kein Unheil stiften konnte." ¹⁾

Mehr Bedeutung hatten wohl die Vermittlungsversuche der Königin Olga. Auf ihrer Frühjahrsreise nach Rußland unternahm sie es zunächst, in Berlin mäßigend zu wirken, überredete dann im Auftrag Varnbülers den Zaren zu einigen Schreiben nach Berlin, die dort beruhigend wirken sollten, und nahm schließlich ihre Rückreise über Wien, wo sie herzlich empfangen wurde (26. Mai 1866). In den verschiedenen Schreiben des Oberststallmeisters Graf Taubenheim an Varnbüler ²⁾ und den Berichten Ows ist zwar nicht direkt von Vermittlungsversuchen Olgas die Rede. Doch läßt die Tatsache, daß Olga die Ferien in St. Petersburg vorzeitig abbrach und die Rückreise nicht - wie geplant - über Berlin, sondern über Wien nahm, darauf schließen, daß sie in Wien nochmals eingehend die Lage für eine friedliche Vermittlung sondierte. Sie wollte vor allem Franz Joseph dazu bewegen, den von Napoleon und dem Zaren für die Konfliktsfrage propagierten europäischen Kongreß zu beschicken. ³⁾ Der Kaiser erklärte ihr jedoch, Preußen werde nur zum Frieden zu bewegen sein, wenn in Österreich und den Mittelstaaten auf vollen Touren gerüstet und man Preußen mit voller Waffenmacht gegenüberstehen werde.

Einen letzten Versuch unternahm Varnbüler auf Wunsch des preußischen Gesandten in Wien (Frh. von Werther), der aber hierin ohne Auftrag oder Einverständnis Bismarcks handelte. Frh. von Spitzemberg wurde ein zweites Mal, am 9. Juni 1866, nach Wien abgesandt; seine Vorschläge waren die gleichen, mit denen vor knapp zwei Monaten Fröbel nicht durchgedrungen war. Nach der Angliederung Schleswig-Holsteins an den Bund und der Bereitstellung einer Regentschaft für den minderjährigen Sohn Friedrichs von Augustenburg sollte abgerüstet und eine Ministerkonferenz zur Besprechung aller strittigen

1) Fröbel, a.a.O., Bd. II, S. 424

2) Aus Wien: 26.5., 28.5.1866, bei Kab. Akten IV, E 14-16, B. 607

3) Mensdorff an Varnbüler (privat), Konzept, 13.6.1866, W.A.

tragen einberufen werden. Varnbüler selbst erwartete sich "von diesem Vorstoße nicht viel Erfolg"; er habe den Auftrag nur wegen der Anregung Werthers erteilt, schrieb er seinem Berliner Gesandten.¹⁾ Mensdorff verlangte bei der Annahme der Spitzembergschen Vorschläge die Unterwerfung Preußens unter die Bundestagsmajorität und ein Schutz- und Trutzbündnis Preußens mit Österreich zum Schutze Venetiens und als Schild gegen Frankreich.²⁾ Gegenüber dem Vorjahr hatte sich also die Situation schon wesentlich verhärtet: das Angebot an Preußen wurde geringer, die Forderungen aber stiegen beträchtlich.- Die Aussichten Spitzembergs, von vornherein äußerst gering, schwanden jedoch vollkommen, als die preußischen Truppen am 7. Juni in Holstein einrückten, weil Österreich dort die Stände berufen hatte, und als am 12. Juni die beiden deutschen Großmächte die diplomatischen Beziehungen zueinander abbrachen. Mensdorff konnte Varnbüler nur noch schreiben, es habe ihm "zum Vergrügen gereicht", den Herrn Schwiegersohn bei sich zu sehen, aber dessen Reise sei "eben leider mit den Taten Manteuffels in Holstein zusammengefallen".³⁾

Die sich überstürzenden Ereignisse hinderten Spitzemberg daran, nun nach Berlin zu fahren. Am 11. Juni rief Österreich den Bund gegen die gewalttätige Selbsthilfe Preußens in Holstein sowie zum Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands und der bedrohten Rechte seiner Bundesglieder auf und forderte die Mobilmachung der sieben nichtpreussischen Bundesarmee-corps. Am 14. Juni stimmte der Bund mit 9 zu 6 Stimmen dem Mobilmachungsantrag zu, worauf Preußens Vertreter mit der Erklärung, sein Land betrachte den Bundesvertrag als aufgelöst, die Sitzung verließ. Einen Tag später stellte Preußen an Hannover, Kurhessen und Sachsen das Ultimatum, sich sofort dem Bundesbeschluß zu widersetzen, und rückte, ohne Ant-

Varnbüler an Linden (Berlin), 9.6.1866, St.A.

Ow an Varnbüler, 14.6.1866, St.A.

Mensdorff an Varnbüler (privat), Konzept, 13.6.1866, W.A.

wort abzuwarten, in Hannover und Sachsen ein: Erst jetzt betrachteten sich die übrigen Mittelstaaten und Österreich als im Kriegszustand mit Preußen befindlich, da dieses andere Bundesglieder überfallen hatte.

Krieg und Frieden. In den vorhergegangenen Generalstabsverhandlungen war es Österreich, wie 1850, nicht gelungen, Bayern und damit Württemberg zu einer Vereinigung ihrer Truppen mit den österreichischen Verbänden in Böhmen zu bewegen. Pfordten argumentierte, ein zweites Heer binde eine große Zahl preussischer Truppen in Mitteldeutschland und schwäche damit den durch Sachsen herangeführten Hauptkeil. In Wirklichkeit ging es ihm um den Schutz der eigenen Heimat. Die Truppen des VII. und VIII.Armeekorps operierten daher im hessischen Raum und am Main, und sie spielten insgesamt eine unrühmliche Rolle. In Württemberg war man infolge Varnbülers lange unentschlossener Politik und den von dem früheren, ziemlich pessimistischen Kriegsminister Wiederhold nur zögernd veranlaßten Maßnahmen schlecht gerüstet. Liest man die Berichte des württembergischen Verbindungsoffiziers Major Suckow über den Mainfeldzug¹⁾, so bekommt man ein klägliches Bild von der Unfähigkeit der Heerführer, dem Wirrwarr der Befehlskompetenzen, der sich oft widerstreitenden Einflußnahme der Politiker und der Unzuverlässigkeit der badischen Truppen. Der Parlamentarier Otto Elben weiss in seinen Memoiren geradezu groteske Vorfälle aufzuzählen²⁾: in Stuttgart wollte man die neuen Gewehre nicht ausgeben, um sie zu schonen; in Frankfurt merkte eine Abteilung, daß sie die Munition vergessen hatte; die Bayern wollten die Württemberger anfänglich nicht nach Würzburg hineinlassen, weil dies eine bayerische Stadt sei; als das VIII.Armeekorps eine Brücke über den Main geschlagen hatte und die ersten Truppen ans andere Ufer rücken wollten, hatte die Brücke mitten ein Loch, da die badischen Pontons eigenmächtig abgefahren waren. Suckow und Elben waren zwar Kleindeutsche, aber auch bei einigen Ab-

1) A.von Suckow: Rückschau, S.78 ff.

2) Elben, a.a.O., S.140 ff.

strichen von ihrer Darstellung wird klar, daß eine solche Armee für die in Böhmen kämpfenden Österreicher und Sachsen keine fühlbare Entlastung bedeuten konnte.

Preußens überlegene Kampfkraft und Strategie errang am 3. Juli bei Königgrätz den entscheidenden Sieg über Österreich. In Nikolsburg begannen die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden, und während sich Pfordten und Varnbüler als Unterhändler der Mittelstaaten dort ebenfalls um einen Waffenstillstand bemühten, "kämpften" das VII. und VIII. Armeekorps an Main und Tauber noch fast bis zum Monatsende weiter. Bismarck, der Varnbüler äußerst kühl empfing¹⁾ - kurz vor Kriegsbeginn hatte sich Varnbüler in der Kammer zu dem Ausruf "Vae Victis" hinreißen lassen -, Bismarck verwies die beiden Minister an den Oberbefehlshaber der preußischen Mainarmee. In Eisingen bei Würzburg vereinbarte Neurath mit General Mantuffel die Waffenruhe, und am 13. August schloß Varnbüler mit Bismarck in Berlin den Frieden.²⁾ Württemberg blieb bezüglich seines territorialen Besitzstandes unversehrt und hatte 8 Millionen Gulden an Preußen zu bezahlen. Gleichzeitig wurde geheim ein Schutz- und Trutzbündnis vereinbart, das die militärische Verkettung Württembergs (und Bayerns, Badens, Hessen-Darmstadts) mit dem Nordbund bedeutete. Im Prager Frieden zwischen Preußen und Österreich wurde der Deutsche Bund für aufgelöst erklärt - dessen formelle Schlußsitzung fand am 24. August in Augsburg statt -, Österreich schied aus Deutschland aus, die eben genannten vier süddeutschen Staaten wurden voll selbständig, und die nördlich des Mains gelegenen Staaten bildeten mit Preußen den Nordbund.

Eine tausendjährige Lebensgemeinschaft, bis 1806 unter einem Kaiser, seit 1815 in einem Staatenbund vereinigt, hatte zu bestehen aufgehört. Die Donaumonarchie, ihres deutschen Rückhaltes beraubt, sank zu einer Großmacht zweiten Ranges herab und mußte ihren Schwerpunkt auf die südosteuropäische

1) Vgl. Schäffle, a.a.O., S. 134

2) Vgl. dazu G. Roloff: Bismarcks Friedensschlüsse mit den Süddeutschen im Jahre 1866

VII. Die Pläne für einen Südbund und die Lösung der deutschen Frage durch den Krieg mit Frankreich

Die Friedensverträge von Prag und Berlin stellten Österreich und Württemberg vor eine ganz neue Situation. Das Band, das sie beide umschlungen hatte - der Deutsche Bund - war zerschnitten worden. Für Österreich bedeutete dies den Verlust des deutschen Rückhalts (die Deutsch-Österreicher in der Donaumonarchie waren längst gegenüber den Slawen in die Minderheit geraten), aber auch zugleich die Lösung von einem völkerrechtlichen Status, der den Kaiserstaat immer wieder an der Entfaltung einer völlig unabhängigen, europäischen Großmachtpolitik gehindert hatte. Österreich hatte eine Niederlage erlitten, und das ganze Streben seiner Politiker mußte jetzt darauf hinausgehen, den verlorenen Boden wieder gutzumachen, das in Europa verlorene Gewicht zurückzugewinnen, wieder Bundesgenossen zu suchen und, falls eine Revanche geplant werden sollte, den Staat auch im Innern zu kräftigen. Württemberg, ebenfalls ein vollsouveräner Staat, war klein und schwach und stand vor ganz anderen Aufgaben. Jedem einsichtigen Staatsmann in Stuttgart mußte es klar sein, daß die volle Unabhängigkeit auf die Dauer nicht zu erhalten sein werde, daß man sich vielmehr an eine der benachbarten Großmächte anlehnen oder wenigstens ein enges Einvernehmen zwischen den übriggebliebenen vier süddeutschen Staaten herstellen mußte.

Die neuen Männer. Die neuen Aufgaben erforderten auch neue Männer am Ruder des Staates und der Politik. In Wien mußte Graf Mensdorff seinen Posten verlassen; er war der Kraftprobe mit Preußen keineswegs **gewachsen** gewesen, sein redlicher und vornehmer, aber zu weicher Charakter hatte der überlegenen politischen Strategie Bismarcks nichts Gleichwertiges entgegensetzen gehabt. An Mensdorffs Stelle trat der bisherige sächsische Staatsminister Frh.von Beust, der durch seine Ge-

wandtheit, seinen Eifer und seine schon vor dem Krieg bewiesene antibismarckische Haltung die Gewähr dafür zu bieten schien, Österreich wieder ins Konzert der Großmächte einzufügen. In seinem ersten Rundschreiben nach seinem Amtsantritt bezeichnete er es als seine Aufgabe, die Spuren des Krieges zu verwischen und eine Politik des Friedens und der Versöhnung zu treiben. Er selbst und alle Gesandten hätten "eifersüchtig" auf die Wahrung der Würde Österreichs zu achten. Dabei wolle er weder Groll noch Vorliebe in seine Pflichten hineinbringen.¹⁾ - Auch der Gesandte Handel in Stuttgart als Repräsentant einer Politik, die Schiffbruch erlitten hatte, konnte nicht länger bleiben. Er sah es selbst ein, daß er jetzt fehl am Platze sei, und schrieb resigniert nachhause, von einer Wirksamkeit seinerseits könne keine Rede mehr sein.²⁾ Er wurde zum Jahresende von Beust in den Ruhestand versetzt. Sein Nachfolger, Bohuslav Graf Chotek, stammte aus einer bedeutenden böhmischen Adelsfamilie, hatte sich bei verschiedenen Gesandtschaften in den europäischen Hauptstädten seine Sporen verdient und genoß den Ruf eines vorzüglichen und begabten Diplomaten.³⁾

In München mußte Frh.von der Pfordten sein Amt an Fürst ~~Chodwig~~ von Hohenlohe-Schillingsfürst abtreten, der eher zu einer preußenfreundlichen Politik neigte. Nur Varnbüler in Stuttgart konnte sich halten, dank seiner "beweglichen Empfänglichkeit für die politischen Eindrücke jeder Situation".⁴⁾ Kaum hatte er bei Kriegsbeginn in der Kammer Preußen sein "Vae Victis" entgegengeschleudert, als er schon bei den Berliner Friedensverhandlungen Bismarcks Wunsch nach einem Militärbündnis mit dem Süden erriet und bereitwillig darauf einging. Varnbüler hatte auch bei der Königin Olga und in Hofkreisen einen starken Rückhalt. - Dagegen erhielt der Wiener Ge-

1) Zirkular Beusts, 1.11.1866, W.A.

2) Handel an Mensdorff (privat), 6.8.1866, W.A.

3) Vgl. die Personalakten Graf Choteks, Administrationsregistratur F 4/52 bzw. F 6/1, W.A.

4) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd.II, S.50

sandte Frh.von Ow, ein treuer Freund des Kaiserstaates, zum Jahresende sein Versetzungsdekret nach Florenz. Die Nachfolge in Wien trat Frh.von Thumb-Neuburg an. Thumb kam von dem liberalen und Preußen sehr geneigten Hof in Karlsruhe; Schüssler beurteilt ihn als einen Mann, "der klar und zielbewußt die Annäherung seiner Heimat an den Sieger von Königgrätz für notwendig erkannte".¹⁾

1. Württembergs Reaktion auf die österreichische Niederlage

Unter dem Eindruck von Königgrätz und der kläglichen Operationen der mittelstaatlichen Truppen an Main und Tauber schwanden die Sympathien für Österreich unmittelbar nach Kriegsende in Württemberg sehr erheblich. Handel berichtete, daß die "Rücksichtslosigkeit" Österreichs gegen seine süddeutschen Bundesgenossen, auf deren Kosten es seine territoriale Integrität erkaufte, die Unterdrückung jedes patriotischen Aufschwungs in Österreich und die Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien "den Gegenstand der Konversation und herbsten Kritik" bilden.²⁾ Und er fuhr fort:

"In erster Linie streitet der föderalistische Idealismus der preußenfeindlichen Volkspartei mit dem unionistischen Realismus der zur norddeutschen Großmacht hinneigenden politischen Fraktionen. Es hat den Anschein, als ob diese letzteren Parteien jenes Terrain gewinnen, das der süddeutsche Föderalismus nunmehr verlieren dürfte." ³⁾

Varnbüler selbst machte seinem Ärger über Österreich gehörig Luft, als er Fröbel das Bild Wiens um die Zeit des Nikolsburger Präliminarfriedens in grellen Farben schilderte. "Die Menschen", so erzählte er ihm, "schleichen als kraftlose Jammergestalten herum, daß es einen kräftigen Charakter anwidert".⁴⁾ Seine offizielle Politik spiegelte sich in einer

1) W.Schüssler: Bismarcks Kampf um Süddeutschland, S.191

2) Handel an Mensdorff, 6.8.1866, W.A.

3) Wolkenstein an Mensdorff, 18.8.1866, W.A.

4) Fröbel, a.a.O., Bd.II, S.441

ausführlichen Weisung an Ow vom 19. August 1866. Einleitend erklärte Varnbüler, daß der Austritt Österreichs nun zu einem Rechtsverhältnis geworden sei, aus dem man die Konsequenzen zu ziehen habe. Es sei noch unklar, wie Deutschland rekonstruiert, wie der Süden mit dem Norden national verbunden werde.

"Was nach meiner Ansicht allein feststeht, ist, daß Württemberg und überhaupt der deutsche Süden eine isolierte Stellung ohne entsprechende Anlehnung an eine Großmacht nicht einnehmen können und wenn dieselbe einnehmen, nicht festzuhalten vermöchten. Ist dem aber so, dann liegt es in den Verhältnissen, daß wir unseren Schwerpunkt in Deutschland, d.h. der Sache nach in Preußen, zu suchen haben. Unter diesen Umständen wird Ihre Aufgabe sein, in allen Ihren Äußerungen die freundschaftlichsten Beziehungen zu Preußen als den Standpunkt Württembergs zu betonen." "Was Österreich anbetrifft, so liegt es offenbar im Interesse Deutschlands, daß sich mit demselben friedliche und freundliche internationale Verhältnisse gestalten. Die besonders guten Verhältnisse aber, welche zwischen Österreich und Württemberg stattgefunden haben, betrachte ich als gelöst nicht sowohl durch des letzteren erzwungenen Austritt aus Deutschland, als durch die bitteren Täuschungen, welche Württemberg zu erfahren hatte." 1)

Württemberg's leitender Minister hatte sich also in scharfer und deutlicher Form von Österreich losgesagt; seine Depesche kündigte eine Politik kühler Distanz an.

Als zwei Monate vergangen waren, konnte Handel die Stimmung in Stuttgart schon viel optimistischer beurteilen. Bei Varnbüler sähe man zwar immer noch nicht klar, doch sei Neurath seiner Hinneigung zu Österreich treu geblieben. Vor allem aber habe König Karl zu ihm gesagt, er wolle zum Kaiser die gleichen freundschaftlichen Beziehungen unterhalten wie bisher. Aus dem verlorenen Krieg wolle er nur die Lehre ziehen, daß manches, vor allem die Heeresorganisation verbesserungsbedürftig sei. Handel glaubte feststellen zu können, der König sei von der ihm zugeschriebenen Hinneigung zu Preußen längst wieder abgekommen. Königin Olga äußerte sich sogar noch eindeutiger: das Recht sei (von Preußen) mit Füßen getreten worden, und das könne nur schlechte Früchte tragen.

1) Varnbüler an Ow, 19.8.1866, St.A.

Der scheidende Gesandte erkühnte sich zu der Behauptung, die Königin wäre wohl die Letzte im Lande, die sich mit gebundenen Händen unter den Schutz Preußens begeben würde.¹⁾

Die Aufregung und überstürzte Hast der Augusttage machte im Herbst also einer ruhigeren Überlegung Platz. Selbst Kammerpräsident Weber, ein Kleindeutscher, mahnte in der 2.Kammer: "Jetzt keine Gefühlspolitik, sondern eine besonnene Würdigung der vollendeten Tatsachen!"²⁾ Die Regierungserklärung zum Friedensvertrag enthielt kein Wort mehr über eine weitere politische Annäherung an Preußen und vermerkte lediglich, bei der sorgfältigen Pflege des zu Preußen gewonnenen Verhältnisses werde der Zollverein keiner Gefährdung ausgesetzt sein³⁾, und Varnbüler machte den Versuch, die Abgeordneten jetzt auf den Eisenbahnbau und auf wirtschaftliche Fragen abzulenken. Seine "nervöse Geschäftigkeit", mit der er noch kurz vorher auf Mittel und Wege gesonnen hatte, um Württemberg sobald als möglich "unter Preußens Schutz und Schirm" zu bringen, machte der Ansicht Platz, daß die württembergische Regierung in ihrer dermaligen politischen Stellung die Ereignisse ruhig abwarten könne. Varnbüler wollte erst dann Partei ergreifen, wenn durch einen Krieg zwischen Frankreich und Preußen Württemberg in Mitleidenschaft gezogen würde. Für diesen Fall wollte er sich auf die Seite Preußens stellen, während Neurath Neutralität solange empfahl, bis Österreich seine Entscheidung getroffen habe.⁴⁾

Bei der Antrittsaudienz Thumbs in Wien versicherte Beust, Österreich werde sich unbedingt jeder Einmischung in die inneren deutschen und besonders die süddeutschen Angelegenheiten enthalten und bestrebt sein, mit Preußen wieder ein gutes Verhältnis anzubahnen. Preußen wolle das auch, denn Savigny habe schon ein preußisch-österreichisch-süddeutsches Bündnis

1) Handel an Beust, 16.11.1866, W.A.

2) Handel an Mensdorff, 4.10.1866, W.A.

3) Wolkenstein an Mensdorff, 29.9.1866, W.A.

4) Handel an Beust, 12.12.1866, W.A.

lanziert.¹⁾ Schon die ersten Berichte Thumbs zeugen von seiner pessimistischen Beurteilung Österreichs. Tiefe Mutlosigkeit in Wien, Zweifel, moralischer Zusammenbruch - das sei sein erster Eindruck gewesen.²⁾ Doch analysierte er die zukünftige Politik Beusts ganz richtig. Solange Österreich innenpolitisch zerklüftet sei, schrieb er, werde es, um seinen deutschen Volksteilen eine Anlehnung zu geben, ein großes Interesse daran haben, daß Süddeutschland selbständig bestehen bleibe und nicht vom Norden aufgesaugt werde. Werde Österreich aber zu einer inneren Konsolidierung gelangen, so werde es erst recht versuchen, Preußen seinen Einfluß streitig zu machen und es am Main festzuhalten.³⁾ Beust betrachte Süddeutschland stets noch als "das Gebiet der freien Firsche" (Bismarck hatte dem österreichischen Gesandten in Berlin ein gutes Verhältnis zugesagt, falls Beust nicht "in seinen Revieren" jage).⁴⁾

Varnbüler legte seine politischen Ansichten nochmals ausführlich in einer Weisung an Thumb vom 4.12.1866 dar. Sie unterschieden sich im wesentlichen nicht von denen unmittelbar nach dem Berliner Friedensschluß, nämlich Ablehnung der Isolierung und Anlehnung an Preußen, weil die nationale Idee und das Sicherheitsbedürfnis dies notwendig machten. Aber in zwei Passagen klang die Depesche schon viel freundlicher: Varnbüler betonte in der Einleitung, er wolle den Eintritt in den norddeutschen Bund nicht übereilen, und weiter unten heißt es nur, von einem Zusammengehen mit Österreich könne "jetzt wenigstens" noch nicht die Rede sein.⁵⁾

Der zu erwartende Widerstand Frankreichs ließ es für Bismarck nicht geraten scheinen, auf einen schnellen Anschluß Süddeutschlands zu drängen. Und Varnbüler hatte auch keine

1) Thumb an Varnbüler, 16.11.1866, St.A.

2) Thumb an Varnbüler, 19.11.1866, St.A.

3) Thumb an Varnbüler, 29.11.1866, St.A.

4) Thumb an Varnbüler, 8.12.1866, St.A.

5) Varnbüler an Thumb, 4.12.1866, St.A.

preußenfreundliche Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. In der Kammer besaßen die großdeutsch gesinnten Abgeordneten der Volkspartei die überwiegende Majorität, während die den Anschluß befürwortende Deutsche Partei kaum ein Dutzend Abgeordnete entsenden konnte. Man zweifelte überall an Bismarcks Nationalgefühl, verurteilte die Annexion Hannovers, Kurhessens und Nassaus und glaubte, Preußen beabsichtige nur die Vergrößerung der eigenen Macht. "Je mehr der großdeutsche Gedanke ... an innerer Wahrscheinlichkeit verlor, desto hartnäckiger blieb die schwäbische Eigenart bei ihrem Widerstreben",¹⁾ schrieb Otto Elben.

Das politische Ergebnis des Antrittsbesuches Choteks in Stuttgart entsprach dem Verlauf der gegenseitigen Beziehungen seit Königgrätz. König Karl versprach, gewissenhafteste Rücksicht auf Österreich zu nehmen, und hoffte auf ein gutes Verhältnis Österreichs zu Preußen, damit Württemberg mit dem Nordbund nicht auf gespanntem Fuß leben müsse. Varnbüler sprach dagegen über die deutsche Frage mit großer Reserve. Er werde zwar Preußen auf handelspolitischem Gebiet Zugeständnisse machen müssen, auf politischem Gebiet aber werde er Preußen "nicht entgegenneigen". Württemberg wolle nicht gerade einen preußischen Stützpunkt im Süden abgeben.²⁾ Diese Versicherungen Varnbülers widersprachen aber seiner kurz vorher an Thumb gegebenen Erklärung, wonach die wirtschaftlichen Fragen auch zum politischen Eintritt in den Nordbund drängen würden. Man erkennt darin die Undurchsichtigkeit, um nicht zu sagen Doppelzüngigkeit in Varnbülers Politik; er versuchte wohl in wachsendem Maße, wenn auch verschleiert und vertuscht, sich an Preußen anzulehnen, ohne die Selbständigkeit Württembergs aufzugeben. Widerstände in Württemberg und andere Rücksichten (auf Österreich und Frankreich) bewogen ihn zur Vorsicht, vielleicht auch eine gewisse Scheu gegenüber dem früheren guten Verhältnis zu Österreich.

1) Elben, a.a.O., S.144

2) Chotek an Beust, 21.1.1867, W.A.

Reform der Wehrverfassung. Anfang Januar lud Fürst Hohenlohe, der - ohne es offen auszusprechen - den Anschluß an den Norden für seine eigentliche Aufgabe hielt, die vier süddeutschen Staaten zu einer Militärkonferenz nach Stuttgart ein. Schon in dem Einladungsschreiben betonte er, daß es nicht um einen süddeutschen Bund gehe, sondern um die Herstellung eines einheitlichen Militärsystems mit Angleichung an das preußische. Varnbüler bezeichnete es als die Aufgabe der Konferenz, "nicht nur eine Einigung mit den übrigen deutschen Staaten auf dem wirtschaftlichen Gebiet anzustreben, sondern auch in politischer Beziehung solche Anknüpfungspunkte mit den norddeutschen Staaten zu suchen".¹⁾ Dem Gesandten Chotek dagegen sagte er genau das Gegenteil: man wolle nur "die politische Unabhängigkeit Württembergs" erhöhen.²⁾

Das militärische Ergebnis von Stuttgart (3.-5. Febr. 1867) entsprach den allgemeinen Erwartungen. Die vier Außen- und Kriegsminister vereinbarten eine gemeinsame Wehrverfassung, die den preußischen Prinzipien (allgemeine Wehrpflicht, dreijährige Präsenz, Gesamtstärke 2% der Bevölkerung usw.) nachgebildet war. Außerdem wurden gleichartige Ausbildung, Einteilung der Korps, Ausrüstung sowie gemeinschaftliche größere Übungen beschlossen.³⁾ Politisch dagegen brachte die Konferenz weder eine stärkere Annäherung an Preußen noch an Österreich, da Bismarck eben erst hatte durchblicken lassen, daß er mit den Schutz- und Trutzbündnissen zufrieden sei und der Nordbund wegen des von Frankreich zu erwartenden Widerstandes jetzt nicht auf Süddeutschland ausgedehnt werden könne.⁴⁾ Beust nahm daher das Ergebnis gelassen auf, da er doch nichts daran ändern konnte. Er war zufrieden, "solange die süddeutschen Streitkräfte nicht Preußen geradezu zur Disposition gestellt" wurden, und hoffte darauf, daß die innere Neugestaltung Österreichs einer solchen Eventualität noch

1) Varnbüler/Hardegg an König, 22.2.1867, St.A.

2) Chotek an Beust, 24.1.1867, W.A.

3) Wehrverfassung der süddeutschen Staaten vom 5.2.1867, Abschrift an Thumb, St.A.

4) Chotek an Beust, 6.2.1867, W.A.; Spitzemberg (Berlin) an Varnbüler, 31.1.1867, St.A.

rechtzeitig entgegenwirken konnte.¹⁾

Beust fand einen Verbündeten in der zweiten Kammer in Stuttgart. Die Abgeordneten der Volkspartei wehrten sich bei den Budgetdebatten lange erbittert und zum Teil erfolgreich gegen die Angleichung des württembergischen Wehrsystems an das preußische; erst im Frühjahr 1870 gelang es dem neuen Heeresminister von Suckow, einen Kompromißvorschlag im Parlament durchzusetzen.

2. Versuche einer Neuorientierung Süddeutschlands

Die isolierte Stellung der vier süddeutschen Staaten - Hessen-Darmstadt war eigentlich nur noch ein "halber" souveräner Staat, weil der nördlich des Mains gelegene Teil dem Nordbund angehörte - legte den Gedanken nahe, daß deren Gebiet, entsprechend dem Nordbund, zu einem Südbund zusammengefaßt werde. Bei den Friedensverhandlungen hatte Österreich auf die Möglichkeit für die Schaffung eines solchen Staatengebildes großen Wert gelegt und, nachdem die entsprechende Bestimmung im Nikolsburger Präliminarfrieden gestrichen worden war, diese wieder in den Artikel IV des Prager Friedens hineingebracht. Sie lautete:

"Se. Majestät der Kaiser von Österreich ... erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie (des Mains. D. Verß.) gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden Vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird." 2)

Der Artikel IV enthielt also keine Verpflichtung, aber die Möglichkeit zur Schaffung eines Südbundes; Österreich dürfte es bei diesem Artikel vor allem auf die "internationale, unabhängige Existenz" angekommen sein, während Preußen wohl "dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde" ausnützen wollte.

1) Thumb an Varnbüler, 14.2.1867, St.A.
2) Friedensvertrag von Prag zwischen Preußen und Österreich vom 23.8.1866, in: Europäischer Geschichtskalender, VII. Jahrgang 1866

Von den süddeutschen Staaten hatte Baden überhaupt keine Lust, einer solchen Föderation beizutreten; Dalwigg in Hessen hätte wohl persönlich gerne daran teilgenommen, aber das hätte für das kleine Großherzogtum die Spaltung bedeutet. Entscheiden mußten also die Auffassungen der bayerischen und der württembergischen Minister. Von der Pfordten war einem Südbund nicht abgeneigt, sah aber zunächst keine Möglichkeit für die Verwirklichung des Planes und erwartete die Initiative dazu von den beiden späteren Partnern Baden und Württemberg. Sein Nachfolger Hohenlohe zeigte kein Interesse an einem Gegengewicht gegen den Nordbund; er wollte höchstens über einen Südbund zu einer organischen Verbindung mit dem Norden gelangen, als "die Anbahnung eines das gesamte Deutschland umfassenden nationalen Bandes".¹⁾

Varnbüler sprach unmittelbar nach dem Frieden zunächst "in einem beinahe verächtlichen Tone" von dem Projekt ²⁾, erklärte dann aber in einem Kammerausschuß, es seien einleitende Schritte geschehen, um über die Bildung eines Südbundes zu verhandeln. Nachträglich korrigierte er sich gegenüber dem österreichischen Gesandten: diesen seinen Worten im Ausschuß sei keine weitergehende Bedeutung beizumessen.³⁾ Thumb in Wien, ein Gegner des Südbundplanes, berichtete von seinem Antrittsbesuch bei Beust, man scheine in Wien dem Südbund nicht besonders gewogen zu sein, da man die republikanischen Ziele der Dahinterstehenden leicht erkannt habe.⁴⁾ Das war sicher nur die halbe Wahrheit; denn Beust mochte vielleicht ein Gebilde ablehnen, wie es die Volkspartei in Württemberg anstrebte - eine republikanische Konföderation, bestehend aus Süddeutschland, Deutschösterreich und der Schweiz -, aber die Schaffung eines Südbundes mit einer Verfassung ähnlich der des verflochtenen Deutschen Bundes hat er unablässig bis 187p betrieben.

Das bewies auch seine Unterredung mit dem hessischen Gesandten Frh.von Gagern, der anregte, die vier süddeutschen Staaten

1) Doeberl, a.a.O., S.33 ff.

2) Wolkenstein an Mensdorff (privat), 5.9.1866, W.A.

3) Wolkenstein an Mensdorff, 14.10.1866, W.A.

4) Thumb an Varnbüler, 16.11.1866, St.A.

sollten in den Nordbund eintreten, um dort den preußischen Einfluß zurückzudrängen, die österreichfreundlichen Elemente zu stützen und dem Kaiserstaat eine feste Allianz mit Deutschland zu sichern. Beust bezweifelte, ob der Eintritt Süddeutschlands die Tendenzen Preußens tiefgehend ändern könne. In einem solchen Fall nämlich werde Süddeutschland von Österreich vollkommen getrennt, des eigenen Willens und Einflusses beraubt, in eine abhängige, untergeordnete Stellung versetzt, und Bayern erhalte höchstens die Vizepräsidentschaft. Er empfahl, den "ziemlich harten Bedingungen" des Nordbundes nicht entgegenzueilen und betonte abschließend, Österreich befolge zwar eine Politik der Zurückhaltung und Nichteinmischung, könne aber den Eintritt in den Nordbund nicht billigen oder ihm Beifall zollen.¹⁾

Beust konnte bei seinen Südbundplänen in Stuttgart außer von der Volkspartei lediglich einige Unterstützung von dem bedeutendsten Kammerabgeordneten, Frh.von Mittnacht, erwarten, da dieser bei der Ratifizierung des Friedensvertrages im Oktober 1866 eine "engere Verbindung der südlichen Staaten" empfohlen hatte; aber er ging mehr und mehr wieder davon ab, bis er schließlich im April 1867 den Südbund ganz ablehnte.²⁾

Auch Neurath redete einer gemeinsamen Neutralität Süddeutschlands das Wort, resignierte aber, als Varnbüler und die Brüder Spitzemberg seinen Einfluß bei Hofe ausschalteten.³⁾

Varnbüler schließlich betrieb jetzt wieder eine Politik des Zuwartens und ließ es Beust durch Thumb mehrmals wissen, daß er aus dieser Stellung nicht heraustreten werde. Da auch Bismarck infolge einer Interpellation des französischen Botschafters in Berlin beruhigend versicherte, Preußen strebe den

1) Beust an Trautmannsdorff (München), Chotek und Hoyos (Darmstadt), 16.1.1867, W.A.

2) W.Seefried: Mittnacht und die deutsche Frage bis zur Reichsgründung, S.51. Mohl, a.a.O., Bd.II, S.280, nennt Mittnacht einen "grundgescheiterten, aber bis zur Unglaublichkeit schweigsamen Mann"; das trifft nicht zu, denn Mittnacht war der gewandteste, bei allen wichtigen Anlässen sprechende Redner in der zweiten württembergischen Kammer.

3) Chotek an Beust, 31.1.1867, W.A.

Anschluß Süddeutschlands nicht an und werde mit keinem der vier Staaten in Separatverhandlungen eintreten, ließ auch Beust vorerst von einer aktiven Politik in Richtung Südbund ab¹

Die Veröffentlichung der Bündnisverträge. Die Krise um Luxemburg (Napoleon forderte Kompensationen für seine Friedensvermittlung im Jahr 1866) bewog Bismarck Anfang März 1867, die Veröffentlichung der mit den Süddeutschen im August 1866 geschlossenen geheimen Schutz- und Trutzbündnisse anzuregen, um so Frankreich die militärische Stärke Deutschlands zu demonstrieren. In seinem Runderlaß an die süddeutschen Höfe erklärte er jedoch auch, diese Maßnahme erleichtere den Anschluß an den norddeutschen Bund, was Varnbüler wegen der entgegengesetzten Volksstimmung ziemlich unangenehm berührte. Er zögerte lange mit der Bekanntgabe des Bündnisses, und erst als die benachbarten Länder das Geheimnis schon preisgegeben hatten, leitete auch er den Vertrag dem "Staatsanzeiger" zu. Das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen²⁾ enthielt nur vier Paragraphen:

1. Gegenseitige Garantie der Ländergebiete; im Falle eines Krieges stellt der eine Partner dem anderen die volle Truppenmacht zur Verfügung.
2. Im Falle eines Krieges überträgt der König von Württemberg den Oberbefehl an den König von Preußen.
3. Die Bündnispartner verpflichten sich zunächst zur Geheimhaltung.
4. Das Bündnis wird gleichzeitig mit dem Friedensvertrag abgeschlossen.

Varnbüler geriet gegenüber Chotek ziemlich in Verlegenheit, als dieser ihn auf das Bündnis ansprach. Doch begründete er den Abschluß damit, daß Württemberg als kleines Land nicht habe vereinzelt dastehen können. Ein Bündnis mit Österreich sei von Wien in den kritischen Tagen von Königgrätz und Nikolsburg als unpraktisch bezeichnet worden; eine Anlehnung an

1) Beust an Metternich (Paris), Trautmannsdorff, Chotek und Hoyos, 29.1.1867, W.A.

2) "Staatsanzeiger für Württemberg", 23.3.1867, St.A.

Frankreich sei wegen der nationalen Strömung im Volk nicht möglich gewesen; ein Südbund komme wegen der Abneigung Badens und wegen der Suprematiegelüste Bayerns nicht in Frage, da Württemberg zwar nicht an Gebietsgröße, aber doch geistig und intellektuell mit Bayern gleichstehe; und somit sei nur das Bündnis mit Preußen möglich gewesen, zumal die preussischen Truppen im August 1866 schon weit nach Württemberg eingedrungen gewesen seien. Varnbüler betonte aber den rein defensiven Charakter des Vertrages. Trotz dieser vielen Versicherungen konnte Chotek sich am Schluß seines Berichtes nicht der Bemerkung enthalten, daß Süddeutschland und Preußen in Varnbülers Voranschlägen für die Zukunft schon e i n s ausmachten.¹⁾

König Karl nahm eine Mittelstellung ein. Er versicherte zwar, den mit Preußen geschlossenen Vertrag loyal zu erfüllen, sprach sich aber dafür aus, auch Österreich in das Bündnis mit einzubeziehen, um die einseitige Bindung an Preußen etwas abzuschwächen.²⁾ Der erbitterteste Gegner des Bündnisses aber war Neurath. Er erklärte dem österreichischen Gesandten, Württemberg sei nun in jedem Krieg an Preußen gekettet, die Veröffentlichung bedeute einen schweren Schlag gegen die öffentliche Meinung. Neurath sann darüber nach, wie er die Bestimmungen des Vertrages mildern könne, und hoffte, die Ständerversammlung würde noch ein Veto einlegen.³⁾ Als im April die Luxemburger Krise ihrem Höhepunkt zustrebte, überlegte er, "wie man sich den Schlingen des Vertrages entziehen könne", während Varnbüler zur "deutschen Unbeugsamkeit" hinneigte und ebenso wie der Ministerrat den Bündnisfall als gegeben betrachtete. Neurath trat daraufhin, auch wegen Differenzen über die Münchner Punktationen und über die Zollfrage, am 26. April 1867 zurück.⁴⁾ Sein Nachfolger als Justizminister wurde der Obertribunalrat Frh. von Mittnacht, während den Vorsitz des Geheimen Rates der Großdeutsche Golther übernahm.

-
- 1) Chotek an Beust, 28.3.1867, W.A.
 - 2) Chotek an Beust, 25.3., 26.4.1867, W.A.
 - 3) Chotek an Beust, 25.3.1867, W.A.
 - 4) Chotek an Beust, 11.4.1867, 26.4.1867, W.A.

In Wiener Regierungskreisen hatte man von den Bündnissen wohl eine Ahnung, aber keine Gewißheit gehabt. Beusts Reaktion war daher äußerst heftig. In seinen Memoiren nannte er später die Bündnisse "ein Meisterstück deloyaler Handlungsweise", "das Äußerste, was an Macchiavellismus geleistet werden konnte". Der Prager Friede sei damit anticipando verletzt worden.¹⁾ Beust war jedoch zu klug, um diesen seinen Ärger offiziell zu zeigen. Gegenüber Thumb äußerte er lediglich, er hätte gewünscht, daß die süddeutschen Staaten ihr Verhalten mehr auf ein Zusammengehen aller drei Teile, also Nord-, Süddeutschlands und Österreichs, gerichtet hätten. Die Selbständigkeit der Südstaaten wäre dadurch äußerlich eher gewahrt worden, und diese hätten dann die Annäherung Österreichs und Preußens fördern können. Nun liege der politische Schwerpunkt Deutschlands ausschließlich in Berlin, und dieses kontrolliere die Lage. Beust legte auch keinen offiziellen Protest ein und ließ in Berlin nur betonen, daß zwischen den verschiedenen Verträgen jetzt keine wahre Übereinstimmung mehr bestehe.²⁾ -

Die Mission Tauriskirchen. Hohenlohes Politik zielte seit Beginn des Jahres darauf ab, mit den anderen Südstaaten mit dem Nordbund in einen sog. "weiteren Bund" zu treten und sich die Zustimmung Österreichs durch ein Bündnis dieses Gesamtdeutschlands mit der Donaumonarchie zu erkaufen. Als Varnbüler Mitte März (16.-20.3.) mehrere Tage in München weilte, um Hohenlohe für die Bismarckschen Zollpläne zu gewinnen, ging dieser noch nicht darauf ein, gewann aber Varnbülers Zustimmung zu den Allianzplänen mit Österreich. Diese kamen ja auch - wie wir schon gesehen haben - den Wünschen König Karls entgegen, während Neurath scharf opponierte und be-

1) Beust, a.a.O., Bd.II, S.117. Der Prager Friede, der im § 4 die international unabhängige Existenz der Südstaaten festlegte, wurde erst nach den Berliner Bündnissen unterzeichnet (23.8.1866). Formell sind Beusts Vorwürfe nicht gerechtfertigt, da die Auflösung des Deutschen Bundes schon im Nikolsburger Präliminarfrieden festgelegt war und die Bündnisse die selbständige Existenz nicht beeinträchtigten. Aber dem Geiste nach kann man sehr wohl von einer Verletzung sprechen.

2) Thumb an Varnbüler, 27.3.1867, St.A.; Beust, a.a.O., Bd.II S.117 f.

fürchtete, Württemberg werde dann zu einer entlegenen, stiefmütterlich behandelten und entrechteten Provinz Preußens herabsinken.¹⁾

Nachdem Hohenlohe durch Fröbel in Wien hatte vorfühlen lassen, schickte er seinen persönlichen Referenten Tauffkirchen zunächst nach Berlin, wo Bismarck, ohne sich festzulegen, seine wohlwollende Unterstützung zusagte, und dann nach Wien zu Beust (etwa 15. April 1867). Sei es, daß Beust sofort den Hauptzweck der Aktion, nämlich die Annäherung Süddeutschlands an den Nordbund, durchschaute, sei es, daß er die Garantie für die deutschen Provinzen Österreichs als ein zu geringes Gegenangebot hielt (Beust: "die wollte ja niemand"), Tauffkirchen mußte jedenfalls wieder abreisen, ohne die Annahme der Vorschläge "in der doppelten Gestalt von Wünschen Bayerns und indirekten Anträgen Preußens" erreicht zu haben. Beust schrieb an Chotek:

"Wie Euer Hochwohlgeboren denken können, habe ich es nicht für angezeigt gehalten, den Faden dieser preußisch-bayerischen Annäherungsversuche scharf abzuschneiden. Ebenso wenig aber habe ich ihn in der heutigen Weltlage annehmen können." Somit mußte "meine Antwort von wesentlich negativem Charakter sein...".²⁾

Der österreichische Gesandte glaubte jetzt feststellen zu können, daß Varnbüler nicht mehr einseitig nach Berlin tendiere, denn ihm gegenüber lobte und anerkannte der Minister das politische Programm Beusts. Ja, er äußerte sogar seine Freude über das Scheitern der Tauffkirchenschen Mission, weil er sich anscheinend übergangen und in seiner Eitelkeit verletzt fühlte.³⁾ Aber er betrat sofort wieder andere Pfade. Denn nachdem Varnbüler Neurath aus dem Kabinett ausgebootet hatte, machte er sich erneut an Hohenlohe heran, um ihn für seinen Weg der nationalen Politik zu gewinnen. Am 6. Mai brachte er in München eine Punktation zustande, die sich kaum von dem eben abgelehnten Tauffkirchenschen Programm unterschied: Bayern und Württemberg erklären sich darin bereit,

1) Denkschrift Neuraths an den König, 23.4.1867, Wt.A.

2) Beust an Chotek und Trautmannsdorff, 20.4.1867, W.A.

3) Chotek an Beust, 26.4., 17.5.1867, W.A.

auf Anregung Preußens in Verhandlungen über einen "weiteren Bund" einzutreten. Dieser solle den Nordbund und die vier Südstaaten umfassen und nach den Prinzipien der Bundesakte von 1815 aufgebaut sein. Eine Allianz mit Österreich sei anzubahnen.¹⁾

Beust erfuhr durch eine Indiskretion Hohenlohes von dem Inhalt der Vereinbarung und wandte sich nun schärfer als zum ersten Mal gegenüber Fröbel und Tauffkirchen gegen den weiteren Bund. Die Bestimmungen des Prager Friedens seien schon in den Schutzbündnissen verletzt worden, schrieb er in einem Zirkular, das neue Projekt aber werde den "Widerspruch noch bedeutend verschärfen und vollständiger in Erscheinung bringen". Die Regierungen würden einzeln dem Willen der norddeutschen Großmacht untergeordnet werden. Der Wunsch nach einer Gesamtallianz mit Österreich sei doch sehr vage, wobei ohnehin noch zu bezweifeln sei, ob man Österreich eine gleichberechtigte Stellung einräumen werde. Unter solchen Umständen wolle Österreich lieber verzichten und sich die Handlungsfreiheit bewahren. Württemberg und Bayern möchte man aber dringend raten, zuzuwarten und keine neuen Verwicklungen heraufzubeschwören.²⁾

Varnbülers Reaktion auf dieses sehr deutliche Schriftstück fiel ebenfalls ziemlich heftig aus. Teils ignorierte er die österreichische Kritik, teils schob er die Schuld auf Bayern. Beust selbst habe, noch als sächsischer Minister, ihm den Anschluß an den norddeutschen Bund empfohlen, und durch eine Vereinsamung gefährde Württemberg seine Selbständigkeit erst recht. Dagegen könne er im Nordbund oder im Zollparlament die Minoritätsstaaten gegen Preußen schützen.³⁾ Mehrere Berichte Thumbs, wonach der Eintritt Süddeuschlands in den Nordbund sicher den Krieg nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Österreich bedeuten würde, sowie die Zurückhaltung des Königs bewogen Varnbüler aber zu einer nachgiebigeren Haltung. Dem Gesandten Chotek versicherte er feierlich, er werde

1) Münchner Punktation vom 6.5.1867, St.A.

2) Zirkular Beusts, 15.5.1867, W.A.

3) Chotek an Beust, 19.5.1867, W.A.

den "Gedanken der zuwartenden Vorsicht und Zurückhaltung in die ernsteste Erwägung ziehen", und schließlich schrieb er an Thumb, er lege auf den österreichischen Protest hin keinen Wert mehr auf den Vollzug dieser Punktation.¹⁾ Bei dem erneuten Zusammentreffen Varnbülers mit Hohenlohe in Nördlingen wurde der Plan eines weiteren Bundes und dessen Allianz mit Österreich vollends begraben.

3. Das Hin und Her um einen Südbund

Beim Treffen in Nördlingen anlässlich der Einweihung der Bahnstrecke Stuttgart-Aalen-Nördlingen standen schon die Probleme um die Neuorganisation des Zollvereins im Vordergrund. Bismarck hatte am 15. Februar 1867 vorgeschlagen, die Verfassung des norddeutschen Bundes für alle wirtschaftlichen Fragen auch auf den Süden auszudehnen; ein "Zollparlament", bestehend aus dem Reichstag und süddeutschen Abgeordneten, solle die bisherige Organisation ergänzen. "Der Umbau des alten Zollvereins war ... ein Teil des großen deutschen Gesamtgebäudes, das er (Bismarck) bei allen Maßnahmen stets vor Augen hatte."²⁾ Varnbüler, ein unbedingter Anhänger des Zollvereins, machte sich zum eifrigsten Vorkämpfer für die Neuregelung der Zollverhältnisse im Sinne Bismarcks.

Sein erbitterter Gegner im Innern war bis zur Entlassung Neurath gewesen. Die zu erwartende Kündigung des Zollvereins hielt dieser nämlich für kein so starkes Druckmittel Preußens, daß man unbedingt nachgeben müsse.³⁾ In der wichtigen Ministerratssitzung vom 10. April und ebenso in seiner Denkschrift vom 23. April 1867 lehnte Neurath das Zollparlament ab, da man von diesem Übergriffe auf das politische Gebiet und eine zentralistische Wirksamkeit befürchten müsse. Auch werde das

1) Thumb an Varnbüler, 2.5., 13.5.1867; Varnbüler an Thumb, 22.5.1867, St.A.; Chotek an Beust, 23.5.1867, W.A.

2) W. Schübelin: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866-1870, S.18

3) Chotek an Beust, 3.2.1867, W.A.

Widerspruchsrecht fallen. Das Zollparlament bedeute damit letztlich das Ende der Selbständigkeit Württembergs.¹⁾ Da Neurath sich im Kabinett nicht durchsetzen konnte, trat er zurück. - König Karl hatte anfänglich gegen das Zollparlament nichts einzuwenden, machte aber nach Beusts scharfer Ablehnung der Münchner Punktation einen Rückzieher. Er erklärte jetzt Chotek, er wolle in militärischer und handelspolitischer Hinsicht keinem Zoll mehr nachgeben, wenn er "auch ganz allein bleiben sollte".²⁾ Doch konnte sich der König gegen Varnbüler nicht durchsetzen.

Lange widerstand auch Hohenlohe, der die Kritik Österreichs und die Ablehnung der bayerischen zweiten Kammer befürchtete. Erst als Varnbüler in Nördlingen einen Bericht Thumbs in der Tasche hatte, wonach Beust das Bedürfnis nach einer organischen Rekonstruktion des Zollvereins als zwingende Notwendigkeit anerkannte³⁾ - als sächsischer Minister war er bekanntlich stets ein treuer Freund des Zollvereins gewesen -, erst mit diesem Argument gelang es ihm, Hohenlohes Zustimmung zu erlangen und einen reibungslosen Ablauf der am 3. Juni beginnenden Zollvereinskonferenz zu gewährleisten. - Am 4. Juni schon stand das neue Abkommen, das den Zollverein um 10 Jahre verlängerte und als wichtigste Neuerung das Zollparlament brachte, das von Preußen nicht regelmäßig, sondern nur bei Geschäftsanfall zu berufen war.

Varnbüler war sich der Gefahr bewußt, daß das Zollparlament versuchen könnte, die vertragsmäßige Zuständigkeit zu überschreiten, glaubte auch, daß dies nicht immer verhindert werden könnte, sah jedoch die Bedenken angesichts der nicht regelmäßigen Tagungsweise für nicht allzu groß an.⁴⁾ Chotek gegenüber betonte er, die Erneuerung des Zollvereins sei für Württemberg ein "kategorischer Imperativ" gewesen; die Neuschöpfung des Zollparlaments sei "bloß kommerziellen Charakters". Seit er den Zollverein unter Dach und Fach gebracht

1) Chotek an Beust, 26.4.1867, W.A.

2) Chotek an Beust, 17.5.1867, W.A.

3) Thumb an Varnbüler, 26.5.1867, St.A.

4) Varnbüler an König, Abschrift an Thumb, 8.6.1867, St.A.

habe, könne er Preußen gegenüber viel fester auftreten.¹⁾ -

Im Sommer des Jahres 1867 glaubte Chotek einige Symptome für eine von Preußen wegstrebende Politik Württembergs entdeckt zu haben. Preußen entsandte nämlich als Bevollmächtigten für die Reorganisation des württembergischen Heeres gleich einen General (Obernitz). Der hohe Rang dieses Beraters schockierte aber den König und die Regierung einigermaßen. Württemberg beschloß zusammen mit Bayern, weder Österreich noch Preußen am Besitz oder an der Besatzung der ehemaligen Bundesfestung Ulm zu beteiligen. Varnbüler behielt sich auch vor, den casus foederis, d.h. den Fall, wenn das Schutzbündnis in Kraft eintrete, selbst zu bestimmen. Und schließlich zeigte Württemberg in der Postsache spröde Reserve gegenüber Preußen. Doch kam Chotek bei einer Reise nach München, wo er versuchte, die gemeinsame süddeutsche Widerstandskraft gegen Preußen zu stärken, zu dem Ergebnis, daß Varnbüler immer noch ein besseres Verhältnis zu Preußen habe als Hohenlohe. Varnbüler sei gewandter, rücksichtsloser, "mit allen Hunden gehetzt".²⁾

Salzburg. Die Reise Napoleons nach Salzburg zu einem Besuch bei Kaiser Franz Joseph Anfang August brachte nicht den erhofften Fortschritt in der deutschen Frage. Der französische Gesandte Gramont hatte schon im April ein Offensiv- und Defensivbündnis gegen Preußen angeboten. Darin war u.a. auch ein Südbund unter der Hegemonie Österreichs vorgesehen. Beust hatte aber den Plan als zu abenteuerlich abgelehnt, da er bei einem eventuellen Kriegszug den moralischen Verlust in Deutschland für größer erachtete als den materiellen Gewinn und da sich die öffentliche Meinung für äußerste Zurückhaltung des Kaisers aussprach.³⁾ In Salzburg sprach Napoleon erneut über ein Eroberungsbündnis, ohne bei Beust auf Gegenliebe zu stoßen. Beust kannte nämlich die antifranzösische

1) Chotek an Beust, 18.6., 2.7.1867, W.A.

2) Chotek an Beust (privat), 28.6., 9.7., 13.7.1867, W.A.

3) Tessin an Varnbüler, 1.8.1867, St.A.

Stimmung in Deutschland und versprach sich mehr Erfolg bei der Gewinnung der süddeutschen Staaten, wenn Österreich sein inneres System liberal fortentwickle. Man kam daher, abgesehen von Abmachungen über die Orientpolitik, lediglich überein, die Beobachtung des Prager Friedens durch Preußen als eine gemeinsame Aufgabe zu betrachten und sich jeder Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu enthalten.

Daß Beust die Lage in Süddeutschland richtig beurteilt hatte, bewiesen die kurzen Besprechungen, die Napoleon auf der Durchreise mit Hohenlohe in München und mit Varnbüler in Stuttgart pflog. Beide nämlich sagten ihm, die Bildung eines Südbundes sei unmöglich. Varnbüler benutzte wieder die alte Begründung: Bayern würde bald das Übergewicht und die ganze Leitung in Händen haben, die Absorption Süddeutschlands durch Bayern sei das Ergebnis.¹⁾ Beust lag viel daran, in den süddeutschen Ländern nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als ob Napoleon und der Kaiser in Salzburg eine Intervention in Deutschland vorbereitet hätten. In einem Zirkulartelegramm vom 28. August legte er sofort dar, "daß insbesondere eine Einmischung in die Angelegenheiten der süddeutschen Staaten und beispielsweise der Bildung eines süddeutschen Bundes in keiner Weise Gegenstand der Besprechungen gewesen ist".²⁾ Die Empfindlichkeit Hohenlohes und Varnbülers in diesem Punkt wurde also berücksichtigt.

Thumb in Wien versuchte, aus dem mageren Ergebnis von Salzburg Kapital für den Eintritt Süddeutschlands in den Nordbund zu schlagen. Er berichtete, Beust und jeder Einsichtige seien in Wien der resignierten Ansicht, der Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund sei nur noch eine Frage der Zeit; man könne ihn vielleicht verzögern, aber nicht aufhalten. "Österreich wird sich dieserhalb nicht rühren, weil es weder materiell noch politisch dies kann, und was Frankreich betrifft, so will man an unterrichteter Seite an-

1) Wolkenstein an Beust, 27.8.1867, W.A.; vgl. außerdem Beust: a.a.O., Bd. II, S. 133 f.

2) Zirkulartelegramm Beusts, 28.8.1867, W.A.

nehmen, daß der Kaiser Napoleon nach den Enttäuschungen von Salzburg darauf verzichtet habe, einen casus belli aus der Vollziehung jenes Eintritts zu machen ..." Schließlich deutete Thumb an, Württemberg werde, falls es nicht in den Nordbund eintrete, bei Österreich zukünftig keinen Rückhalt finden.¹⁾ Der fernere Verlauf der Politik erwies aber, daß Thumbs Kombinationen dem eigenen Kopfe entsprungen, daß der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen war.

Die Verträge vor den Kammern. Im Herbst 1867 mußte Varnbüler das Militärbündnis und den Zollvertrag den Kammern zur Ratifikation vorlegen. Von vornherein standen sich zwei Fronten - die Volkspartei und die Deutsche Partei - schroff gegenüber. Mohl, einer der Führer der Volkspartei, hatte im Sommer eine Flugschrift "Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren" herausgegeben, in der er scharf gegen das Bündnis und die neuen Zollverträge Stellung genommen hatte. Diese Broschüre fand reißenden Absatz. Auch Schöffle hatte eindringlich gewarnt: "Eher kehrt die Kugel in den Lauf zurück", schrieb er in der "Allgemeinen Zeitung", "als daß Preußen am Main Halt machen, mit den Augustverträgen dauernd zufrieden sein, und mit Österreich eine neue Ära des Friedens inaugurieren könnte."²⁾ - Die Deutsche Partei dagegen ermunterte zum sofortigen Eintritt in den Nordbund.

Varnbüler und der Ministerrat sahen sich also einer äußerst prekären Situation gegenüber. Sie lehnten zwar das Begehren der Deutschen Partei ab und ernteten dafür das Lob Beusts³⁾, mußten aber auch die Volkspartei in Schach halten, welche die Entlassung Varnbülers forderte und alle Gefahren abwehren wollte, welche sich aus der Genehmigung des Trutzbündnisses und des neuen Zollvertrages samt dem Zollparlament ergeben könnten. Varnbüler mußte alles aufbieten, um eine Mehrheit zu erlangen. Um nicht die wenigen Stimmen der

1) Thumb an Varnbüler, 5.10.1867, St.A.

2) Rapp, a.a.O., S.227

3) Thumb an Varnbüler, 28.9.1867, St.A.

Deutschen Partei zu verlieren, andererseits aber auch, um bei den Volksparteilern Anklang zu finden, fragte er über Chotek bei Beust telegraphisch an, ob er nicht den Passus in Hohenlohes Rede, der die Allianz mit Österreich als eine national notwendige Ergänzung bezeichnete, dementieren und - entsprechend dem Ergebnis der Tauffkirchenschen Mission - Österreich damit mehr dienlich sein könne.¹⁾ Beust antwortete lediglich, er hoffe, daß Varnbüler sich nicht weniger freundlich gegenüber Österreich aussprechen werde als Hohenlohe. Varnbüler folgte dieser Anregung, gebrauchte aber nicht das Wort "Allianz".²⁾

Im Stuttgarter Ministerium herrschte ziemliche Aufregung und Nervosität über das vermutliche Ergebnis der Debatte. König Karl kehrte aus seinem Ferienaufenthalt zurück, "um Baron Varnbüler durch Dick und Dünn zu stützen und am Ruder zu erhalten". Varnbüler wünschte unbedingt eine Äußerung der österreichischen Zustimmung zu erhalten und ließ Chotek durch Prinz Friedrich bitten, schwankende Abgeordnete für die Verträge umzustimmen. Chotek lehnte das ab: 1. aus formalen Gründen, 2. weil die Verträge keineswegs im Interesse Österreichs lägen, und 3. weil Varnbüler Österreich weniger freundlich gesinnt sei als Hohenlohe. Daraufhin kam Varnbüler selbst zu Chotek, versuchte ihn zu irgendeiner positiven Stellungnahme zu überreden und versicherte ihm, er werde Württembergs politische und wirtschaftliche Selbständigkeit voll und ganz wahren, wenn nur erst die Verträge angenommen seien. Der österreichische Gesandte blieb jedoch hart und antwortete, man müsse erst abwarten, ob sich diese Zusicherungen bewahrheiten würden.³⁾ Lediglich Thumb in Wien versuchte Hilfestellung zu leisten. Er schrieb, selbst die offiziellen Blätter betrachteten den Widerstand der württembergischen Kammer gegen das Trutzbündnis "als eine Don-

1) Chotek an Beust (Tel.), 15.10.1867, W.A.

2) Beust an Chotek (Tel.), 16.10.1867; Chotek an Beust, 30.10.1867, W.A.

3) Chotek an Beust, 31.10, 1.11.1867, W.A.

Quixotiade", "der jede politische vernünftige Grundlage abgeht, weshalb auch nicht einmal ein Wort der Guttheißung jener Opposition aus dem österreichischen Lager zu vernehmen ist".¹⁾

Varnbüler, ein Meister der Taktik, verstand es jedoch, die Abstimmung solange hinauszuzögern, bis aus München die Nachricht eintraf, die bayerische Kammer habe zugestimmt. Dann drang er siegessicher auf die württembergische Kammer ein und erlangte mit der Argumentation, Württemberg könne sich nicht isolieren, eine Mehrheit (58 : 32). Auch eine leidenschaftliche Gegenrede Neuraths in der ersten Kammer konnte dort die Annahme nicht verhindern.²⁾ Thumb - und damit erweist sich seine eben zitierte Berichterstattung als nicht voll glaubwürdig - Thumb mußte jetzt zugeben, daß einige Wiener Blätter über das Resultat der Abstimmung sehr verärgert seien.³⁾ Varnbüler aber hielt sich trotz der Absage Choteks an seine ursprünglichen Zusicherungen. Er schrieb nämlich an Thumb, er wisse für jetzt keinen Grund, "welcher weitere Opfer der süddeutschen Staaten an Selbständigkeit und Geld rechtfertigte zu dem Zwecke, um das Band mit dem norddeutschen Bund enger zu knüpfen, als dies durch die beiden Verträge geschehen ist".⁴⁾ "Also, meine Herren, bleiben wir vorerst gute Württemberger!", sagte er in der Kammer.

Neue Initiative in der Südbundfrage. Der Gegenbesuch Kaiser Franz Josephs in Paris Ende Oktober/Anfang November bot Beust die erwünschte Gelegenheit, eine neue Initiative für die Schaffung eines Südbundes zu ergreifen. Schon auf der Anreise forderte er, allerdings ohne Erfolg, Hohenlohe zu aktivem Vorgehen auf. Dem preußischen Gesandten in Paris, von Goltz, legte Beust dar, Preußen habe nun durch das Militärbündnis und das zu errichtende Zollparlament alles in Deutschland erreicht; es sollte nun keine weiteren Schritte

1) Thumb an Varnbüler, 29.10.1867, St.A.

2) Chotek an Beust, 3.11.9.11.1867, W.A.

3) Thumb an Varnbüler, 2.11.1867, St.A.

4) Varnbüler an Thumb, 3.11.1867, St.A.

mehr gegenüber Süddeutschland tun, damit nicht die Empfindlichkeit Napoleons und dessen Kriegsgelüste gereizt würden. Man müsse vielmehr die Friedenspartei in Frankreich stärken, indem man eine Art süddeutsche Föderation schaffe. Vielleicht könne Preußen seinen Einfluß in dieser Richtung geltend machen, da die süddeutschen Staaten selbst wenig Verlangen danach zeigten. Österreich selbst wolle sich nicht offiziell einmischen.¹⁾ Goltz stimmte anscheinend mit ihm überein, daß die Konstituierung eines Südbundes eine Kollision mit Frankreich verhindern könne.²⁾

Bei der Rückreise entwickelte Beust im Eisenbahnzug zwischen Bietigheim und Stuttgart Varnbüler dieselben Gedanken. Österreich wolle die Verträge nicht beanstanden, wünsche aber, daß man im Interesse des Friedens nicht darüber hinausgehe. Beust regte eine "gewisse Gemeinschaftlichkeit" vor allem in militärischen Angelegenheiten an, meinte aber auch, Württemberg solle die Initiative zur Schaffung irgendeines "homogenen Gebildes" im Süden ergreifen; Baden werde vielleicht von Preußen eine Parole erhalten (womit Beust sich offensichtlich auf die Äußerungen Goltz' stützte). Varnbülers Frage, wie er sich denn ein solches Gebilde denke, konnte Beust aber nicht klar beantworten:

"Ich verlasse mich ganz auf Sie", erklärte er lediglich; "wir wollen alle den Frieden und Sie werden dafür wirken, das weiß ich, daß die Haltung Süddeutschlands eine möglichst selbständige bleibe und keinen Anlaß zu Störungen des Friedens gebe." 3)

Varnbüler sprach sich nun gegenüber seinem Berliner Gesandten dahingehend aus, daß politische Abmachungen zwischen den süddeutschen Staaten unmöglich seien, doch sei der Anstoß Beusts zu militärischen Vereinbarungen erwünscht gekommen. Er wolle versuchen, bei der kommenden Konferenz der Kriegsminister in München und bei den Verhandlungen über die Festung Ulm

1) Beust an Wimpffen (Berlin), Chotek, Trautmannsdorff, 15.11.1867, W.A.

2) Beust, a.a.O., Bd.II, S.134 f.

3) Varnbüler an König, 7.11.1867, St.A.

ein gutes Einvernehmen der Südstaaten demonstrieren; dieses dürfe jedoch nicht gegen Preußen gerichtet sein.¹⁾ Gegenüber Chotek ließ er sich zu noch weiteren Zugeständnissen herbei. Nichts wäre geeigneter, erklärte er, wenn von jetzt an ein mindestens äußerliches Zusammengehen der Südstaaten, wenn auch nur in einer "lockeren und partiellen Verbindung", gewonnen werden könnte. Auf materiellem und militärischem Gebiet müsse eine solche Gemeinsamkeit nicht schwierig zu bewerkstelligen sein, ein gemeinsames Parlament lehne er allerdings ab. Doch wolle er Karlsruhe davor zurückhalten, weitere Schritte zum Anschluß an den Nordbund zu tun.²⁾

Während Beust die Haltung Varnbülers begrüßte, aber in seiner Antwort sich wiederum nur auf den "praktischen Blick" Varnbülers und die "vielfachen Hilfsmittel seines (Varnbülers) Geistes und seiner Erfahrung" verließ³⁾, schien für Chotek der Moment gekommen, Varnbüler zu konkreten Maßnahmen in Richtung Südbund zu drängen. Aber je öfter er beim württembergischen Außenminister vorstellig wurde, desto eindeutiger Abfahren mußte er hinnehmen. Konnte er am 28. November noch nach Wien berichten, alle Minister und der König lehnten zwar ein Parlament ab, hielten auch auf materiellem Gebiet alles für schon geregelt, wollten sich aber auf militärischem Gebiet um gemeinsame Einrichtungen bemühen, so erlitt er zwei Tage später eine vollständige Niederlage. Das gemeinsame Parlament sei unmöglich, betonte Varnbüler, weil "das rote Gespenst das rascheste staatliche und dynastische Ende" bedeuten könne und sich das Parlament vielleicht sogar für einen Anschluß an Preußen aussprechen werde. Einen Bund ohne Parlament, für den weder ein geschäftliches Substrat noch praktische Verhandlungsgegenstände vorhanden seien, würden die Kammern nie billigen und wäre überhaupt ein "totgeborenes Kind". Auch Ministerkonferenzen würden bald überflüssig werden, und einen gemeinsamen Oberbefehl im Frieden wünsche

1) Varnbüler an Spitzemberg, 18.11.1867, St.A.

2) Chotek an Beust, 14.11.1867, W.A.

3) Beust an Chotek, 19.11.1867, W.A.

Württemberg nicht, weil es sich nicht vollkommen Bayern unterordnen wolle.¹⁾

Selbst Neurath und Albert Rechberg waren zur Bildung eines Südbundes sehr skeptisch eingestellt. Auch sie lehnten das gemeinsame Parlament ab, und Neurath hielt ein gemeinsames Auftreten Süddeutschlands für unmöglich, weil Hessen nicht könne und Baden nicht wolle. Aussicht habe nur eine bayrisch-württembergische Verständigung, doch auch diese dürfe nicht organisch und formell an den Tag treten und müsse ohne jeden äußeren Apparat, aber in harmonischem Geiste, aufgebaut sein.²⁾ Geheime Vorschläge Hohenlohes, die eben eingelaufen waren, wollte Varnbüler zwar prüfen, aber er war wenig geneigt, darauf einzugehen. Als schließlich im Dezember auch die Münchner Militärkonferenz erfolglos endete, erklärte er Chotek unverhüllt, ihm liege nichts an positiven gemeinschaftlichen Einrichtungen der Südstaaten; es komme ihm darauf an, "vor allem württembergisch zu bleiben". Das schrieb er auch an Thumb. Resigniert mußte Chotek feststellen, daß Varnbüler zwar entschieden den Eintritt in den Nordbund ablehne, aber ebenso entschieden sich weigere, eine Aktion in Richtung auf den Südbund zu unternehmen.³⁾ Beust und Chotek mußten ihre Vorstöße zunächst als gescheitert betrachten, vor allem - soweit aus den Aktenstücken erkennbar - infolge des ausgeprägten partikularistischen Geistes der württembergischen Minister.

Nach den Darlegungen dieser beiden Abschnitte erscheint der Titel des Schußlerschen Werkes: "Bismarcks Kampf um Süddeutschland im Jahr 1867" etwas verfehlt. Denn der preußische Staatsmann hat unmittelbar nach Königgrätz und mehrmals zu Beginn des Jahres 1867 erklärt, ihm liege am sofortigen Eintritt der Süddeutschen in den Nordbund nicht viel. Bismarck befürchtete den energischen Widerstand Frankreichs, glaubte aber Preußen noch nicht genügend gerüstet. Auch wollte

1) Chotek an Beust, 28.11., 30.11.1867, W.A.

2) Chotek an Beust, 5.12.1867, W.A.

3) Chotek an Beust, 6.12., 12.12., 17.12.1867, W.A.;
Varnbüler an Thumb, 16.12.1867, St.A.

er erst die Verfassung des Nordbundes sich einspielen lassen. Die Errichtung des Zollparlamentes bedeutete natürlich einen bewußten Schritt vorwärts zu einem vereinigten Deutschland. Aber gekämpft um die Südstaaten hat im Grunde doch Österreich, zwar nicht immer mit offenem Visier, aber doch nachhaltig und ausdauernd. Beust wollte den Südbund, er wollte ein Gegengewicht zum Nordbund. Und als zweite Phase schwebte ihm die Hegemonie Österreichs über dieses Gebilde vor. Daß er diesen Wunsch bis zur Entscheidung von 1870 nicht aufgab, wird uns der folgende Abschnitt zeigen.

4. Das Scheitern des Südbundgedankens

Beust gab sich, als seine Anregungen anläßlich der Reise nach Paris praktisch ohne jeden Erfolg geblieben waren, noch nicht geschlagen. Im Gegenteil: kaum hatte Chotek Mitte Januar 1868 gemeldet, daß die württembergische Regierung zwar die Festhaltung an den Verträgen mit Preußen proklamiere, aber sich entschieden gegen jede Kompetenzerweiterung des Zollparlamentes wenden werde¹⁾, so wagte er einen neuen Vorstoß. Er gab an Hohenlohe einen neuen Impuls zu Verhandlungen über ein süddeutsches Bundesverhältnis. Auch Chotek mußte in dieser Richtung vorfühlen. Wiederum aber erhielt er von Beust keinen klaren, festumrissenen Auftrag. Er sollte nur die bayrisch-württembergischen Verhandlungen beobachten und bei Gelegenheit "in fördernder Sprache" einwirken, aber es nicht als seine Aufgabe betrachten, spezielle Vorschläge zu geben, eingehend mitzuberaten und die Pläne der Hauptbeteiligten zu begutachten. Als wichtigste Argumente für die Gründung eines Südbundes sollte er jetzt kurz vor der Eröffnung des Zollparlamentes die Erhaltung des Friedens und die Zweckmäßigkeit politischer Vertragsverbindlichkeiten ins Feld führen.²⁾

1) Chotek an Beust, 16.1.1868, W.A.

2) Beust an Chotek und Trautmannsdorff, 29.1.1868, W.A.

Die in dem Schreiben an Chotek enthaltene Bemerkung des Reichskanzlers, ihm scheine es mehr an Württemberg als an Bayern zu liegen, daß man dem Ziel anläßlich der Reise nach Paris nicht nähergekommen sei, traf den Nagel auf den Kopf. Varnbüler schrieb in einem Zirkular klipp und klar, daß Württemberg keinen Grund und Anlaß zu einer "schöpferischen Tätigkeit" habe, weder in Richtung auf den Nord-, noch auf den Südbund. Alle Gesandten wurden angewiesen, die zuwartende Stellung Württembergs zu betonen, im übrigen aber jede Besprechung dieser Gegenstände zu vermeiden.¹⁾ Auch die Thronrede König Karls zur Beschließung des Landtags enthielt nur eine geringe Andeutung für eine aktive Politik Württembergs. Karl sprach nämlich die Hoffnung aus, daß das, was Deutschland verloren habe, "seine Ausgleichung finde durch die Anziehungskraft gleicher Gesittung und gleicher Interessen". Beim anschließenden Ball bestätigte er Chotek, daß dieser Satz Österreich gegolten habe.²⁾ Beust beeilte sich zwar, König Karl für die "edle Bewegung", mit der die Worte gesprochen wurden, zu danken, und die herzliche Genugtuung des Kaisers zu versichern, mußte sich aber von Varnbüler belehren lassen, man hoffe nur, das Verlorene "unter veränderten Verhältnissen" wieder zu finden.³⁾

Mehrere Besprechungen, die Chotek mit Varnbüler über das Thema Südbund pflog, mußten also erfolglos bleiben. Chotek ging zwar sehr vorsichtig zu Werke, aber Württembergs leitender Minister hielt den Südbund nach wie vor für praktisch unausführbar. Für die Vertiefung der Beziehungen zu Bayern versprach er aber alles zu tun. Er habe dem bayrischen Handelsminister ein gemeinsames Verkehrswesen vorgeschlagen, auch könnten mehrere Gegenstände geringerer Bedeutung - wie Gewerbegesetze, Obligationenrecht, Erfindungspatente - auf periodischen Ministerkonferenzen diskutiert werden. "Das

1) Zirkular Varnbülers, 20.2.1868, St.A.

2) Chotek an Beust, 21.2.1868, W.A.

3) Beust an Chotek, 23.2.1868, W.A.; Varnbüler an Thumb, 4.3.1868, St.A.

wäre besser als nichts", gab Varnbüler zu.¹⁾ Aber es waren doch nur wieder Vertröstungen für den österreichischen Gesandten, denn auch auf diesen Gebieten geschah zukünftig fast nichts.

Im Zollparlament. Lediglich Varnbülers Versicherung, Österreich und Bayern bräuchten nicht zu befürchten, daß Württemberg im Zollparlament politische Debatten zulassen werde, besaß realen Wert. In den Wahlen schon ging die Regierungspartei mit der Volkspartei zusammen und errang einen überwältigenden Erfolg. Nicht ein einziger Vertreter der Deutschen Partei ging als Abgeordneter durchs Ziel. Mitternacht hatte in einer Wahlrede das (negative) Programm klar ausgesprochen:

"Der Norddeutsche Bund ... hat sich konstituiert in einer Weise, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wenn die Bundesgenossen Vollpreußen werden. Das verstehen wir nicht unter nationaler Verbindung und deshalb wollen wir kein Vollparlament." 2)

Chotek hatte es sich angelegen sein lassen, Neurath, den Fürsten Waldburg-Zeil und den Grafen Bissingen zu einer Kandidatur zu überreden, denn "das wären Begleiter, die Varnbüler, falls er auf allzu viel eingehen wollte, genießen...".³⁾

Im Zollparlament verhielten sich die Württemberger entsprechend den Wahlankündigungen. Bismarck machte es ihnen nicht allzu schwer, da er keine Schritte unternahm, allgemeine politische Probleme in die Debatte zu werfen. Varnbüler erzählte Chotek nach seiner Rückkehr von Berlin, er habe das Problem "Allianzvertrag" in Berlin nicht berührt, "denn in erster Linie handle es sich wohl um einen Krieg gegen Frankreich, und da sei Württembergs Stellung ohnedem mit oder ohne Vertrag an Preußens Seite vorgezeichnet". Im Verhältnis zu Österreich habe er in Berlin keine feindseligen Dispositionen vorgefunden.⁴⁾ Im übrigen sei er zu der Überzeugung

1) Chotek an Beust, 9.2., 11.3.1868, W.A.; Varnbüler an Thumb, 14.3.1868, St.A.

2) Seefried, a.a.O., S.69

3) Chotek an Beust (privat), 9.2.1868, W.A.

4) Chotek an Beust, 5.6.1868, W.A.

gelangt, daß Preußen sich an die gezogenen Grenzen halten, der Frieden gewahrt bleiben und "die Verhältnisse in Deutschland sich naturgemäß entwickeln werden".¹⁾ Varnbüler und Mittnacht unterschrieben jedoch nicht die Schlußerklärung der von Neurath und dem Volksparteiler Probst organisierten "Süddeutschen Fraktion", der die meisten Partikularisten, aber interessanterweise auch die drei sächsischen Sozialdemokraten Liebknecht, Bebel und Schrap, angehörten. In dieser Erklärung lehnten 32 süddeutsche Abgeordnete den Nordbund ab, forderten aber eine feste Verbindung der vier süddeutschen Staaten untereinander.

Volkspartei für den Südbund. Die einzige politische Kraft, die Beust in Württemberg noch für die Unterstützung seiner Südbundpläne finden konnte, war die Volkspartei. Schon unmittelbar nach Königgrätz hatte diese Gruppe, die sich ausschließlich aus Großdeutschen zusammensetzte und die katholischen Gebiete geschlossen hinter sich hatte, die Bildung einer süddeutschen Föderation empfohlen; zunächst bestanden die Männer um Probst und Mohl auf einer republikanischen Form, später wollten sich einige Gruppen auch nur mit einem gemeinsamen Parlament zufrieden geben. Im Wahlprogramm für die neue Kammer im Sommer 1868 stand bei ihnen außenpolitisch die Forderung nach dem Südbund an erster Stelle. Der "Staatsanzeiger" bekämpfte dieses Programm heftig und schrieb:

"Dieses Verlangen ist unberechtigt, weil es ein hoffnungsloses Bemühen fordert. Denn jeder solchen staatlich organisierten Verbindung ... stehen in der kleinen Zahl der zu beteiligenden Staaten, ihrem Größenverhältnis, der Verschiedenheit der in denselben über das Wünschenswerte eines solchen Bundes herrschenden Ansichten, in der Schwierigkeit, die Rechtssphäre der Bundesgewalt in befriedigender Weise zu bestimmen und so manchen anderen Verhältnissen zur Zeit kaum zu bewältigende Hindernisse entgegen." 2)

War auch der Staatsanzeiger nur ein offiziöses, nicht offizielles Organ, sicherlich stammte der Beitrag aus der Feder

1) Varnbüler an Thumb, 29.5.1868, St.A.; Thumb setzte über das Wort "naturgemäß" ein Fragezeichen!

2) "Staatsanzeiger für Württemberg", 16.6.1868, St.A.

...ines Ministers. - In neuester Zeit stand auch Königin Olga voll hinter der Regierung; Chotek hatte ihr weder die Möglichkeit eines süddeutschen bundesartigen Zusammenstehens noch die Intensivierung des Verhältnisses zu Bayern einreden können.¹⁾

Ende Juli/Anfang August fand in Wien das 3. Deutsche Bundes-schießen statt²⁾, zu dem die Großdeutschen aus Süddeutschland in hellen Scharen geströmt kamen. Beust gab schon vorher bekannt, die österreichische Regierung habe nicht dazu eingeladen, da sie "den ohnehin schon zu reichlich vorhandenen Zündstoff in der Nationalitätenfrage" nicht habe vermehren wollen. Da sie nun aber außerhalb stehe, wolle man zwar die öffentliche Ordnung aufrechterhalten, aber ansonsten sich nicht zwischen die Deutschen Österreichs und ihre Stammesgenossen stellen.³⁾ Karl Mayer, der publizistische Führer der württembergischen Volkspartei, stellte in einer Versammlung von über 2000 Personen in Wien das Programm seiner Gesinnungsfreunde zur Diskussion. Punkt 1 und 2 seines Resolutionsvorschlages: Klage über den Ausschluß Österreichs aus Deutschland und Protest gegen die Einigung Deutschlands auf dem Weg der Annexionen, wurden schnell angenommen. Zu Punkt 3: Forderung nach einem Südbund mit Unterstützung der österreichischen Liberalen appellierte er feierlich an die Zuhörer: "Der Südbund ist der einzige Weg, auf dem ohne Blutvergießen, ohne Revolution, eine Umkehr möglich ist. Helfen Sie uns ihn gründen! Wenn wir von hier ein starkes Echo der Zustimmung nach Hause bringen, dann sind wir sicher, daß wir den Widerstand unserer Minister brechen." 4)

Aber hierüber waren sich die Anwesenden uneinig, die Abstimmung brachte keine Mehrheit und der Legationssekretär Tessin

1) Chotek an Beust (privat), 5.6.1868, W.A.

2) Ähnliche nationale Veranstaltungen waren die Allgemeine Deutsche Kunstausstellung, die Tagung der deutschen Land- und Forstwirte und im Juni 1870 die Deutsche Lehrerversammlung.

3) Zirkular Beusts, 20.7.1868, W.A.; Tessin an Taube, (Stellv. Varnbülers) 26.7.1868, St.A.

4) "Der Beobachter", 6.8.1868, bei Rapp, a.a.O., S.310

betrachtete das als Ablehnung eines konkreten Südbundprojektes.¹⁾

In seiner Schlußrede sicherte Beust zu, Österreich dränge sich nicht mehr in die Angelegenheiten Deutschlands und hege keine Gedanken der Wiedervergeltung. "Aber kein Vertrag hindert Österreich durch das, was Volk und Regierung leisten und schaffen, sich Achtung, Vertrauen und Zuneigung zu erwerben."²⁾ Tessin analysierte die Lage ganz richtig, als er nach Stuttgart schrieb, der Reichskanzler weise zwar die Politik der Aktion entschieden zurück, akzeptiere jedoch nicht die Politik der definitiven Entsagung.³⁾ - Graf Taube, der Stellvertreter Varnbülers, kritisierte das Auftreten der württembergischen Demokraten in Wien und lehnte ihre Pläne in scharfer Form ab. Und Thumb ließ Beust sowie den Unterstaatssekretär Aldenburg deutlich wissen, daß die württembergische Regierung keine Unterstützung und Freundschaftsdienste des österreichischen Kabinetts für die inneren Widersacher in Württemberg zu entdecken wünsche.⁴⁾

Zu Beginn des Jahres 1869 sandte Varnbüler eine ziemlich heftige Depesche an Thumb, deren Eindruck der Gesandte durch wörtliches Vorlesen noch zu verschärfen wußte. Varnbüler unterstrich darin die Bemerkung seines Gesandten, österreichischerseits müsse alles unterbleiben, was die demokratische und ultramontane Partei zu stärken geeignet sei, falls der Herr Reichskanzler die württembergische Regierung nicht mehr und mehr in das Lager der "preußischen" Partei getrieben wissen wolle.⁵⁾ Zwei Tage später schickte er ein "ganz geheimes" Schreiben nach Wien, in dem Thumb beauftragt wurde, den realen Gehalt des Gerüchtes zu prüfen, wonach Österreich mit Bayern und Frankreich eine Allianz auf Kosten

1) Tessin an Taube, 3.8.1868, St.A.

2) Beust, a.a.O., Bd.II, S.210

3) Tessin an Taube, 10.8.1868, St.A.

4) Thumb an Varnbüler, 30.12.1868, St.A.

5) Varnbüler an Thumb, 2.1.1869, St.A.

Württembergers schließen wolle. Thumb konnte zwar Varnbüler beruhigen: die Gerüchte seien übertrieben und durch die Lage der Verhältnisse sei denn doch dafür gesorgt, "daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen". Aber er mußte doch einräumen, daß Beust die positive Teilnahme Österreichs an der Neuordnung Deutschlands immer noch nicht ausschließe. Beust bewahre sich vollkommen freie Hand.¹⁾

Varnbülers Depesche hinterließ jedoch in österreichischen politischen Kreisen viel böses Blut. Pressechef Ministerialrat Hoffmann fertigte Thumb bei einer Anfrage mit der Bemerkung ab, Österreich habe es nicht nötig, durch die großdeutsche Demokratie einen Druck auf die süddeutschen Regierungen auszuüben. Und Chotek machte Varnbüler Vorwürfe wegen des nicht gerechtfertigten unfreundlichen Tones seiner Depesche; dieser verteidigte sich damit, die demokratische Opposition rühme sich laufend ihres starken Rückhaltes an Österreich. König Karl wiederum betonte lediglich, er wolle die Selbständigkeit Württembergs bis zum Äußersten verteidigen.²⁾ - In dem bayerischen Gesandten Gasser in Stuttgart fand Chotek einen Verbündeten; auch Gasser arbeitete unermüdlich an der Gewinnung von Stimmen für den Südbund sowie an der Bekämpfung und Entlarvung von ultrapreußischen Elementen im württembergischen Heer. Diese Aufgaben hatte sich auch Chotek vorgenommen, außerdem wollte er die württembergische Regierung dazu veranlassen, Verhandlungen mit Preussen über die Einengung des Trutzbündnisses auf ein reines Defensivbündnis einzuleiten.

Das Nördlinger Treffen Varnbülers mit Hohenlohe Anfang März krönte Choteks Bemühungen insofern mit Erfolg, als die beiden Minister jetzt beschlossen, nur dann mit Preußen in den Krieg zu ziehen, wenn deutsches Gebiet zuerst angegriffen werde; andernfalls aber wollten sie neutral bleiben.

-
- 1) Varnbüler an Thumb, 4.1.1869, St.A.; Thumb an Varnbüler. 7.1., 8.1., 9.1.1869, St.A.
2) Thumb an Varnbüler, 28.1.1869, St.A.; Chotek an Beust. 24.1., 12.2.1869, W.A.

Hohenlohe zeigte sich im Augenblick einem Südbund nicht abgeneigt; seine Projekte wollte Varnbüler zwar "wohlwollend" prüfen, er erklärte aber von vornherein, er sehe keine Möglichkeit, die Pläne zu verwirklichen.¹⁾ Beust versuchte Hohenlohe Hilfestellung zu leisten und sandte eine ausführliche Weisung an Chotek, indem er nochmals alle früheren Bemühungen um den Südbund umriß. Seine Darlegungen gipfelten in dem Anspruch, Österreich habe "ein berechtigtes Interesse an der Selbständigkeit Süddeutschlands und daher auch daran, daß für diese Selbständigkeit eine bindende und zu hinlänglicher Bestimmtheit ausgebildete Form gefunden werde." Aber dann folgen zwei übervorsichtige, geradezu haarspalterisch formulierte, echt Beustsche Sätze:

"Wir dürfen, um es kurz zu sagen, den Südbund wünschen, und wir wünschen ihn vielleicht wirklich; aber wir können und wollen ihn nicht stiften, noch auch nur stiften helfen. Entsteht er, so soll niemand das Recht haben, ihn als das Werk österreichischer Einflüsterungen zu bezeichnen." 2)

Daß Chotek mit einem so zaghaft und unentschlossen formulierten, die eigene Unsicherheit verratenden Schriftstück bei dem gewandten und entschlossenen Varnbüler keinen Erfolg ernten konnte, versteht sich von selbst.

Nun schien auch Beust tatsächlich von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen in der augenblicklichen politischen Lage überzeugt zu sein. Bei seiner Sommerreise nach Süddeutschland und in die Schweiz beschränkte er sich darauf, seine persönlichen Beziehungen zu normalisieren und politische Probleme nur in zweiter Linie anzuschneiden.³⁾ Thumb berichtete Ende Oktober 1869, man habe in Wien an offizieller Stelle den Wunsch nach einem Südbund fallen gelassen und, wie es scheine, ein für allemal abgetan. Der Staatskanzlei erscheine vielmehr das einfache Beharren der württembergischen Regierung beim status quo als die korrekteste Haltung.⁴⁾

1) Chotek an Beust (privat, geheim), 13.3.1869, W.A.

2) Beust an Chotek, 4.4.1869, W.A.

3) Zirkular Beusts, 30.9.1869, W.A.

4) Thumb an Varnb., 27.10.1869, St.A.

Prinz Ysenburg, interimistischer Geschäftsträger der Donaumonarchie in Stuttgart (Chotek war nach St. Petersburg versetzt worden), bemühte sich daher nur noch darum, die bayrisch-württembergische Zusammenarbeit zu fördern.

Der Plan eines Südbundes war also gescheitert. Gescheitert deshalb, weil ihm von vornherein unüberwindliche innere Hindernisse im Wege standen. Für Hessen hätte er die Spaltung des Landes bedeutet, für Baden das Aufgehen in einer Föderation, die es in keiner Phase seiner Politik auch nur andeutungsweise gewünscht hatte. Beide Staaten hatten sich daher mit Energie der Gründung widersetzt. Für Württemberg aber hätte der nur kleine Südbund eine Unterordnung unter Bayern bedeutet, und das wollte Varnbüler ebensowenig wie den Anschluß an den Nordbund. Auch hatte sich in den wenigen Jahren nach 1866 schnell ein unerwartet starker Partikularismus breit gemacht. Machtpolitische Bedenken kamen hinzu: der Südbund wäre ein schwacher Staat zwischen Frankreich, Nordbund und Österreich geblieben. Schließlich war die Position des geschlagenen Österreich zu schwach, als daß es eine reale Anziehungskraft oder gar einen Druck auf die süddeutschen Staaten hätte ausüben können. Unter diesen Umständen zog Württemberg es vor, die kommende Entwicklung abzuwarten, wohl in der Hoffnung, daß Bismarck die Süddeutschen eines Tages aus ihrer ^{un}gemütlichen und unnatürlichen Lage befreien werde.

5. Württembergs Eintritt in den Nordbund

In dieser unentschiedenen und - man möchte fast sagen "beruhigten" - politischen Lage begann das entscheidungsvolle Jahr 1870. Varnbüler wertete die Tatsache, daß der preußische Gesandte in Stuttgart auch als Gesandter des norddeutschen Bundes akkreditiert wurde, als ein weiteres Zeichen

für die Anerkennung der Selbständigkeit Süddeutschlands und betrachtete diese als gesichert, da auch Gortschakow nach wie vor Interesse an einem selbständigen deutschen Süden bekundete. Und Thumb wiederholte seine frühere Feststellung: in Wien habe man betreffs der süddeutschen Angelegenheiten resigniert und man zeige nur noch dann Interesse, wenn eine Änderung des Verhältnisses zum Nordbund zu befürchten sei.¹⁾

Erst der Ministerwechsel in Stuttgart - der Großdeutsche Golther mußte gehen, Kriegsminister wurde der preußenfreundliche General Suckow - regte den diplomatischen Schriftwechsel wieder an. Der neue österreichische Gesandte in Stuttgart, Frh. Otto von Walterskirchen, berichtete, er könne den 24. März "nur als einen fatalen Tag in der württembergischen Geschichte" bezeichnen. Varnbüler habe es nicht verstanden, die Situation zugunsten der württembergischen Selbständigkeit auszunützen. Aus Protest wollte Walterskirchen seinen diplomatischen Verkehr mit Varnbüler einschränken. Beust dämpfte jedoch die Gefühle Walterskirchens, zumal ihm Thumb ein Schreiben Varnbülers mitgeteilt hatte, wonach der Eintritt Suckows und Scheurlens ins Kabinett keine Änderung der württembergischen Außenpolitik: Erfüllung der Verträge und Erhaltung der Selbständigkeit, bedeuten werde. Der Reichskanzler wies daher den Gesandten an, niemand den Anschein zu geben, als ob Österreich über den Ministerwechsel gereizt sei. Auch sei kein Anlaß dafür da, den Verkehr mit Varnbüler zu beschränken.²⁾ - Frühjahr und Frühsommer 1870 verliefen in den diplomatischen Beziehungen Württembergs zu Österreich ohne Höhepunkte. Thumb berichtete, der Besuch des Grafen Bray-Steinburg, Nachfolger Hohenlohes, und des Ministers Lutz in Stuttgart hätten in Wien einen günstigen Eindruck gemacht, obwohl dabei nur wirtschaftliche Fragen besprochen worden seien. Man sei an der Donau über jedes Er-

-
- 1) Varnbüler an Thumb, 1.1.1870, St.A.; Walterskirchen an Beust, 21.1.1870, W.A.; Thumb an Varnbüler, 9.2.1870, St.A.
2) Walterskirchen an Beust, 27.3.1870; Beust an Walterskirchen, 29.3.1870, St.A.; Varnbüler an Thumb, 24.3.1870, St.A.

gnis erfreut, "welches auf ein einverständliches Zusammen-
gehen der beiden süddeutschen Regierungen und eine selbstän-
dige Haltung derselben hindeutet".¹⁾ - Walterskirchen, der
die Situation in Stuttgart sehr kritisch und pessimistisch
beurteilte, wollte einige Anzeichen für die Annäherung Würt-
tembergs an den Nordbund und für das Schwinden der Sympa-
thien zu Österreich entdeckt haben: ein großer Teil der Rit-
terschaft bekenne sich nun offen zur Deutschen Partei und
"daß das Heil allein vom Norden kommen (20.4.); die Volks-
partei habe sich in eine demokratische und eine großdeutsche
Fraktion gespalten, worin Preußen einen schönen, stillen
Erfolg buchen könne (22.4.); Prinz Friedrich, der österreich-
freundliche, langjährige Führer des württembergischen Hee-
res, und der frühere Außenminister Hügel seien gestorben
(9.5. bzw. 31.5.); die Deutsche Partei habe in einem über-
füllten Sonderzug (am 19.6.) eine Familienfahrt auf den Ho-
henzollern unternommen und dabei kräftig die Werbetrommel
für Preußen gerührt. Doch Ende Juni konnte er auch einmal
eine für Österreich erfreuliche Nachricht melden: Varnbüler
sei nach dem Besuch des Zaren davon überzeugt, "daß, solan-
ge Kaiser Alexander regiere, Preußen mit Rußlands Zustimmung
den Main nicht überschreiten werde". Auch aus der Umgebung
des Zaren werde die Notwendigkeit der freien Existenz Süd-
deutschlands jetzt viel günstiger beurteilt als vor zwei
Jahren.²⁾

Überraschender Kriegsbeginn. Die Hohenzollernkandidatur und
der Ausbruch des Krieges gegen Frankreich trafen sowohl
Österreich wie die Südstaaten diplomatisch vollkommen unvor-
bereitet an und wirkten auch, vor allem wegen der Schnellig-
keit, mit der sich die Ereignisse überstürzten, überraschend.
Bis am 8. Juli hatte Mittnacht erklärt, die Hohenzollernkan-
didatur und ein möglicher Zusammenstoß Preußens mit Frank-
reich berühre Süddeutschland nicht. Am 11. Juli aber schon

¹⁾ Thumb an Varnbüler, 22.4.1870, St.A.
²⁾ Walterskirchen an Beust, 29.6.1870, W.A.

mußte Walterskirchen berichten, Männer der verschiedensten politischen Ansichten in Stuttgart seien der Überzeugung, daß Süddeutschland selbst ohne Verträge und ohne eigentliche Sympathie für Preußen dennoch im Falle eines Krieges mit diesem werde gehen müssen. Am 12. Juli machte Varnbüler den französischen Gesandten darauf aufmerksam, er fühle sich an Preußen gebunden, falls Frankreich deutsches Gebiet verletze; und am 14. Juli bestand für Walterskirchen kein Zweifel mehr darüber, daß Süddeutschland mit Preußen zusammengehen werde.¹⁾

Seine Vermutung erwies sich als richtig, denn am 15. Juli beschloß der Ministerrat einstimmig, bedingungslos mit dem Nordbund in den Krieg einzutreten. Walterskirchen wagte gegenüber Varnbüler die Bemerkung, ob nicht durch die unbeteiligten europäischen Großmächte den Südstaaten die Neutralität hätte gesichert werden können. Der Außenminister sagte ihm - und Walterskirchen mußte das zugeben - der Krieg sei so rasch gekommen und habe so drohende Formen angenommen, daß man nichts anderes mehr habe tun können.²⁾ Der Gesandte bat nun seinen Außenminister, Württemberg eine Versicherung der österreichischen Neutralität zu geben, denn Österreich werde seinen Einfluß auf Süddeutschland vollends verlieren, wenn es sich auf Frankreichs Seite stelle. Die Neutralität Österreichs sei auch der Wunsch der Großdeutschen. Auch machte Walterskirchen Beust gegenüber den Vorschlag, ein Abkommen zwischen Österreich, Rußland, England und Italien herzustellen, in welchem sich diese Staaten verpflichten sollten, die Selbständigkeit Süddeutschlands zu wahren und nach Kriegsende auf die Gründung eines Südbundes unter Aufhebung der Allianzverträge hinzuwirken.³⁾ Er überschätzte jedoch die Möglichkeiten der Donaumonarchie weit.

Im entscheidenden Thronrat am 18. Juli verhinderte nämlich Andrassy, der schon entscheidenden Einfluß auf die österrei-

1) Walterskirchen an Beust, 8.7., 11.7., 12.7., 14.7.1870, W.A.

2) Walterskirchen an Beust, 19.7.1870, W.A.

3) Walterskirchen an Beust, 18.7., 19.7.1870, W.A.

chisch-ungarische Außenpolitik gewonnen hatte, die vorsichtigen Annäherungsversuche Beusts und des Erzherzogs Albrecht an Frankreich auszudehnen, und setzte eine Politik der absoluten Neutralität durch.¹⁾ Ein Zirkular vom 21. Juli befahl daraufhin den österreichischen Gesandten an den deutschen Höfen, in "Haltung und Sprache die strikteste und vollständigste Zurückhaltung zu beobachten".²⁾ Beust mußte die Aktionslust seines Stuttgarter Gesandten noch öfters dämpfen - man dürfe sich nicht den Spott ~~den~~mächtiger Intrige aufladen - und nachdrücklich darauf hinweisen, daß einfach die Neutralitätserklärung Österreichs die Richtschnur für das Verhalten und die Sprache der Gesandten darstelle.³⁾

Erste Verhandlungen mit dem Nordbund. Konnte Walterskirchen noch am 3. August berichten, der König sei fest entschlossen, seine Unabhängigkeit nicht gefährden zu lassen, und die Mehrheit des württembergischen Volkes werde nach dem Krieg wahrscheinlich zum Partikularismus zurückkehren, so mußte er am 14. September schon einschränkend mitteilen, über die zukünftige Stellung Württembergs sei sich niemand im klaren - "man lebt von der Hand in den Mund" - , und drei Tage später stellte er schon resigniert fest, man werde den preussischen Wünschen kaum Widerstand entgegensetzen.⁴⁾ Inzwischen war nämlich Varnbüler entlassen worden; den Anlaß bildeten kleine Übergriffe im Sanitätswesen, die tieferen Gründe lagen darin, daß er sich zu stark für die württembergische Selbständigkeit exponiert hatte. Mitternacht und Suckow, nicht der provisorische Nachfolger Graf Taube, übernahmen die wirkliche Leitung der Außenpolitik.⁵⁾ Auch fanden vom 7. bis 10.

1) Srbik: Einleitung zu den "Erinnerungen des Generals Frh. von John 1866 und 1870", und E. Erichsen: Die deutsche Politik des Grafen Beust im Jahre 1870, widersprechen sich in einigen wesentlichen Punkten. Einen Mittelweg in der Deutung der österreichischen Politik geht E. Grob: Beusts Kampf gegen Bismarck.

2) Zirkular Beusts, 21.7.1870, W.A.

3) Beust an Walterskirchen, 31.7., 30.8.1870, W.A.

4) Walterskirchen an Beust, 3.8., 14.9., 17.9.1870, W.A.

5) Walterskirchen an Beust (Tel.), 30.8., 3.9.1870, W.A.; Taube an Thumb, 5.9.1870, St.A.

September in Stuttgart Ministerbesprechungen statt, wobei man sich erstmals darüber einig war, daß es nunmehr an der Zeit sei, ein gesamtdeutsches Staatswesen zu vereinbaren.¹⁾

Die ersten Verhandlungen Bayerns und Württembergs mit dem preußischen Unterhändler Delbrück in München vom 22.-26. September, in denen die notwendigen Änderungen der Nordbundsverfassung im Falle eines Eintritts Süddeutschlands durchgesprochen wurden, veranlaßten Beust, seinen Münchner Gesandten Bruck nach Wien zu berufen und durch diesen auch Walterskirchen von der zukünftigen Haltung Österreichs unterrichten zu lassen. Bruck gab Walterskirchen u.a. die Anleitung, vor Entschlüssen zu warnen, die im Taumel des Erfolges gefaßt würden, die Agitation für die Selbständigkeit Süddeutschlands in auffälliger Weise zu stärken und darauf hinzuwirken, daß die Regierung mit Männern der patriotischen Partei besetzt werde.²⁾ Beust schrieb sofort zurück, Bruck habe den Auftrag mißverstanden; das Gesamtprogramm laute nämlich: "Zu vermeiden ist nicht nur der Schein einer Einmischung, sondern diese Einmischung selbst." Natürlich müsse man einem engen Zusammenhalt Bayerns mit Württemberg das Wort reden, doch müsse man lediglich darüber wachen, daß etwa beabsichtigte Umgestaltungen in Deutschland nicht hinter Österreichs Rücken vorgenommen und daß die Bestimmungen des Prager Friedens eingehalten würden.³⁾ Beust blies also seine allzu eifrigen Gesandten zurück.

Aber immer noch gab sich der österreichische Reichskanzler nicht geschlagen. Als der "Staatsanzeiger" in Stuttgart am 9. Oktober das Ergebnis der Ministerberatungen und der Münchner Besprechungen bekanntgab und ein "deutsches Definitivum", "die Umwandlung des bisherigen mehr internationalen in ein staatsrechtliches Verhältnis, die verfassungsmäßige Einigung

1) E. Schneider: Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich, 1870 S. 130

2) Bruck an Beust, 1.10.1870, W.A.

3) Beust an Bruck und Walterskirchen, 3.10.1870, W.A.

Deutschlands mit Zentralgewalt, deutschem Parlament, gemeinsamer, bestimmt begrenzter Gesetzgebung und einheitlichem Heere" als Ziel der württembergischen Regierung bezeichnete¹⁾, berief er sich gegenüber Thumb vor allem auf die Einhaltung des Prager Friedensvertrages, der nach diesen Zielen Württembergs nicht mehr gewährleistet sei. Württemberg habe sich nun, anstatt "das eigentlich deutsche Panier" hochzuhalten, "auf eine überaus abschüssige Bahn begeben". Ohne die völkerrechtliche Unabhängigkeit Süddeutschlands bestehe der Prager Frieden faktisch nicht mehr, und das Vertragsverhältnis Österreichs zu Preußen werde zerstört. Thumb erbot sich daraufhin, vermutlich ohne Instruktion, Preußen auf eine Bereinigung dieser Sache mit Österreich hinzuweisen, was Beust dankbar annahm.²⁾ Walterskirchen, der die Kundgebung im "Staatsanzeiger" als "jämmerlich in des Wortes vollster Bedeutung" nannte, las Taube die Antwort Beusts vor, erhielt aber den ausweichenden Bescheid, Württemberg gabe durch seine Bemühungen um ein bundesstaatliches Verhältnis mit dem Nordbund seine internationale Stellung nicht auf. Außerdem sei der Prager Frieden zwischen Preußen und Österreich geschlossen worden und berühre Württemberg nicht.³⁾

Der Beitritt zum Nordbund. Am 22. Oktober trafen Mittnacht und Suckow, ebenso Bray aus München, zu Verhandlungen mit Bismarck in Versailles ein. Taube - sei es aus taktischen Gründen, sei es aus Feigheit - versuchte sich gegenüber Walterskirchen mit allerlei Ausflüchten über die Bedeutung dieser Mission hinauszureden. Warum wende sich Österreich nicht direkt an Preußen?, fragte er. Warum protestiere Österreich, wo doch 1863 auch schon ein gemeinsames Parlament angestrebt worden sei, ohne daß dadurch die Selbständigkeit der deutschen Staaten aufgegeben worden wäre? Er versprach jedoch,

1) "Staatsanzeiger für Württemberg", 9.10.1870; Zirkular Taubes, 8.10.1870, St.A.; Walterskirchen an Beust, 9.10.1870, W.A.

2) Thumb an Taube, 9.10., 13.10.1870, St.A.; Beust an Walterskirchen, 17.10.1870, W.A.

3) Walterskirchen an Beust, 19.10.1870, W.A.; Taube an Thumb, 24.10.1870, St.A.

Mitnacht noch schriftlich zu bitten, daß dieser mit Bismarck über eine für Österreich annehmbare Vereinbarung bezüglich des Prager Friedens spreche.¹⁾ - Einen letzten Vorstoß wagte Beust, als er persönlich nach München reiste. Laut einem Bericht des dortigen, österreichfreundlichen württembergischen Gesandten Frh.von Soden, orientierte sich Beust dort, mischte sich aber offiziell nicht ein; Beust habe im Interesse der Deutsch-Österreicher eine rücksichtsvolle Behandlung des § 4 des Prager Friedens gewünscht und eher den status quo der süddeutschen Länder als deren Eintritt in den Nordbund befürwortet.²⁾ Aber da Bayern am 23.11., Württemberg am 25.11.1870 den Beitritt zum Nordbund unterzeichneten, blieb auch dieser diplomatische Schachzug erfolglos. Am 29.11. telegraphierte Beust an Walterskirchen: "Ich bitte, sich nunmehr vollständig passiv zu verhalten und jeden Schein einer Einsprache zu vermeiden." Von dem preußischen Gesandten Schweinitz hatte Beust die Zusicherung erhalten, daß Österreich in "formell anständiger Weise" von der Neugründung des Deutschen Reiches unterrichtet werde, und Thumb berichtete, man wolle in Wien über den Prager Frieden nicht mehr sprechen.³⁾

Resigniert schrieb Walterskirchen: "Nachdem Württemberg nahezu versorgt und aufgehoben ist", gibt es "auch für meine ohnehin ganz passive Zuschauerrolle vorläufig nichts Besonderes mehr zu beobachten".⁴⁾ Dagegen lobte Thumb, freudetrunken über das gelungene Werk der Einigung, das Verhalten Österreichs während des Krieges über alle Maßen und schrieb:

"Im Widerspruch zu den Sympathien der Ungarn, der Polen und der slawischen Nationalitäten für Frankreich, gegen das Drängen der Armee zur Revanche, ungeachtet der Antipathien des Hofes gegen Preußen, hat man der Versuchung der Parteinahme für Frankreich widerstanden, wobei allerdings die Haltung Süddeutschlands ausschlaggebend war. Man hat sich auf eine Neutralität beschränkt,

1) Walterskirchen an Beust (privat), 29.10.1870, W.A.

2) Soden an Taube, 13.11.1870, St.A.

3) Thumb an Taube, 12.12., 27.12.1870, St.A.

4) Walterskirchen an Beust (privat), 8.12.1870, W.A.

welche in einem Maße korrekt durchgeführt wurde, daß von deutscher Seite auch nicht die geringste Reklamation gegen deren Beobachtung vorkam. Man hat sich bei den Friedensvermittlungen nicht vorgedrängt und keine Pression zum Nachteil Deutschlands auszuüben gesucht. Man ist endlich bei der sich vollziehenden Neugestaltung Deutschlands entschlossen, in keiner Weise Schwierigkeiten ... zu bereiten." 1)

Dieses überschwenglich lobende Resumée ist in einigen Punkten unrichtig. Nicht Beust, sondern der Ungar Andrássy war es, der den Ausschlag für die Neutralität gab; Beust hatte verschiedene Male und auf verschiedene Weise versucht, den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund zu verhindern und den status quo aufrechtzuerhalten. Aber die ungeheuer rasche Entwicklung der Situation, die Kriegsbegeisterung, die sich in Süddeutschland immer mehr durchsetzende Erkenntnis, daß die nationale Einheit notwendig sei, sowie Bismarcks staatsmännisch kluge Vorarbeit in den Berliner Friedensverträgen von 1866 und dem Zollparlament von 1867 hatten Beust bald erkennen lassen, daß eine offene, aktive Gegenwirkung nur einer "ohnmächtigen Intrige" gleichkomme. Im richtigen Moment hatte er eingelenkt und Österreich dadurch die Freundschaft Bismarcks erhalten.

Württemberg dankte Beust dieses Verhalten, indem es versicherte, Württemberg werde sich "innerhalb des gegebenen Wirkungskreises" bemühen, "auf sorgfältige, den beiderseitigen Interessen entsprechende Pflege jener Beziehungen nach Kräften hinzuwirken". 2) Innerhalb des gegebenen Wirkungskreises! Denn mit dem Eintritt ins Deutsche Reich mußte Württemberg die Außenpolitik an die Reichsregierung in Berlin abgeben. Die Darstellung bricht daher an dieser Stelle ab. Zwar unterhielt Württemberg noch bis 1896 einen eigenen Gesandten in Wien, doch war dieser nur noch ein persönlicher Repräsentant des Königs.

1) Thumb an Taube, 25.12.1870, St.A.

2) Soden an Thumb, 3.1.1871, St.A.

Schluß

Wir haben nun durch lange, entscheidungsvolle Jahre das Verhältnis Württembergs zu Österreich verfolgt. Es war im wesentlichen ein freundliches und herzliches, sieht man von der Trübung durch den Krimkrieg und den veränderten Verhältnissen nach 1866 ab. Württemberg stand an Österreichs Seite, als es erstmals galt, die preußischen Unionsversuche zurückzuweisen; es kämpfte mit Österreich zweimal, allerdings erfolglos, um die Zolleinigung. In der Frage der Bundesreform drängten die schwäbischen Politiker unaufhörlich zu einer raschen Durchführung, und in der Auseinandersetzung des Jahres 1866 fochten die Truppen Württembergs auf der Seite Österreichs und des Bundes. Österreich und der Deutsche Bund, das waren die Garanten der mittelstaatlichen Selbständigkeit gewesen. Die Aufrechterhaltung dieser Selbständigkeit, ja überhaupt der eigenen Existenz, hatte durchweg den Angelpunkt in der Politik der kleineren Monarchen Deutschlands gebildet. Württembergs Könige Wilhelm I. und Karl hatten davon keine Ausnahmen gemacht. Auf die verschiedenste Weise - Widerstand, Ermunterung, eigene Initiative, Zurückhaltung - hatten sie versucht, das Dasein des Bundes und die eigene Souveränität zu erhalten und zu verlängern. Die vorliegende Darstellung beweist aber, daß alle ihre Anstrengungen umsonst sein mußten, seit nicht mehr wenigstens eine der beiden deutschen Großmächte mit starker Hand und ganzer Kraft ihre Pläne und Vorhaben unterstützte.

Je mehr Preußen und Österreich im Kampf um ihre eigene Großmachtstellung in Deutschland und Europa den Deutschen Bund als Hindernis bzw. Mittel zum Zweck betrachteten, desto mehr wurden die deutschen Mittel- und Kleinstaaten zum Objekt der großen Politik, bis ihnen schließlich nichts anderes mehr übrig blieb, als sich dem Sieger in diesem Kampfe an-

ausschließen. So hatten sie ihre eigentliche Souveränität, die Freiheit des Handelns, schon früher verloren, und Varnbülen abwartende, im Grunde zur Passivität verurteilte Politik ist dafür ein sprechendes Zeugnis. Württemberg und die Mittelstaaten konnten die Politik der beiden Großmächte beeinflussen, sie zu bestimmen vermochten sie nicht.

A K T E N A N H A N G

I.

Brief König Wilhelms an Fürst Schwarzenberg vom 18.1.1851

(Original im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Politisches Archiv VI, Varia 1851)

"Aus den Berichten meines Bevollmächtigten in Dresden habe ich ersehen, daß Sie entschieden den Gedanken verwerfen, neben der von uns neu bestellten obersten Bundesgewalt eine Vertretung der Gesamtnation ins Leben zu rufen. Daß ich diese Nachricht aufrichtig beklage, werden E.D. nach meiner bekannten Freimütigkeit auch in dieser offenen Erklärung natürlich finden. Was mich betrifft, so habe ich sowohl vor als nach den bedauerlichen Ereignissen des Jahres 1848 eine Reform der Bundesakte und namentlich eine Revision des 13. Artikels derselben für ganz unerläßlich gehalten. Die letztere insbesondere sehe ich auch heute noch als das wahre Palladium und den einzig richtigen Proberstein alles dessen an, was wir in Dresden Gemeinsames verhandeln und beschließen werden. Soll aber der erwähnte Artikel in einer Weise revidiert werden, welche nicht hinter der Zeit und den moralischen Bedürfnissen der Nation zurückbleibt, so müssen wir die bisherige landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Ganzen anwenden und die einzelnen zersplitterten und unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte der verschiedenen Ständekammern in ein einiges, oberstes Nationalparlament zusammenfassen. Nur mit einem so vereinten Parlament ist, nach meiner festen Überzeugung, die Begründung einer einigen, starken und ganz besonders einer allseitig geachteten und dauerhaften Zentralgewalt möglich, deren Tätigkeit, Tatkraft und Ansehen man vergebens in ihrer äußeren Zusammensetzung und numerischen Beschaffenheit ganz allein suchen würde.

In unseren Tagen zumal vermag die bloße physische Gewalt keine Gemeinwesen aufrecht zu erhalten; Repressivgesetze und Polizeimaßregeln allein haben bis jetzt weder staatliche Institutionen gewährleistet, noch staatliche Umwälzungen abgewandt. Irre ich mich nicht, so hat uns dies der vormalige Bundestag in einem abschreckenden Beispiel zur Genüge bewiesen! Ein Staatenverband ist ungleich schwerer zu führen und zusammenzuhalten, als ein Einzelstaat. Jener bedarf noch ungleich mehr als dieser eines gemeinschaftlichen moralischen Bandes, welches ihn gegen innere Auflösung und auswärtige Zerstörung schützt. Ein solches moralisches Band für ganz Deutschland kann aber zeitgemäß nur ein allgemein parlamentarisches sein. Ganz verderblich würden wir einen Ersatz für dasselbe in einer allgemeinen Zoll- und Handelsverbindung suchen. Die materiellen Interessen

fördern weit mehr die gesellschaftliche Umwälzung, als daß sie dieselbe verhindern; diese Interessen schlagen sich nicht, sie ziehen sich zurück und unterwerfen sich schnell und unbedingt in der Stunde der Gefahr, und sie sind so veränderlich, wie das Vermögen, auf welches sie sich stützen; ihre ausschließliche Förderung hat in Frankreich weder den Sturz der Restauration, noch die Staatsumwälzung von 1848 verhindert. Nach meinem Dafürhalten ist eine von der Gesamtvertretung der Nation gestützte und gehobene Bundesregierung ganz allein im Stande, nach unten die zerstörenden Elemente zu bemeistern und nach oben die Absonderung und Leblosigkeit der Bundesgewalt, sowie die Lockerung des gemeinschaftlichen Bandes unter den Einzelregierungen mit Erfolg zu verhindern. Wenn wir der Nation den ihr gebührenden Selbstanteil an den obersten Angelegenheiten ihres staatlichen Gesamtlebens vorenthalten, so dürfen wir nicht hoffen, sie mit der Bundesverfassung auszu-söhnen, und ebensowenig die Revolution in Deutschland zum Stillstande zu bringen, vielmehr wird sich mit der Zeit der alte Kampf aller anarchischen Kräfte in- und außerhalb der verschiedenen Ständekammern gegen die oberste Bundesgewalt aufs neue entwickeln, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich dabei von der Voraussetzung ausgehe, daß dieser Kampf auf die Länge nicht zum Vorteil unserer neuen politischen Schöpfung ausschlagen wird. -

Im obigen haben E.D. mein aufrichtiges politisches Glaubensbekenntnis über die Frage der staatlichen Neugestaltung Deutschlands. Entweder können wir in den einzelnen Staaten ohne Kammern und Volksvertretungen regieren, oder wir können dies nicht. Können wir es nicht, so können wir auch im Mittelpunkt des Bundes eine solche Vertretung nicht entbehren, wenn wir anders früher oder später nicht zwischen der neu zu errichtenden Zentralgewalt und den desorganisierten ständischen Elementen einen Konflikt hervorrufen wollen, welcher auf die Länge den Bund innerlich lockern und nach außen mehr und mehr abschwächen muß. Die Ausführbarkeit eines allgemeinen parlamentarischen Bandes bestreiten heißt, nach meiner Anschauungsweise, nichts Anderes als den Bund selbst mit dieser Zeit unvereinbar und auf die Dauer für unmöglich halten. E.D. wissen, ich bin kein Freund von improvisierten Charten und modernen Staatsexperimenten, aber ebenso wenig liebe ich auf dem politischen Felde die Einführung oder Rückkehr dessen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat. Als Bundesfürst werde ich gegen den neuen Bund wie gegen den alten meine Pflichten gewissenhaft erfüllen, aber als Deutscher und Regent meines Landes kann ich nach Gewissen und Überzeugung eine Bundesrevision nicht als eine zeitgemäße, genügende und definitive erkennen, welche den gerechten Ansprüchen der Nation auf eine Selbstteilnahme an ihrem großen politischen Geschicken nicht die gebührende Rechnung trägt. Glücklicherweise bin ich alt genug, um die unausbleiblichen Folgen des Handelns, wie des Unterlassens von allem demjenigen nicht mehr erleben zu müssen, was wir im Augenblick in Dresden vollbringen!"

II.

Zum Jahr 1859.

Am 27. Januar übersandte der österreichische Gesandte Handel an Buol ein Gedicht mit neun Versen des Lithographen Heinrich Gebhardt aus Kirchheim/Teck: "Der deutsche Soldat bei Pavia im Januar 1859", von dem hier der erste Vers wiedergegeben wird:

Horch auf ! was hör ich sprechen
Es tönet wild Geschrei.
Wer da! wer sind die Frechen
Ists welscher Hahnenrey?
Corp'ral, ich hör parlieren
Etwas von welscher Ehr.
Wir werden euch servieren
Und stillen das Begehr!

(Handel an Buol, 27.1.1859, W.A.)

Der württembergische Gesandte Ow schrieb im Jahr 1859 nachhause: (Ow an Hügel, 9.5.1859, 28.12.1859, St.A.)

9.5.

"Mit anderen Worten, alle deutschen Mittelstaaten, Bayern nicht ausgenommen, haben keinen anderen festen Halt als den Deutschen Bund und zwar dem Bund, so wie er besteht, so daß insbesondere alle deutschen Mittelstaaten darauf angewiesen wären, das Außerste daranzusetzen, ein kräftiges Österreich erst zu schaffen, wenn ein solches nicht bestände, um so mehr also, auch alles zu tun, um den Kaiserstaat nicht untergehen zu lassen."

28.12.

"Seitdem von manchem großmächtigen Diplomaten entschiedenes Auftreten für Legitimität beinahe wie politische Donquixotterie behandelt wird, seitdem der Nationalitätenschwindel selbst von Thronen herab gepredigt wird, und seitdem Staaten von der Größe Toscanas, Modenas und des Kirchenstaates nur mehr von der Gnade des Volkswillens und dem Zufalle der faits accomplis abhängen, hat sich ein starker Mißmut der meisten meiner hiesigen Kollegen bemächtigt. Den stärksten Ausdruck hierdurch hervorgerufenen banger Vorahnungen finde ich seit Monaten insbesondere bei den Vertretern der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. - Wiederholt konnte ich schon von unächtigen Staatsmännern Aeußerungen hören, wie folgende: bricht der Nationalitätensturm erst einmal über die deutschen Lande herein, so möchte das Jahr 1848 im Vergleich zu dem, was kommen wird, als ein Kinderspiel erscheinen..."

III.

Württemberg's Beitritt zum preußisch-französischen Handelsvertrage

Der "Staatsanzeiger", Nr.231 vom 30.9.1864. St.A., begründete den Schritt Württembergs folgendermaßen:

"Neben diesem Schritte der k.Regierung bleibt deren Urteil über den preußisch-französischen Handelsvertrag bestehen, diese hält noch jetzt an der Ansicht fest, daß derselbe die materiellen Interessen der Zollvereinsangehörigen gefährde. Dennoch glaubte sie in ihrem Widerstande gegen denselben nicht länger verharren zu sollen. Wollte sie diesem bis zum Austritt aus dem Zollverein treiben, dann mußte ein Ersatz für letzteren in der Bildung einer selbständigen Zollgruppe mit tauglichen Zollgrenzen gefunden, mußte Württemberg für das verlorene ein neues Handelsgebiet gesichert werden, mußte die Regierung auf diesem Wege der Isolierung der vollen Zustimmung der Landesvertretung sicher sein. Da keine dieser Voraussetzungen zutrifft, da überdies die neuesten Kundgebungen der Zunächstbeteiligten eine große Besorgnis des Landes in betreff etwaigen Ausschlusses Württembergs aus dem Zollverein beweisen, so hat es die k.Regierung für ihre Pflicht halten müssen, ihren Widerstand gegen den nunmehr von sämtlichen Regierungen des Zollvereins angenommenen Handelsvertrag aufzugeben."

LITERATURVERZEICHNIS
=====

I. Q u e l l e n

1. Ungedruckte Quellen

Württembergisches Hauptstaatsarchiv Stuttgart:

- Rep.E 70: Außenministerium, Berichte aus Wien
- E 70 b: Österreichische Gesandtschaft (benützt:
A = Königliches Haus; B = Gesandtschaft;
E = Politica; G = Deutscher Bund)
- E 9: Kabinettsakten III; Verhandlungen mit
fremden Staaten 1806 - 1866
- E 14 - 16: Kabinettsakten IV; Geheimer Rat; Minister-
rat; Auswärtige Angelegenheiten
- E 33 - 34: Geheimer Rat; F = Auswärtige Angelegenheiten
- E 36 - 39: Ministerium der Auswärtigen Angelegen-
heiten I; Verzeichnis 58
- E 41 - 44: Ministerium der Auswärtigen Angelegen-
heiten II; Anhang I
- E 46 - 48: Ministerium der Auswärtigen Angelegen-
heiten III; Büschel 251
- E 64: Deutscher Bund; Originale von Verträgen
und Übereinkünften
- E 65 - 68: Deutscher Bund; Verzeichnis 57

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien:

Politisches Archiv, Reihe VI: Württemberg, Fasz. 13 - 34

Pol.Archiv III: Preußen, Fasz. 57, 86, 91

Pol.Archiv IV: Bayern. Fasz. 18, 19, 21, 30, 33
34, 37, 40, 41

Pol.Archiv V: Sachsen, Fasz. 20, 30

Pol.Archiv VII: Hannover. Fasz. 6, 77

Pol.Archiv IX: Frankreich, Fasz. 88

Administrations-Registratur F 4, 124:

Personalakten Maximilia
Freiherr von Harde

Administrationsregistratur F 4, 52 bzw. F 6, 1:

Personalakten Bohuslav Graf
Chotek

Administrationsregistratur F 4, 370:

Personalakten Otto Freiherr
von Walterskirchen

Politisches Archiv:

Zirkularien. Fasz. rot 1097-1107

Politisches Archiv:

Nachlaß Rechberg. Fasz. rot
533, 9a und 9d (Depot Rechberg)

2. Gedruckte Quellen

- Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke, Band 14, I (Briefe)
Hrsgg. von W. Windelband und W. Frauen-
dienst, Berlin 1933
- Das Staatsarchiv Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur
Geschichte der Gegenwart. Hrsgg. von Lud-
wig Karl Aegidi und Alfred Klauhold. Band
I - IXX, Hamburg 1861-1870.
- Europäischer Geschichtskalender. Hrsgg. von H. Schulthess.
I.-XI. Jahrgang 1860-1870, (11 Bände).
Nördlingen 1861-1871.
- Koeppel Ferdinand: König Wilhelm I von Württemberg und der
Krimkrieg, Briefe aus dem Nachlaß des
Frh. von Hügel. In: Württembergische Vier-
teljahrshefte für Landesgeschichte; NF 41,
1935. Stuttgart 1935.
- Poschinger Heinrich von: Aus der politischen Korrespondenz des
Königs Wilhelm I von Württemberg. In:
Deutsche Revue, 31. Jahrgang, I. Band.
Stuttgart-Leipzig 1906.
- Preußen im Bundestag 1851-1859. Hrsgg. von Ritter von Poschin-
ger. II. Band (1854-1856). Leipzig 1882
- Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859-1866. Hrsgg. von
Heinrich Ritter von Srbik. Oldenburg,
Berlin 1934.
- Staatsanzeiger für Württemberg. Jahrgänge 1860-1870. Erschei-
nungsort Stuttgart.

II. Memoiren

Beust Friedrich Ferdinand Graf von: Aus Drei Viertel-Jahrhundert. 2 Bde. Stuttgart 1887

Bismarck Otto Fürst von: Gedanken und Erinnerungen. Bd. I und II. Stuttgart 1898

Bunsen Christian Carl Josias Frh. von: Aus seinen Briefen und nach eigener Erinnerung geschildert von seiner Witwe. II. Bd. Leipzig 1869

Elben Otto: Lebenserinnerungen 1823-1899. Stuttgart 1931 (= Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte, 22. Band).

Froebel Julius: Ein Lebenslauf. Bd. II. Stuttgart 891

Mittnacht Hermann Frh. von: Rückblicke, Stuttgart, Berlin 1909

Mohl Robert von: Lebenserinnerungen. 1799-1875. Bd. II. Stuttgart, Leipzig 1902.

Reyscher August Ludwig: Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1802-1880). Freiburg, Tübingen 1884

Schäffle Albert Eberhard Friedrich: Aus meinem Leben. Bd. I. Berlin 1905

Suckow Albert von: Rückschau. Hrsgg. von Dr. Wilhelm Busch. Tübingen 1909

III. Darstellungen

- Adam Albrecht Eugen: Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung. Stuttgart 1919
- Bachteler Kurt: Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg 1859. Phil.Diss. Tübingen 1934
- Blau Erich-Günther: Die Wiener Militärkonferenzen im Oktober 1850. München 1933. (= Münchener Historische Abhandlungen, 2. Reihe, 2. Heft)
- Bonjour Edgar: Preußen und Österreich im Neuenburger Konflikt 1856/57. In: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, 10. Jgg., Zürich 1930.
- Borries Kurt: Zur Politik der deutschen Mächte in der Zeit des Krimkriegs und der italienischen Einigung. In: Historische Zeitschrift, Bd. 151. München, Berlin 1935.
- Brandenburg Erich: Die Reichsgründung. 2 Bde. Leipzig 1922
- Brandt Otto: Mittelstaatliche Politik im Deutschen Bund nach der Revolution von 1848. München 1929
- Clark Chester Wells: Franz Joseph and Bismarck. Cambridge 1934
- Doeberl Michael: Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert. München 1917
- Engel-Jánosi Friedrich: Die Krise des Jahres 1864 in Österreich. In: Historische Studien, Festschrift für A.F. Pfibram. Wien 1929

Engel-Jánosi Friedrich: Graf Rechberg. München, Berlin 1927

Erichsen Ernst: Die deutsche Politik des Grafen Beust im Jahre 1870. Phil. Diss. Viel 1927

Fischer Herbert: Die letzten Tage des deutschen Bundes und die Liquidierung des ehemaligen Bundesvermögens. Phil. Diss. Wien 1940 (ungedruckt)

Frahm Friedrich: Die politische Lage beim Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges. In: Historische Vierteljahrschrift, XVI. Jahrgang 1913. Leipzig 1913

Franz Eugen: Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands (1856 - 1867). München 1933

Friedjung Heinrich: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 - 1866. Stuttgart, Berlin 1916

Der Krimkrieg und die österreichische Politik. Stuttgart, Berlin 1911

Österreich von 1848 - 1860 . (2 Bände)
Stuttgart, Berlin 1908 bzw. 1912

Fuchs Walther Peter: Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853 - 1860. (Historische Studien Nr. 256) , Berlin 1934

Gaertner Alfred: Der Kampf um den Zollverein zwischen Österreich und Preußen von 1849 bis 1853. (Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, IV, 1 und 2). Straßburg 1911

Griewank Theodor: Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859 bis 1861. (Darstellungen aus der württembergischen Geschichte, 25. Band). Stuttgart 1934

- Grob Ernst: Beusels Kampf gegen Bismarck. Zürich - Turbenthal 1930
- Grube Walter: Aus der Geschichte der Einheitsbewegung in Württemberg. In: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, XLIII. Jahrgang, 1936. Stuttgart 1936
- Gerling Hermann: Zu den Arbeiten von Theodor Griewank, Fritz Hellwag und Walter Schuebelin. In : Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, XLI. Jahrgang, 1935. Stuttgart 1935
- Hahn Karl Eugen: Die Territorialpolitik der süddeutschen Staaten Baden, Bayern und Württemberg und ihr Einfluß auf die Verkehrsleitung und die Linienführung der Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen. Diss. TH. Stuttgart 1929
- Hantsch Hugo: Die Geschichte Österreichs. II. Band. Graz, Wien, Köln 1953
- Hefele Hermann: Württembergs Politik seit dem Untergang des alten Reiches. In: Württembergische Studien, Festschrift zum 70. Geburtstag von Professor Eugen Nägele. Stuttgart 1926
- Heigel Karl Theodor: Die deutsche Politik während des Krimkrieges. In: Geschichtliche Bilder und Skizzen. München 1897
- Hellwag Fritz: Varnbüler und die deutsche Frage 1864 - 1866. (Darstellungen aus der württembergischen Geschichte, 25. Band). Stuttgart 1934
- Herzfeld Hans: Die moderne Welt 1789 - 1945, Bd. I . Braunschweig, Berlin, Hamburg, Kiel 1950

- Kiszling Rudolf: Fürst Felix zu Schwarzenberg. Graz, Köln 1952
- Kohut Adolph: Otto von Bismarck in seinen Beziehungen zu Württemberg und zu württembergischen Staatsmännern. Blaubeuren 1909
- Krusemarck Götz: Württemberg und der Krimkrieg. (Ausgewählte Hallische Forschungen zur mittleren und neueren Geschichte, Heft 6). Halle 1932
- Lang Wilhelm: Julius Hölder. Vier Jahrzehnte württembergische Politik. In: Preußische Jahrbücher, 61. Band. Berlin 1888
- Mack Eugen: König Karl I von Württemberg und die deutsche Frage. Rottenburg 1925
- Pflugk - Harttung Julius von: Das württembergische Ministerium Linden. In: Historisches Taschenbuch, 6. Folge, 7. Jahrgang, Leipzig 1888
- Die Anfänge des württembergischen Ministeriums Linden. In: Historische Zeitschrift, Bd. 57. München, Leipzig 1887
- Rapp Adolf: Die Württemberger und die nationale Frage 1863-1871. (Darstellungen aus der württembergischen Geschichte, 4. Band). Stuttgart 1910
- Rath Julie: Württemberg und die Schleswig-Holsteinische Frage in den Jahren 1863-1865. Phil. Diss. Tübingen 1935
- Reinhardtshuber Franz: Die süddeutsche Politik von 1866 bis 1870 in der Wiener Presse. Phil.Diss. Wien 1939 (ungedruckt)

- Rieg Gisbert: Die württembergische Außenpolitik und Diplomatie in der vormärzlichen Zeit. Phil.Diss. München 1954
- Roloff Gustav: Bismarcks Friedensschlüsse mit den Süddeutschen im Jahre 1866. In: Historische Zeitschrift, Bd. 146. München, Berlin 1932
- Schnabel Franz: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. I. und II. Bd., Freiburg 1948
- Schneider Eugen: Aus der württembergischen Geschichte. Stuttgart 1926
- Württembergische Geschichte. Stuttgart 1926
- Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich 1870. In: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, XXIX. Jgg. Stuttgart 1920
- Schübelin Walter: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866 - 1870. (Historische Studien, Heft 262). Berlin 1929
- Seefried Walter: Mitnacht und die deutsche Frage bis zur Reichsgründung. Stuttgart 1928 (auch Phil. Diss. Tübingen 1928)
- Srbik Heinrich Ritter von: Aus Österreichs Vergangenheit. Salzburg 1949. Darin:
1. Erinnerungen Johns; zuvor veröffentlicht im 50. Band der Mitteilungen des österreichischen Instituts für Geschichtsforschung, Innsbruck 1936.
 2. Franz Joseph I, Charakter und Regierungsgrundsätze; zuvor veröffentlicht in Historische Zeitschrift, 144. Band, München, Berlin 1931.

- Arbik Heinrich Ritter von: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. Bd. II-III. München 1940 bzw. 1942
- Braub Manfred: Beiträge zur württembergischen Geschichte in der "Reaktionszeit" (1849-1859). Phil. Diss. Tübingen 1937
- Verner Friedrich: Die Zollvereinspolitik der deutschen Mittelstaaten im Frühjahr 1852. Phil.Diss. Frankfurt 1934
- Wittas Hans Egon Ritter von: Der Frankfurter Fürstentag 1863. Phil.Diss. Wien 1938 (ungedruckt)
- Ziekursch Johannes: Politische Geschichte des neuen Kaiserreiches. Band I. Frankfurt 1925
- Zimmermann Erich: Der Deutsche Reformverein. Phil.Diss. Heidelberg 1929

Lebenslauf

Am 4. März 1932 wurde ich in Bössingen, Kreis Rottweil/Neckar als Sohn des Hauptlehrers Josef Grupp und seiner Ehefrau Maria, geb. Mack, geboren. Da meine Eltern im Herbst des Jahres 1938 nach Ellwangen/Jagst-Eich verzogen, besuchte ich dort die Volksschule und ab 1942 die Oberschule für Jungen in Ellwangen. Diese Schule wurde 1945 wieder in ein humanistisches Gymnasium umgewandelt. Im Jahre 1951 legte ich dort die Reifeprüfung ab. Anschließend begann ich eine zweijährige Lehrzeit als Redaktionsvolontär bei der Tageszeitung "Schwäbische Post" in Aalen-Ellwangen. Nach einer kurzen, dreimonatigen Tätigkeit als unselbständiger Redakteur im Herbst 1953 nahm ich im Wintersemester 1953/54 das Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität München auf. Vom 3. bis zum 5. Semester war ich an der Universität Wien eingeschrieben; die restlichen Studienjahre verbrachte ich wiederum in München.

In neuerer Geschichte hörte ich Vorlesungen und besuchte Übungen insbesondere bei den Herren Professoren Dr. Schnabel, Dr. Hölwitzer, Dr. Stolberg-Wernigerode (München) und Dr. Hantsch, Dr. Benedikt und Dr. Novotny (Wien); in mittelalterlicher Geschichte bei den Herren Professoren Dr. Spörl (München), Dr. Santifaller und Dr. Fichtenau (Wien); in Zeitungswissenschaft bei den Herren Professoren Dr. Braun und Dr. d'Ester (München) sowie Ludwig, Dr. Olscha, Dr. Lunser und Dr. Paupié (Wien). Außerdem hörte ich Vorlesungen in österreichischer und südosteuropäischer Geschichte, in Wirtschaftsgeschichte und Soziologie.

